

Christoph Heine, Hans-Jörg Didi, Klaudia Haase,
Heidrun Schneider (Hrsg.)

Profil und Passung

Studierendenauswahl in einem differenzierten
Hochschulsystem

HIS: Forum Hochschule
14 | 2008

Impressum

Dr. Christoph Heine

Tel.: (05 11) 12 20 25 7

E-Mail: heine@his.de

Hans-Jörg Didi

Tel.: (02 28) 82 09 0 -0

E-Mail: hans-joerg.didi@itb-consulting.de

Kludia Haase

Tel.: (02 28) 93 59 94 0

E-Mail: haase@didaktik-und-diagnostik.de

Heidrun Schneider

Tel.: (05 11) 12 20 45 5

E-Mail: h.schneider@his.de

HIS Hochschul-Informationen-System GmbH

Goseriede 9 | 30159 Hannover | www.his.de

Oktober 2008

Christoph Heine, Hans-Jörg Didi, Klaudia Haase, Heidrun
Schneider (Hrsg.)

Profil und Passung

Studierendenauswahl in einem differenzierten
Hochschulsystem

– Dokumentation der Tagung am 16./17.01.2008 in Berlin –

Inhaltsverzeichnis

Einführung	1
Eingangsstatement	
<i>Dr. Volker Meyer-Guckel</i>	3
Eingangsstatement	
<i>Herbert Moser</i>	5
Profilbildung, Passung und Differenzierung in der hochschulpolitischen Diskussion	7
Profil und Passung – Hochschulpolitische Thesen zur Studierendenauswahl	
<i>Prof. Dr. Peter Frankenberg</i>	9
Hochschulzugang im differenzierten Hochschulsystem – Von der Studienberechtigung zur individuellen Kompetenzmessung?	
<i>Prof. Dr. Andrä Wolter</i>	16
Studierendenauswahl als Element neuer Governance-Strukturen	
<i>Prof. Dr. Frank Ziegele</i>	35
Erste Podiumsdiskussion – Zwischenbilanz	44
Hochschulische Strategien und Möglichkeiten zur Gestaltung von Profilbildung, Passung und Differenzierung.....	51
Zusammenführen, was zusammengehört. Gesucht: Die optimale „Passung“ zwischen Hochschul-Profil und Bewerber-Profil	
<i>Prof. Dr. Günter Trost</i>	53
Themenschwerpunkt I: Professionalisierung von Methoden und Verfahren der hochschuleigenen Studierendenauswahl	66
Abiturnoten als Zugangskriterium zum Studium der Humanmedizin?	
<i>Dr. Martina Kadmon</i>	66
Auswahl von Studierenden am Beispiel der Fachhochschule JOANNEUM Graz (Österreich)	
<i>Dr. Martin Pöllinger</i>	71
Auswahlgespräche: Prognosekraft und Strategien zur Qualitätssteigerung	
<i>Dr. Benedikt Hell und Prof. Dr. Heinz Schuler</i>	75
„Profil und Passung“ an der Universität Witten/Herdecke	
<i>Prof. Dr. Thomas Armbrüster</i>	81
Bericht über die Ergebnisse im Themenschwerpunkt I	
<i>Prof. Dr. Günter Trost</i>	85
Themenschwerpunkt II: Hochschulen im internationalen Wettbewerb:	
Studierendenauswahl	87
Studierendenauswahl im internationalen Wettbewerb	
<i>Dr. Jochen Hellmann</i>	87
Hochschulspezifische Self Assessments für ausländische Studierende zwischen Marketing und realistischer Studieninformation	
<i>Prof. Dr. Schüpbach</i>	92
TestAS und die Zulassungsstrategie der Freien Universität Berlin	
<i>Dr. Wedigo de Vivanco</i>	97

Die Aufnahme von Studierenden an der Universität St. Gallen (HSG) <i>Prof. Dr. Werner Wunderlich</i>	101
Bericht über die Ergebnisse im Themenschwerpunkt II <i>Dr. Jochen Hellmann</i>	106
Themenschwerpunkt III: Neue Wege in die Hochschule. Herausforderungen der Studierendenauswahl bei mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hoch- schulischer Bildung	108
Zugang und Zulassung von beruflich Qualifizierten zum Hochschulstudium <i>Dr. Knut Diekmann</i>	108
Anrechnung außerhochschulischer Kompetenzen und Studierendenauswahl <i>Karl-Heinz Minks</i>	113
Neue Wege in die Hochschule – Herausforderung der Studierendenauswahl bei mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung – <i>Margret Schermutzki</i>	123
Neue Wege in die Hochschule – Beispiel des berufsbegleitenden Studienganges Prozesstechnik der FH Aachen und der Rhein-Erft Akademie <i>Prof. Dr. Ulrich Hoffmann</i>	130
Bericht über die Ergebnisse im Themenschwerpunkt III <i>Prof. Dr. Ernst Hartmann</i>	139
Themenschwerpunkt IV: Rahmenbedingungen und mögliche politische Folge- wirkungen der Studierendenauswahl	142
Rahmenbedingungen und mögliche politische Folgewirkungen der Studierendenauswahl <i>Dr. Ulf Bade</i>	142
Rahmenbedingungen und mögliche politische Folgewirkungen der Studierendenauswahl – hochschulrechtliche und verfassungsrechtliche Perspektive <i>Prof. Dr. Winfried Kluth</i>	146
Mögliche Rückwirkungen hochschuleigener Auswahlverfahren auf schulisches Lernen und Schulen <i>Heinz-Peter Meidinger</i>	157
Zulassungsverfahren als integralen Bestandteil des Studiums verstehen – Beispiel der Leuphana Universität Lüneburg <i>Prof. Dr. Sascha Spoun und Sebastian Litta</i>	161
Bericht über die Ergebnisse im Themenschwerpunkt IV <i>Dr. Michael Leszczensky</i>	169
Zweite Podiumsdiskussion – Resümee	172
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	179
Anhang	183

Einführung

Eingangsstatement

Dr. Volker Meyer-Guckel

Seit dem Jahre 2003, als die Landesstiftung Baden-Württemberg und der Stifterverband ein gemeinsames Aktionsprogramm zur Studierendenauswahl initiiert haben, ist im deutschen Hochschulsystem sehr viel geschehen, nicht zuletzt auch durch die Exzellenzinitiative.

Wir können im Zuge dieser Entwicklungen unterschiedliche Phänomene beobachten, die uns Anlass gegeben haben, das Thema „Studierendenauswahl“ im Jahr 2007 noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen. Es sind Entwicklungen, die uns heute etwas anders über das Thema diskutieren lassen als noch vor vier Jahren.

1. Der Weg der Heterogenisierung

Zurzeit findet eine beschleunigte Heterogenisierung unseres Wissenschafts- und Bildungssystems auf zwei Seiten statt: Zum einen bei den Institutionen, da sich die Qualität und die Profile der Hochschulen nicht mehr entlang der festgelegten Linie zwischen Universitäten und Fachhochschulen, sondern auch innerhalb der jeweiligen Hochschultypen auseinanderdividieren. Zum anderen machen wir die Erfahrung, dass auch die individuellen Bildungsbiographien der Studienbewerber zunehmend heterogener sind. Dies betrifft nicht nur das Teilthema dieser Tagung, nämlich „Wie gehen wir mit der Forderung nach Erhöhung der Studierendenquoten um?“, sondern ist direkte Folge wachsender Heterogenisierungstendenzen innerhalb unseres dreigliedrigen Schulsystems. PISA dokumentiert dies eindrucksvoll. Dadurch, dass die Schwerpunkte der Schüler in den einzelnen Fächern im Laufe der Schulzeit völlig unterschiedlich gelegt werden, gelangen sehr unterschiedliche Qualifikationsprofile an die Hochschulen. Dies spricht dafür, dass man sich die Bewerber für ein Hochschulstudium ganz genau anschaut.

2. Der Trend zur Profilierung

Aufgrund der Differenzierung innerhalb des Hochschulsystems können wir nicht mehr von „der Hochschule“ sprechen, sondern vielmehr von individuellen Hochschulprofilen. Wenn die Profilbildung strategisches Leitthema der Hochschulentwicklung geworden ist, dann stehen Studierendenauswahl und Studierendenberatung damit in engem Zusammenhang. Dies bedeutet aber auch, dass die Studierendenauswahl von der Ebene individueller Lösungen und Verantwortlichkeiten, die möglicherweise einzelne Fachbereiche hierfür entwickeln, herausgehoben und stattdessen an die strategische Spitze der Hochschulentwicklung gebracht werden muss.

3. Von der Überlast zur Unterlast

Wenn wir heute über das Phänomen der zu hohen Studierendenzahlen reden, müssen wir auch das in sieben bis zehn Jahren zu erwartende Problem der Unterauslastung der Hochschulen in den Blick nehmen, und dann muss man sich fragen, wie das Thema Studierendenauswahl im Hinblick auf diese Erwartungen weiterentwickelt werden kann. Betrachtet man die Situation an ost-deutschen Hochschulen, die schon heute um Studierende werben, liegt die Frage nahe, ob unser Thema dort überhaupt gelebte Praxis ist. Kann das Thema überhaupt gelebte Praxis sein, wenn man um jeden Studierenden in denjenigen Fächern froh sein muss, in denen wir in den nächsten Jahren Fachkräftemangel erleben werden? Diese Fragen werden darüber entscheiden, ob unser Thema nachhaltig in der Hochschulpolitik verankert wird oder ob es nur ein Phasenthema in Zeiten hoher Studienbewerberzahlen darstellt. Ganz konkret gefragt: Was passiert eigent-

lich, wenn wir zu geringe Bewerberzahlen haben und gleichzeitig die deutsche Kapazitätsverordnung gilt? Das heißt, wenn die Hochschule zwar ausgewählt hat, die Studienbewerber sich aber auf anderem Wege einklagen können oder aufgrund des Kapazitätsrechts die Studienplätze gefüllt werden müssen.

4. Die Notwendigkeit der Orientierung

Ist die Auswahl der Studierenden die eine Seite der Medaille, dann ist die Studierendenberatung und -betreuung die wichtige zweite Seite. Eine Lösung des Problems der zu geringen Fachkräftezahlen kann zwar im Kindergarten ansetzen, aber der Effekt wird frühestens in etwa zwanzig Jahren spürbar. Um es kurzfristig zu lösen, müssen die Studienabbrecherzahlen in diesen Fächern drastisch gesenkt werden. Diese liegen an deutschen Hochschulen in vielen Fächern immer noch zwischen 30 und 40 Prozent. Ein Weg zur Senkung dieser Quoten könnte sein, das mit der Studierendenauswahl verknüpfte Beratungs- und Betreuungselement zu stärken. Die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge liefern hierfür durch die bessere Strukturierung und damit einhergehend durch die notwendige Beratung gute Chancen.

5. Der weltweite Wettbewerb um die Besten

Den Aspekt der Internationalisierung habe ich bislang noch ausgeklammert. Eine weitere Möglichkeit, dem Fachkräftemangel zu begegnen, besteht darin, die besten Köpfe rechtzeitig ins Land zu holen. Im internationalen Vergleich erreichen wir hier seit Jahren bei den Bewerberzahlen für die grundständigen Studiengänge ganz gute Zahlen, während wir im Master- und Doktorandenbereich von den forschungsstarken Industrienationen abgehängt werden. Allerdings markiert gerade dieser Bereich die Schnittstelle, wenn es darum geht, Studierende in der Abschlussphase der Ausbildung beziehungsweise Absolventen beim Übergang zur Arbeitswelt zu akquirieren. Hierbei ist es ganz besonders wichtig, dass man erstens genügend Absolventen bekommt und zweitens besonders auf die Qualifikationen derjenigen schaut, die sich bewerben, weil die internationalen Zertifikate, die vorgelegt werden, nicht in jedem Fall unbedingt solide sind.

6. Keine Realisierung ohne Effizienz

Wir brauchen effiziente Verfahren der Studierendenauswahl, sonst werden wir bald schon gar keine mehr haben. Was nützt es, wenn die Politik mit den Hochschulen das Ziel vereinbart, sich mehr um die Passungsfähigkeit der Studierenden zu kümmern und die Hochschulen in Bezug auf die Ressourcen, die Infrastruktur, den Zeitaufwand und die Taktung von Bewerbungs- und Zulassungsverfahren überfordert sind? Anstelle immer wieder neue, aufwändige Lösungen zu produzieren, brauchen wir besser früher als später deutschlandweite Entwicklungen von Testmodulen, die von den Hochschulen individuell übernommen werden können. Ein Stichwort in der nationalen Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung verbunden mit dem Thema „Zugangswege öffnen“ und „Lifelong learning“ ist auch das Thema der Entwicklung eines GMAT¹-ähnlichen Testverfahrens für Deutschland. Offenbar gibt es auch auf Bundesebene Bestrebungen, sich mit diesem Thema in besonderer Weise auseinanderzusetzen.

Diese Stichworte haben uns als Veranstalter im Hinblick auf die konzeptionelle Planung dieser Tagung geleitet. Sie findet statt zu einem Zeitpunkt, wo das Thema aus dem Fokus der Hochschulen wegzugleiten droht. Ich habe versucht zu zeigen, warum diese Entwicklung gefährlich wäre. Wenn wir es schaffen, das Thema auch in den kommenden Jahren im Mittelpunkt der Profilierungsdebatten an den Hochschulen zu halten, dann ist ein großes Ziel dieser Tagung erreicht.

¹ „Graduate Management Admission Test“ (GMAT)

Eingangsstatement

Herbert Moser

Um das Stichwort „Konjunktur von Themen“ aus dem Beitrag von Herrn Meyer-Guckel aufzugreifen – ich sehe uns in der post-konjunkturellen Phase beim Thema „Studierendenauswahl“ und dort zu überleben, ist nicht so einfach wie in der konjunkturellen, aber wir leben noch. Ich glaube, dass die Fragen, die gestellt sind, auch in der Zukunft an uns gerichtet werden. Insofern bin ich überzeugt, dass die Fragestellung unserer Tagung, wer wen wie wo aussucht und wie die Zukunft in der Hochschullandschaft aussehen wird, eine spannende und lohnende bleibt.

Als Geschäftsführer der Landesstiftung Baden-Württemberg darf ich zunächst ein paar Bemerkungen über uns, die Landesstiftung, machen. Wir sind die zweitgrößte Stiftung privaten Rechts in Deutschland. Wir sind eine junge Stiftung – im Jahre 2000 gegründet – und ich möchte Ihnen einige Beispiele nennen, wie wir in die Zukunft Baden-Württembergs und somit auch der Bundesrepublik Deutschland investieren. Es sind immerhin mindestens 50 Mio. Euro jährlich mit steigender Tendenz. Davon gehen rund 17 Mio. Euro in den Bildungsbereich und der gleiche Betrag in Forschung und Wissenschaft.

Zur Frage, wie man junge Leute für die Naturwissenschaften begeistern kann, hat unser Aufsichtsrat gerade ein neues Projekt beschlossen: „Coaching für Naturwissenschaften, Ingenieurberufe und Technik“. Wir stellen für das erste Jahr 1 Mio. Euro zur Verfügung. Wir werden in die Schulen gehen. Wir sind in dieser Angelegenheit aber auch schon in den Kindergärten aktiv. Wir arbeiten mit einem mobilen BioLabor „BioLab on Tour“, das seit Jahren ausgebucht ist. Wir stoßen auf so großes Interesse, dass wir in die häufig zu hörenden Klage, dass wir keine Nachwuchskräfte im ingenieur- und naturwissenschaftlichen Bereich haben, nicht einstimmen können: Ich glaube, dass man einigen Modeströmungen entgegenwirken und in erster Linie die Neugierde der jungen Menschen wecken muss; dann wird man auch weiterkommen bei der Nachwuchssicherung.

An dieser Stelle möchte ich einflechten, dass wir im internationalen Austausch mit dem Baden-Württemberg-STIPENDIUM eines der größten Programme aufgelegt haben: Das Programm ist mit rund 5 Mio. Euro pro Jahr ausgestattet. Wir versuchen damit, international Menschen zu gewinnen, die ihre positiven Erfahrungen und Meinungen weitertragen. Baden-Württemberg, Deutschland soll bei ihnen gedanklich präsent bleiben. Gleichermaßen sind wir im Bereich der Post-Doktoranden aktiv und stellen hier jährlich 1 Mio. zur Verfügung.

Schließlich unser Thema „Studierendenauswahl“. Wir sind eine operativ tätige Stiftung, das heißt, wir definieren die Themen, wir suchen uns Partner oder Partner kommen auf uns zu. – So kam auch dieses Projekt zustande. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft hat dieses Programm bei uns angeregt. Genauso haben wir dann ausgeschrieben und die Partner und Projekte mussten durch Exzellenz überzeugen. Das ist unser Grundsatz schon immer gewesen.

Das Aktionsprogramm „Studierendenauswahl“, mit dem wir mit dieser Tagung gewissermaßen einen „Schlussstein“ setzen, ist ein gemeinsames Projekt mit dem Stifterverband, das im Jahr 2003 begonnen wurde. Für uns war es wichtig, dass im März 2004 die Universitäten Freiburg, Stuttgart, Ulm, Karlsruhe und Hohenheim eine Zusage bekommen haben. Sie entwickelten vorbildliche Modelle, mit deren Hilfe Universitäten ihre Studienbewerber künftig selbst auswählen können. Die Universität Freiburg erprobte in einem mit 500.000 Euro finanzierten Modellversuch ein hochschulweit eingesetztes Verfahren, bei dem Abiturienten vor einer Bewerbung in Online-Selbsttests einschätzen können, für welche Studienrichtung sie geeignet sind.

Die Universitäten Stuttgart, Ulm und Karlsruhe erhielten für ihr Kooperationsprojekt unter der Leitung Stuttgarts 300.000 Euro. Dieses Projekt konzentriert sich auf die Zielgruppe von Studienbewerbern aus dem Ausland und beinhaltet die Entwicklung von Testmodulen für Eignungstests, die in den Heimatländern der Studierenden durchgeführt werden. Die Universität Hohenheim erhielt von uns 200.000 Euro für ihre Längsschnittstudie zur Untersuchung der Vorhersagekraft eignungsdiagnostischer Verfahren für den Studienerfolg.

Insgesamt bin ich der Überzeugung, dass wir die richtigen Themen getroffen und die Gelder sinnvoll ausgegeben haben. Das zeigt sich nicht zuletzt an der regen Tagungsteilnahme: die Erwartungen, die Sie haben, sind ein gutes Signal.

Wir wollen den Erwartungen entsprechen.

Profilbildung, Passung und
Differenzierung in der
hochschulpolitischen Diskussion

Profil und Passung – Hochschulpolitische Thesen zur Studierendenauswahl

Prof. Dr. Peter Frankenberg

Anrede

Zu den großen Herausforderungen der Hochschulen gehört es, im globalen Wettbewerb bestehen zu können. „Profil und Passung“ – das Thema dieser Tagung greift hierbei ein wesentliches Element auf: die Gewinnung der geeignetsten und besten Studierenden.

Hierzu ein paar Vorbemerkungen:

Die Exzellenz von Hochschulen, und zwar von Hochschulen jeden Typus, hängt nicht nur von der Exzellenz der Forschung ab, sondern letztlich auch von der Exzellenz der berufenen Professorinnen und Professoren und gerade auch von der Interaktion exzellenter Studierender.

Zweitens glaube ich nicht, dass die demographische Situation dazu führen wird, dass bei uns Studienplätze frei bleiben. Zunächst, weil wir im Süden bis 2020 aus der demographischen Lage heraus noch mehr Studienbewerber haben werden als heute und schließlich, weil die Frage, wie viele Studierende wir brauchen, auch auf dem Arbeitsmarkt entschieden wird. Der deutsche Arbeitsmarkt braucht immer höher qualifiziertes Personal. Deshalb müssen wir mehr junge Menschen besser ausbilden und fördern. Wenn dadurch allein der Bedarf für Gesellschaft und Wirtschaft nicht gedeckt werden kann, müssen wir uns zusätzlich verstärkter darum bemühen, Studierende aus dem Ausland zu gewinnen. Und im Anschluss an das Studium müssen wir diesen Absolventen aus dem Ausland entsprechende arbeitsrechtliche Möglichkeiten in Deutschland bieten: Hier studieren lassen und wieder zurück schicken, ist sicherlich keine sinnvolle Lösung.

Eine dritte Vorbemerkung: Ich war jetzt gerade an diesem Wochenende in Tokyo auf der OECD-Ministerkonferenz mit dem Thema „Outcome of higher education“. Man versucht jetzt Verfahren zu entwickeln, die messen, was Studierende im Vergleich nach einer bestimmten Phase des Studiums in bestimmten Fächern können oder können sollten. Da kann man natürlich trivial sagen, wenn man misst, was sie können, wenn sie das Studium beenden, sollte man bitte auch messen, was sie können, wenn sie in das System eintreten. Und deshalb ist die Frage „Wie gewinnen wir die Besten?“ – damit meine ich die am besten geeigneten Studierenden für bestimmte Fächer – eine zentrale Frage für die Studierenden selbst sowie für die Reduzierung von Abbrecherquoten. Es ist aber auch eine entscheidende Frage für die Institution und deshalb war das Aktionsprogramm „StudierendenAuswahl“ von Stifterverband und Landesstiftung auch für uns in Baden-Württemberg eine ganz wesentliche Unterstützung.

Wir haben nach Landesrecht bereits zum Wintersemester 2003/2004 für Studiengänge mit landesweitem Bewerberüberhang die Verpflichtung eingeführt, 90 Prozent der Studierenden auszuwählen. Auch ich war damals geleitet von der tiefen Erkenntnis, dass es nicht zielführend ist, Studierende ohne Auswahl zuzulassen. Denn Schule und Studium sind zum Teil so unterschiedlich. Und auch wenn wir an internationalen Wettbewerb denken, käme etwa an sehr guten amerikanischen Hochschulen niemand auf die Idee, jemanden ohne Auswahlverfahren zum Studium zuzulassen.

Gleichzeitig mit der Diskussion über die Entwicklung von Auswahlverfahren, begann auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Frage: Welche Auswirkungen haben Auswahlverfahren auf den späteren Studienerfolg?

Für uns war es wichtig, in den Projekten, die vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und von der Landesstiftung gefördert wurden, wie an den Universitäten in Freiburg und Hohenheim, nicht nur ideelle Unterstützung, sondern wichtig für die Hochschulen war auch die finanzielle Unterstützung. Und wir haben durch die verschiedenen Projekte eigentlich mehr als die Durchführung von Verfahren erhalten: Wir haben Konzepte, die übertragbar sind, wir haben Forschungsergebnisse erhalten, die sich auswerten lassen. Damit können wir weitere Schritte in der Entwicklung von Auswahlverfahren gehen. Für diese Förderung danke ich dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und der Landesstiftung Baden-Württemberg.

Bei der Idee von Profil und Passung geht es im Grunde genommen immer um einen Dreiklang: Studieninformation, Studierendenmarketing, Studierendenauswahl. Die Studieninformation sollte möglichst optimal sein. Die erste Frage ist ja: Wer bewirbt sich überhaupt um einen Studiengang? Eng verbunden mit der Studieninformation ist das Studierendenmarketing. Denn wir wollen natürlich nicht nur regionale Studierende anziehen. Der dritte Schritt ist die Studierendenauswahl. Die Auswahl muss immer zum Profil eines Faches, aber auch zum Profil der Hochschule passen und diese Profile diversifizieren sich eigentlich immer mehr. Das ist eine der Konsequenzen von Bachelor und Master. Es ist aber auch eine Konsequenz der Autonomie von Hochschulen, der unternehmerischen Entwicklung von Hochschulen.

Als wir damals begonnen haben, die Verfahren einzuführen, konnte man immer wieder auf das Wort von Gerhard Casper, dem damaligen Präsidenten der Stanford University, zurückgreifen, der, als er gefragt wurde, was er den deutschen Universitäten als Erstes im Rahmen der Autonomisierung gestatten würde, sagte: „*Ich würde den Universitäten erlauben, sich ihre Studenten selbst auszusuchen. Daran hängt alles. Gute Studenten wollen an gute Hochschulen, also brauchen die Universitäten gute Professoren - und schon ist der schönste Wettbewerb im Gange.*“

Und in der Tat, Studierendenauswahl ist auch eine Frage des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen. Dadurch wird sich auch mehr Leistungspotential entwickeln. Dieser Wettbewerb wird sicherlich auch verstärkt durch die gestufte Studienstruktur. Nicht weil Fächer vergleichbarer werden, sondern weil die Struktur vergleichbarer wird. Wir sehen, dass viele unserer Studierenden ein ganzes Studium im Ausland verbringen und anschließend nach Deutschland zurückkommen, um ihren Master zu machen. Die Autonomie der Hochschulen hat sicherlich ebenfalls zu einer Verstärkung des Wettbewerbs sowie zu einer verstärkten Hinwendung zum Thema Studierendenauswahl geführt. Auch hier waren wir als Land sicherlich ein Wegbereiter.

Ein weiterer wichtiger Aspekt im Wettbewerb der Hochschulen ist die Einführung von Studiengebühren. Denn Studiengebühren verbessern nicht nur die Qualität der Lehre, sie verändern auch die Mentalität der Studierenden. Das ist jetzt schon spürbar. Sie überlegen sich genauer, was sie studieren. Denn wenn man eigenes Geld investiert, hat man eine andere Herangehensweise an die Frage: Was studiere ich? Wo studiere ich was? Und die Studiengebühren verändern auch die Einstellung der Lehrenden und der auswählenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Professorinnen und Professoren der Hochschulen.

Wir haben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit als erstes Land auch die Personalstrukturen flexibilisiert, indem wir beispielsweise die Möglichkeit geschaffen haben, Professuren mit dem Schwerpunkt Lehre und dem Schwerpunkt Forschung einzurichten. Dabei reicht die Spanne von zwei Stunden bis 14 Stunden Lehrverpflichtung. Wie es unterschiedliche Talente von Studierenden gibt, so gibt es – jedenfalls einer gewissen Wahrscheinlichkeit nach – auch unterschiedliche Begabungen von Professorinnen und Professoren. Und ich glaube, dass man im Laufe eines Lebens

¹ Gerhard Casper in die ZEIT: 51/99: Alles hängt an der Auslese.

seine Einstellung zum Schwerpunkt Lehre oder Forschung ändern kann. Eine erfahrene Professorin oder ein langjähriger Professor muss keinen noch zehn Jahre laufenden Sonderforschungsbereich gründen. Stattdessen könnte er oder sie zum Beispiel seine ganze Erfahrung, auch seine soziale Kompetenz, in die Lehre einbringen und dann in dieses Profil wechseln. Dadurch wird es vielleicht einem Jüngeren oder einer Jüngeren ermöglicht, mehr zu forschen. Auch das sind Profilelemente, die wir durch eine hohe Flexibilisierung jetzt gesetzlich möglich machen.

Unsere Hochschulen, die anhand von Auswahlgesprächen und Studierfähigkeitstests auswählen, berichten uns, dass die Studienbewerber inzwischen anders an die Wahl ihres Studiums herangehen. Studienbewerber nehmen in der Regel sehr gut vorbereitet an einem Auswahlverfahren mit Gespräch oder Test teil. Und die gut informierten Studienanfänger beginnen das Studium strukturierter. Ich glaube auch, dass bereits dieses Gefühl „ausgewählt“ zu sein zu einer größeren Corporate Identity führt. Dies kann es später erleichtern, Alumni-Organisationen zu gründen. Die Identifizierung mit der eigenen Hochschule beginnt aus meiner Sicht mit der Auswahl. Man gehört zu einem Club von ausgewählten Studierenden.

Natürlich hängt der Erfolg des Studiums auch damit zusammen, dass man das richtige Fach gewählt hat, sich über die Voraussetzungen informiert hat und, dass diese Voraussetzungen auch getestet worden sind. Denn wenn man heute Studierende fragt, wie zufrieden sie in ihren Studienfächern sind, dann zeigt sich, dass sie oft mit ganz falschen Erwartungen – manchmal auch nicht passenden Qualifikationen – in diese Fächer gegangen sind. Und wenn man sie dann noch fragt, inwieweit sie Vorstellungen über ihren späteren Beruf haben, dann liegen diese manchmal noch weiter von der Realität entfernt.

Wichtig ist es, ein Matching zu erreichen zwischen den Befähigungen der Studierenden, aber auch dem, was sie wollen und dem Angebot der Hochschulen. Natürlich ist es auch für die Hochschulen interessant, die richtigen Leute ausgewählt zu haben. Jedem Professor, der sagt, dass dies Arbeit sei, muss man auch sagen, dass sich diese Arbeit lohnt. Denn wenn ich später die besseren Studierenden habe, kann ich vorher auch etwas in die Auswahl dieser Studierenden investieren. Und für die jungen Menschen geht es um viel mehr, nämlich um langfristige Lebenschancen auf der Basis des passenden Studiums. Deshalb beginnt die Studienwahl eigentlich mit der geeigneten Information. Es folgen die geeigneten Auswahlverfahren und diese führen vielleicht auch zu einer intensiveren Betreuung der Studierenden. Um diejenigen, die man selbst auswählt, kümmert man sich mehr als um die, die einem aufgrund irgendwelcher schwierig zu erfassender Kriterien zugewiesen wurden.

Das wichtigste für die Hochschulen ist bei der Durchführung von Auswahlverfahren zunächst natürlich, welches die Anforderungen überhaupt sind und wie die Studienprofile aussehen. Dies führt dazu, dass sich die Hochschulen selbst auch verstärkt Gedanken über ihre Studienangebote und Profile machen müssen. Was können wir wirklich gut? Was können wir weniger gut? Was geben wir auf? Wo legen wir unsere Schwerpunkte? Das, wofür ich auswähle, das, was ich anbiete, muss ich mir selbst im Detail klar machen. Dies führt im Idealfall sogar zu einer besseren Abstimmung des Lehrangebotes. Und insofern bedeuten Auswahlverfahren eine ganz wichtige Aufgabe und Herausforderung der Hochschulen. Sie müssen sich unterscheiden über den Typ, die Frage von Tests, die Frage von Auswahlgesprächen und die Frage der Bewertung des Abiturs.

Das Abitur wird, obwohl etwa an Fachhochschulen bei uns im Land knapp die Hälfte der Studierenden nicht mit dem Abitur als Hochschulzugangsberechtigung kommt, weiterhin eine wesentliche Rolle spielen – allein aus rechtlichen Gesichtspunkten. Das Abitur ist nach den Hohenheimer Ergebnissen auch der beste Einzelprediktor, allerdings einer multiplen Regressionsrechnung, und die Prediktorvalidität sinkt im Laufe des Studiums. Es ist also insbesondere bei Beginn des Stu-

diums wichtig. Aber das Abitur alleine reicht eben nicht mehr. Die Passung verbessert sich durch Kombination der Abiturnote mit Tests und Auswahlgesprächen.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Hochschulzugangsberechtigungen zwischenzeitlich sehr differenziert sind. Wir haben einen europaweiten Zugang zu unseren Hochschulen. Man kann also nicht mehr vom deutschen Abitur als Standardvoraussetzung ausgehen. Wir haben in den Ländern sehr unterschiedliche Anforderungen an das Abitur. Dies zeigen zum Beispiel auch die PISA-Ergebnisse. Gleichzeitig sehen wir, dass die Noten immer besser werden. Dies kann zu bizarren Konstellationen führen. Nämlich dann, wenn wir Studiengänge haben, bei denen die Plätze für die Abiturbesten nicht ausreichen. Hier können Auswahltests ergänzend als zusätzliches Auswahlkriterium weiterhelfen.

Zudem sagt die Abiturnote wenig über die spätere Berufsbefähigung aus. Tests prüfen zusätzlich fachspezifische Fähigkeiten der Bewerber – im Lehramtsbereich etwa kann es nicht nur um Noten gehen. Denn pädagogische Eignung eines Studienbewerbers drückt sich sicherlich nicht nur in der Mathematiknote oder in anderen Noten des Abiturs aus. Gleiches gilt übrigens für die Medizin.

Wir wissen durch die Hohenheimer Studien auch, dass die Prognosekraft des Abiturs je nach Fach sehr unterschiedlich ist. Es geht auch nicht nur um die Frage des Studienerfolgs, sondern es geht auch um die Zufriedenheit im Studium. Denn je besser das Studienfach den eigenen Neigungen und Fähigkeiten entspricht, desto zufriedener ist man wahrscheinlich und desto mehr werden die eigenen Erwartungen an das Studium erfüllt. An unseren Testergebnissen sehen wir, dass gerade die Studierfähigkeitstests die Prognosekraft der Abiturnote noch erhöhen. Auch die Auswahlgespräche haben nach der Hohenheimer Studie einen solchen, wenn auch geringeren Effekt. Sie wirken sich hingegen stärker auf die Corporate Identity aus: Auf das Gefühl ausgewählt worden zu sein. Aufgrund dieser Erfahrungen werden ab dem Wintersemester 2011/2012 Tests oder Gespräche in allen zulassungsbeschränkten Fächern verpflichtend eingeführt. Wir gehen damit über die bisherigen Regelungen deutlich hinaus, auch weil wir gemerkt haben, dass viele Hochschulen bisher den gewichteten Abiturnoten zwar weitere Kriterien, wie beispielsweise Berufserfahrung, hinzugefügt haben. Allerdings haben sich diese Verfahren häufig auf einfache Papier-Verfahren beschränkt. Diese möchten wir nicht abschaffen, aber sie haben sich in vielen Studiengängen als alleiniges Kriterium neben Noten einfach nicht bewährt. In einigen Fällen bedeuteten sie Aufwand ohne nennenswerten Mehrwert.

Aus rechtlichen Gründen ist die verpflichtende Einführung von Tests und Auswahlgesprächen nur in zulassungsbeschränkten Fächern möglich. Da die Frage der Passung, also die Frage der Auswahl und der richtigen Übereinstimmung zwischen dem, was man erwartet und dem was geboten wird, sich nicht nur auf zulassungsbeschränkte Fächer beziehen kann, mussten wir auch Instrumentarien für nicht zulassungsbeschränkte Fächer finden.

Nun geben Artikel 12 Grundgesetz und die Rechtsprechung letztlich jedem einen Anspruch, auch wenn er für einen bestimmten Studiengang ungeeignet ist. Nach deutschem Recht ist die Abiturnote fünf in Mathematik kein Hinderungsgrund für die Aufnahme eines Mathematikstudiums, sofern es einen freien Studienplatz gibt. Das ist eine juristische Logik. Das ist sicherlich keine Sachlogik. Aber wir leben in einem Rechtsstaat und da ist es so. Deshalb haben wir zwei Instrumentarien eingeführt, um damit zurecht zu kommen. Das eine ist das sogenannte „Abitur plus“. In Studiengängen, bei denen man erwarten und argumentieren kann, dass ganz besondere Voraussetzungen gegeben sein müssen, können die Hochschulen zusätzlich zum Abitur eine Aufnahmeprüfung durchführen. Mit dieser Prüfung wird die Eignung für den gewählten Studiengang festgestellt; sie ist neben dem Abitur eine Hochschulzugangsvoraussetzung. So können schon jetzt

in künstlerischen und musikalischen Studiengängen, auch unabhängig von der Zahl der Studienplätze Aufnahmeprüfungen durchgeführt werden, um festzustellen, ob die Eignung der Bewerber für diesen Studiengang vorliegt. Diese Möglichkeit haben wir auf weitere Fächer ausgedehnt. Man kann sich diese Regelung z. B. beim Fach Architektur vorstellen.

Das zweite Instrumentarium sind verpflichtende Orientierungsverfahren. In allen Fächern, in denen es keinen Bewerberüberhang gibt, werden ab 2011/2012 Orientierungsverfahren verpflichtend sein. Solche Orientierungstests können etwa die Self-Assessment-Verfahren der Universität Freiburg sein, die im Rahmen des Aktionsprogramms des Stifterverbands und der Landesstiftung entwickelt wurden. Die Folge dieser Neuregelung ist, dass jede und jeder Studierende zumindest ein Verfahren durchlaufen muss. Dadurch können Studieninteressierte selbst einschätzen bzw. eine Rückmeldung dazu erhalten, ob ein Studiengang ihren Neigungen und Fähigkeiten sowie den eigenen Vorstellungen entspricht oder nicht. Dies kann einerseits zu einer Festigung der Studienentscheidung oder andererseits zu einem Überdenken des Studienwunsches führen. Letztendlich dürfte dies die Abbrecherquote erheblich senken.

Das ist das Spektrum dessen, was wir bereits machen und was wir künftig vorhaben. Dabei haben uns die vom Stifterverband und der Landesstiftung geförderten Projekte wichtige Erkenntnisse geliefert, die auch bereits in die aktuelle Gesetzgebung eingeflossen sind.

Daneben hat das Land Baden-Württemberg auch in einer Vielzahl von Einzelprojekten die Entwicklung von Studierfähigkeitstests und Auswahlgesprächen in einzelnen Studiengängen gefördert. Etwa Projekte zu standardisierten Auswahlgesprächen an den Universitäten Heidelberg, Hohenheim, Mannheim und Tübingen. Ich habe gerade bei den Begehungen der Exzellenzinitiative erlebt, dass die internationalen Gutachter nicht nur nach Forschung, sondern auch nach Auswahlverfahren gefragt haben. In Heidelberg beispielsweise erklärte der Dekan der Fakultät Chemie, dass dort seit Jahren Auswahlgespräche durchgeführt werden. Die Zahl der Abbrecher sei seither dramatisch zurückgegangen und alle hätten gemerkt, dass sich diese Arbeit lohne. Das Ergebnis seien sehr gute Studierende. Das hat die internationalen Gutachter verwundert, weil sie gar nicht wussten, dass es in Deutschland solche Verfahren gibt.

Darüber hinaus haben wir Studierfähigkeitstests etwa an den Universitäten Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und an den Hochschulen Reutlingen und Esslingen erprobt. Wir haben einen gemeinsamen wirtschaftswissenschaftlichen Test für Fachhochschulen entwickeln lassen. Auch solche Programme werden wir fortführen, damit nicht jede Hochschule ihren eigenen Test entwickeln muss. Wir lassen uns bei der Entwicklung von Testverfahren durch professionelle Eignungsdiagnostiker und Institute unterstützen und versuchen, gemeinsame Tests zu entwickeln und zu etablieren, die dann allerdings auch hochschulspezifische Varianten erfahren können. Zu diesen gemeinsamen Tests gehört auch der Mediziner-test. Die baden-württembergischen Universitäten sind ja die ersten, die den Mediziner-test wieder eingeführt haben und konsequent zusätzlich zum Abitur berücksichtigen.

Wir werden aus all diesen Erfahrungen rechtliche Konsequenzen ziehen. Die Konsequenzen, die wir jetzt mit den verpflichtenden Tests, Auswahlverfahren, Orientierungsverfahren und dem „Abitur plus“ gezogen haben, wurden übrigens erst durch die Föderalismusreform möglich. Nach dem Hochschulrahmengesetz waren solche Regelungen nicht möglich. Es zeigt sich, dass die Föderalismusreform positive Wirkungen hat. Ich weiß, dass die Hochschulen immer sagen, dass wir in Deutschland eigentlich keinen Hochschulwettbewerb haben, sondern lediglich einen föderalen Wettbewerb. Denn die Voraussetzungen sind in den Ländern so unterschiedlich, dass in der Realität keine gleichen Startchancen für die Hochschulen vorliegen. Deshalb brauchen wir aus meiner Sicht mehr Wettbewerb im gesamten Hochschulsystem.

Ich glaube auch, dass wir den gesamten Bereich Studieninformation stärken müssen. Durch Bachelor und Master werden die Studiengänge nicht einheitlicher, sondern eigentlich immer differenzierter. Statt eines Standardbachelors in Europa in einem bestimmten Studienfach werden die Studiengänge individueller. Umso wichtiger ist der erste Schritt auf dem Weg zur Studienentscheidung: die Studieninformation. Wir haben deshalb nach der Hochschulreform auch eine Ministeriumsreform durchgeführt und im baden-württembergischen Wissenschaftsministerium ein eigenes Referat „Studieninformation“ eingerichtet. Als eines der Instrumente haben wir zunächst ein umfassendes Informationsportal im Internet entwickelt, mit dem sich potentielle Studierende über sämtliche Studienangebote in Baden-Württemberg informieren können. Darüber hinaus werden Lehrerinnen und Lehrer mit dem Verfahren „BOGY“ (Berufsorientierung an Gymnasien) geschult, damit sie die Studieninformationen an ihre Schülerinnen und Schüler weitergeben können. Wir haben zudem ein System der Studienbotschafter eingerichtet, d. h. dass Studierende in fortgeschrittenen Semestern geschult werden und bei bestimmten Veranstaltungen in die Schulen gehen, um dort über ihre Studienfächer Rede und Antwort zu stehen. Gerade dieses gleichaltrige Matching, dass vorne niemand steht, der nun so erhaben ist, ist sehr wichtig. Es gibt aber auch Studienbotschafter bis hin zu Vorstandsvorsitzenden von Unternehmen, die den Schülerinnen und Schülern darüber berichten, wie sie selbst bei der Studienwahl vorgegangen sind.

Für die Umsetzung all dieser Verfahren braucht man neben Zeit auch Geld. Wir haben den Hochschulen jetzt etwas Zeit gelassen, weil die Verfahren entwickelt werden müssen und es kommt natürlich auch immer wieder die Frage: Wie wird das Ganze denn finanziert? Wir sind hier für die Projektfinanzierung des Stifterverbandes und der Landesstiftung dankbar. Ich persönlich glaube aber auch, dass es zur Dienstaufgabe von Lehrenden gehört Studierende auszuwählen und, dass sich das auch lohnt. Ich habe in den USA noch nie gehört, dass Professoren sich beschwert haben, dass sie 2-3 Wochen ihrer sogenannten vorlesungsfreien Zeit opfern mussten, um Studierende auszuwählen. Im Gegenteil, das ist dort selbstverständlich. Dass die Verfahren valide sein müssen und dass die Hochschulen für die Entwicklung der Verfahren Unterstützung brauchen – personell und auch sachlich, ist klar. Die Hochschulen unterstützen sich mit ihren Erfahrungen auch gegenseitig. Aus diesen Erfahrungen wissen wir, dass diese Aufgabe zu bewältigen ist. Die Durchführung der gemeinschaftlichen Tests sowie die seit Jahren etablierten Auswahlverfahren an den einzelnen Hochschulen zeigen dies deutlich.

Als wichtigste Herausforderung bleibt uns also der Dreiklang aus optimaler Studieninformation, möglichst ausgefeilten Auswahlverfahren oder Orientierungstests und dann die Gewinnung von passenden Studierenden. Diese Studierenden sollen möglichst zufrieden studieren, eine Corporate Identity entwickeln, ihren Abschluss machen und nachher als Alumni der Hochschule verbunden sein. Dann hätten wir auch viele andere Probleme gelöst. Und ich glaube, dass diese Bindung gerade durch die Auswahl und die Studienzufriedenheit zwischen Studierenden und Hochschulen wirklich hergestellt wird. Und, wie gesagt, die Hochschulen können gemeinsame Testverfahren entwickeln oder entwickeln lassen und gleichwohl ausreichend individuelle Aspekte bei der Auswahl einfließen lassen.

Wir haben in den USA die sogenannte „Common Application“. Wir haben in Großbritannien die zentrale Einrichtung „Universities and Colleges Admission Service“ (UCAS). Beide ermöglichen den teilnehmenden Hochschulen trotz einheitlicher Standards hochschulspezifische, individuelle Besonderheiten. Eine der UCAS vergleichbare Einrichtung fehlt in Deutschland bislang: Eine zentrale Servicestelle der reinen Administration der Verfahren. Wir haben derzeit gerade bei den Universitäten große Schwierigkeiten, weil aufgrund der Mehrfachbewerbungen das Annahmeverhalten fast nicht mehr vorhersehbar ist. Die Studierenden bewerben sich so häufig, dass

die Zahl derer, die sich zum Schluss tatsächlich einschreibt kaum abzuschätzen oder gar zu berechnen ist. Deshalb war und ist es wichtig, dass die ZVS in eine Organisation umgestaltet wird, die statt der Zulassung von Studienbewerbern die Hochschulen bei der Administration der Bewerbungen unterstützt.

Diese Stelle soll die Zahl der möglichen Bewerbungen limitieren und nach Abgabe der Zulassungsangebote durch die Hochschulen auch die Rückmeldungen geben, wann jemand einen Studienplatz angenommen hat. Dadurch erfahren die anderen Hochschulen sofort, dass sie mit dem- oder derjenigen nicht mehr rechnen müssen. Damit wäre die Annahme eines Studienplatzes rechtlich verbindlich. Denn wir erleben derzeit, dass die Studienbewerber nacheinander mehrere Studienplätze annehmen, dass sie sogar mehrfach Studiengebühren zahlen, die sie dann wieder zurück fordern. Dieser hohe administrative Aufwand würde durch eine solche Servicestelle künftig entfallen.

Ich begrüße es daher, dass die KMK und die FMK bezüglich einer solchen Servicestelle eine Einigung gefunden haben. Für uns war es wichtig, dass diese Servicestelle möglichst schnell zu arbeiten beginnt. Jetzt zunächst einmal in Jura und in den wirtschaftswissenschaftlichen Fächern.

Ich glaube, dass die Auswahl der Studierenden wesentlich ist für die Studierenden selbst, für ihr Schicksal, für die Zufriedenheit im Leben, für das passende Studium und damit ja auch für ein Stück passendes Leben. Diese Auswahl ist aber genauso wichtig für die Qualität der Hochschulen, ihr Profil und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. Wir sind verpflichtet, mit dem Gut Studium und den Studierenden so sorgfältig umzugehen, dass man auf Auswahlverfahren als vernünftiger Mensch nicht verzichten kann. Und da wir vielleicht Abbrecherquoten von 30 Prozent haben, aber nicht Unvernünftigkeitenquoten von 30 Prozent, hoffe ich, dass sich diese Erkenntnis weiter durchsetzt. Vielen Dank.

Hochschulzugang im differenzierten Hochschulsystem – Von der Studienberechtigung zur individuellen Kompetenzmessung?

Prof. Dr. Andrä Wolter

Nach diesem hochschulpolitisch akzentuierten Auftakt durch Herrn Minister Prof. Frankenberg möchte ich Ihnen jetzt einige Ergebnisse und Befunde aus der Sicht der empirischen Hochschulforschung zu den Entwicklungsprozessen und -problemen des Hochschulzugangs in Deutschland vortragen und dabei auch ein paar Aspekte ansprechen, die über das engere Thema Profilbildung und Differenzierung hinausgehen. Ich möchte damit ein wenig den Rahmen und den Kontext skizzieren, in dem gegenwärtig über neue Formen der Hochschulzulassung nachgedacht wird. Meine Darstellung fällt vermutlich etwas nüchterner aus, da Hochschulforscher ja eher einen empirisch-analytisch geprägten und problematisierenden Blick haben, der sich gegenüber politischen Schlussfolgerungen oft sperrig verhält.

1. Modelle des Hochschulzugangs im internationalen Vergleich

Wenn man zunächst einmal aus einer international vergleichenden Perspektive auf die Gestalt bzw. das Verfahren des Hochschulzugangs und der Hochschulzulassung in Deutschland schaut, dann stößt man auf sieben Eigentümlichkeiten, wobei sich ein Teil dieser Elemente gegenwärtig ja bereits im Umbruch befindet.

- Erstens: Im internationalen Vergleich keineswegs selbstverständlich, aber in Deutschland bislang so üblich, wird der Hochschulzugang bei uns in erster Linie über Schulabschlüsse, primär über das Abitur, gesteuert, das heißt über ein Zertifikat der „abgebenden“ und nicht über Kriterien und Verfahren der „aufnehmenden“ Institution direkt an der Schwelle des Zugangs und der Zulassung. Das verläuft in einer ganzen Reihe von Ländern umgekehrt. Dieser Unterschied hängt mit mehreren Faktoren zusammen: so unter anderem mit der institutionellen Stellung der Hochschulen, aber auch mit der Struktur der zur Hochschule hinführenden Schulen bzw. des Schulsystems – ich komme auf diesen Punkt zurück.
- Eine zweite bemerkenswerte Eigenart des Hochschulzugangs in Deutschland und erst recht der Hochschulzulassung im engeren Sinne besteht darin, dass Hochschulzugang und -zulassung hier ganz wesentlich als eine Aufgabe, die der Staat durch Gesetze und Verordnungen zu regeln hat, verstanden werden und nicht als eine Aufgabe, die primär auf der Ebene der Institutionen, also der Hochschulen, angesiedelt ist. Das schlägt sich noch darin nieder, dass selbst dort, wo hochschuleigene Auswahlverfahren in Deutschland eingeführt werden, dieses in der Regel über Gesetze und staatliche Verordnungen erfolgt, die zum Beispiel die zulässigen Kriterien und Verfahren für hochschuleigene Auswahlentscheidungen normieren. Auch der hohe Grad an Justizialisierung der Hochschulzulassung in Deutschland spiegelt diese Dominanz des Staats als Steuerungs- und Normierungsinstanz.
- Drittens: Die hauptsächliche Selektion für die Studienaufnahme erfolgt in Deutschland weniger an der Stufe des Hochschulzugangs, sondern innerhalb des Schulsystems. Eine Folge davon ist, dass es in Ländern, in denen das Schulsystem im Sekundarbereich als „tracking“-System organisiert ist wie in Deutschland, in der Regel relativ niedrige Studienberechtigtenquoten gibt (in Deutschland zurzeit um die 40-42 % herum, nur für das gymnasiale Abitur

etwa 26-28 %). Im Vergleich dazu ist in vielen anderen Ländern das Schulsystem eher horizontal organisiert, und die Selektion erfolgt in erster Linie an der Schwelle des Hochschulzugangs und der Hochschulzulassung innerhalb eines deutlich größeren Potentials an Studienberechtigten, das oft über 60 Prozent eines Altersjahrgangs beträgt.

- In Deutschland ist viertens eine Vorstellung weit verbreitet, dass es eine feste Arbeitsteilung zwischen der Schule gleichsam als „Lieferanten“ der Studierfähigkeit und den Hochschulen als Abnehmer gibt. Erinnert sei hier an die Rolle des Collegesektors als einer Art Übergangsinstitution in anderen Ländern, während so etwas wie eine begleitende studienqualifizierende Aufgabe der Hochschulen oder eines bestimmten, intermediären Hochschultyps in Deutschland nicht verankert ist. Ein Großteil der in Deutschland in Wellen immer wieder geführten pessimistischen Studierfähigkeitsdebatten hat in dieser historisch gewachsenen systemischen Eigentümlichkeit ihre Ursache.
- In Deutschland erfüllten das Abitur und das klassische Konstrukt der Hochschulreife zwei Funktionen, nämlich: (1) die einer formalen Berechtigung für die Aufnahme eines Hochschulstudiums mit einer gewissen Berechtigungsautomatik, die nur durch den Numerus clausus in seinen verschiedenen Varianten eingeschränkt wird (Berechtigungsfunktion der Hochschulreife); und (2) die einer gleichsam diagnostisch legitimierten Eignungszuschreibung, basierend auf der prognostischen Hypothese, dass mit dem Abitur auch die faktische Studierfähigkeit als Voraussetzung für den späteren Studienerfolg gewährleistet ist (Qualifizierungsfunktion der Hochschulreife). Solange Gymnasium und Universität zwei kulturell und curricular aufeinander folgende, miteinander korrespondierende Sequenzen innerhalb eines mehr oder weniger geschlossenen Bildungszyklus waren, fielen diese beiden Funktionen weitgehend zusammen. Mit dem enormen Wachstum in der Folge der Bildungsexpansion und der institutionellen und curricularen Auseinanderentwicklung von Gymnasium und Universität, die heute beide ungleich komplexere Organisationen darstellen als in der Zeit ihrer prästabilisierten Harmonie, treten beide Funktionen immer weiter auseinander.
- Damit hängt sechstens zusammen, dass der Hochschulzugang traditionell in Deutschland eine hohe formale Berechtigungsorientierung aufweist, aber eine relativ geringe individuelle Kompetenzorientierung. Der „Besitz“ des Abiturzeugnisses war letztlich immer wichtiger als die faktische fachliche und überfachliche Kompetenz für das gewählte Studium. Das Konstrukt einer „allgemeinen“ Hochschulreife sorgte dafür, dass zwar jede/r Studienberechtigte nahezu alles studieren konnte, aber ein noch so hochqualifizierter Techniker ohne Abitur kaum eine realistische Chance hatte (oder nur unter massiv erschwerten Voraussetzungen), Elektrotechnik zu studieren.
- Siebtens: Ebenfalls charakteristisch für Deutschland ist die relativ hohe individuelle Entscheidungsautonomie beim Hochschulzugang (in den Händen der Studienberechtigten und ihrer Eltern) bei relativ geringer institutioneller Verantwortlichkeit der Schule, aber auch der Hochschule. Weder Schule noch Hochschule spielen eine wirklich aktiv vorbereitende Rolle im Prozess der Ausbildungs- und Studienentscheidung. „Counselling“ ist trotz aller Bemühungen der vergangenen Jahre beim Hochschulzugang nach wie vor unterentwickelt. Empirische Untersuchungen führen seit Jahrzehnten immer wieder zu demselben Befund: Die Studienentscheidung erfolgt wesentlich unter Bedingungen von Informationsdefiziten, Kriterienmangel und Entscheidungsunsicherheiten, die weder durch die Schule noch die Hochschule aufgefangen werden. Und auch die eigentlich dafür zuständige Institution, die Studien- und Berufsberatung durch die Arbeitsagenturen, kommt im Urteil der Studienberechtigten regelmäßig ziemlich schlecht weg.

Im internationalen Vergleich könnte man idealtypisch drei Modelle des Hochschulzugangs unterscheiden. Ich greife hier eine Unterscheidung auf, die Ulrich Teichler (1984, 2003) eingeführt hat. Das erste Modell – und dem kommen vor allem Deutschland, Österreich und die Schweiz sehr nahe – könnte man als das Modell des Hochschulzugangs als eine relativ „undramatische Übergangsstelle“ bezeichnen. Es ist dadurch gekennzeichnet, ich hatte das eben schon kurz angesprochen, dass die eigentliche Selektion für den Hochschulzugang primär innerhalb des Schulsystems erfolgt, verbunden mit einer vertikalen Gliederung des Schulsystems, so dass die Hochschulzulassung selbst in erheblichem Maße von Selektionsentscheidungen entlastet wird, die im Wesentlichen schon innerhalb des Schulsystems stattfinden. Die Folge sind geringe Studienberechtigtenquoten, die dann in der Regel zu hohen Übergangsquoten in das Hochschulsystem führen. In vielen Ländern, insbesondere in den drei genannten, korrespondiert diese Organisation des Zugangs mit der Annahme, dass das Hochschulsystem insgesamt ein relativ einheitliches Niveau und nur einen geringen Grad an institutioneller Differenzierung aufweist, auch wenn dies oft nur eine Fiktion war, und dass der Status der Hochschule, an der man einen Abschluss erworben hat, nur von geringer Bedeutung für die weitere Berufskarriere ist.

In einem zweiten Modell wird der Hochschulzugang eher als „zugespitzter Höhepunkt“ der Selektion und der individuellen Bildungsentscheidung betrachtet. Gekennzeichnet ist es primär dadurch, dass ein relativ wenig differenziertes Schulsystem auf ein stärker stratifiziertes Hochschulsystem trifft. Das Schulsystem liefert hohe Studienberechtigtenquoten, oft verbunden mit horizontalen Strukturen. Demzufolge findet die entscheidende Selektion in diesem Modell nicht mehr innerhalb des Schulsystems, sondern an der Stufe des Hochschulzugangs statt. Meist ist dies damit verbunden, dass Hochschulabschlüsse generell oder jedenfalls Abschlüsse eines bestimmten Typus von Hochschulen eine hohe weichenstellende Bedeutung für die späteren Berufsbiografien und den Berufserfolg haben. Elemente dieses Modells finden sich in Japan, teilweise auch in den USA, insbesondere im Bereich der „Spitzenuniversitäten“, auch wenn das amerikanische System als Ganzes aufgrund seiner hohen inneren Vielfalt nicht vollständig diesem Typus entspricht.

In einem dritten Modell könnte man den Hochschulzugang als „Knotenpunkt“ in einem insgesamt relativ durchlässigen Bildungssystem bezeichnen. Ein solches Modell weist eine hohe Durchlässigkeit zwischen den Institutionen des sekundären und tertiären Systems auf, mit einer Vielfalt von Zugängen ebenso wie mit einer Vielfalt von Ausgängen. Abgang ist dann meist nicht mit Abbruch gleichzusetzen, sondern eröffnet die spätere Möglichkeit, wieder in das System zurückzukehren. Das postsekundäre System, ich spreche jetzt ganz bewusst nicht mehr vom Hochschulsystem, weist eine Vielzahl von Institutionen und alternativen Angeboten mit wechselseitigen Übergängen und Anerkennungsmöglichkeiten auf. Die Struktur der Studierenden zeichnet sich durch eine hohe Alterspluralität aus, und vielfach ist es gar nicht mehr möglich, Hochschulen eindeutig von anderen postsekundären Ausbildungseinrichtungen abzugrenzen. Elemente dieses Systems finden sich in Skandinavien, aber auch in den USA, wenn man an den relativ offenen Collegesektor des amerikanischen Hochschulsystems denkt.

2. Funktionsprobleme des Hochschulzugangs in Deutschland

Warum funktioniert nun das „alte Modell“ des Hochschulzugangs in Deutschland nicht mehr? Mit „altem Modell“ ist die enge Kopplung von Abitur, Studienberechtigung, uneingeschränktem Hochschulzugang (seit den späten 1960er Jahren allerdings limitiert durch Zulassungsbeschränkungen) und Studierfähigkeit gemeint. Warum funktioniert das in Deutschland, etwas vorsichtiger formuliert, nur noch eingeschränkt? Hier lässt sich eine ganze Reihe von Ursachen identifizieren.

Die erste Ursache ist sicherlich die enorme Expansion der Studiennachfrage. Das Wachstum der Studiennachfrage und des Hochschulbesuchs von einer jahrgangsbezogenen Studienanfängerquote von etwa fünf bis sechs Prozent um 1960 auf inzwischen (2007) gut 37 Prozent hat dazu geführt, dass das Hochschulsystem heute durch eine völlig andere Komposition der Studierenden gekennzeichnet ist, als das früher der Fall war.¹ Mit dieser enormen Expansion geht eine deutlich größere Heterogenität in der Zusammensetzung der Studierenden einher. Das ist häufig kritisch mit der Oberstufenreform in Verbindung gebracht worden. Ohne Zweifel hat die Oberstufenreform mit ihrer größeren Flexibilität in der Kurs- und Fächerwahl mit dazu beigetragen, dass diese Heterogenität größer geworden ist. Viel tief greifender ist aber ein kultureller Wandlungsprozess gewesen, der oft mit dem Begriff der Individualisierung charakterisiert wird und der keine Folge der Oberstufenreform, sondern des expansiven Wachstums und größerer gesellschaftlicher Differenzierung in unterschiedliche Milieus und Subkulturen gewesen ist. Diese Entwicklung auf der Nachfrageseite findet eine Parallele auf der Angebotsseite. Hochschulen sind heute Großbetriebe, die durch eine deutliche Ausweitung und Diversifizierung des Studienangebots gekennzeichnet sind. Ich will hier nur daran erinnern: Als das Abitur in Deutschland eingeführt worden ist, zu Beginn des 19. Jahrhunderts, gab es in Deutschland an einer voll ausgebauten Universität gerade einmal vier Fakultäten. Eine eigenständige naturwissenschaftliche Fakultät war zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch unbekannt. Den Begriff Studiengang gab es noch gar nicht. Das Studienangebot beschränkte sich auf wenige breit definierte Fächer. Heute gibt es je nach Zählweise etwa 10.000 unterschiedliche Studienangebote mit einem stark variierenden Spezialisierungsgrad.

Die Vorstellung, dass es sich in Deutschland, qualitativ gesehen, um ein relativ einheitliches Hochschulsystem mit wenigen Hochschultypen und weitgehend ähnlichen Qualitätsstandards und Leistungen in Lehre und Forschung handelt, löst sich mehr und mehr durch eine zunehmende z. T. informelle, z. T. manifeste Differenzierung der Hochschulen auf. Diese Differenzierung kann auf mehreren Ebenen stattfinden. Es kann sich (1) um Formen der horizontalen Differenzierung handeln, wie fachliche Schwerpunktsetzungen, heute häufig, aber nicht ganz zutreffend als Profilbildung bezeichnet; schließlich beinhaltet Profilbildung mehr als Schwerpunktbildung. Es kann sich (2) um vertikale Differenzierung entlang solcher Kriterien wie Qualität, Leistungen oder Reputation handeln. Das wichtigste Instrument einer stärkeren vertikalen Differenzierung des deutschen Hochschulsystems ist gegenwärtig sicher die Exzellenzinitiative. Differenzierung kann sich aber nicht nur zwischen Hochschulen – also interinstitutionell –, sondern (3) auch intrainstitutionell vollziehen, so zum Beispiel durch Diversifikation des Studienangebots oder unterschiedlicher Studiengangsebenen.

Das Verhältnis zwischen Gymnasium und Universität ist in Deutschland bildungstheoretisch seit dem frühen 19. Jahrhundert im Grunde als zwei konsequente Stufen einer einheitlichen, durchgehenden Bildungsbiographie gedacht worden. Diese Bildungseinheit von Gymnasium und Universität hat sich historisch vielleicht nicht gleich aufgelöst, aber gelockert. Eine wichtige Entwicklung ist hier sicher gewesen, dass die Diskrepanz zwischen dem gymnasialen Bildungskanon mit dem Anspruch auf Studien- und Wissenschaftspropädeutik im Medium allgemeiner Bildung und der Vielfalt sowie dem Spezialisierungsgrad der Studienangebote immer größer geworden ist und dass damit das, was noch hinter unserem Berechtigungsmodell steht, die Fiktion der allgemeinen Hochschulreife, offensichtlich wird. Damit schwindet auch die alte über das Abitur ver-

¹ Den sozialen Wandel in der Zusammensetzung der Studierenden in Deutschland kann man zum Beispiel anhand der von HIS durchgeführten Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks (zuletzt Isserstedt, Middendorff, Fabian & Wolter, 2007) und anhand des Konstanzer Studierendensurveys (zuletzt Multus, Barge & Ramm, 2005) gut nachvollziehen. Beide Untersuchungsreihen stellen umfangreiche Zeitreihen über Studierende zur Verfügung.

mittelte Identität von Berechtigung und Fähigkeit. Eine ähnliche Gleichheitsfiktion wie im Hochschulsystem prägte auch das Schulsystem, indem dort unterstellt worden ist, dass es eine gewisse Gleichheit zwischen den Gymnasien im Blick auf ihre Qualität und ihre Leistungen gibt, die sich in der allgemeinen Berechtigungswirkung des Abiturs niederschlägt. Inzwischen weiß man, dass das nicht zutrifft und die Qualität von Gymnasien nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch innerhalb der Länder erheblich variiert.

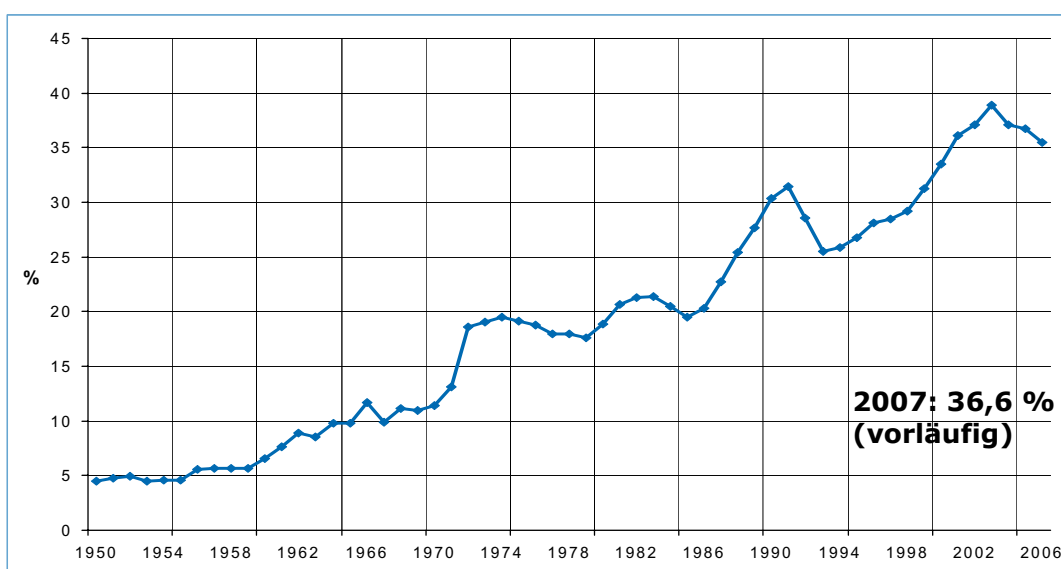
Ich sehe gegenwärtig im Wesentlichen fünf zentrale Probleme des Hochschulzugangs, die ich im Folgenden kurz erläutern möchte.

- Das erste zentrale Problem des Hochschulzugangs bezeichne ich als das *Mobilisierungsproblem*. Wir beobachten bereits seit langer Zeit, dass die (realisierte) Studierbereitschaft in Deutschland, statistisch ausgedrückt: die Übergangsquote von der Schule in die Hochschule, stagniert und dass seit ein paar Jahren ebenfalls die Studiennachfrage, die Studienanfängerzahlen ebenso wie die Studienanfängerquoten, stagnieren und diese Kennzahlen noch weit von den angestrebten Zielzahlen entfernt sind.
- Das zweite Problem bezeichne ich als das *Kapazitätsproblem*, was sich vor allem in der Ausweitung von lokalen Zulassungsbeschränkungen manifestiert. Politisch ist diese Entwicklung insofern sehr wichtig, als sie in Erwartung steigender Studienanfängerzahlen eines der Motive für die Diskussion über den Hochschulpakt 2010 beziehungsweise 2020 darstellt.
- Das dritte Problem ist das *Allokationsproblem*, vereinfacht ausgedrückt: Personen (hier Studieninteressierte) zu einem Ort zu bringen (einer Hochschule oder einem Studiengang). Es umfasst zwei Aspekte. Die Studienentscheidung wird für viele Studienberechtigten zunehmend komplexer aufgrund der Vielzahl der dabei zu berücksichtigenden Kriterien, und der starke institutionelle Wandel, der sich gegenwärtig im Hochschulsystem (z. B. mit den neuen Studiengängen oder mit der Einführung von Studienbeiträgen) vollzieht, verschärft die Komplexität dieser Entscheidung noch. Der zweite Aspekt ist das Passungsproblem zwischen individuellen Erwartungen und Voraussetzungen auf der einen Seite und den spezifischen Anforderungen des Studiums, insbesondere des angestrebten Studiengangs, auf der anderen Seite. Wenn sich Studiengänge im Rahmen von Differenzierung und Profilbildung stärker voneinander unterscheiden und ein jeweils besonderes Anforderungsprofil ausbilden, wird diese Komplexität noch mal anwachsen.
- Das vierte Problem ist eng damit verbunden; es wird klassisch mit dem Begriff der Studierfähigkeit bezeichnet. Ich nenne es das *Qualifizierungsproblem* des Hochschulzugangs. Die Vorbildungsleistungen des Gymnasiums und die speziellen Anforderungen eines Hochschuls Studiums in einem Studiengang bzw. Studienfach sind nicht mehr so einfach miteinander zu vermitteln, wie das noch bei einem deutlich geringeren Diversifikationsgrad des Studienangebots der Fall war. Die Hochschulen nehmen dies als mangelnde Studienfähigkeit wahr, auch die Studierenden sehen sich durch die Schule unzureichend auf das Studium vorbereitet, wie die HIS-Studienanfängerbefragungen immer wieder zeigen.
- Das fünfte Problem schließlich bezeichne ich als das *Durchlässigkeitsproblem*, das in zwei Varianten auftritt, als soziale Durchlässigkeit – das ist das ebenfalls nicht mehr ganz neue Thema der Chancengerechtigkeit des Hochschulzugangs – und als geringe institutionelle Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschule.

3. Studiennachfrage und Zulassungsbeschränkungen

Zunächst einige wenige statistische Informationen zu dem ersten Punkt, dem *Mobilisierungsproblem*. In einer sehr langen Zeitreihe (Abb. 1) zeigt sich, dass sich die Studienanfängerquote von 1950 bis in die jüngste Gegenwart hinein eigentlich relativ kontinuierlich, bei nur kleineren Schwankungen, erhöht hat. Der Sprung zu Anfang der 1970er Jahre ist auf die Einführung der Fachhochschulen zurückzuführen; der Einbruch zu Beginn der 1990er Jahre auf die Wiedervereinigung, da die Studierquoten im Gebiet der ehemaligen DDR zu dieser Zeit noch deutlich niedriger lagen als im Westen Deutschlands. Der starke Anstieg in der zweiten Hälfte der 1980er und dann wieder seit 1993 und die Stagnation seit dem Jahre 2003 sind deutlich zu erkennen. Für das Jahr 2007 prognostizierte die Kultusministerkonferenz (KMK) in ihrer letzten Prognose (2005) zwischen 380.000 und 420.000 Studienanfänger/innen. Die vorläufige Zahl (Dezember 2007) liegt mit 358.000 deutlich darunter. Und es gibt speziell in einigen Fächern, die als besonders wichtig für die wirtschaftliche und technologische Zukunft angesehen werden, vor allem in einigen Ingenieurwissenschaften, erhebliche Nachfragedefizite.

Abb. 01 Entwicklung der Studienanfängerquote von 1950 bis 2006 in Deutschland²

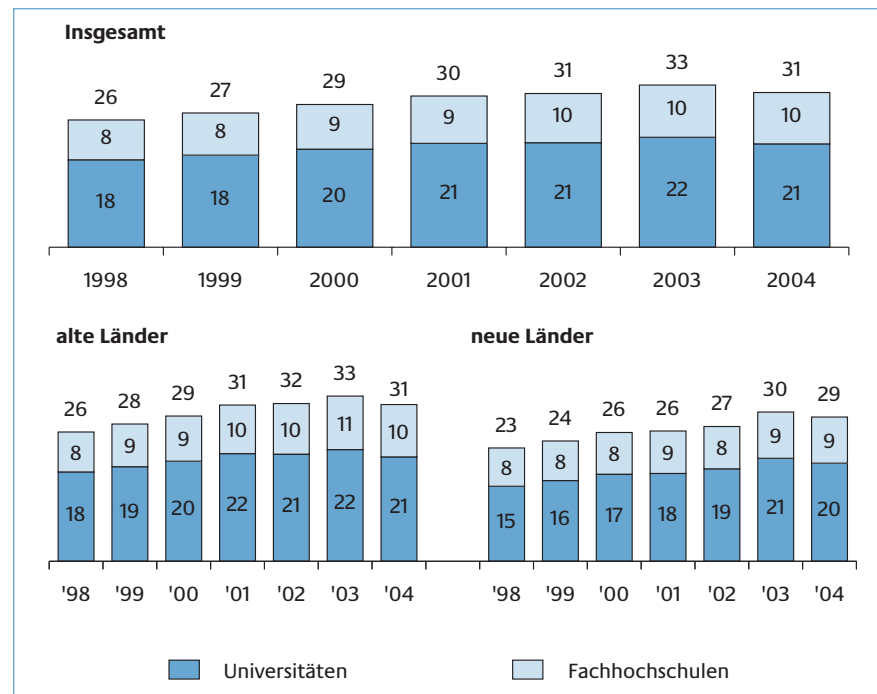


Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistische Jahrbücher, Nicht-monetäre hochschulstatistische Kennzahlen, Helberger & Palamidis (1992)

Die Studienanfängerquote, für die der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen aus dem Jahr 2006 zum bedarfs- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems eine Zielzahl von 40 Prozent empfohlen hat, liegt bei 30 bis 33 Prozent (Abb. 2) – ohne Berücksichtigung der Bildungsausländer/innen, die zum Studium nach Deutschland kommen, aber nach herkömmlicher deutscher Migrationspolitik dem hiesigen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (sollen). Das heißt: die gleichsam autochthon erzeugte Studiennachfrage in Deutschland pendelte in den letzten Jahren so um die 30 bis 32 Prozent herum und liegt damit noch um etwa acht bis zehn Prozentpunkte von den Zielzahlen des Wissenschaftsrates entfernt.

² Bis 1992 nur alte Länder

Abb. 02 Studienanfängerquoten 1998 - 2004, nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung, in %³



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Quelle: Isserstedt, Middendorff, Fabian & Wolter (2007)

Über die Gründe für die rückläufige bzw. stagnierende Studiennachfrage gibt es verschiedene Hypothesen. Ich sehe im Wesentlichen zwei Ursachen, die sich empirisch bestätigen lassen. Erstens: die Studierbereitschaft. Aus den Zeitreihen des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung der Übergangsquote und den Zeitreihen der HIS GmbH zur Entwicklung der Studierquote geht hervor, dass seit Ausgang der 1980er Jahre die Studierbereitschaft und die Übergangsquoten der nachkommenden Abiturientenjahrgänge in den Hochschulbereich zwischen 70 und 75 Prozent stagnierten. In den 1970er und frühen 1980er Jahren lagen diese Werte noch höher. Sie schwankten in den letzten Jahren etwas hin und her, aber der politisch erwünschte Wachstumstrend oder zumindest eine Konsolidierung auf höherem Niveau zeichnen sich zurzeit nicht ab. Eine Ursache für die von der KMK zu hoch geschätzten Studienanfängerzahlen ist daher auch in den zu optimistisch angesetzten Übergangsquoten zu sehen. Offensichtlich weichen Studienberechtigte in größerem Umfang als angenommen auf Alternativen aus dem Bereich der betrieblichen Berufsausbildung oder aus dem Bereich der Berufsfachschulen oder auf andere Optionen aus. Die Konkurrenz zwischen den Hochschulen und anderen Angeboten einer attraktiven Ausbildung um dieselbe Klientel – Studienberechtigte – wird offenkundig schärfer, das Abitur hat längst nicht mehr nur die Funktion der Studienberechtigung, sondern auch der Chancenoptimierung für eine nicht-akademische Berufskarriere.

Auch für die zweite wichtige Ursache, dem von mir oben genannten *Kapazitätsproblem*, lassen sich Belege anführen: die zunehmende Ausweitung der Zulassungsbeschränkungen. Hier

³ „Nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung“ bedeutet, dass hier nur Studienanfänger/innen berücksichtigt werden, die in Deutschland ihre Studienberechtigung erworben haben.

liegt im Übrigen eine zweite Ursache für die zu hoch angesetzten Prognosen der Studiennachfrage, weil üblicherweise die begrenzten Aufnahmekapazitäten der Hochschulen als Variable in Prognosemodelle nicht eingehen und – methodisch gesehen – Nachfrageprognosen, streng formuliert, eher den Charakter von Nachfragepotentialprognosen haben, bei denen offen bleibt, in welchem Umfang das Potential tatsächlich realisiert werden kann. Auch hier zeigt sich wieder die Bedeutung einer nachfrageorientierten Ausweitung der Studienkapazitäten. Nach der Datenbank der Hochschulrektorenkonferenz gab es in Deutschland im Sommersemester 2007 insgesamt beinahe 12.000 Studiengänge (Abb. 3). Im Bereich der neuen Studiengänge sind danach immerhin fast zwei Drittel der neu eingeführten Bachelorstudiengänge mit einem örtlichen Numerus clausus versehen. Die Quote ist deutlich höher als bei den grundständigen Studiengängen alter Art. Es sieht so aus, als ob mit der Studienreform im Kontext des Bologna-Prozesses ein Prozess der Abschließung der Zulassung einhergeht. Allerdings bestehen an den Hochschulen gegenwärtig noch alte und neue Studiengänge nebeneinander, und die Kapazitäten müssen entsprechend aufgeteilt werden, zusätzlich ja auch noch zwischen der Bachelor- und der anschließenden Masterphase.

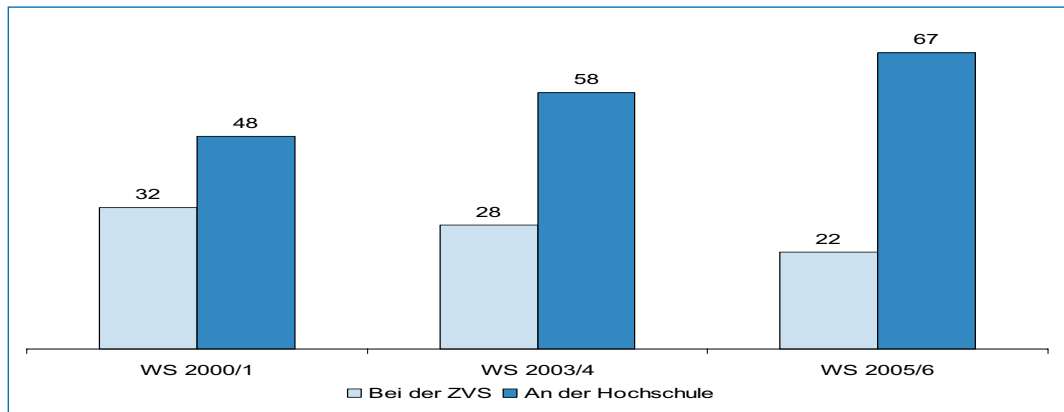
Abb. 03 Anteil der Studiengänge mit Zulassungsbeschränkungen an deutschen Hochschulen (Sommersemester 2007)

	Studiengänge insgesamt	Davon in %:		
		Kein NC	Örtlicher NC	ZVS-Verfahren
Grundständige Studiengänge	8.325	46,0	51,5	2,5
Bachelor-Studiengänge	3.368	35,0	64,5	0,6

Quelle: HRK

Die zunehmende Bedeutung von Zulassungsbeschränkungen zeigt sich auch in den Ergebnissen von HIS-Befragungen (Abb. 4), wenn Studienanfänger/innen danach gefragt werden, ob sie beim Hochschulzugang mit der Überwindung von Zulassungsbeschränkungen zu kämpfen hatten oder nicht. Der Anteil derjenigen Studienanfänger/innen, die angaben, dass sie Zulassungsbeschränkungen bei ihrer Bewerbung überwinden mussten, ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Aus der Sicht der Hochschulforschung muss man aber darauf hinweisen, dass das von mir hier so genannte Kapazitätsproblem nur so etwas wie eine Chiffre für tiefer liegende Entwicklungsprobleme und Diskrepanzen im deutschen Hochschulsystem bildet. Insgesamt spricht vieles dafür, dass das deutsche Hochschulsystem den säkularen Wandel durch massive Expansion und enormes Wachstum – oft als „massification“ bezeichnet – zu sehr in den alten Strukturen von Zugang und Zulassung, Programmangebot und Studienorganisation aufgefangen hat.

Abb. 04 Anteil der Bewerber/innen um einen zulassungsbeschränkten Studienplatz an allen Studienanfängern/innen (in %)



Quelle: HIS-Studienanfängerbefragungen

In der aktuellen hochschulpolitischen Debatte spielen zwei weitere Erklärungen für die erwartungswidrige Stagnation der Studiennachfrage eine prominente Rolle: der Verweis auf die Einführung von Studiengebühren bzw. Studienbeiträgen in einigen Ländern sowie auf die schwierigen Bedingungen des Übergangs von der Hochschule in den Beruf, für die der Slogan „Generation Praktikum“ sprichwörtlich geworden ist. Was die Studienbeiträge betrifft, so sind die Effekte zwischen den Ländern, die solche Gebühren eingeführt haben, nicht einheitlich und in der Richtung nicht eindeutig. In einigen Ländern mit Studienbeiträgen sind gerade im Jahr ihrer Einführung die Anfängerzahlen überdurchschnittlich angestiegen, während sich in anderen Ländern der umgekehrte Effekt zeigt. Insgesamt gesehen bleibt aber der bundesweit zu beobachtende leichte Anstieg der Anfängerzahlen im Wintersemester 2007/8 in den „Gebührenländern“ hinter dem in den gebührenfreien Ländern zurück. Allerdings setzte der Rückgang der Studiennachfrage bereits im Jahr 2004 ein, als es noch gar keine Studiengebühren in Deutschland gab und auch das Verfassungsgericht sein diesbezügliches Urteil noch gar nicht gesprochen hatte.

Arbeitsmarkteffekte, eine weitere Erklärung, sind deshalb mit einem Fragezeichen zu versehen, weil sich eigentlich die Arbeitsmarktbedingungen zurzeit relativ günstig für Hochschulabsolventen und -absolventinnen darstellen, wenn auch mit erheblichen Unterschieden zwischen den Fächergruppen, so dass man eher von fachspezifisch segmentierten Teilarbeitsmärkten sprechen muss. Die mediale Thematisierung der „Generation Praktikum“ überzeichnet nicht nur die statistische Bedeutung dieses Phänomens – unter den Hochschulabsolventen/-absolventinnen des Jahres 2005 haben durchschnittlich gerade 15 Prozent ein Praktikum nach Studienabschluss absolviert mit allerdings erheblichen Unterschieden zwischen stärker und praktisch gar nicht betroffenen Fachrichtungen. Aber in keinem Fach lässt sich davon sprechen, dass Praktikumskarrieren oder längere Beschäftigungslosigkeit zum generationstypischen Schicksal geworden sind. Es ist jedoch durchaus wahrscheinlich, dass die ambivalente oder gesplante Perzeption der Berufs- und Beschäftigungschancen von Hochschulabsolventen einen gewissen negativen, abschreckenden Effekt auf die Studierbereitschaft gehabt hat.

Solche Effekte treten weniger in dem Milieu derjenigen Studienberechtigten und ihrer Eltern auf, die fest zur Aufnahme eines Studiums entschlossen sind, komme was da wolle. Sie können sich aber durchaus in einem Milieu bemerkbar machen, in dem die Studienentscheidung men-

tal nicht so fest verankert ist und genau zwischen den Vor- und Nachteilen, Aufwendungen und Erträgen eines Studiums im Vergleich zu einem alternativen Ausbildungsweg abgewogen wird. Dies ist aber genau das Milieu, das es für ein Studium unbedingt zu gewinnen gilt, will man die Studienanfängerquote nachhaltig erhöhen. Hier kann die ohnehin schon ausgeprägte Verunsicherung der gegenwärtigen Generationen von Studienberechtigten durch kontrafaktische öffentliche Verbreitung schwerwiegender Arbeitsmarktprobleme noch zusätzlich verschärft werden. Gerade die „employability“ sichernde Funktion, die vom Bachelorstudium erwartet wird, wird insofern von einer großen Zahl an Studienberechtigten eher skeptisch gesehen, als der Bachelor ein Stück an nicht-akademische Ausbildungswege heranrückt.

Man kann relativ genau benennen, wo zukünftige Mobilisierungspotentiale beim Hochschulzugang zu suchen sind. Sie sind einerseits bei den jungen Frauen zu sehen, deren durchschnittliche Studierbereitschaft immer noch hinter der der Männer zurückbleibt, obwohl die Frauen inzwischen in Deutschland eine solide Mehrheit unter den Studienberechtigten und auch unter den Studienanfängern an Universitäten bilden. Es sind zweitens die Studienberechtigten aus den beruflichen Schulen, die regelmäßig eine niedrigere Studierbereitschaft aufweisen als die Studienberechtigten aus dem allgemein bildenden Gymnasium. Es sind drittens die Bildungsinländer/innen, die im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil unter Studienberechtigten und Studienanfängern stark unterrepräsentiert sind. Es sind viertens Familien, in denen noch keine akademische Bildungstradition verankert ist, und es sind schließlich fünftens die nicht-traditionellen Studierenden, vor allem hochqualifizierte Berufstätige ohne herkömmliche schulische Studienberechtigung – eine Gruppe, auf die ich noch zurückkomme.

4. Allokation, Qualifikation und Durchlässigkeit

Ich komme zu dem dritten Punkt, den ich mit dem Stichwort *Allokationsproblem* umschrieben habe. Unter dem ursprünglich ökonomischen Begriff Allokation können alle Entscheidungsprozesse, die mit der Aufnahme eines Studiums verbunden sind, zusammengefasst werden. Das beginnt bereits mit der Frage: Studieren oder nicht studieren, also einen alternativen Ausbildungsweg zum Studium wählen. Gerade in den letzten Jahren hat eine Diversifikation alternativer Ausbildungsangebote für Studienberechtigte stattgefunden, deren besondere Attraktivität auf kürzeren Ausbildungszeiten, hoher Praxisnähe, einer Ausbildungsvergütung und auf vielfältigen Weiterbildungsmöglichkeiten beruht. Dann ist natürlich die Wahl des konkreten Studienfachs, des Hochschultypus (Universität, Fachhochschule oder Berufsakademie) und nicht zuletzt die Wahl des Hochschulortes von zentraler Bedeutung. Alle diese Entscheidungsprozesse sind allein aufgrund der Optionsvielfalt deutlich komplizierter geworden. Vieles deutet darauf hin, dass Studienberechtigte hier in den letzten Jahren mehr und mehr vor etwas gestellt wurden, was man vielleicht mit dem Begriff der neuen Unübersichtlichkeit umschreiben könnte.

Über die im Vorfeld des Hochschulzugangs stattfindenden Orientierungs- und Entscheidungsprozesse wissen wir aus Studienberechtigtenbefragungen – etwa den bundesweiten HIS-Erhebungen oder den von einer Forschungsgruppe der TU Dresden regelmäßig durchgeführten sächsischen Abiturientenbefragungen, aber auch anderen Studien- und Berufswahlstudien – relativ gut Bescheid. Danach orientiert sich die Wahl eines Studienfachs nicht mehr allein an individuellen Interessensstrukturen und Fähigkeiten, wenn diese auch immer noch die beiden wichtigsten Entscheidungskriterien sind, sondern auch an den mit den verschiedenen Fächern jeweils verbundenen Berufs- und Beschäftigungschancen, die langfristig zu beurteilen ja gelegentlich schon Arbeitsmarktexperten schwer fällt. Den meisten Studienberechtigten ist bewusst, dass sie nicht allein mit einer grundsätzlichen Studienentscheidung, sondern auch mit ihrer Studienfach

bzw. Studiengangswahl zugleich eine beschäftigungspolitisch, für ihre zukünftigen Lebenschancen folgenreiche biographische Weichenstellung vornehmen. Angesichts der noch keineswegs wirklich klaren Arbeitsmarktchancen, die durch den Bachelor eröffnet werden, und den ebenso wenig klaren Chancen, eventuell ein Masterstudium anschließen und dadurch die persönlichen Berufschancen optimieren zu können, wird die subjektive Entscheidungssituation keineswegs einfacher, eher noch deutlich schwieriger angesichts dieser Überlagerung von interessens- und fähigkeitsgeleiteten Motiven mit chancen- und realitätsbezogenen Motiven.

Ohne Zweifel hat der tiefgreifende Wandel innerhalb des Hochschulsystems in all seinen verschiedenen Facetten dazu geführt, dass die kognitive Komplexität der Studienentscheidung größer geworden ist. Nicht zuletzt trägt dazu auch die stärkere vertikale Differenzierung des deutschen Hochschulsystems bei – Stichwort Exzellenzinitiative. Während in der Vergangenheit die Wahl des Studienortes relativ wenig von Ranking-, Qualitäts- und Reputationsaspekten von Hochschulen bzw. Studienorten beeinflusst wurde, wird in Zukunft nicht nur die Wahl des Studienfachs, sondern auch die des Hochschulortes, darüber hinaus möglicherweise sogar noch die Wahl eines spezifischen Studiengangprofils, viel stärker als in der Vergangenheit zu einer für die einzelnen Personen erfolgsrelevanten Schlüsselfrage. Grade wenn wir uns allmählich von der Gleichheitsfiktion deutscher Hochschulen verabschieden, wird die Frage: An welcher Hochschule studiere ich welches Fach mit welchem Studiengangprofil? mehr und mehr zu einer biographisch und arbeitsmarktpolitisch folgenreichen Entscheidung werden.

Schon in der Vergangenheit war bekannt, dass der Hochschulzugang als Allokationsprozess in Deutschland „suboptimal“, wenig zufriedenstellend verlief. Auch hier kann ich auf HIS-Studien verweisen, aus denen immer wieder hervorgeht, dass die Studienentscheidung häufig durch Informations- und Orientierungsdefizite, Kriterienmangel und große Entscheidungsunsicherheiten gezeichnet war und ist. So hat in einer aktuellen HIS-Studienberechtigtenbefragung (2007) mehr als die Hälfte der Befragten (53 %) die unklare zukünftige Arbeitsmarktentwicklung als ihre wichtigste persönliche Schwierigkeit bei der Wahl des nachschulischen Ausbildungsgangs bezeichnet. Es folgen mit 42 Prozent die schwer überschaubare Zahl der Optionen und mit 32 Prozent Unsicherheiten in der Einschätzung der eigenen Fähigkeiten. Weitere 24 Prozent bemängeln die unzureichende schulische Vorbereitung auf die Ausbildungsentscheidung, was man insofern noch positiv werten könnte, als 75 Prozent dies nicht bemängeln. Aber: Rund ein Fünftel der Studienanfänger/innen bewertet seinen bzw. ihren Informationsstand zum Zeitpunkt der Studienentscheidung mit „schlecht“ und „unzureichend“, nur weniger als die Hälfte mit „gut“ oder „sehr gut“.

Die Beratungsangebote der Arbeitsagenturen zeichnen sich Befragungsergebnissen zufolge durch eine bemerkenswerte Diskrepanz zwischen hoher Nutzungsfrequenz und niedriger Nutzensbewertung aus. Auf das Problem der Fluktuation, des Schwunds im Studium bis hin zum Studienabbruch, dem dauerhaften Verlassen des Hochschulsystems ohne Abschluss, ist bereits hingewiesen worden. Dieses Problem lässt sich sicher nicht vollständig, aber doch zu einem großen Teil auf einen nicht gut funktionierenden Allokationsprozess zurückführen. Man wird daher sagen können, dass das traditionelle und heute eigentlich immer noch vorherrschende deutsche Modell der Studienentscheidung und des Hochschulzugangs nach dem Prinzip der individuellen Selbstselektion so viele und gravierende Folgeprobleme hervorgerufen hat und immer noch hervorruft, dass eine wichtige Anforderung an eine Neuorganisation des Hochschulzugangs darin besteht, eine neue Balance zwischen individueller Freizügigkeit und institutioneller Verantwortung beim Übergang von der Schule zur Hochschule zu finden.

Was das vierte von mir genannte Entwicklungsproblem des Hochschulzugangs in Deutschland betrifft, das *Qualifizierungsproblem*, so ist dieses unter dem Stichwort der „Studierfähigkeit“

ein Thema mit einer schon langen historischen Tradition, nur dass man früher eher von „Maturität“ sprach. Schon seit dem 18. Jahrhundert kann man in charakteristischen historischen Wellen beobachten, dass aus den Universitäten heraus immer wieder eine massive Kritik an der schulischen Studienvorbereitung vorgebracht wurde. Historisch auffällig ist, dass solche Kritik gehäuft eher in Phasen von Überfüllungskrisen des akademischen Arbeitsmarktes oder in ausgesprochenen Wachstumsphasen des Hochschulbesuchs geäußert wurde und dann in Phasen eines manifesten akademischen Nachwuchsmangels eher wieder verschwand. Diese Beobachtung macht darauf aufmerksam, dass offenkundig auch ein anscheinend „rein“ eignungsdiagnostisches Problem historisch nicht ganz unabhängig von dem Verhältnis zwischen Nachfrage und Bedarf und davon beeinflussten Erwartungen und Wahrnehmungen ist und sich die Kriterien und Maßstäbe für akademische Eignung entsprechend verschieben können.

Eine weitere Beobachtung, gerade im internationalen Vergleich, auf die ich schon hingewiesen hatte, besteht darin, dass eine kritische Diskussion der Frage, wie studierfähig sind unsere Studienanfänger/innen, eine Art Arbeitsteilung zwischen Schule als „Lieferant“ und Hochschule als „Abnehmer“ zur systemischen Voraussetzung hat und die Hochschule von einer institutionellen Verantwortung für die Lernfähigkeit ihrer Studierenden freigesprochen wird. Was den gegenwärtigen empirischen Kenntnisstand hinsichtlich der Qualifizierungsfunktion des Hochschulzugangs betrifft, stammen unsere wichtigsten Befunde ganz überwiegend aus Hochschullehrenden-, meist Professorenbefragungen, die in der Regel ein sehr pessimistisches, günstigstenfalls ein skeptisches Bild der Studienvoraussetzungen von Studienanfängern zeichnen. Zuletzt hat Frau Konegen-Grenier (vom Institut der Deutschen Wirtschaft) im Jahr 2001 eine solche Studierfähigkeitsstudie vorgelegt, die auf einer Professorenbefragung basiert. Daneben gibt es eine Reihe fachspezifischer, oft lokaler Studienanfängeruntersuchungen (z. B. über die mathematischen oder naturwissenschaftlichen Vorkenntnisse von Ingenieurstudenten an der Universität), die dieses Bild tendenziell bestätigen. Eine Vielzahl der Daten und Ergebnisse zur Studierfähigkeitsentwicklung stammt aus der Begleitforschung zu bzw. Evaluation von Studierfähigkeitstests, die in gewisser Weise Vorläufer heutiger kompetenzbasierter Erhebungen sind. Was in Deutschland aber weitgehend fehlt, sind genauere Informationen über die Voraussetzungen, mit denen Studierende ein Studium aufnehmen, auf der Basis kompetenzorientierter Messungen, die sich nicht allein auf Selbst- oder Fremdeinschätzungen stützen. Wir verfügen bislang kaum über methodisch ausgereifte Ansätze einer kompetenzbasierten Messung von Studierfähigkeit. Einen Schritt in diese Richtung geht die in Baden-Württemberg vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung durchgeführte TOSCA-Studie (Köller, Watermann, Trautwein & Lüdtke, 2004).

Ein Hauptproblem in der Studierfähigkeitsdebatte ist sicherlich die Identifikation der relevanten Komponenten. Was eigentlich ist Studierfähigkeit? Welche Elemente gehören zur Studierfähigkeit? Hier findet sich eine große Pluralität von Kriterien und Konzepten, von – bildungstheoretisch gesprochen – eher materialen Definitionen (z. B. fachliche Vorkenntnisse) bis hin zu formalen Konzepten, die auf kognitive Fähigkeiten, Schlüsselkompetenzen oder „intellektuelle“ Kompetenzen abstellen. Weitere empirische Quellen, aus denen etwas über die Qualifizierungsfunktion des Hochschulzugangs zu erfahren ist, sind Studierendenbefragungen und Studienverlaufsanalysen. Das ist dann quasi die Probe auf den Pudding, weil hier die Bewältigung der tatsächlichen Studienanforderungen im Mittelpunkt steht. Aber das Bild ist auch hier nur graduell positiver, als es sich aus Hochschullehrerbefragungen ergibt. Wie sich aus den HIS-Studienanfängerbefragungen bereits für einen längeren Zeitraum ergibt, beurteilt rund ein Drittel der Studienanfänger/innen in Deutschland die Qualität der schulischen Studienvorbereitung mit einer deutlichen Skepsis, etwa ein Drittel mit „gut“ oder „sehr gut“ und ein weiteres Drittel, und auch das ist

kein positives Bild, mit „teils/teils“, worin sich ja schon ein hohes Maß an Unsicherheit ausdrückt. Studierende sehen nach solchen Befragungsergebnissen eine deutliche Differenz zwischen formaler Studienberechtigung und ihrer tatsächlichen Studierfähigkeit. Interessant ist, dass in den HIS-Anfängerbefragungen als Hauptdefizit in der Regel nicht das genannt wird, was in der Debatte über die Reform der gymnasialen Oberstufen immer im Vordergrund stand, nämlich fachspezifische Defizite in den Kernfächern oder Mängel in der Allgemeinbildung, sondern dass Studierende als ihre Hauptdefizite eher übergreifende Kompetenzen wie Techniken wissenschaftlichen Arbeitens, Studien- und Wissenschaftspropädeutik und Ähnliches mehr angeben, also solche Kompetenzfelder, die in einem gewissen Spannungsverhältnis zur Rekanonisierung der gymnasialen Oberstufe stehen.

Ich komme nun zum letzten meiner fünf Probleme, dem der *Durchlässigkeit des Hochschulzugangs*. Durchlässigkeit des Hochschulzugangs umfasst verschiedene Aspekte. Durchlässigkeit hat zunächst einmal einen formal-rechtlichen Aspekt, ein Beispiel hierfür sind die immer noch nicht sehr offenen Regelungen für den Zugang von qualifizierten Berufstätigen in Deutschland, die nicht über eine formale schulische Studienberechtigung verfügen. Ein zweiter Aspekt von Durchlässigkeit umfasst die informellen Selektionsprozesse, die direkt beim Übergang Schule - Hochschule unter allen Personen, die über eine Studienberechtigung verfügen, stattfinden. Hier ist empirisch mehrfach (z. B. in den HIS-Studienanfängerbefragungen oder in den von der TU Dresden durchgeführten sächsischen Studienberechtigtenbefragungen) gezeigt worden, dass der Schulleistung, z. B. der erwarteten oder schon bekannten Abiturnoten, eine zentrale Rolle bei der Entscheidung zwischen Studienaufnahme oder Studienverzicht zukommt. Aber diese Entscheidung erfolgt keineswegs allein leistungs- und fähigkeitsorientiert, vielmehr spielt hier auch der soziale Status des Elternhauses hinein. Die Trennungslinie verläuft mehr und mehr entlang der Frage, ob bereits ein Elternteil (oder beide) über einen Hochschulabschluss verfügt oder nicht. Diese kulturelle Voraussetzung ist für die Studienentscheidung von weit größerer Bedeutung als die wirtschaftliche oder finanzielle Situation der Eltern; Akademikerkinder nehmen auch dann häufiger ein Studium auf, wenn die finanzielle Lage ihrer Eltern eher prekär ist. Unter Kontrolle sowohl der Herkunft als auch der Schulleistung zeigt sich: Auch bei gleicher Schulleistung verzichten Studienberechtigte aus Elternhäusern, in denen kein Elternteil über einen Hochschulabschluss verfügt, häufiger auf ein Studium als Studienberechtigte, die zwar einen signifikant niedrigeren schulischen Leistungsstatus aufweisen, aber aus einem akademisch vorgebildeten Elternhaus kommen. Die Studienentscheidung hat offenbar viel mit der Reproduktion eines sozialen Status zu tun, und zugleich werden hier Fähigkeitspotentiale, früher sagte man Begabungsreserven, verschenkt.

Diese Form der Selektivität vollzieht sich direkt im Übergang von der Schule zur Hochschule. Ich hatte schon darauf hingewiesen, dass diese Schwelle von geringerer Bedeutung ist als die kontinuierliche Selektion, die sich über die ganze Schulzeit bis zum Abitur vollzieht. Ein dritter Aspekt von Durchlässigkeit betrifft daher die langen Wege, die überhaupt erst mit vielen Hürden zur Studienberechtigung hinführen, so dass hier die entscheidenden Selektionsprozesse im Vorfeld des Hochschulzugangs stattfinden. Am Endpunkt dieses Bildungsweges, dieses Hindernislaufs, der Studienberechtigung, kommt dann nur noch eine schon stark vorgefilterte Population an. Wie jeder weiß, ist der Übergang von der Grundschule zu einer weiterführenden Schulform der Sekundarstufe I nach wie vor ein solcher zentraler „screening“-Punkt; Verbleib und Erfolg im Gymnasium sind eine weitere Hürde. Die PISA-Studien haben mehrfach gezeigt, dass Schulerfolg und Bildungschancen nicht nur von individuellen Leistungen und Fähigkeiten, sondern hochgradig auch vom sozialen bzw. familiären Hintergrund abhängen. Die Chance, ein Gymnasium zu be-

suchen, verteilt sich auch bei gleicher Schulleistung oder kognitiver Kompetenz zwischen den sozialen Gruppen höchst ungleich.

Einige ganz wenige harte Fakten zur Frage der sozialen Durchlässigkeit des Hochschulzugangs, in der sich – wie schon gesagt – wesentlich eher die schulischen Selektionskarrieren, weniger die „Auslesemechanismen“, die sich direkt an der Schwelle des Hochschulzugangs abspielen, manifestieren: Nach den Ergebnissen der Sozialerhebung studieren in Deutschland zurzeit 83 Prozent aller Kinder aus Akademikerfamilien aus der entsprechenden Altersgruppe. Die höchste Quote (95 %), nicht sonderlich überraschend, weisen hier die Kinder auf, die aus einer Beamtenfamilie kommen, in denen entweder Vater oder Mutter oder beide bereits einen Hochschulabschluss vorzuweisen haben. Obwohl sie weniger als ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen, stellen sie gut die Hälfte, an den Universitäten beinahe 60 Prozent der Studierenden. Dieses Potential ist für eine Studienaufnahme fast vollständig ausgeschöpft. Aber auf der anderen Seite studieren in Deutschland zurzeit nur 23 Prozent aller Kinder aus Familien, in denen kein Elternteil einen Hochschulabschluss erworben hat. Das ist schon eine beträchtliche Differenz – vor allem wenn man dabei berücksichtigt, dass diese 23 Prozent eigentlich 80 Prozent aller Familien ausmachen (Isserstedt, Middendorff, Fabian & Wolter, 2007). Diese Disparitäten verschwinden auch keineswegs, wenn man die schulischen und kognitiven Leistungen kontrolliert, wenn man also den Einfluss der sozialen Herkunft auf Bildungswege bei gleicher schulischer oder kognitiver Leistung verfolgt. Die Disparitäten werden dann etwas kleiner, verschwinden aber nicht. Es deutet einiges darauf hin, dass wir in beträchtlichem Umfang Talente schon im Vorfeld des Hochschulzugangs in Deutschland verschenken.

Ein vierter Aspekt von Durchlässigkeit betrifft den deprimierend niedrigen Anteil nicht-traditioneller Studierender. Mit diesem Begriff werden im deutschen Hochschulsystem solche Studierende bezeichnet, die mit einer beruflichen Qualifikation, aber ohne herkömmliche schulische Studienberechtigung in die Hochschule kommen. Das Länderhochschulrecht sieht hierfür verschiedene Möglichkeiten vor: Zulassungs- oder Einstufungsprüfungen, prüfungsfreie Zugänge wie das Probestudium oder andere Modelle. Oft werden diese Möglichkeiten auch als Dritter Bildungsweg bezeichnet, unterschieden von den schulischen Einrichtungen des Abendgymnasiums und des Kollegs (als dem Zweiten Bildungsweg), die sich an eine ähnliche Klientel wenden. Diese Personengruppe hat in Deutschland in den letzten Jahren bei Staat, insbesondere dem Bund, bei Gewerkschaften und Wirtschaft eine erhöhte politische Aufmerksamkeit gefunden, zum einen als Teil des Bologna-Prozesses, in dem die Forderung nach „recognition of prior learning“ eine zentrale Bedeutung hat, und des parallel verlaufenden Kopenhagen-Prozesses in der europäischen Berufsbildungspolitik, zum anderen als Teil der Strategie, neue Potentiale hochqualifizierter Fachkräfte zu identifizieren und zu fördern – unter Einschluss eines Studiums.

Die Struktur des Hochschulzugangs hat sich eigentlich in Deutschland in den letzten Jahren kaum verändert, wenn man sich den Bereich der Universitäten anschaut. 95 Prozent aller Studienanfänger/innen in den Universitäten kommen nach wie vor mit dem Abitur an die Hochschule. Die Zugangswege für Berufstätige kommen bei den Universitäten auf einen Anteil von unter einem Prozent, und unter den deutschen Ländern gibt es eigentlich nur ein Land, das hier einen etwas höheren Anteil erreicht, nämlich Niedersachsen. Etwas günstiger sieht die Situation an den Fachhochschulen aus. An den Fachhochschulen ist der Anteil der Abiturienten deutlich geringer, was mit den fachhochschuleigenen Zugangswegen über die Fachoberschule oder die Fachschule zusammenhängt. Aber der Anteil Berufstätiger, die ohne herkömmliche Hochschulreife in die Fachhochschulen gekommen ist, fällt auch hier nur unwesentlich höher als an den Universitäten. Diese Daten sind auch als Zeitreihe verfügbar, die zeigen würde, dass sich die Strukturen des Hoch-

schulzugangs seit den frühen 1990er Jahren kaum verändert haben. Obgleich nahezu alle Bundesländer seit dieser Zeit hochschulrechtlich neue oder vermehrte Möglichkeiten des Zugangs für Berufstätige geschaffen haben, hat dies nicht zu einer deutlichen Vergrößerung ihres Anteilswertes geführt, wie die Abbildung 5 für das Jahr 2006 zeigt.

Abb. 05 Deutsche Studienanfänger/innen (2006) nach Art der Studienberechtigung, in %

	Universitäten	Fachhochschulen	Insgesamt
Gymnasium	93,0	44,0	76,6
Zweiter Bildungsweg	2,1	5,5	3,3
Dritter Bildungsweg	0,9	1,9	1,2
Fachoberschule/ Fachhochschulreife	1,8	46,2	16,6
Sonstige/k.A.	2,2	2,4	2,3
Gesamt	100	100	100

N = 240.018

Quelle: Statistisches Bundesamt

Auch hier ist Durchlässigkeit im internationalen Vergleich zu sehen. In allen entwickelten Ländern hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg eine massive Hochschulexpansion vollzogen, wenn auch von unterschiedlichen Ausgangspunkten her, mit variierenden Verläufen und unterschiedlicher Geschwindigkeit. Es gibt aber einen auffälligen Unterschied zu Deutschland darin, dass in vielen Ländern mit der Hochschulexpansion deutlich erweiterte Zugangschancen zum Hochschulstudium für verschiedene soziale Gruppen verbunden gewesen sind – unter Einschluss so genannter „adult“, „mature“ oder „non-traditional students“. In Deutschland hat sich die Hochschulexpansion dagegen im Wesentlichen über das Abitur und nicht über eine Ausweitung von Zugangswegen vollzogen. Die einzige Ausnahme ist hier die Etablierung der Fachhochschulen mit ihrem eigenen Zugangsweg über die Fachoberschule gewesen. Die Alterspluralität deutscher Hochschulen ist so groß wie die Alterspluralität vieler Hochschulen im Ausland auch. Der Unterschied besteht darin, dass die Alterspluralität deutscher Hochschulen primär auf langen Erstausbildungszeiten beruht, während in vielen anderen Ländern nicht-traditionelle Studierende eine explizite Zielgruppe von Hochschulen darstellen, die deutlich höhere Teilnahmequoten aufweisen, und in vielen anderen Ländern Studierende bzw. Berufstätige nach ein paar Jahren der Berufstätigkeit für Zwecke der Weiterbildung wieder in die Hochschulen zurück kommen (Schuetze & Slowey, 2001; Schuetze & Wolter, 2003). Für Deutschland wird man bislang nur sehr eingeschränkt sagen können, dass nicht-traditionelle Studierende eine ausgesprochene Zielgruppe von Hochschulen gewesen sind, obgleich in der Vergangenheit mehrfach empirisch gezeigt wurde (Überblick bei Teichler & Wolter, 2004, S. 69), dass sie nicht minder studierfähig sind als Studierende mit Abitur und somit die immer wieder geäußerten Befürchtungen mangelnden Studienerfolgs und hoher Abbruchquoten so nicht zutreffen.

Weiter fällt im internationalen Vergleich auf, dass in Deutschland die Frage der Anrechenbarkeit beruflicher Leistungen auf Hochschulstudiengänge noch keine zentrale Rolle spielt, obgleich die Kultusministerkonferenz hier schon vor einigen Jahren eine recht weitgehende Flexibilität geschaffen hat, die aber kaum praktiziert wird. Eine Arbeitsgruppe wird sich ja auf dieser

Tagung noch speziell mit solchen Anerkennungsverfahren beschäftigen, in der über einige laufende Modellprojekte berichtet wird. Die mangelnde Ausbildung einer solchen Anerkennungskultur ist aber sicher einer der Gründe, warum in Deutschland der Anteil nicht-traditioneller Studierender so gering ausfällt. Ein anderer Grund besteht in der schwer überschaubaren, wenig transparenten Vielfalt der Länderregelungen. Unter den 16 deutschen Ländern existieren mehr als 30 verschiedene Varianten (für nicht einmal 2 % der Studierenden). Ein weiterer Grund liegt in der Dominanz des herkömmlichen Modells eines Präsenz-Vollzeitstudiums in Deutschland, während in anderen Ländern flexiblere Studienmodelle, insbesondere berufsbegleitende Studiengänge bzw. Teilzeitstudiengänge, dazu beitragen, dass Studienangebote auch von erwerbstätigen Studierenden wahrgenommen werden können. Es ist zu hoffen, dass die Flexibilität sowohl des Zugangs unter Einschluss solcher Anrechnungsverfahren als auch der Studienorganisation in den nächsten Jahren größer wird.

5. Schlussfolgerungen: Zur Funktion von Auswahlverfahren

Ein Bewährungskriterium für hochschuleigene Auswahlverfahren besteht darin, ob und inwieweit sie dazu beitragen, manifeste oder latente Entwicklungsprobleme des Hochschulzugangs zu lösen oder jedenfalls zu reduzieren. Dabei spielen auch die angestrebten Zielzahlen der Hochschulentwicklung, zum Beispiel eine bestimmte Studienanfängerquote, meist ist heute von 40 Prozent die Rede, eine Rolle. Im Einzelnen können hochschuleigene Auswahlverfahren dabei sehr unterschiedliche Funktionen erfüllen – und diese sind keineswegs frei von Zielkonflikten und Spannungen. Ich möchte sechs dieser möglichen Funktionen nennen:

- Hochschuleigene Auswahlverfahren können erstens der *Limitierung* oder Kontingentierung, also einer quantitativen Steuerung und Begrenzung des Hochschulzugangs dienen.
- Sie können zweitens der *Leistungsauslese*, einer „Besten“auswahl nach Qualitätskriterien, nach Fähigkeiten, Vorleistungen oder den jeweiligen Leistungsanforderungen, also der Selektion dienen. Diese Funktion wird insbesondere unter den Bedingungen einer stärkeren vertikalen Differenzierung des deutschen Hochschulsystems an Bedeutung gewinnen.
- Sie können drittens die „*Passfähigkeit*“ bzw. die Passung zwischen den individuellen Voraussetzungen, die Studierende mitbringen, und den jeweiligen Anforderungen von Studiengängen vergrößern. Sie können die Profilbildung bei Studiengängen fördern. Dies wäre eher eine moderate Form von Selektion, verbunden mit Bildungsberatung, die dazu beitragen kann, die Erfolgsquote im Studium zu steigern bzw. umgekehrt die drop-out-Quote zu verringern.
- Sie können viertens die *Allokationsfunktion* des Hochschulzugangs verbessern, indem sie die individuelle Rationalität und Reflektiertheit der Studienentscheidung vergrößern. Allokation und Passfähigkeit hängen eng zusammen, von daher besteht zwischen der dritten und vierten Funktion ein fließender Übergang.
- Hochschuleigene Auswahlverfahren können fünftens dazu dienen, *Marktsteuerung* beim Hochschulzugang zu simulieren, in dem entweder der Wettbewerb zwischen den Hochschulen oder der Wettbewerb unter den Studienbewerbern intensiviert wird. Von Simulation spreche ich deshalb, weil Hochschulzugang und Studienplätze nicht im engeren Sinne einen Markt bilden.
- Und sie können sechstens schließlich die institutionelle Stellung der Hochschulen, ihre Entscheidungsautonomie stärken – eine Art „*institutional empowerment*“, indem Entscheidungskompetenzen an die Hochschule zurückgegeben werden. Hier liegt der Schnittpunkt zwischen der Zugangssteuerung und dem Governancethema.

Natürlich müssen hier einige Differenzierungen vorgenommen werden. Einiges klang ja bereits in dem Beitrag von Herrn Minister Frankenberg an. Wir müssen unterscheiden zwischen Auswahlverfahren in Studiengängen mit Zulassungsbeschränkungen und in solchen Studiengängen, die keine Zulassungsbeschränkungen haben. Dahinter steckt die meinem Eindruck nach nicht wirklich geklärte und auch nicht immer offen diskutierte Frage, ob sich Auswahlverfahren, wie das gegenwärtig der Fall ist, von dem Sonderfall bestimmter Studiengänge (Kunst, Sport) abgesehen, auf Studiengänge mit einem Numerus clausus beschränken oder zu einem grundsätzlichen Prinzip der Zulassung zu einem Hochschulstudium avancieren sollen. Das würde die dann so gut wie vollständige Verriegelung der Hochschulzulassung, unabhängig von Kapazitätsfragen, bedeuten. Keine Frage, dass diese hochschulpolitische Vorstellung unter vielen Akteuren weit verbreitet ist, unbeschadet ihrer verfassungsrechtlichen Seite. Wir müssen weiter unterscheiden zwischen Auswahlverfahren auf der Ebene Erststudium/Bachelor oder auf der Ebene weiterführender Studiengänge. Profilbildung, Differenzierung, Passfähigkeit sind sicher alles Themen, die zunächst wenig mit begrenzten Kapazitäten und mit Zulassungsbeschränkungen zu tun haben, sondern in denen sich eine Perspektive ausdrückt, die generell auf eine Neuordnung des Zugangs zum Studium durch eine Entkoppelung von Zulassung und Abitur hinausläuft.

Wenn man jetzt überlegt, was leisten Auswahlverfahren oder was können sie zur Lösung der von mir genannten fünf Probleme beitragen, so wird man sicherlich zu einer differenzierten Einschätzung kommen. Zunächst wird hier ein unvermeidlicher Zielkonflikt zwischen den möglichen Funktionen von Auswahlverfahren deutlich, der insbesondere in dem Spannungsverhältnis zwischen Selektion und Allokation besteht. So können Auswahlverfahren auf der einen Seite dazu beitragen, den Entscheidungsprozess – Studium überhaupt, welches Fach, welche Hochschulart usw. – zu optimieren, sie hätten dann mehr eine diagnostisch-beratende Bedeutung. Sie würden dann zwar einer besseren Allokation, aber nicht notwendigerweise auch der vertikalen Selektion dienen. Auf der anderen Seite beruht aber ihre hochschulpolitische Attraktivität nicht zuletzt gerade auf ihren selektiven Konsequenzen. Die zentrale Frage bleibt, mit welcher Zielsetzung Auswahlverfahren und in welcher Form sie durchgeführt werden. Sollte sich das Selektionsmodell gegenüber dem Allokationsmodell durchsetzen, würde allerdings wohl die hochschulentwicklungs-politische Zielsetzung, mittelfristig die Studienanfängerquote auf einen Wert von um die 40 Prozent herum zu erhöhen, in weite Ferne rücken.

Einführung oder Ausbau hochschuleigener Auswahlverfahren werden das Mobilisierungsdefizit kaum beseitigen, ein direkter oder indirekter stimulierender oder erweiternder Effekt von Auswahlverfahren auf die zukünftige Studiennachfrage ist kaum anzunehmen. Auswahlverfahren sind ja ihrer Tendenz nach nicht auf Expansion, sondern auf Begrenzung – wenn nicht quantitativ, dann qualitativ – angelegt. Was die Kapazitätsprobleme der Hochschulen betrifft, ist natürlich ein entsprechender Effekt hochschuleigener Auswahlverfahren zu erwarten, der allerdings nicht die Ursachen der Kapazitätsprobleme, sondern nur die sich daraus ergebenden Folgen für die Auswahl und Verteilung der Studierenden betrifft. Der eigentliche Ansatzpunkt für hochschuleigene Auswahlverfahren ist sicherlich der dritte Komplex, den ich als Allokationsproblem bezeichnet habe, und hier ist inzwischen eine hohe empirische Evidenz dafür vorhanden, dass Auswahlverfahren ein ganz beträchtliches Potential zur Verbesserung der Allokationsfunktion des Hochschulzugangs haben – und zwar auf beiden Seiten, sowohl auf der Seite der Studierenden wie auf der Seite der Hochschulen.

Für das Qualifikationsproblem gilt ähnliches wie für das Kapazitätsproblem. Auswahlverfahren setzen an den Folgen, aber nicht an den Ursachen an. Das Qualifikationsproblem wird primär im Schulsystem produziert und durch hochschuleigene Auswahlverfahren nur indirekt, durch Dif-

ferenzierung zwischen eher qualifizierten und weniger qualifizierten Studienbewerbern berührt. Vorstellbar ist allerdings, dass hochschuleigene Auswahlverfahren stimulierende Rückwirkungen auf die Anstrengungsbereitschaft in der Schule haben können. Eine fortschreitende Implementierung von Auswahlverfahren hätte allerdings auch einen paradoxen Effekt: Es fiel dann den Hochschulen und Hochschullehrern nicht mehr so einfach, die Verantwortung für Vorbildungsdefizite nach dem Schwarze-Peter-Prinzip einfach an die Schulen weiterzureichen. Ein wirklicher Fortschritt wäre jedoch erst dann erreicht, wenn Schulen und Hochschulen die schrittweise Ausbildung der Studierfähigkeit als ein gemeinsames Abstimmungs- und Interaktionsproblem begreifen und ihre Kooperation verstärken würden.

Hinsichtlich des Durchlässigkeitsproblems, ich konzentriere mich jetzt auf die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschule, stehen hochschuleigene Auswahlverfahren zunächst vor der Frage: ein gemeinsames Verfahren für alle Bewerber/innen oder solche spezifische Verfahren für unterschiedliche Bewerber- und Qualifikationsgruppen entwickeln, die auch diejenigen Kompetenzen, Qualifikationen und Erfahrungen einbeziehen und anerkennen, welche auf anderen Wegen, nämlich über berufliche Bildung und Arbeit, erworben werden. Hier stehen wir wahrscheinlich noch ganz am Anfang der Diskussion: Wie können hochschuleigene Auswahlverfahren so gestaltet werden, dass sie die Durchlässigkeit des Hochschulzugangs insbesondere gegenüber beruflich qualifizierten Bewerbern nicht einschränken. Die Entwicklung von bildungswegunabhängigen Kompetenz"assessments" wäre hier ein Ausweg, wenn tatsächlich gewährleistet wäre, dass sie in ihrer Anlage und Durchführung nicht auf eine Qualifikationsgruppe zugeschnitten sind.

Die hochschulpolitische Schlüsselfrage bleibt letztlich, ob über Auswahlverfahren nur unter der Voraussetzung knapper Studienplätze oder eher mit der Perspektive Differenzierung und Profilbildung als ein generelles Modell zur Neuordnung des Hochschulzugangs diskutiert wird. Das ist letztlich nichts anderes als die Frage nach den maßgeblichen Zielen. Davon ist die Frage nach dem Umfang von Selektion und Limitierung bei der Studienzulassung durch Auswahlverfahren nicht zu trennen. Der Wissenschaftsrat hat seinen 2004 veröffentlichten Empfehlungen zur Reform des Hochschulzugangs eine mittlere Strategie empfohlen, nämlich die Allokationsfunktion des Hochschulzugangs (der Begriff taucht dort nicht auf) zu verbessern, ohne zugleich durch eine Art Übersteuerung auch seine Selektionsfunktion zu verstärken. Auf nationaler Ebene gibt es einen weitgehenden hochschulpolitischen Konsens in Deutschland, dass die Studiennachfrage und die Studienanfänger- und Absolventenzahlen weiter wachsen sollen. Auf institutioneller Ebene, also der Ebene der einzelnen Hochschulen, stellt sich dieser Konsens keineswegs so eindeutig dar. Wenn einzelne Hochschulen aber Auswahlverfahren als Strategie der Limitierung und Selektion praktizieren, stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen den institutionellen und nationalen hochschulpolitischen Zielsetzungen – ein weiterer Zielkonflikt.

Meine Schlussfolgerung besteht darin, dass die eigentliche Aufgabe, die wir zu lösen haben, darin liegt, ein Modell für Auswahlverfahren an den Hochschulen zu entwickeln, das die allokativen Funktion des Hochschulzugangs verstärkt, aber so konzipiert ist, dass es nicht zu einer Übersteuerung des Hochschulzugangs zu Lasten der Durchlässigkeit und Mobilisierung führt.

Literatur

- Heine, C., Krawietz, M. & Sommer, D. (2008):** Studienanfänger im Wintersemester 2006/7. HIS-Projektbericht. Hannover.
- Helberger, C. & Palamidis, H. (1992):** Die Nachfrage nach Bildung – Theorien und empirische Ergebnisse. Berlin.
- Isserstedt, W., Middendorff, E., Fabian, G. & Wolter, A. (2007):** Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006. 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationen-System. Bonn, Berlin.
- Köller, O., Watermann, R., Trautwein, U. & Lüdtke, O. (2004):** Wege zur Hochschulreife in Baden-Württemberg. TOSCA – Eine Untersuchung an allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien. Opladen.
- Konegen-Grenier, C. (2001):** Studierfähigkeit und Hochschulzugang. Köln. Multrus, F., Bargel, T. & Ramm, M. (2005): Studiensituation und studentische Orientierungen. 9. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen. Bonn, Berlin.
- Schuetze, H. G. & Slowey, M. (eds.) (2001):** Higher Education and Lifelong Learners. International Perspectives on Change. London. Schuetze, H. G. & Wolter, A. (2003): Higher Education, Non-traditional Students and Lifelong Learning in Industrialized Countries. In: Das Hochschulwesen. J. 51/5. 183-189.
- Teichler, U. (1984):** Hochschulzugang und Hochschulzulassung im internationalen Vergleich. In: Kellermann, P. (Hrsg.): Studienaufnahme und Studienzulassung. Aspekte des Wandels im Zugang zu den Hochschulen. Klagenfurt. 9-24.
- Teichler, U. (2003):** Hochschulzulassung und Struktur des Hochschulwesens. In: Schned, G./Ulrich, S. (Hrsg.): Hochschulrecht, Hochschulmanagement, Hochschulpolitik. Wien. 143-158.
- Teichler, U. & Wolter, A. (2004):** Zugangswege und Studienangebote für nicht-traditionelle Studierende. In: Pasternack, P. (Hrsg.): Konditionen des Studierens. Die Hochschule. J. 13/2. 64-80.
- Wissenschaftsrat (2006):** Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems. Berlin.
- Wolter, A., Lenz, K. & Laskowski, R. (2006):** Studierbereitschaft bleibt auf hohem Niveau. Die Studien- und Berufswahl von Studienberechtigten des Abschlussjahrgangs 2006 in Sachsen. Technische Universität Dresden.

Studierendenauswahl als Element neuer Governance-Strukturen

Prof. Dr. Frank Ziegele

In diesem Beitrag soll es um die Einordnung von Studierendenauswahl in Systeme der Steuerung, in Systeme des Hochschulmanagements gehen, sowohl gedacht von der staatlichen Ebene her als auch von der Ebene des hochschulinternen Managements.

Ausgangsüberlegungen und Beispiele für Modellkonsistenz

Die Ausgangsthese soll sein, dass Studierendenauswahl kein isoliert wirkendes Instrument ist, sondern in einer intensiven Wechselwirkung mit anderen Instrumenten der Steuerung von Hochschulen steht. Zunächst möchte ich dies anhand einiger Beispiele illustrieren, die so angelegt sind, dass es zwischen den verschiedenen Komponenten der Steuerung von Hochschulen Widersprüche, Konflikte und möglicherweise Dysfunktionalitäten geben kann, wenn diese nicht hinreichend abgestimmt sind.

Beispiel 1:

In Zielvereinbarungen mit dem Staat soll die Hochschule ein unverwechselbares Profil formulieren, aber entweder der Hochschulzugang bleibt offen, also man muss jeden nehmen, der kommt, oder folgt einem zentralen Zuteilungsmodell traditioneller Art. Profilierung und diese Zugangsmodi passen nicht zusammen. Wenn eine Hochschule sich profilieren will, wenn sie dieser Aufgabe nachkommen soll, anders zu sein als andere Hochschulen, dann kann sie nicht einfach jeden nehmen, sondern dann muss sich das auch in profilbezogenen Auswahlverfahren niederschlagen.

Beispiel 2:

Die Hochschulen können die Studierenden nach eigenen Verfahren auswählen, aber die Studierenden bringen keine Studienbeiträge mit und das Prinzip „Geld folgt Studierenden“ gilt auch nicht für die staatliche Finanzierung. In einem solchen System haben die Hochschulen zwar das Recht, sich diejenigen Studierenden auszusuchen, die sie haben wollen. Es gibt aber keinerlei finanziellen Anreiz, Studierende aufzunehmen, sondern Geld wird wie bisher primär nach Stellen zugewiesen. Es fehlt der Anreiz, um die Balance zwischen Offenheit und Partizipation auf der einen Seite und Qualitätssicherung und Profilbildung auf der anderen Seite zu gewährleisten. Erfahrungen in ausländischen Systemen zeigen, dass es wichtig ist, gerade die Aspekte der Studierendenauswahl und Studienbeiträge mit zu berücksichtigen und die Anreizfunktion zu gewährleisten.

Beispiel 3:

Studierendenauswahl soll eine Bestenauswahl und Qualitätsprofilierung ermöglichen, aber die Betreuungsrelation ist über die Kapazitätsverordnung (KapVO) fixiert und die Kapazitäten sind auszuschöpfen. Es ist klar, dass dies ein inhärenter Widerspruch im System ist, der über konsistente Gestaltung und letztlich Abschaffung der KapVO aufgelöst werden muss.

Beispiel 4:

Hochschul- und Studierendenprofil sollen passgenau sein, aber den Studierenden fehlen bei der Bewerbung die Informationen über die Hochschulprofile. Dann können sie die passende Hochschule auch nicht finden. Sehr interessant sind die Ausführungen von Herrn Frankenberg in die-

sem Kontext, die Aufgabe der Information bei Ministerien und Hochschulen zu verankern und genau das zu gewährleisten. Als CHE Centrum für Hochschulentwicklung versuchen wir, mit dem Ranking auch einen Beitrag dazu zu leisten, um die Informationslage der Studierenden zu verbessern. Märkte funktionieren nur auf der Basis von vorliegenden Informationen; ohne Information kann es nicht gehen. Das heißt, auch hier geht es um Elemente, die in der Wechselwirkung zusammenspielen.

Beispiel 5:

Studierendenauswahl soll das Hochschulprofil stärken, aber die Hochschule hat keine ausgereifte strategische Planung und die Fachbereiche stehen nicht hinter den strategischen Zielen. Damit kommen wir von der Frage der Konsistenz verschiedener staatlicher Steuerungsaspekte, wie Kapazitätsverordnung und Studierendenauswahl, zu den Fragen, die in der Hochschule selbst liegen, zu den Fragen des Hochschulmanagements. Strategische Steuerung funktioniert mehr oder minder gut. Im Zweifelsfall interessiert man sich auf der Ebene des Studienganges oder des Fachbereiches relativ wenig für das, was im Rektorat oder im Präsidium als Leitbild oder Profil formuliert wird.

Beispiel 6:

Studierendenauswahl soll das Hochschulprofil stärken, aber die Strategie der Hochschule ist weitgehend forschungsbezogen ohne klare Implikation im Lehrbereich. Auch das ist ein nicht ganz unrealistischer Fall, wenn man die aktuellen Entwicklungen durch die Exzellenzinitiative betrachtet. Es ist klar, dass sich Profilbildung im Augenblick sehr stark über Forschung vollzieht, über die Leistungen, die Cluster und was auch immer man über Forschung aufziehen kann. Die Lehre kommt da häufig erst in zweiter Linie, außer dass sie sehr allgemein in einem allgemeinen Exzellenzpostulat eingeschlossen ist. Aber welche Hochschule hat denn tatsächlich bestimmte Profilelemente in Bezug auf die Lehre deutlich in ihrem Profil verankert? Also auch hier mögliche Konflikte.

Diese Konflikte zwischen verschiedenen Elementen der Steuerung auf staatlicher Ebene und auf Ebene der Hochschule lassen folgende Schlussfolgerungen zu:

- Ein gutes Modell der Studierendenauswahl ist wichtig, aber garantiert alleine nicht die Wirksamkeit.
- Studierendenauswahl muss Teil eines konsistenten Gesamtmodells der Hochschulsteuerung sein.
- Studierendenauswahl ist als Teil eines größeren „Governance-Modells“ zu betrachten und zu analysieren. Governance wird dabei verstanden als Gesamtheit der Mechanismen sozialer Handlungskoordination.
- Es gibt für konsistente Governance sowohl Aspekte, die relevant sind auf der Ebene staatlicher Steuerung als auch auf der Ebene des hochschulinternen Managements.

Studierendenauswahl und Governance-Modelle

Wenn man tatsächlich eine Studierendenauswahl will, welche die auf dieser Tagung beschriebenen Kriterien erfüllt, also:

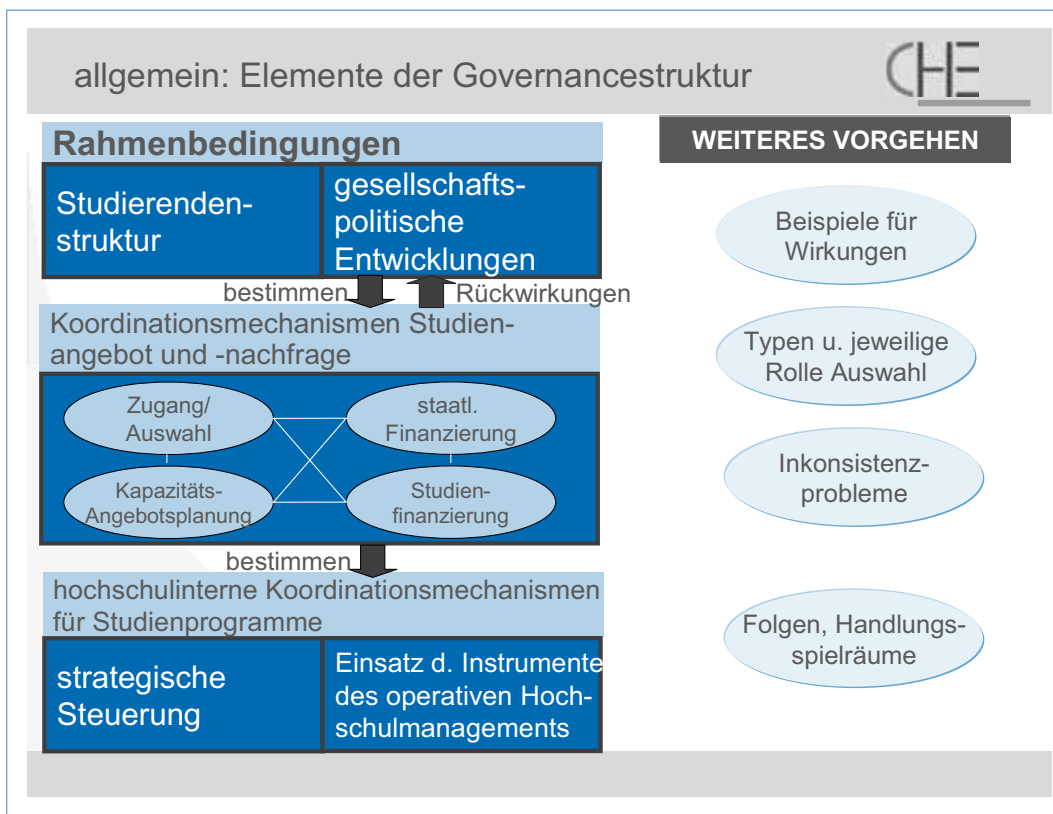
- deren Verfahren von der Hochschule autonom gestaltet wird,
- die sich am Profil der Hochschule orientiert und dieses stärkt,
- die Studierende wählt, die zum Profil der Hochschule passen und

- die über diese Passung auch noch eine Bindung oder Identifikation der Studierenden an die Hochschule erzeugt,

dann gibt es im Kontext konsistenter Governance bestimmte Voraussetzungen, die entscheiden, ob dies funktioniert. Auch bei einem noch so guten Verfahren der Studierendenauswahl wird diese nur wirksam bei einer autonomen Kapazitätsplanung. Weiter ist ein Anreizmechanismus nach dem Prinzip „Geld folgt Studierenden“ erforderlich, denn nur wenn die Studierenden staatliches Geld mitbringen, bestehen Anreize, sie durch gute Angebote und Studienbedingungen zu attrahieren. Das CHE hat jüngst unter dem Begriff „Aktivierende Hochschulfinanzierung“ ein Papier vorgelegt, dahinter steht die „Geld folgt Studierenden“-Idee nochmals neu aufgelegt und präzisiert. Unentbehrlich sind die freie Gestaltung der Betreuungsrelation, die mit der autonomen Kapazitätsplanung eng zusammenhängt, ein hoher Informationsstand der Studierenden, ein funktionierendes strategisches Management der Hochschule, eine Zielbildung im Bereich der Lehre und Studium und sicherlich noch weitere Aspekte, die das Bild abrunden. So die allgemeinen Lehren, die aus den obigen Beispielen zu ziehen sind.

Die These lautet, nicht allein Auswahl ist notwendig, sondern ein Gesamtkomplex eines funktionierenden Steuerungsmodells, das alle diese Aspekte in systematischer Weise entwickelt und mit einbezieht. Wenn wir diese Perspektive wählen, führt das zu folgendem Modell (siehe Abbildung 1).

Abb. 01 Elemente der Governancestruktur



Rahmenbedingungen dieses Systems sind zum einen die bereits angesprochene Studierendenstruktur, die sich neu entwickelt, und gesellschaftlich-politische Entwicklungen; zum anderen die staatliche Ebene der Koordinationsmechanismen von Studienangebot und Studiennachfrage, die sehr eng zusammenwirken, nämlich der Zugang, die staatliche Finanzierung, die Studienfinanzierung und die Kapazitäts- und Angebotsplanung und schließlich das hochschulinterne Management strategischer Art oder auch in Bezug auf den Einsatz der Instrumente des operativen Hochschulmanagements. Ausgehend von dem Punkt „Zugang/Auswahl“ wird deutlich, dass es genau diese Wechselbeziehungen sind, die den Zusammenhang in dem Governancesystem ausmachen, den Bezug zwischen Zugang und Auswahl und sämtlichen Aspekten der staatlichen Steuerung mit Kapazitätsplanung, den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und dem hochschulinternen Management.

Governance-Typen

Ausgehend von dem in Abbildung 1 dargestellten Modell will ich im zweiten Teil meines Beitrags zwei Punkte aufgreifen. Erstens: In Bezug auf die staatlichen Koordinationsmechanismen gibt es bestimmte Grundtypen. Man kann versuchen, diese Typen des Zusammenspiels zwischen Zugang, Finanzierung und Kapazitätsplanung herauszuarbeiten und in ihrem historischen Wandel darzustellen, um über diese Typen solche Inkonsistenzprobleme zu erklären, wie ich sie eingangs anhand der sechs Beispiele aufgezeigt habe. Zweitens geht es um die Frage, was bedeutet das für das Hochschulmanagement, also weg von dem staatlichen Modell mit seinen verschiedenen Facetten hin zu der Frage der hochschulinternen Steuerung.

Zunächst zu den unterschiedlichen Grundtypen der Steuerungs- bzw. Koordinationssysteme. Hier sollen drei der Grundtypen herausgearbeitet werden, die für unsere Frage besonders relevant sind. Wenn man sich die staatliche Steuerung, das staatliche Governancesystem im Hochschulsystem anschaut, dann findet man einerseits Typen, die eher auf Gleichheit der Bedingungen ausgerichtet sind, und man findet andererseits Typen, die eher auf den profilorientierten Ansatz setzen, womit das Problem der Passung erzeugt wird. Zu den gleichheitsorientierten Typen gehört insbesondere das „rationierte offene Modell“, zu den profilbezogenen gehören das „Anreizmodell“ und das „Aushandlungsmodell“. Diese sind folgendermaßen zu charakterisieren:

Elemente des rationierten offenen Modells

Bei dem rationierten offenen Modell handelt es sich um das traditionelle Modell der Steuerung. Die Grundidee ist freie Wahl von Fach und Ort, überall gleiche Bedingungen, also die traditionelle Idee von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und demnach auch Studienangebote. Der Hochschulzugang ist rationiert, die Rationierung erfolgt über einen staatlich geregelten Numerus Clausus bei begrenztem Haushalt. Eine staatlich regulierte Kapazitätsplanung, eine stellenbezogene Kapazitätsrechnung, die auch eine stellenbezogene Finanzierung erzeugt und ein staatliches Modell der Studienfinanzierung gehören ebenfalls dazu. Das führt zum alten System, das in Deutschland viele Jahre vorhanden war und zu einer ganz bestimmten Rolle der Auswahl- und der Zugangsmechanismen, nämlich den Studienerfolg zu prognostizieren, eine Mengenrationierung vorzunehmen und Chancengleichheit zu gewährleisten. Es sind also diese traditionellen Funktionen, die hier im Vordergrund stehen.

Elemente des Anreizmodells

Im Anreizmodell treten an die Stelle der Planung die staatlichen Leistungsanreize. Stichworte sind hier formelgebundene Mittelverteilung, Zielvereinbarungen, eine anreizorientierte Finanzierung,

die die Profilbildung zum Ergebnis haben soll, eine hohe Autonomie der Hochschulen, freie Kapazitätsplanungen, Autonomie auch in der Konzeption und Erhebung der Studienbeiträge, profilbezogene selbst gestaltete Zugangskriterien und Geld folgt Studierenden. In diesem System haben die Auswahl und der Zugang natürlich eine ganz andere Rolle. An die Stelle der vorgenannten traditionellen Kriterien treten Profilbildung und Passung, Studierendenwerbung und -bindung. Wenn sich der historische Wandel – das ist die These – von Modell A zu Modell B vollzieht, dann vollzieht sich genau diese Entwicklung der Ausrichtung in den Zugangsverfahren. Da sich zurzeit in den sechzehn Bundesländern und in Europa kein Einheitsmodell entwickelt, ist zu differenzieren zwischen einerseits einem Anreizmodell und andererseits einem Modell, das ich als Aushandlungsmodell charakterisieren würde.

Elemente des Aushandlungsmodells

Das Aushandlungsmodell ist vom Ergebnis und seinem Profilbezug her dem Anreizmodell sehr ähnlich, aber die Priorität wird hierbei nicht so stark auf Anreizverfahren, auf leistungsorientierte Budgetierung gesetzt, sondern es wird die gesamtplanerische Koordinationsverantwortung des Staates betont und ein Gegenstromprozess implementiert, bei dem zwar individuell von Seiten der Hochschule Kapazitäten geplant, aber über Vereinbarungen mit dem Staat geregelt und koordiniert werden. In diesem System werden insbesondere profilbezogene Leistungsmessung, Rechenschaftslegung sowie profilbezogene selbst gestaltete Zugangskriterien in den Vordergrund gestellt.

Einige der sechzehn Bundesländer, wie zum Beispiel Brandenburg, setzen sehr stark auf die Anreizsteuerung, wenn der Staat sich aus einer solchen Koordinationsfunktion weitgehend heraushält und auf die formelgebundene Verteilung verweist, die im Wettbewerb zustande kommt, während andere Länder auf das Instrument der Zielvereinbarung setzen und die Aushandlungsprozesse betonen. Beide haben dieselbe Orientierung in Bezug auf Profilbildung, daher sind beide unter profilorientierten Aspekten eingeordnet und beide haben die gleichen Konsequenzen für die Auswahlverfahren. Auch wenn es für das Thema der Tagung letztlich nicht entscheidend ist, welches dieser beiden Modelle dominiert, wollte ich deutlich machen, dass es zwei unterschiedliche Modelle gibt, die unterschiedliche Prioritäten setzen, auch wenn diese in der Realität nicht in reiner Form vorkommen, sondern hier idealisiert und typisiert dargestellt sind.

Entwicklungstrend der Governance-Typen

Aber was ist nun der Stand der derzeitigen Entwicklung? Wir sind in Deutschland und Europa übergegangen vom rationierten offenen zum Anreiz- und Aushandlungsmodell. Die historische Erklärung für die zu Beginn genannten sechs Probleme liegt darin, dass wir mit vielen Verfahren bereits diesen Schritt des Übergangs vollzogen haben, mit einigen Verfahren aber „zurückgeblieben“ sind und das vielleicht erst nach und nach in den Griff bekommen.

Schlussfolgerungen hieraus sind: Die Bedeutung des Tagungsthemas erklärt sich aus dem Wandel des Governance-Modells. Der Anlass für die neuen Auswahlverfahren ist gerade im neuen Governance-Kontext, nicht die bessere Prognose des Studienerfolgs (da bleibt nach wie vor der Erfolg beim Schulabschluss der beste Prädiktor!), sondern es geht primär um die Fragen der Profilbildung und der Studierendenbindung. Probleme entstehen, wenn Teile des Governance-Modells „zurückbleiben“. Hinzu kommt, dass auch bei einer neuen Rolle der Auswahlverfahren im Governance-Modell die bisherigen „alten“ Funktionen nicht völlig obsolet geworden sind; die Frage der Chancengleichheit und anderes, die im alten Verfahren ein hohes Gewicht hatten, bleiben natürlich als Zielsetzung weiterhin erhalten. Es besteht eine gewisse Gefahr, dass die bisherigen

Funktionen vernachlässigt und über neue Modelle nicht mehr in derselben Weise gewährleistet werden. Diese beiden letzten Punkte möchte ich im Weiteren näher beleuchten.

Zum einen die Frage, dass Teile des Governance-Modells zurückbleiben, was in verschiedenen Ländern in Europa unterschiedlich aussieht, hier an den Beispielen Deutschland und Österreich aufgezeigt. In Deutschland ist man mit dem zu geringen „Geld für Studierenden“- Anteil und der Kapazitätsverordnung im Bereich des alten Steuerungsmodells verblieben; mit der Profilbildung, den Zielvereinbarungen, den leistungsbezogenen Formen der Finanzierung und den selbst gesteuerten Auswahlverfahren zum neuen Modell übergegangen. In Österreich sieht die Situation völlig anders aus. Die Österreicher sind mit der Profilbildung, den Zielvereinbarungen usw. auch in der neuen Modellwelt, aber durch den offenen Hochschulzugang, also durch die Verpflichtung im universitären Bereich weiterhin jeden zu nehmen, der kommt, im alten Steuerungssystem verblieben. Hier ist also ein völlig anderer Konflikt zwischen altem und neuem Steuerungsansatz gegeben. Erweitert man die Perspektive auf andere europäische Länder hinsichtlich dieser Frage der Inkonsistenz von Governance-Systemen, dann sind in verschiedenen Staaten auch unterschiedliche Handlungsbedarfe zur Herstellung von Konsistenz erkennbar. Dennoch ist das hier gewählte Vorgehen, Inkonsistenzen über den historischen Wandel zu erklären und die Bedingungen zur Herstellung der Konsistenz der Steuerungselemente zu analysieren, ein Ansatz, der generell trägt, aber zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen.

Zum zweiten geht es um die Frage der Vernachlässigung traditioneller Funktionen. Wenn wir den Hochschulzugang so wie derzeit praktizieren, werden dann Defizite bei traditionellen Funktionen, zum Beispiel „widening participation“, also die Ausdehnung der Partizipation bildungsferner Schichten an Hochschulbildung, auftreten? Aus steuerungslogischer Sicht sollte zur Behebung der Defizite keinesfalls wieder in die alten Verfahren zurückgefallen werden. Eine Gefahr, die besteht, wenn das neue System nicht richtig funktioniert: erhöhte Partizipation soll mit den alten Mechanismen der Regulierung herbeigeführt werden. Es besteht also die Gefahr des Rückfalls in alte Modelle, was zu dem Schluss führt, wenn wir die traditionellen Funktionen aufrechterhalten wollen, dann müssen wir sie auch im neuen Governance-Modell verankern. Für das Beispiel „Partizipation/Chancengleichheit“ ist Großbritannien ein sehr gutes Beispiel. Über verschiedene Mechanismen haben es die Briten geschafft, Chancengleichheit sehr stark als Profilierungsaufgabe in den Hochschulen zu verankern; das heißt, in der Welt der profilorientierten Governance spielt der soziale Aspekt eine sehr große Rolle, damit wird geworben, was an den Entwicklungen im Bereich der Studienbeiträge zu sehen ist. Vor einigen Jahren wurden die Studiengebühren in England in einer großen Bandbreite (von 0 bis 3.000 Pfund) freigegeben, und das Ergebnis war, dass bis auf ganz wenige Ausnahmen praktisch alle Hochschulen 3.000 Pfund verlangen, aber über Stipendien und Sozialkriterien miteinander in Wettbewerb treten. Somit wird nicht die Höhe der Studiengebühren zum Werbeargument, sondern die soziale Ausrichtung, welche die Hochschule praktiziert. In diesem Kontext wurde das „Office for Fair Access“ gegründet, was im weitesten Sinne eine Art Akkreditierungsagentur für die sozialen Gerechtigkeitsmechanismen der Hochschule ist. England bemühte sich, die „alte“ Funktion des Hochschulzugangs „jung“ bleiben zu lassen und in das Steuerungsmodell auf konsistente Art und Weise zu integrieren. Zudem gibt es in England auch finanzielle Anreize in Form von Prämien für eine Hochschule, die es schafft, Studierende mit bestimmten sozialen Hintergründen zu attrahieren. Diese Zielsetzungen werden zum Bestandteil des neuen Modells mit wettbewerblich profilorientierten Verfahren. Dies ist ein wichtiger Aspekt, da diese Zielsetzungen sonst in einem neuen Hochschulmodell immer als konservatives Element betrachtet werden, das in systemfremder Weise aufgezwungen wird.

Folgen neuer Governance-Modelle für die Hochschulen im Kontext Auswahlverfahren

Bislang ging es sehr stark um das Governance-System im Sinne der aufeinander bezogenen staatlichen Regeln; jetzt will ich in die Hochschule hineinblicken ausgehend von der Annahme, die neuen Typen seien umgesetzt, also das Anreiz-/Aushandlungsmodell bestehe in einer konsistenten Form. Zugang und Auswahl sind dementsprechend ein integraler Bestandteil dieser neuen Systemwelt und die Profilbildungs- und Passungsidee stehen im Zentrum der Auswahl. Was bedeutet dies für hochschulinternes Management?

Wenn wir uns in einem Anreiz- oder Aushandlungsmodell bewegen, dann gibt es die bereits genannten Funktionen der Studierendenauswahl: es geht einerseits um Passung und Profilierung, also den Studierenden zu finden, der von seinem Profil her genau zu dem Profil der Hochschule passt, und andererseits um die Frage der Studierendenwerbung und Studierendenbindung, die mehr eine emotionale Frage, eine Frage der „Corporate Identity“ ist. Vom Grundsatz „form follows function“ her gedacht: Je nachdem, ob die eine oder andere Funktion überwiegt, werden daraus andere Verfahren resultieren. Wenn die Hochschule die Bindung fördern will und den Werbungsaspekt in den Vordergrund stellt, dann sind Auswahlgespräche notwendig. Für viele private Hochschulen sind Interviews ein erster Schritt zur dauerhaften Bindung an diese Hochschule. Für das Ziel der Passung können auch Tests eingesetzt werden, die Passungsfragen lösen. Die gewählte Orientierung auf Ziel A oder Ziel B wird zu unterschiedlichen Auswahlinstrumenten führen beziehungsweise verschiedene Auswahlinstrumente in den Vordergrund stellen. Vielleicht sagt eine Hochschule, die Studierendenwerbung und -bindung ist nur in bestimmten Teilssegmenten unserer Hochschule besonders relevant und fokussiert daher die Auswahlgespräche nur auf jene Teilssegmente.

Weiter erscheint mir die Frage nach der Konsistenz neuer Governance-Modelle auch auf Ebene der Hochschulen interessant. Wie gut ist das Auswahlverfahren tatsächlich auf eine bestimmte Strategie der Hochschule insgesamt abgestimmt? Sind Strategien überhaupt so formuliert, dass sie sich in Zugangsverfahren umsetzen lassen? Beispiele für im Hochschulzugang umsetzbare Strategien sind Exzellenzprofil, „admit only low-income students and require all students to work in a college job“ (Beispiel eines US-amerikanischen College), oder das Leitbild der Universität Witten-Herdecke, das ein bestimmtes Bild von den Studierenden mit besonderen Anforderungen in Bezug auf Selbständigkeit und Background enthält. Solche Leitbilder können unmittelbaren Niederschlag in die Kriterien der Auswahlverfahren für Studierende finden.

Die Profilierung einer Hochschule findet auf verschiedenen Ebenen statt: Die Hochschule profiliert sich, die Fakultät profiliert sich, der Studiengang profiliert sich. Was bedeutet das für das Auswahlverfahren in diesem Spannungsfeld? Bei gutem strategischem Management ist die Profilierung zumindest konsistent auf diesen drei Ebenen und sollte nicht in Widerspruch treten. Offenbleibt aber die Frage, wie dezentral steuern wir die Hochschule? Wollen wir dieses gemeinsame Profil, die gemeinsame „Headline“ oder lassen wir differenzierte Wege der Subeinheiten zu? All das bestimmt letztlich wieder die Gestaltung des Auswahlverfahrens. Sollen die zentralen Ziele der Hochschule zum Auswahlkriterium gemacht werden oder eher die dezentralen Ziele auf Studiengangsebene, wie zum Beispiel die Erschließung eines bestimmten Nachfragepotenzials, das vielleicht mit der Ausrichtung der Hochschule insgesamt wenig zu tun hat.

Letztlich ist darauf hinzuweisen, dass das Zusammenspiel zwischen Governance-Elementen nicht nur für den Staat zutrifft, sondern auch für das hochschulinterne Management. Im Prinzip bestehen ähnliche Zusammenhänge; notwendig sind als komplementäre Element zur Studierendenauswahl (unter der gemeinsamen Klammer der Hochschulstrategie):

- ein abgestimmtes internes System der Kapazitätsplanung;
- eine Informationspolitik; es kann nicht nur eine Aufgabe des Ministeriums sein, Informationen vorzuhalten, das muss zusätzlich ein Wettbewerbsinstrument der Hochschule selbst werden;
- interne Anreizsysteme und
- eine am Profil ausgerichtete Produktgestaltung der Studienprogramme.

Ein inkonsistentes internes Management ist genauso schädlich wie die Inkonsistenz auf der staatlichen oder auf der Systemebene. Ich will dies an einem Beispiel deutlich machen: Einer Hochschule gelingt es, über Eingriff der Hochschulleitung sich zu profilieren als die „Hochschule der Praxisorientierung“. Sie richtet ihr Auswahlverfahren darauf aus und stellt hinterher aber fest, dass sie es gar nicht geschafft hat, auf dezentraler Ebene die Lehrangebote entsprechend praxisorientiert zu konzipieren. Das heißt, die Gestaltung der Produkte, die Ausrichtung von Lehrinhalten und Lehr-Lernformen muss gleichzeitig erfolgen, andernfalls werden die Erwartungen der nach Praxisorientierung ausgewählten Studierenden enttäuscht. Internes Management bedeutet also nicht nur, den Hochschulzugang zu berücksichtigen, sondern auch hier eine Bezogenheit der verschiedenen Managementbereiche herzustellen. Im Beispiel ist das Marketing angesprochen.

Schließlich brauchen wir natürlich auch einen ökonomischen Umgang mit Auswahlverfahren, da der Aufwand nicht gering ist. Hier ist ebenfalls die Frage zu klären, wie ist dieser Aufwand mit der Strategie abzustimmen. Begrenzen wir aufwändige Verfahren auf den Masterbereich, auf Profilbereiche – die Art der Strategie hat auch Auswirkungen auf den Aufwand, den die Hochschule betreiben muss. Das sollten nur einige Hinweise darauf sein, was die Governance-Überlegungen für die Hochschule nach innen bedeuten.

Schlussfolgerungen zum hochschulinternen Aspekt

- Hochschulintern wird die einfache Logik „Auswahl gleich Profilpassung“ sehr viel komplexer durch die verschiedenen Entscheidungsebenen, die ich aufgezeigt habe. Natürlich wird sich daraus kein Einheitsmodell der Studierendenauswahl ergeben. Wichtig ist, dass man den Zusammenhang herstellt zwischen Zielen und Verfahren. Ein wichtiges Ergebnis der Tagung wäre es, mehr Klarheit zu gewinnen über die Frage, welche Zielsetzungen harmonieren mit welchen Verfahrensregelungen und damit den Zusammenhang zwischen Strategie und Umsetzung herauszuarbeiten.
- Profilierung und Passung erlauben sehr verschiedene Umsetzungen, auch bei konsistentem externen Governance-Modell und
- es bestehen analoge Instrumentenbeziehungen bzw. -komplementaritäten im internen Management wie in Bezug auf die externe Steuerung.

Studierendenauswahl und Rahmenbedingungen

Abschließend möchte ich noch kurz auf die Wirkungszusammenhänge mit Rahmenbedingungen eingehen, insbesondere auf die Frage: Wie hoch kann die Priorität für profilorientierte Auswahl bei geringer Nachfrage sein? Auch hier ist auf das Problem der Abstimmung zwischen der Auswahl, der Angebotsgestaltung und der Information hinzuweisen. In dem Kontext „go east“ (Studierende aus West-Bundesländern mit starkem Anstieg der Studienbewerberzahlen sollen freie Studienplätze in Ostdeutschland annehmen) sind die ostdeutschen Bundesländer vielleicht besser beraten, zur Rekrutierung von Weststudierenden zunächst den Weg der attraktiven Angebotsgestaltung und Information zu gehen und dann das entsprechende Auswahlverfahren zu entwi-

ckeln, als primär über Auswahlverfahren nachzudenken. Auch hier ist wieder der Gesamtkontext zu beachten. Natürlich ist die Strategiewahl nicht unabhängig von gesellschaftlichen Anforderungen; die Durchlässigkeit berufliche-hochschulische Bildung ist eine externe Anforderung, der man sich strategisch als Hochschule stellen muss. Und schließlich ist die bereits angesprochene Gefahr der Selektivität durch Auswahl bzw. der Konflikt mit Mengenzielen zu nennen.

Ergebnisse

Um viele der Aspekte, die auf dieser Tagung zum Tragen kommen in einen systemischen Steuerungszusammenhang einzuordnen, habe ich versucht:

- die Wechselwirkungen zwischen den Instrumenten und das Problem der Inkonsistenz aufzuzeigen,
- die Instrumentarien in Governance-Typen einzuordnen; den historischen Wandel der Typen verantwortlich zu machen, für das, was Sie an Inkonsistenzen im System sehen,
- die hochschulinternen Folgen (Zusammenhang Profil – Verfahren, interne Varianten, interne Governance-Konsistenz) aufzuzeigen und
- abschließend auf die Interdependenzen mit Rahmenbedingungen hinzuweisen.

Erste Podiumsdiskussion – Zwischenbilanz

- Moderation: **Dr. Volker Meyer-Guckel**
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
- Teilnehmende: **Peter Clever**
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- Prof. Dr. Klaus Dicke**
Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Prof. Dr. Peter Frankenberg**
Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg
- Prof. Dr. Andrä Wolter**
Technische Universität Dresden
- Prof. Dr. Frank Ziegele**
CHE Consult GmbH



Rechtliche Rahmenbedingungen

Nach Artikel 12 des Grundgesetzes haben Personen mit einer Hochschulzugangsberechtigung einen rechtlichen Anspruch auf einen Studienplatz. **Peter Clever** schlägt vor dieses Grundrecht dahingehend zu ändern, dass mit einer Hochschulzugangsberechtigung lediglich der garantierte Anspruch verbunden sein sollte, an studienbezogenen Auswahlverfahren teilzunehmen.

2003 hat Baden-Württemberg ein Gesetz verabschiedet, mit dem die Hochschulen in die Lage versetzt werden, in allen Fächern mit landesweiter Zulassungsregelung Studierende selbst auszuwählen. Diese Möglichkeit besteht bisher aber nur bei einem Bewerberüberhang und unter Ausschöpfung der gegebenen Kapazitäten. Als ein Mittel diese Schranken zu verschieben, sieht **Prof. Dr. Peter Frankenberg** das „Abitur plus“. Über das Abitur hinaus sollte die Eignung des Studienbewerbers für das gewählte Fach berücksichtigt werden. Dadurch werde ermöglicht, dass nicht

alle Studienplätze eines Studienganges besetzt werden *müssen* und Hochschulen auch dann Auswahl betreiben können, wenn kein Bewerberüberhang vorhanden ist.

Prof. Dr. Peter Frankenberg bemängelt, dass in den vergangenen Jahrzehnten Gerichte Kapazitätsgrenzen festlegen durften. Mit der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge sei die Festlegung von Kapazitäten aber nicht mehr eindeutig möglich, da diese Studiengänge weniger standardisierbar wie früher seien. Es bestehe deshalb jetzt die Möglichkeit zur Abkehr von diesem starren System der Kapazitätsregelungen und diese sollte auch genutzt werden. Ab 2010/2011 werde in allen zulassungsbeschränkten Studiengängen eine Gesetzesänderung greifen und Studierfähigkeitstests- oder Auswahlgespräche neben der Abiturnote an Hochschulen in Baden-Württemberg obligatorisch werden. Bis dahin hätten die Hochschulen ausreichend Zeit, valide Verfahren zu entwickeln. In allen anderen Studiengängen würden Orientierungsverfahren eingeführt werden, in denen sich die Studienbewerber mit den Anforderungen des Studiums vertraut machen können.

Auch **Prof. Dr. Frank Ziegele** fordert dazu auf, die Bachelor-Master-Umstellung zur Individualisierung bei der Kapazitätsberechnung zu nutzen. In diesem Zusammenhang spricht er sich für ein System staatlicher Leistungsanreize aus (Stichworte: formelgebundene Mittelverteilung, Zielvereinbarungen, anreizorientierte Finanzierung) wie es bereits in einigen Bundesländern praktiziert wird. Als Folgewirkung würden viele Probleme auf einmal gelöst werden und es bräuhete auch keiner gesetzlichen Regelung mehr, die vorschreibt, Auswahl zu betreiben. Dann wäre jeder Studienanfänger, der nicht zum Abschluss kommt, ein Kostenfaktor, der zu berücksichtigen wäre.

Aus der Perspektive des Präsidenten einer ostdeutschen Universität kritisiert **Prof. Dr. Klaus Dicke**, dass der Hochschulpakt 2020 vorsieht, die Studienanfängerzahlen des Jahres 2005 unter der Bedingung der prognostizierten demographischen Entwicklung zu sichern. Denn diese lässt für die nächsten Jahre einbrechende Studienanfängerzahlen erwarten. Für ihn als Rektor der Universität Jena sei es selbstverständlich, dass jeder Studienbewerber aufgenommen werden muss, um diesem Pakt gerecht zu werden.

Praxis der hochschuleigenen Auswahlverfahren und Hochschulzugang

Prof. Dr. Peter Frankenberg ist über die bisherige Nutzung der in Baden-Württemberg eingeräumten Möglichkeit, Auswahltests- oder Eignungsfeststellungsverfahren durchzuführen, enttäuscht. Vielfach hätten die Hochschulen auf Verfahren mit relativ wenig Aufwand gesetzt (z. B. gewichtete Abiturnote plus Sonderpunkte für Tätigkeiten, die eine Nähe zum gewünschten Studienfach aufweisen). Untersuchungen zeigten aber, dass Eignungsfeststellungsverfahren oder Auswahlgespräche wesentlich valider seien.

Nach **Peter Clever** ist ein Auswahlverfahren immer auch ein Selektionsverfahren. Er stellt sich die Frage, wie gleiche Startbedingungen geschaffen werden können. Hinsichtlich der Bildungsbeteiligung sei Deutschland noch immer eine Klassengesellschaft. Er ist der Meinung, dass man diesbezüglich bereits beim Ausbau von schulischen Ganztagsangeboten ansetzen müsse. **Peter Clever** sieht keinen Widerspruch darin, auch bei bestehendem Fachkräftemangel Auswahlverfahren durchzuführen, da Auswahl für ihn ein Instrument der Qualitätssicherung darstellt.

Prof. Dr. Peter Frankenberg sieht eine Schwierigkeit darin, dass nicht nur die Studienberechtigten einen freien Zugang zur Hochschule bevorzugen, sondern dass auch die Professorenschaft häufig erst noch davon überzeugt werden müsse Auswahlverfahren durchzuführen. Als Grund für die Abwehr der Einführung von Auswahlverfahren sieht er die in Deutschland vorherrschende entsprechende Kultur. Diese finde sich aber ebenso in der Schweiz und Österreich. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die „Doppelkultur“ in Frankreich und Japan, in denen es Hochschu-

len mit einem freien Zugang, aber eben auch Elitehochschulen mit sehr harten Auswahlverfahren gibt. **Dr. Volker Meyer-Guckel** betont, dass es in den USA zur Identität einer Hochschule gehöre, Auswahl unter den Studienbewerbern zu betreiben. Dort würde niemand auf die Idee kommen nicht auszuwählen. **Prof. Dr. Peter Frankenberg** fordert diesbezüglich ein Umdenken im gesamten europäischen Hochschulsystem.

Prof. Dr. Andrä Wolter sieht in der Etablierung von hochschuleigenen Auswahlverfahren eine Chance, Hochschulen und besonders Professoren zu einer Mitwirkung an der Auswahl „ihrer“ Studierenden zu bewegen. Er hat jedoch Zweifel, ob Professoren dafür überhaupt kompetent genug sind. Die Einführung von Auswahlverfahren heißt auch, über eine Professionalisierung dieser Verfahren nachzudenken. Eine Bedingung wiederum dafür, dass Auswahlverfahren professionell wahrgenommen werden, sei entsprechend professionalisiertes Personal. In den USA gäbe es Abteilungen der Hochschulverwaltung zur Durchführung von Auswahlverfahren. In Deutschland werde um die Einführung einer solchen Abteilung dagegen ein Bogen gemacht, weil dann diskutiert werden müsste, wer die Kosten dafür übernimmt.

Man müsse sich zudem von dem Gedanken verabschieden, dass Hochschulzugang nur beim Übergang von der Schule auf die Hochschule stattfindet. Der Prozess des Hochschulzugangs setzt bereits in der Sekundarstufe II ein. Auch **Prof. Dr. Klaus Dicke** sieht die Studienentscheidung als einen Prozess an, der relativ früh einsetzt und von Tests zur Selbsteinschätzung begleitet werden sollte. Für **Peter Clever** besteht Forschungsbedarf vor allem in der Ermittlung, wann sich das Interesse an einem bestimmten Studienfach entwickelt. Außerdem sei es notwendig, dass vermehrt Kooperationen zwischen den einzelnen Bildungsabschnitten und -institutionen entstehen.

Die Qualität des Hochschulzugangs ist nach Meinung von **Prof. Dr. Andrä Wolter** primär Aufgabe des Schulsystems, im Besonderen der gymnasialen Oberstufe. Auswahlverfahren könnten nur verteilen, aber nicht die Qualität des Hochschulzugangs verbessern. Das heiße aber nicht, dass den Hochschulen keinerlei Bedeutung zukommt. Vor allem die Eingangsphase des Studiums sei vielfach verbesserungswürdig. Aber nicht nur die Vorstellung von Hochschulzugang, sondern auch die Vorstellung von Studierfähigkeit müsse stärker dynamisch gesehen werden. Die Modularisierung von Studiengängen schafft nach Meinung von Prof. Dr. Klaus Dicke gute Voraussetzungen, um Flexibilität und Transparenz zwischen den Studiengängen herzustellen und in individuellen Bildungsbiographien berücksichtigen zu können.

Prof. Dr. Peter Frankenberg geht davon aus, dass mit der generellen Einführung von acht Schuljahren an allgemeinbildenden Gymnasien, auch der Anteil jüngerer Studierender ansteigt, die mehr Orientierung an der Hochschule brauchen. Er spricht sich deshalb für das erste Bachelorjahr als Orientierungsjahr aus. Dafür sei aber eine größere Flexibilität bei der maximalen Studiendauer auch seitens der Kultusministerkonferenz erforderlich.

Prof. Dr. Klaus Dicke ist wie **Prof. Dr. Peter Frankenberg** der Meinung, dass Studienfachwechsel nicht unbedingt Ressourcenvergeudung seien. Er bemängelt, dass sich in diesem Zusammenhang häufig zu stark an Zeiteffizienzkriterien orientiert wird. Positiv hervorgehoben werden von ihm die Vorzüge von Studierenden, die auf dem zweiten Bildungsweg an die Hochschulen gekommen sind. Auch bei **Prof. Dr. Andrä Wolter** besteht der Eindruck, dass die Eingangsphase des Studiums verbesserungswürdig ist. Er stellt sich die Frage: „Wie können Institutionen wie die Berufs- und Studienberatung miteinbezogen werden?“

Prof. Dr. Klaus Dicke führt an, dass an seiner Hochschule Information, Beratung und Marketing unabhängig von der Studierendenauswahl erfolgt. Aufgrund der Größe der Friedrich-Schiller-Universität Jena können Studienanfänger nicht, wie z. B. an der Universität Erfurt, individuell beraten werden. Er setzt vor allem auf die studienbegleitende Beratung der Studierenden in der

ersten Phase des Studiums durch Professoren. Wenn diese dazu nicht in der Lage seien, müssten sie dafür geschult werden. Diese Herangehensweise hätte durchaus auch Vorteile für die Professoren. Denn sie könnten sich so ihre studentischen Hilfskräfte bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt aussuchen, um diese für ihre Forschungsinteressen zu gewinnen.

Peter Clever fordert die Hochschulen auf, sich mehr um die Alumnis zu kümmern. Die Lehre an den Hochschulen könnte durch die Begleitung ehemaliger Studierender Nutzen ziehen und diese würden wiederum von Fortbildungsangeboten profitieren. Skeptisch sieht Prof. Dr. Frank Ziegele allerdings das derzeitige Alumnimanagement vieler Hochschulen. Es hätte sich in der Vergangenheit gezeigt, dass Alumnimanagement nur dann erfolgreich sein könne, wenn sich die ehemaligen Studierenden mit Ihrer Hochschule identifizieren. Für diese Identifikation seien wiederum Auswahlgespräche vor Studienbeginn und/oder aber gute Studienbedingungen im Verlaufe des Studiums entscheidend.

Erhöhung der Bildungspartizipation und Auswahlverfahren

Prof. Dr. Andrä Wolter sieht großes Potential bei der Öffnung der Hochschulen für beruflich qualifizierte. Die These, dass berufliche Bildung nicht für ein Studium qualifizieren kann, hält er für überholt. Er verweist darauf, dass Auswahlverfahren ohne formale Hochschulzugangsberechtigung zumindest in einigen fachlichen Bereichen und bei entsprechenden Hochschultypen (z. B. Musik- und Kunsthochschulen) eine lange Tradition haben, ebenso wie der Hochschulzugang von Berufstätigen, wobei es in den einzelnen Bundesländern aber unterschiedliche Zugangsmodelle gäbe.

In fast allen Bundesländern ist das Studium für Personen mit Meisterabschluss geöffnet worden. Die Frage, die sich für **Prof. Dr. Peter Frankenberg** stellt: „Warum nehmen das so wenige wahr?“ Er und **Peter Clever** sehen für Personen aus dem System der dualen Bildung kaum Anreize ein Studium aufzunehmen. Außerdem wäre, **Prof. Dr. Peter Frankenberg** zufolge, problematisch, wer die Besten im dualen System der Berufsausbildung (z. B. Meister) ersetzen würde, wenn diese ein Studium aufnehmen und im Anschluss daran in andere Berufe gingen.

Für **Prof. Dr. Peter Frankenberg** ist dagegen das Modell der Berufsakademien hoch attraktiv. Er fragt sich, weshalb andere Bundesländer dieses Modell nicht stärker übernehmen. **Peter Clever** schlägt vor, dass die Hochschulen für die Gruppe der Meister Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen sollten. Ein kompletter Studiengang wäre der falsche Ansatzpunkt. Die Wirtschaft hätte großes Interesse daran, dass sich die Hochschulen für beruflich Vorqualifizierte öffneten. Nach seiner Schätzung würden 25.000 Erstausgebildete pro Jahr bei entsprechenden Bedingungen ein Hochschulstudium aufnehmen. Es stellt sich die Frage, was aus der absolvierten beruflichen Bildung auf einzelne Studiengänge angerechnet werden könne.

Ein wichtiger Schritt für **Prof. Dr. Peter Frankenberg** ist die Weiterbildung und die Ausgestaltung des Masterzuganges, die bisher nicht diskutiert worden seien. Er hofft, dass sich Universitäten irgendwann größtenteils über Weiterbildungsangebote finanzieren können. Als Beispiel führt er die Universität Warwick an, die sich bereits heute größtenteils über die angebotenen Weiterbildungen finanziere. **Peter Clever** ist der Meinung, dass die Wirkungen der gestuften Studienstruktur diesbezüglich heute noch unterschätzt werden. Mittel- bis langfristig werden viele Absolventen mit einem Bachelorabschluss in die Betriebe gehen, was die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wünschenswert findet. Die Bachelorabsolventen würden dann für eine Weiterbildung wieder an die Hochschulen zurückkehren. Die Unternehmen begrüßen das, aber von den Hochschulen werden diese Entwicklungen vielfach noch nicht wahrgenommen.

Ein weiteres Studierpotential sehen **Peter Clever** und **Prof. Dr. Peter Frankenberg** bei Bewerbern mit Migrationshintergrund. Allerdings müssten diese nach **Peter Clever** erst an Auswahl-

verfahren herangeführt werden, damit sie eine Chance hätten diese zu bestehen. **Prof. Dr. Peter Frankenberg** widerspricht **Peter Clever**, indem er anführt, dass an vielen Fachhochschulen bereits Auswahltests praktiziert werden und Studienbewerber mit Migrationshintergrund diese auch bestehen.

Prof. Dr. Frankenberg hält es für wichtiger die Studienqualität zu erhöhen und eine bessere Auswahl vor Studienbeginn zu betreiben als einfach die Hochschulen zu öffnen. Mit der Verbesserung der Studienqualität und der Durchführung von Auswahlverfahren könnten die hohen Abbrecherquoten gesenkt und die Zahl der Absolventen gesteigert werden.

Zurzeit fände ein Verdrängungswettbewerb statt. **Prof. Dr. Peter Frankenberg** ist der Meinung, dass die derzeit relativ geringe Studierneigung im Zusammenhang mit der guten Konjunktur stehe. Abiturienten würden direkt in die Unternehmen gehen. Die wichtigste Frage für ihn, wie Qualifikation für diejenigen geschaffen werden könne, die kaum Berufschancen haben und aus dem System fallen.

Profilbildung und Auswahlverfahren

Prof. Dr. Peter Frankenberg und **Dr. Volker Meyer-Guckel** sehen vor allem in der Masterphase der gestuften Studienstruktur ein großes Potential für eine Profil- und Exzellenzbildung der Hochschulen. **Prof. Dr. Peter Frankenberg** sieht in den Masterstudiengängen eine Chance, wissenschafts- und forschungsbezogener lehren zu können als im Gesamtbereich von Bachelor- und Masterstudiengängen, aber viele die sich gegen die gestufte Studienstruktur aussprechen, hätten das noch nicht begriffen.

Prof. Dr. André Wolter ist der Meinung, dass durch die Exzellenzinitiative vor allem die Forschung an die erste Stelle gerückt ist. Aber es müsse über Forschung hinaus eine Vielfalt an Kriterien zur Differenzierung im Hochschulsystem geben. Auf Dauer, so seine Einschätzung, wird es wohl aber immer so sein, dass forschungsstarke Universitäten eine höhere Reputation haben werden. Jede Universität müsse aber die Chance haben, forschungsstark zu werden. Durchlässigkeit ist für ihn nicht nur eine Frage des Hochschulzugangs, sondern der gesamten Struktur des Hochschulsystems.

Prof. Peter Frankenberg fordert ebenso wie **Prof. Dr. Klaus Dicke**, dass Universitäten, die gute Lehre anbieten, eine ähnlich gute Reputation bekommen müssten wie Universitäten, die gute Forschung betreiben. Für **Prof. Dr. Klaus Dicke** ist gute Lehre ohne Forschung nicht möglich und kann auch durch noch so gute Hochschuldidaktik nicht aufgefangen werden. Eine Möglichkeit die Reputation von Hochschulen, die gute Lehre anbieten zu steigern, sieht **Prof. Dr. Peter Frankenberg** darin, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft auch Drittmittel für gute Lehre bzw. innovative Lehrprojekte als Anreiz für entsprechend ausgerichtete Hochschulen vergeben sollte. Die Unterschiedlichkeit in den Profilen der Hochschulen sollte anerkannt werden. **Prof. Dr. Klaus Dicke** ist der Meinung, dass Anreize durch die leistungsbezogene Mittelvergabe gesetzt werden können. Eine andere Möglichkeit wäre die Vergabe eines Lehrpreises. Seine Universität vergibt solch einen Lehrpreis, der auch ernst genommen werde. Ein Anreiz könne auch dadurch geschaffen werden, dass die Qualität der Lehre bei der Besoldung von Hochschullehrern berücksichtigt wird.

Prof. Dr. Frank Ziegele schätzt den Prozess der Profilbildung optimistisch ein. Durch die Exzellenzinitiative wird vielen Akteuren an den Hochschulen erst bewusst, dass sie nicht zu den führenden Forschungsuniversitäten gehören, und deshalb angeregt würden, nach anderen Orientierungen zu suchen. Positiv schätzt er die Wirkung des vom Stifterverband für kleine und mittlere Hochschulen ausgeschrieben Wettbewerbs ein, eigene Profile jenseits des Segments der Forschungsexzellenz zu finden. Er betrachtet das Ganze als einen stufenweisen Prozess. **Prof. Dr. Frank**

Ziegele gibt zudem zu Bedenken, dass auch die Studienbeiträge, zumindest in den Bundesländern in denen diese eingeführt sind, als eine kleine bis mittlere Exzellenzinitiative in der Lehre angesehen werden können. Die Lehre an Hochschulen rücke also in anderer Weise wieder in das Zentrum der Betrachtung. Unterstützt wird dies seiner Meinung nach dadurch, dass die Hochschulen Rechenschaft darüber ablegen müssen, wofür die Studiengebühren verwendet wurden.

Peter Clever ist der Meinung, dass nicht jede Universität exzellent in der Forschung sein muss, denn die Anforderungen der Studierenden seien ja auch unterschiedlich. **Prof. Dr. Peter Frankenberg** könnte sich eine Differenzierung der Hochschullandschaft folgendermaßen vorstellen: Es gäbe seiner Meinung nach erstens Forschungsuniversitäten, zweitens Universitäten, die forschungsbasierte Lehre anbieten und drittens Fachhochschulen sowie Berufsakademien, die ausschließlich an der Lehre orientiert wären. Darüber hinaus appelliert **Prof. Dr. Klaus Dicke** an die Universitäten und Fachhochschulen, auch aus regionaler Verantwortung heraus eigenständige Profile zu entwickeln.

Prof. Dr. Andrä Wolter sieht dagegen die Profilbildung bei Studiengängen immer noch eher als Wunschdenken an, die vielfach in den nächsten Jahren erst noch geleistet werden müsse. Zudem würden die Anforderungen an die Studierenden bei stärker profilierten Studiengängen steigen. Die Ziele eines Studienganges und die Erwartungen an die Studienanfänger müssten stärker als bisher dargelegt werden. Langfristig sieht er aber gute Chancen, dass der Hochschulzugang und die Hochschulzulassung von Hochschulen auch zur Entwicklung von Profilierungsstrategien genutzt werden. Als Instrumente zur Profilbildung hält er für denkbar, dass Hochschulen ganz unterschiedliche Modelle entwickeln, wie sie mit Schulen kooperieren. Weitere Instrumente von Profilbildung im Zusammenhang mit dem Hochschulzugang und der Hochschulzulassung könnten die Organisation der Eingangsstufe der Universität und damit verbunden die Beratung und Information sowie die Durchlässigkeit mit Konzentration auf bestimmte interessante Zielgruppen (z. B. Hochschulzugang für beruflich Vorgebildete) sein.

Hochschulische Strategien und
Möglichkeiten zur Gestaltung
von Profilbildung, Passung und
Differenzierung

Zusammenführen, was zusammengehört. Gesucht: Die optimale „Passung“ zwischen Hochschul-Profil und Bewerber-Profil

Prof. Dr. Günter Trost

In diesem Beitrag geht es um die Frage: „Wie können wir zusammenführen, was zusammen gehört? Wie erreichen wir die optimale Passung zwischen Hochschulprofil und Bewerberprofil?“ Hierzu möchte ich einen der Schwerpunkte der Diskussionen dieser Tagung resümieren: Was wünschen sich die Hochschulen? Daraus leitet sich die Frage ab: Welche Instrumente, welche Methoden eignen sich, damit diese Wünsche umgesetzt werden können? Und in diesem Zusammenhang interessiert uns besonders die Frage: Was leisten Studierfähigkeitstests in diesem Kontext? Dabei werden wir uns mit dem Problem auseinandersetzen müssen: Wie können wir den Spagat leisten zwischen hoher Spezifität einerseits und Ökonomie, Handhabbarkeit und „Kundenfreundlichkeit“ (den Studieninteressierten gegenüber) andererseits? Spezifität bedeutet im Extrem: Jeder Fachbereich an jeder Hochschule und jedem Standort führt sein eigenes Auswahlverfahren durch, worin das eigene Profil optimal abgebildet werden kann. Dieser Ansatz stößt sehr rasch an ökonomische Grenzen sowie an Grenzen der Handhabbarkeit für die einzelne Hochschule und der Akzeptanz für die Teilnehmenden. Zur Lösung dieses Dilemmas möchte ich ein pragmatisches Konzept vorstellen und einige konkrete Vorschläge unterbreiten, wie dieses Konzept umgesetzt werden kann.

Was wünschen sich die Hochschulen?

Die Hochschulen fragen sich zunehmend: Worin sind wir stark? Wo setzen wir unsere Schwerpunkte? Wie definieren wir unseren Bildungsauftrag? Was wollen wir unseren „Schützlingen“ mitgeben: Mit welchen Qualifikationen und Qualitäten wollen wir unsere Studierenden in die Gesellschaft, in die Wirtschaft, in die Wissenschaft entlassen? An diese Fragen schließt sich die Frage an: Wie können diese Profile, diese spezifischen Qualitätsmerkmale der Fachbereiche umgesetzt werden in Auswahlkriterien und Auswahlverfahren? Die Hochschulen wünschen sich Autonomie in der Auswahl ihrer Studierenden. Sie begrüßen die nunmehr erweiterten Möglichkeiten, solche Verfahren selbst zu gestalten, und fragen sich sogleich: Wie ist das zu bewältigen?

Wie, fragen sich die Hochschulen, können wir auch in unseren Auswahlverfahren Qualität sichern und Professionalität gewährleisten? Die besonders anspruchsvollen Hochschulen wünschen sich die besten Köpfe. Alle Hochschulen – so lässt sich etwas bescheidener formulieren – wünschen sich die *Geeigneten*. Dieser Wunsch führt uns zum Begriff der „Passung“ zwischen Hochschul-Profil und Bewerber-Profil. Jemandem, der sich in einem bestimmten Studiengang an einer bestimmten Hochschule wohl fühlt und dort Herausragendes leistet, muss das nicht unbedingt auch in anderen Studiengängen oder gar im ähnlichen Studiengang an einer anderen Hochschule gelingen. Testverfahren sollen helfen, diese Passung herauszufinden. Eine möglichst gute Passung zu erreichen, liegt im Interesse sowohl der Institution als auch des Individuums, denn nicht nur die Studierwilligen bewerben sich, auch die Hochschule bewirbt sich um die geeigneten Personen. Sie will Studierwillige mit guten Erfolgsaussichten anlocken. Sie will möglichst hohe „Treffquoten“ bei der Zulassung erzielen. Sie will, dass das allgemeine Leistungsniveau der Zugelassenen steigt. Sie will Studierende, die möglichst effizient studieren, die im ersten Anlauf in den Prüfungen reüssieren und keine „Ehrenrunden“ drehen müssen. Sie will Abbruchquoten reduzieren. Das alles lässt sich mit einer verbesserten Auswahl in Ansätzen erreichen. Deshalb wünschen

sich die Hochschulen „passgenauere“ Auswahlverfahren, aber solche, die zugleich ökonomisch und leicht handhabbar sind.

Was brauchen die Hochschulen?

Auch hier mögen einige Stichwörter genügen. Es gibt eine Reihe von Anforderungen, die die Verfahren erfüllen müssen, wenn sie den vielfältigen Wünschen der Hochschulen entsprechen sollen. Da ist zunächst die Profilspezifität zu nennen. Gibt es solche Verfahren? Wie lassen sie sich entwickeln, durchführen und auswerten? Eines der wichtigsten Kriterien der Brauchbarkeit der Auswahlverfahren ist deren Prognosekraft. Sie gilt es auch empirisch zu belegen. Dazu liegt bereits eine Vielzahl an Untersuchungen vor, deren Ergebnisse uns leiten können bei der Auswahl und Gestaltung der Verfahren. Die Hochschulen brauchen zweitens Verfahren, die objektiv sind, frei von Verfälschung und Willkür in der Durchführung und Auswertung. Eine Forderung, die in der Praxis nicht ganz mühelos umzusetzen ist. Sie wünschen sich drittens Verfahren, die transparent sind. Transparenz bedeutet: Es darf weder Unklarheit über Ablauf und Auswertung der Verfahren noch versteckte Kriterien geben. Viertens: Fair müssen die Verfahren sein. Fairness bedeutet, dass durch sie keine relevanten Bewerbergruppen systematisch benachteiligt werden. Die Hochschulen brauchen fünftens Verfahren, die nicht verfälschbar sind. Verfälschbare Verfahren sind vor allem solche, bei denen man in der Auswahlentscheidung auf Selbstauskünfte angewiesen ist, denn Selbstauskünfte kann man in Richtung der Erwünschtheit manipulieren. Sie brauchen sechstens Verfahren, die möglichst wenig trainierbar sind. Trainierbarkeit bedeutet hier, sich durch kurzfristiges intensives Üben Fertigkeiten oder Kenntniselemente zu erwerben, die in Wahrheit für den Erfolg im Studium irrelevant sind.

Das Ausmaß, in dem die bisher genannten Forderungen erfüllt sind, bestimmt die Akzeptanz der verwendeten Auswahlverfahren bei den Bewerberinnen und Bewerbern, bei den Hochschulangehörigen und in der Öffentlichkeit. Diese Verfahren müssen siebtens gerichtsfest sein. Es gibt kein strenges Auswahlverfahren in Deutschland, das nicht früher oder später vor Gericht angefochten wird; die Verfahren müssen, wenn sie Bestand haben sollen, dagegen immunisiert werden. Schließlich gilt es, Verfahren zu finden, bei denen das rechte Verhältnis besteht zwischen dem Aufwand an Personal und Finanzen einerseits und dem Ertrag im Sinne der genannten Desiderata andererseits. All dies sind die – nicht ganz bescheidenen – Forderungen, an denen sich die Auswahlverfahren messen lassen müssen.

Was leisten Studierfähigkeitstests in diesem Zusammenhang?

Ich will auch diesen Punkt nur streifen, da die Befunde hierzu gut dokumentiert sind und die empirischen Daten, die hinter diesen Aussagen liegen, an verschiedenen Stellen nachgelesen werden können, nicht zuletzt in der sehr umfassenden Metaanalyse des Kollegen Benedikt Hell.

- In dieser Metaanalyse wurde die Prognosekraft einer ganzen Reihe von Kriterien beziehungsweise Instrumenten zur Auswahl von Studierenden auf der Basis der Befunde in der internationalen Literatur überprüft. Sie führt zu sehr prägnanten Aussagen. Das wichtigste Kriterium der Brauchbarkeit ist, wie gesagt, die Prognosekraft bezüglich des Studienerfolgs. Hier schneiden Studierfähigkeitstests außerordentlich positiv ab. Die Vorhersage des Studienerfolgs beziehungsweise die Trefferquote bei der Zulassungsentscheidung lässt sich gegenüber der alleinigen Verwendung etwa der Abiturdurchschnittsnote als Auswahlkriterium durch die Einbeziehung von Studierfähigkeitstests bedeutsam verbessern. Einige Zahlen hierzu werden weiter unten berichtet.

- Solche Tests sind maximal objektiv, wenn sie nach den „Regeln der Kunst“ durchgeführt werden. Es gibt keinerlei Ermessensspielraum in der Auswertung und Interpretation der Ergebnisse. Damit unterscheiden sie sich von fast allen alternativen Auswahlverfahren. Wir wissen aus vielen Untersuchungen um die Grenzen der Objektivität bei der Notengebung in der Schule sowie bei Auswahlgesprächen.
- Aus diesen beiden und aus weiteren Gründen sind solche Tests gesetzeskonform und gerichtsfest. Ein Beispiel: Der Test für medizinische Studiengänge, der zwölf Jahre lang bundesweit bei der Zulassung zu allen medizinischen Studiengängen verbindlich war und an dem über 300.000 Personen in diesem Zeitraum teilnahmen, ist von einer Reihe von Klagen überzogen worden; keine einzige dieser Klagen war in dem gesamten Zeitraum erfolgreich.
- Derartige Tests sind von außerordentlich hoher Transparenz. Die Kriterien werden offen gelegt. Welche Aufgabentypen darin vorkommen, wird kommuniziert; selbst die Instruktionen zu jeder Aufgabengruppe werden im Wortlaut publiziert. Beispielaufgaben unterschiedlicher Schwierigkeit sind über das Netz und in Testbroschüren verfügbar, zum Teil sind ferner komplette bereits einmal verwendete Originalversionen im Buchhandel erhältlich. Wer die allgemein zugänglichen Informationen nutzt, weiß exakt Bescheid, was auf sie oder ihn zukommt:
 - weiß, wie viele Aufgaben in welcher Zeitspanne zu bearbeiten sind,
 - kann den Schwierigkeitsgrad der Aufgabengruppen einschätzen und
 - kann erkennen, welche Bedeutung Feinheiten in der Formulierung und dergleichen zukommt.
- Diese Verfahren sind fair. Alle bisherigen Untersuchungen zu den großen Testprogrammen haben gezeigt, dass keine der relevanten Bewerbergruppen systematisch benachteiligt wird. Insbesondere, und das war politisch in Deutschland ein wichtiger Diskussionspunkt, besteht keine Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern.
- Aus den genannten Gründen sind diese Tests entgegen landläufiger Meinung in äußerst geringem Maße trainierbar. Immer wieder wird behauptet – vor allem von Testgegnern –, durch den Besuch eines teuren Vorbereitungskurses erwerbe sich auch der wenig Geeignete die Garantie, einen Studienplatz zu erhalten. Eine Fülle von empirischen Untersuchungen zeigt, dass dieses massive Training völlig wirkungslos ist, wenn die oben angesprochene Information über die Testverfahren, die allen zur Verfügung steht, genutzt wird. Dann verbessert das „Pauken“ anhand von Übungsaufgaben, die in den kommerziellen Kursen angeboten werden und den echten Testaufgaben ohne wissenschaftliche Entwicklung und Erprobung einfach „nachempfunden“ sind, die Erfolgsaussichten im Test in keiner Weise.
- Entgegen landläufigen Vorstellungen werden diese Tests mittlerweile auch von den Betroffenen gut akzeptiert. Es gibt von Hell und seinen Mitarbeitern eine neuere Untersuchung an Erstsemestern in vier verschiedenen Studiengängen. Die Studienanfängerinnen und Studienanfänger wurden befragt, mit welchem Verfahren sie am liebsten ausgewählt würden. Mit Abstand an erster Stelle wurde der Studierfähigkeitstest genannt. Es folgte das strukturierte Auswahlgespräch und an dritter Stelle die Abiturnote.
- Solche Testverfahren, die professionell entwickelt, vorerprobt, durchgeführt und ausgewertet werden, sind ohne Zweifel sehr aufwändig. Eine solide Testentwicklung muss mit einer gründlichen Anforderungsanalyse unter Einbeziehung der Fachvertreter beginnen. Jede Aufgabe ist, bevor sie zum Ernsteinsatz kommt, empirisch auf ihre Brauchbarkeit zu erproben; es gibt eine ganze Reihe psychometrischer Gütekriterien, welche die Aufgaben erfüllen müssen. Der Aufwand für die Durchführung ist – etwa im Vergleich mit Auswahlgesprächen – eher mäßig, da solche Tests mit sehr großen Teilnehmerzahlen am gleichen Tag an verschiedenen Orten

durchgeführt werden können. Die Auswertung ist außerordentlich ökonomisch, denn sie erfolgt maschinell und kann auch bei Tausenden von Teilnehmerinnen und Teilnehmern binnen Stunden erfolgen.

Hier sind einige Daten zur Prognosekraft der Verfahren. Sie stammen, wie bereits gesagt, aus einer Gesamtschau aller verfügbaren empirischen Bewährungskontrollen. Ein besonders aussagekräftiger Kennwert ist der Korrelationskoeffizient. Die Korrelationswerte-Skala reicht von 0,00 bis 1,00, wobei 0,00 keinerlei Zusammenhang zwischen zwei verglichenen Messreihen bedeutet und 1,00 den totalen gleichsinnigen Zusammenhang anzeigt: Wer beispielsweise im Test gut abschneidet, tut dies in gleicher Weise etwa bei den Examensnoten. Es gibt eine Art Schallgrenze, die in der Nähe von 0,6 liegt; in seriösen Untersuchungen lassen sich keine höheren Werte finden. Dafür gibt es viele Erklärungen: Alle die „Störfaktoren“, mit denen wir im universitären Alltag leben, werden den Zusammenhang zwischen einem früh erhobenen Eignungskriterium und einem nach Jahren erhobenen Erfolgskriterium beeinträchtigen. Hierzu gehören zum Beispiel unterschiedliche Studienanforderungen, aber auch Erkrankungen, die etwa der Umsetzung der eigenen Fähigkeiten im Studium im Wege stehen, oder der Zwang, Geld zu verdienen in einen Fall, während sich im umgekehrten Fall sich jemand voll aufs Studium konzentrieren kann.

Wenn einzelne Auswahlkriterien wie etwa Testergebnisse, Ergebnisse von Auswahlgesprächen und die Durchschnittsnote im Schulabschlusszeugnis bezüglich ihrer Vorhersagekraft für den Studienerfolg verglichen werden, kommt der Schulabschlussnote – weltweit – der höchste Prognosewert zu (der ermittelte zentrale Korrelationskoeffizient beträgt 0,46). Studierfähigkeitstests rangieren in aller Regel etwas darunter (mittlerer Korrelationskoeffizient 0,43). Kombiniert man beide Kriterien, finden wir bei der Metaanalyse von Hell und seinen Mitarbeitern einen Korrelationswert von 0,53. Es obliegt der einzelnen Hochschule, zu beurteilen, ob dieser Zuwachs an Prognosegenauigkeit genügt und die Vorteile hinsichtlich Profilbildung, Bindung der Beteiligten an die Hochschule und dergleichen mehr ausreichen, um den deutlich höheren Aufwand für Testverfahren zu rechtfertigen. Das ist eine Entscheidung, die die Wissenschaft nicht abnehmen kann.

Ein paar Worte zur Spezifität

Spezifität ist einer der tragenden Begriffe dieser Tagung. Deshalb soll nochmals in Erinnerung gerufen werden, dass sich Studierfähigkeitstests von Schulnoten vor allem dadurch unterscheiden, dass sie sich an den Anforderungen des bevorstehenden Bildungsabschnitts orientieren. Sie sind unmittelbar hergeleitet aus der Analyse der spezifischen Anforderungen der jeweiligen Studiengänge. Schulnoten attestieren per definitionem primär die Bewältigung des zurückliegenden Bildungsabschnitts. Tests erlauben im Unterschied zu einem allgemeinen Schulnotendurchschnitt die Erfassung der Eignung für bestimmte Studiengänge, während die Schulabschlussnote eher eine Aussage über die allgemeine Studierfähigkeit erlaubt. Viele Hochschullehrer hegen nun die Erwartung, anhand bestimmter Fachnoten im Abitur eine fachspezifische Vorhersage der Leistung in korrespondierenden Studiengängen treffen zu können. Diese Hoffnung trägt. Die weltweite Literatur zeigt eindrucklich, dass die Prognosekraft einzelner Fachnoten, selbst wenn die betreffenden Schulfächer ausgesprochen studienaffin sind, weit hinter der Prognosekraft der Durchschnittsnote zurückliegt. Dafür gibt es einige plausible Erklärungen: Die mangelnde Objektivität schlägt sich in Einzelnoten beispielsweise stärker nieder als in der gemittelten Note, in der sich ganz unterschiedliche Beurteilungstendenzen der einzelnen Lehrer zumindest zu einem Teil ausgleichen. Und in der Gesamtnote manifestieren sich solche allgemein studienrelevante Attribute wie Fleiß und Anstrengungsbereitschaft auch in weniger geliebten Fächern. Es wäre elegant und

bequem, die Passung von Anforderungs- und Eignungsprofil anhand des Notenprofils herzustellen. Dieser Weg verspricht jedoch leider keinen Erfolg.

Abgrenzung gegenüber Intelligenztests

Es erscheint hilfreich, Studierfähigkeitstests gegenüber Intelligenztests abzugrenzen, weil häufig die Auffassung vertreten wird, solche Tests seien letztlich nichts anderes als handelsübliche allgemeine Intelligenztests. Dem ist nicht so. Es gibt einige markante Unterschiede zwischen Intelligenztests und Studierfähigkeitstests:

- Studierfähigkeitstests sind deutlich genauer auf das Fähigkeitsniveau der sich bewerbenden Absolventen der Sekundarstufe II zugeschnitten, während allgemeine Intelligenztests die gesamte Breite der Leistungsfähigkeit der Population widerspiegeln müssen. Studierfähigkeitstests legen gleichsam die Lupe auf den hier allein interessierenden Fähigkeitsbereich, nämlich den der Absolventen der gymnasialen Oberstufe oder vergleichbarer Bildungsgänge und erlauben bei dieser Gruppe somit präzisere Unterscheidungen, als es ein allgemeiner Test mit großer Bandbreite seines Messbereichs leisten kann.
- Studierfähigkeitstests sind durchgängig komplexer gestaltet als allgemeine Intelligenztests. Sie prüfen das Aufnehmen und Verarbeiten komplexerer Informationen, während Intelligenztests in aller Regel das Operieren mit jeweils sehr kleinen Informationseinheiten prüfen und erfassen. Manche Studierfähigkeitstests enthalten beispielsweise eine Aufgabengruppe „Textverständnis“. Dabei geht es um das rasche Aufnehmen von Informationen, das Erkennen von Wechselbeziehungen zwischen diesen Informationen, das Ziehen der richtigen Schlussfolgerungen, das kritische Bewerten bestimmter Informationen anhand vorgegebener Kriterien und dergleichen. Diese Anforderungen sind in allgemeinen Intelligenztests nicht zu finden.
- Intelligenztests enthalten Aufgabentypen, die in Studierfähigkeitstests nicht zu finden sind, und umgekehrt. Auch hierzu ein Beispiel: In jedem Intelligenztest findet sich eine Aufgabengruppe, welche das räumliche Vorstellungsvermögen prüft. Ein Studierfähigkeitstest für angehende Juristen oder für Philologen wird hingegen keine derartige Aufgabengruppe enthalten. Umgekehrt umfasst ein Test für die medizinischen Studiengänge eine Aufgabengruppe zur Prüfung der differenzierten visuellen Wahrnehmung, die sich in keinem Intelligenztest findet.
- Intelligenztests sind über den Test-Fachhandel einer großen Zahl von Interessierten – Lehrern, Pädagogen und Psychologen – leicht zugänglich; ein relativ breiter Zugang, der schwer kontrollierbar ist. Studierfähigkeitstests unterliegen vor der Durchführung strengster Geheimhaltung und werden in jährlich neuen Versionen durchgeführt.

Was leisten Studierfähigkeitstests nicht?

In der öffentlichen Diskussion spielen regelmäßig auch Kriterien der Studieneignung eine wichtige Rolle, die mit Studierfähigkeitstests nicht erfassbar sind. Dazu zählen insbesondere soziale Kompetenzen, wie zum Beispiel Kontaktfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit in der persönlichen Interaktion, Teamfähigkeit, ferner die Motivation für einen spezifischen Studiengang oder die betreffende Universität. Weitere Eignungsaspekte, die sich die Hochschulen bei ihren Studierenden wünschen, sind Persönlichkeitsmerkmale in allgemeinerem Sinne wie etwa emotionale Stabilität, persönliche Integrität, Verantwortungsbereitschaft. Alle diese sind wichtige Kriterien. Sie müssen indessen auf andere Weise erfasst werden, zum Beispiel durch strukturierte Auswahlgespräche.

Wie lässt sich der Spagat zwischen der Spezifität und der Ökonomie der Auswahlverfahren bewerkstelligen?

Als Ausweg aus dem Dilemma zwischen den widersprüchlichen Desiderata der Spezifität und der Ökonomie von Auswahlverfahren bei der Zulassung zur Hochschule schlagen wir ein pragmatisches Konzept vor: Wir empfehlen jeweils einen bundesweit einheitlichen fachbezogenen Studierfähigkeitstest für alle diejenigen Studiengänge, in denen die Hochschulen auswählen wollen oder müssen. Das sind im Augenblick jene Studiengänge, in denen ein besonders starker Bewerberüberhang besteht. Spezifität wird auf mehrlei Weise erreicht: Fachspezifität für die betreffenden Studiengänge wird gewährleistet durch die Einbindung der Fachvertreter in den gesamten Prozess der Testentwicklung und -evaluation, insbesondere bei der Anforderungsanalyse und bei der anschließenden Aufgabenkonstruktion. Eine solche Kooperation der Fachwelt mit den Experten der Testpsychologie in einer zentralen Institution hat sich in vielen Ländern als außerordentlich wirkungsvoll und als notwendig im Interesse der Professionalisierung und Qualitätssicherung erwiesen. Dieses Modell hat den ökonomischen Vorzug einer zentralen Testentwicklung – unter Einbeziehung der Fachvertreter aus ganz unterschiedlichen Hochschulen – und einer dezentralen Testdurchführung in der Nähe der Wohnorte der Studierwilligen. Der viel beschworene Testtourismus quer durch die Republik, wenn jemand sich bei mehreren Hochschulen bewirbt und jede Hochschule ihren eigenen Test an ihrem Standort durchführt, findet also nicht statt. Die Auswertung erfolgt zentral, und die auswertende Institution versendet die Testbescheide. Mit ihren Testbescheiden können sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Hochschulen bewerben, für die sie sich interessieren. Das heißt, das Testverfahren ist vorgeschaltet und vom Vergabeverfahren abgekoppelt. Die Hochschule wirkt zwar an der Gestaltung des Tests mit und erhält die Ergebnisse; mit der Durchführung und Auswertung des Tests hat sie jedoch nichts zu tun.

Ein solcher einheitlicher Studierfähigkeitstest für ein bestimmtes Fach oder Studienfeld besteht aus einer Anzahl unterschiedlicher Aufgabengruppen, die verschiedene Aspekte der Studieneignung erfassen. Die Hochschule beziehungsweise der Fachbereich ist frei, die einzelnen Testteile zu gewichten: Hier kommt die hochschuleigene Spezifität des Verfahrens entsprechend der jeweiligen Schwerpunktsetzung („Profilbildung“) ins Spiel. Ich will das an einem Beispiel illustrieren: Bei der Entwicklung eines Tests für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge an Fachhochschulen haben unsere Anforderungsanalysen gezeigt, dass einzelne Fachbereiche großen Wert auf einen sehr prägnanten und differenzierten Sprachgebrauch ihrer Studierenden legen. Es gibt eine Aufgabengruppe, die genau dieses prüft, und diejenigen Hochschulen, die hierauf besonderen Wert legen, berücksichtigen die betreffende Aufgabengruppe mit stärkerem Gewicht für ihre Auswahlentscheidung als andere Hochschulen, die besonderen Nachdruck auf Modellbildung im Wirtschaftsgeschehen legt. Eine Aufgabengruppe im Test bildet genau diesen Prozess der Überführung komplexer wirtschaftlicher Sachverhalte in abstrakte Modelle ab, ohne dass die Lösung der Aufgaben spezifische fachliche Vorkenntnisse fordert. Hier besteht also die Möglichkeit, das spezifische Profil der einzelnen Hochschule in der differenzierten Verwertung der Ergebnisse auch eines gemeinsamen Tests widerzuspiegeln.

Die Hochschule hat zudem die Möglichkeit, das Gesamtergebnis im Test auf unterschiedliche Weise mit der Durchschnittsnote in der Hochschulzugangsberechtigung zu kombinieren. Es gibt Hochschulen, die der Leistung, wie sie in der Schule bereits über einen längeren Zeitraum nachgewiesen ist, höhere Aussagekraft beimessen als der Testleistung und deshalb der Schulabschlussnote deutlich stärkeres Gewicht bei der Auswahlentscheidung einräumen als dem Testergebnis.

Weiterhin bleibt der Hochschule die Möglichkeit, zusätzliche Kriterien und Instrumente bei der Auswahl heranzuziehen. Die Bucerius Law School in Hamburg gelangte zu der Überzeugung,

dass der Studierfähigkeitstest, die Schulnoten und das mündliche Auswahlverfahren einen wesentlichen Aspekt der spezifischen Eignung für ihren Studiengang nicht abdecken, nämlich das differenzierte Argumentieren, das stringente Entwickeln eines komplexeren Gedankengangs in klarer Diktion. Deshalb schließt das Auswahlverfahren dieser Hochschule einen Essay ein, der nach klar festgelegten Regeln ausgewertet wird und dessen Ergebnisse in die Entscheidung einfließen.

Manche Hochschulen, vor allem diejenigen, die wesentliche Lehrveranstaltungen in Englisch anbieten, fordern neben den Qualifikationen, die der Studierfähigkeitstest prüft, Englischkenntnisse. Ergebnisse der anerkannten Fremdsprachentests, wie etwa des Tests of English as a Foreign Language (TOEFL), können jederzeit problemlos mit den Ergebnissen von Studierfähigkeitstests kombiniert werden.

Schließlich bleibt den Hochschulen die Möglichkeit der Einbeziehung von Auswahlgesprächen in das Zulassungsverfahren, beispielsweise bei denjenigen Studienbewerberinnen und Studienbewerbern, die mit ihrer Testleistung schon die geforderte spezifische intellektuelle Befähigung nachgewiesen haben, bei denen aber zudem überprüft werden soll, ob die sozialen und motivationalen Qualitäten mit den Anforderungen der Hochschule übereinstimmen.

Die Beispiele mögen zeigen, dass die Hochschulen auch bei der Verwendung eines einheitlichen Studierfähigkeitstests noch reichlich Spielraum für Spezifika in der Auswertung solcher Test sowie in der Erweiterung des Arsenalts behalten. Auf diese Weise lässt sich der Spagat zwischen Spezifität einerseits und Handhabbarkeit des Verfahrens andererseits bewerkstelligen.

Sehr zu empfehlen ist hierbei das Vorschalten von Self-Assessment-Verfahren, die eine doppelte Funktion haben. Die eine Funktion ist die der Orientierung, bevor man sich in das Bewerbungsverfahren begibt. Das Self-Assessment bietet einen Einblick, worauf es beim jeweiligen Studium ankommt. Die Hochschulen können auch Interessen und Motive zum Gegenstand des Self-Assessments machen, die sich in der Auswahl-situation nur schwer erfassen lassen. Die andere Funktion ist die der Selbstselektion: Kommt jemand aufgrund der Ergebnisse des Self-Assessments zu dem Schluss, er oder sie sei vielleicht doch nicht genügend geeignet für das gewünschte Studium beziehungsweise die angestrebte Laufbahn, bietet sich vor dem Eintritt in das Auswahlverfahren die Möglichkeit, andere Optionen zu prüfen und gegebenenfalls zu wählen.

Vorschläge zur Umsetzung

Wir haben der Hochschulrektorenkonferenz ein Modell vorgeschlagen, das diese sich zu eigen gemacht und ihren Mitgliedern empfohlen hat. Es sieht die Entwicklung und Erprobung solcher Tests durch eine zentrale Einrichtung auf deren eigene Kosten vor. Voraussetzung für diese Vorleistung ist, dass sich eine genügend große Zahl von Hochschulen verpflichtet, die Test-Ergebnisse über einen bestimmten Mindest-Zeitraum bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen. Die Vorleistung bei der teuren Entwicklung der Verfahren sowie die Leistung der jährlichen Durchführung und der Regenerierung der Tests amortisieren sich nur dann, wenn Teilnahmegebühren erhoben werden. Das heißt, die Teilnehmenden – denen ein Service in Form differenzierter Rückmeldungen und wichtiger Vergleichsdaten geboten wird – tragen die Kosten des Verfahrens, wie das in praktisch allen Ländern, in denen Studierfähigkeitstests durchgeführt werden, geschieht. Bei diesem Konzept entstehen den Hochschulen mithin für die Nutzung eines Studierfähigkeitstests keine Kosten. Wir wünschen uns allerdings die Unterstützung der Hochschulen bei der Gewinnung von Testräumen sowie bei der Rekrutierung von Aufsichtspersonal – das jedoch vergütet wird.

Einige Beispiele sollen zeigen, dass das vorgeschlagene Konzept an einigen Stellen bereits verwirklicht ist.

Der Test für medizinische Studiengänge, der im Bundesgebiet in den achtziger und neunziger Jahren verbindlich für alle Personen war, die Medizin, Tier- oder Zahnmedizin studieren wollten, wird seit dem Jahr 2007 wieder in einigen Teilen Deutschlands verwendet, ebenfalls, seit 1998, in der Schweiz und seit 2007 in Österreich. Mit Unterstützung des Landes Baden-Württemberg wird seit dem Jahr 1999 ein Test für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge an Fachhochschulen durchgeführt, dessen Weiterentwicklung ebenfalls aus Teilnehmergebühren bestritten wird und der außer von baden-württembergischen auch von einigen Fachhochschulen in anderen Bundesländern genutzt wird.

Eines der größten Projekte dieser Art ist derzeit der TestAS, ein Test für ausländische Bewerberinnen und Bewerber, die nicht EU-Bürger sind. Dieser Test, der weltweit angeboten wird, ist mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Auftrage des Deutschen Akademischen Austausch Dienstes (DAAD) entwickelt worden. Die Teilnehmenden haben Gelegenheit, den Test im Heimatland in Deutsch oder Englisch, gekoppelt mit einem Sprach-Screening, abzulegen. Neben einem allgemeinen „Kerntest“ sind zwei spezifische Module für Ingenieur- und für Wirtschaftswissenschaften verfügbar. Vom Jahr 2009 an werden weitere Module vorliegen, so dass alle wesentlichen Studienbereiche abgedeckt sein werden.

Mit diesen Entwicklungen soll den Hochschulen geholfen werden, zusammenzuführen, was zusammengehört.

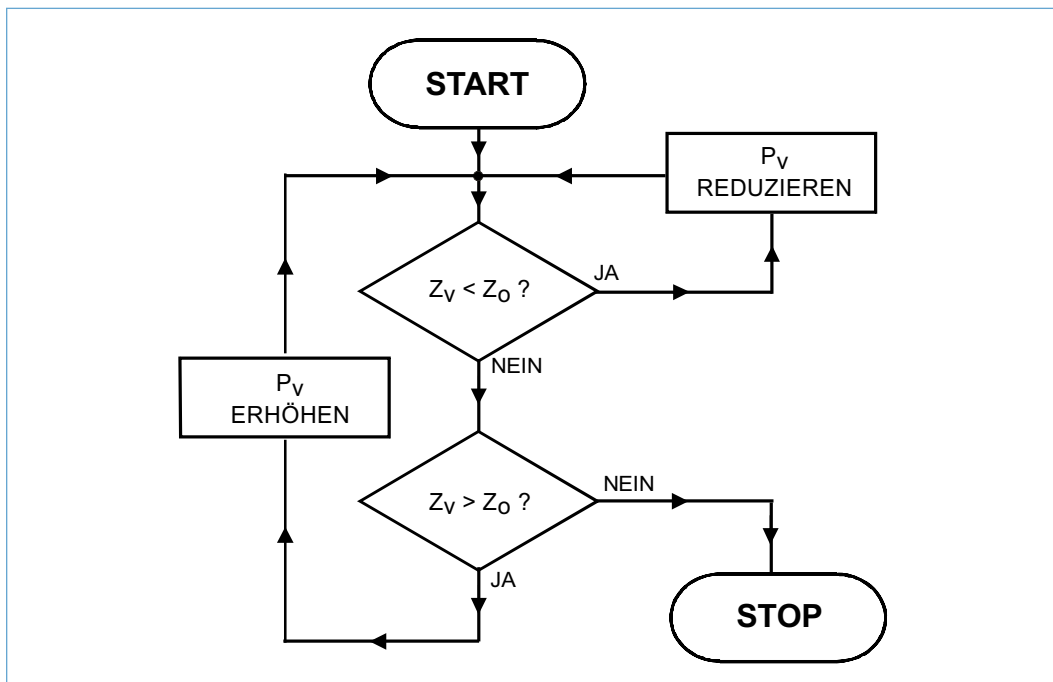
Um einen Einblick zu vermitteln, wie solche Testverfahren gestaltet sein können, sind im Folgenden einige Beispielaufgaben aus ganz unterschiedlichen Testprogrammen zusammengestellt:

- Die Aufgabengruppe „Flussdiagramme“ eignet sich besonders zur Prüfung der Qualifikation für das Studium der Informatik und der Ingenieurwissenschaften. Ein bestimmter Prozess wird verbal beschrieben und zudem in Form eines Flussdiagramms abgebildet. Es schließen sich einige Feststellungen an. Zu prüfen ist, ob diese Feststellungen mit den dargestellten Abläufen vereinbar sind. In einer anderen Variante wird gefragt, welche Elemente im jeweiligen Flussdiagramm verändert werden müssen, damit eine Änderung des Ablaufs beziehungsweise ein anderer Endzustand erreicht wird.

Beispielaufgabe:

Für ein Produkt der Firma Gernegroß & Söhne ist die Zahl der in einem bestimmten Zeitraum verkauften Stücke, Z_V , umso größer, je niedriger der Verkaufspreis P_V ist, und umgekehrt: Je höher P_V ist, desto geringer ist Z_V . Ein Mitarbeiter hat nun ermittelt, dass Z_0 angesichts der gegebenen Rahmenbedingungen die für das Unternehmen optimale Anzahl verkaufter Stücke ist.

In dem vorgegebenen Flussdiagramm ist die Strategie abgebildet, mit der das Unternehmen erreichen will, dass sich die Zahl verkaufter Stücke bei Z_0 einpendelt.



Welche der folgenden Aussagen trifft bzw. treffen in diesem Zusammenhang zu? (Hinweis: Nach einer Preisänderung erfolgt ein erneuter Vergleich von Z_V und Z_O immer erst dann, wenn Z_V sich nicht mehr verändert.)

- I. Nach der abgebildeten Strategie wird ein etwas zu wenig erhöhter Preis nicht mehr erhöht.
 - II. Nach der abgebildeten Strategie wird ein etwas zu stark erhöhter Preis nicht mehr gesenkt.
 - III. Nach der abgebildeten Strategie wird ein etwas zu stark reduzierter Preis nicht mehr erhöht.
- (A) Nur Aussage II trifft zu.
 (B) Nur Aussage III trifft zu.
 (C) Nur die Aussagen I und II treffen zu.
 (D) Nur die Aussagen II und III treffen zu.
 (E) Keine der drei Aussagen trifft zu.

Lösung: E

- Ein bewährter Aufgabentyp, der die Eignung für das Studium der Rechtswissenschaft prüft, heißt „Fälle und Normen“. Dieser Aufgabentyp wird auch im amerikanischen Law School Admission Test verwendet. Eine Rechtsnorm – sie kann „echt“ oder fiktiv sein – wird vorgegeben, und im Anschluss wird ein komplexer, lebensnaher Sachverhalt dargestellt. Es gilt, die Norm auf den betreffenden Sachverhalt anzuwenden. Auch hier sind keine Vorkenntnisse erforderlich.

Beispielaufgabe:

Norm

§ 306a Strafgesetzbuch (StGB): Schwere Brandstiftung

Schwere Brandstiftung begeht, wer

- ein Gebäude, ein Schiff, eine Hütte oder eine andere Räumlichkeit, die der Wohnung von Menschen dient,
- eine Kirche oder ein anderes der Religionsausübung dienendes Gebäude oder
- eine Räumlichkeit, die zeitweise dem Aufenthalt von Menschen dient, zu einer Zeit, in der Menschen sich dort aufzuhalten pflegen,

in Brand setzt oder durch eine Brandlegung ganz oder teilweise zerstört.

Sachverhalt

Das Ehepaar Prügel hat eine sechsjährige Tochter Heidi und einen Hund Bello. Für den Hund hat man im Garten eine Hütte errichtet, in der er nachts schlafen soll – tatsächlich bellt er oft lange und stört die Nachbarn erheblich. Wenn Heidi Kummer hat oder auf die Eltern zornig ist, dann verkriecht sie sich schon einmal bei Bello in der Hütte und spricht dort ihr Nachtgebet – auch am späten Abend noch. Nachbar Biedermann hat von Bellos Gebell die Nase voll und zündet eines Nachts die Hundehütte an, in der sich auch Heidi befindet, die verletzt wird; die Hundehütte brennt vollständig nieder.

Welche der beiden folgenden Aussagen lässt bzw. lassen sich aus einem Abgleich von Norm und Sachverhalt ableiten?

Aussage I: Biedermann hat schwere Brandstiftung begangen, weil er eine Hütte angezündet hat, in der sich ein Mensch aufhielt, der verletzt wurde.

Aussage II: Biedermann hat schwere Brandstiftung begangen, weil er ein der Religionsausübung dienendes Gebäude durch Brandlegung ganz zerstört hat.

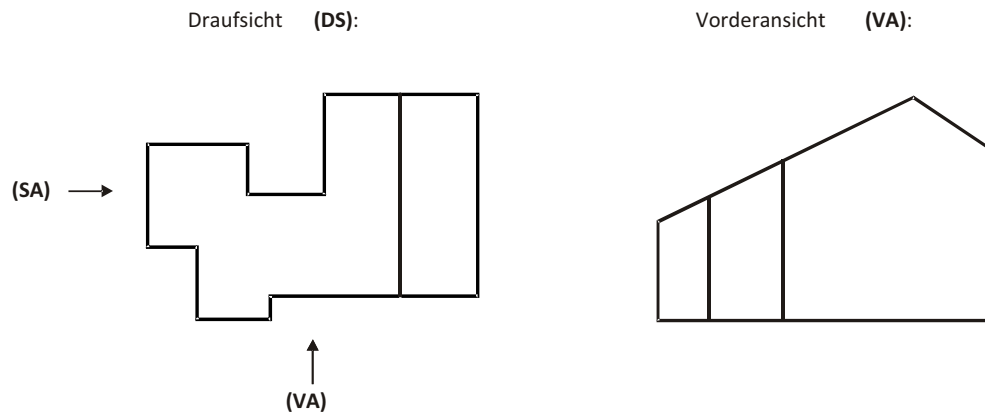
- (A) Nur Aussage I lässt sich ableiten.
- (B) Nur Aussage II lässt sich ableiten.
- (C) Beide Aussagen lassen sich ableiten.
- (D) Keine der beiden Aussagen lässt sich ableiten.

Lösung: D

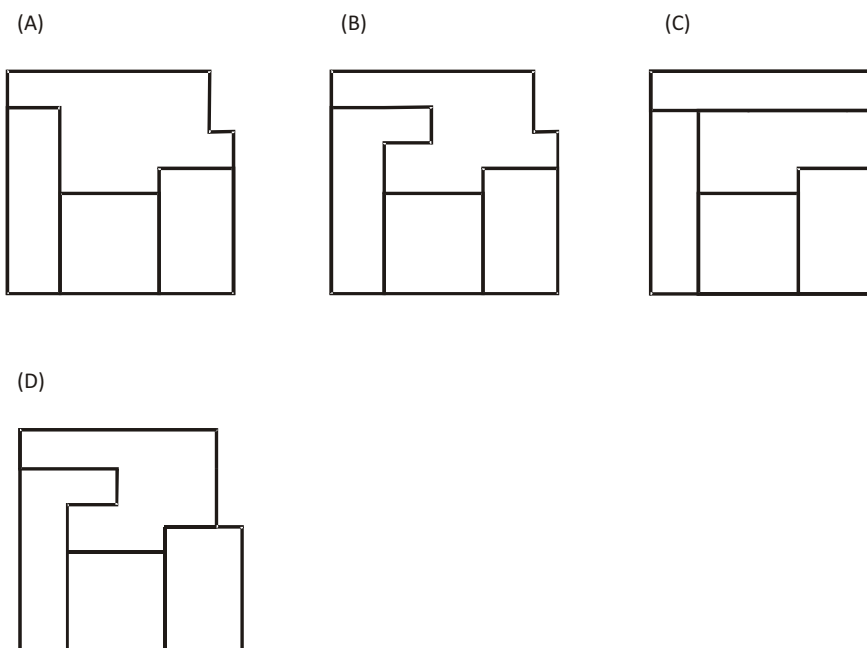
- Eine Aufgabengruppe „Ansichten“ genannt, ist besonders geeignet für ingenieurwissenschaftliche Studiengänge. In jeder Aufgabe werden die Draufsicht auf ein Objekt sowie dessen Vorderansicht geboten, dazu vier weitere Vorschläge für Seitenansichten. Nur eine davon kann beim Objekt die richtige Seitenansicht sein; diese gilt es zu erkennen. Diese Aufgaben lassen sich fast beliebig komplex gestalten.

Beispielaufgabe:

Gegeben: Draufsicht und Vorderansicht eines Körpers



Gesucht: die eingezeichnete Seitenansicht (SA) des Körpers



Lösung: B

- Bei der Aufgabengruppe „Klang und Rhythmus“ geht es nicht um das Finden der logisch richtigen Antwort, sondern vielmehr um das Erkennen rhythmischer und klanglicher Elemente in sprachlichen Gebilden. Bei einem der Beispiele muss entdeckt werden, dass eines der Wörter sich im Sprechrhythmus von den übrigen unterscheidet. Im zweiten Beispiel ist der Unterschied zwischen gedehnten und kurzen Vokalen herauszufinden. Im dritten Beispiel gilt es, ein Reimschema zu entdecken, in diesem Falle „ABBACDDC“. Wer es entdeckt hat, findet auch rasch heraus, dass die Zeile A aus diesem Reimschema heraus fällt. Ein Test, mit dem die Eignung für philologische Studiengänge geprüft werden kann.

1. Beispielaufgabe

- (A) kurzgefasst
- (B) weitgereist
- (C) verärgert
- (D) tiefbetrübt
- (E) durchgemacht

Lösung: C**2. Beispielaufgabe**

- (A) Trog - Sog
- (B) Lug - Trug
- (C) Weg - Steg
- (D) Pfiff - Kniff
- (E) Ton - Lohn

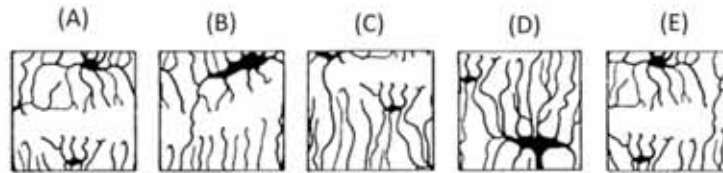
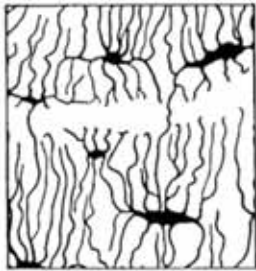
Lösung: D**3. Beispielaufgabe**

- Eugen, der Juwelendieb,
- (A) nahm, was er nur kriegen konnte
ohne dass ihm ein Befremden
 - (B) über sich zurücke blieb.

- Eines Tages aber stahl
- (C) er (man wird's nicht glauben wollen)
 - (D) einen ganzen wundervollen
 - (E) grade nicht benutzten Saal.

Lösung: C

- Bei der Aufgabengruppe „Differenzierte visuelle Wahrnehmung“ aus dem Medizinertest werden ein bestimmtes Muster sowie fünf verschiedene Ausschnitte daraus dargeboten, von denen nur einer exakt deckungsgleich mit einem Teil des Ausgangsmusters ist; diesen gilt es zu finden. Bei den verfälschten Ausschnitten sind nicht nur kleine Details, sondern zum Teil auch Proportionen geringfügig verändert. Mit diesem Aufgabentyp wird eine Anforderung simuliert, die Studierende der Medizin ebenso wie Ärzte im Umgang mit Röntgenbildern, Schnitten und dergleichen täglich zu bewältigen haben.

Beispielaufgabe:**Lösung: E**

- Die Aufgabengruppe „Sprachensysteme“ eignet sich für philologische Studiengänge, aber auch für viele andere. Hier wird eine Reihe von Sätzen in einer Kunstsprache samt deren deutscher „Übersetzung“ vorgegeben. Es gilt, aus diesen Beispielen die Bedeutung der einzelnen Begriffe, aber auch grammatikalische Regeln zu erschließen und diese Erkenntnisse auf neue Begriffe und Sätze anzuwenden.

Beispielaufgabe:

tundo ramodopo novot	=	Der Schüler rief seinen Onkel.
namidu kavino suvavot	=	Die Verkäuferin grüßte den Lehrer.
tundu kavinopu tetavosir	=	Die Schülerin fragt ihren Lehrer.
hidamo tundo nosir	=	Der Hausmeister tadelt den Schüler.

„Der Onkel grüßte seinen Hausmeister“ heißt in der fremden Sprache:

- | | |
|-----|-------------------------|
| (A) | novot suvosir hidamo |
| (B) | namidu hidamopu suvavot |
| (C) | novot hidamopo suvasir |
| (D) | ramodo hidamopo suvavot |

Lösung: D

Themenschwerpunkt I (Workshop): Professionalisierung von Methoden und Verfahren der hochschuleigenen Studierendenauswahl

Abiturnoten als Zugangskriterium zum Studium der Humanmedizin?

Dr. Martina Kadmon

In diesem Beitrag soll der Prozess skizziert werden, den die medizinischen Fakultäten in Baden-Württemberg bis zur Neueinführung des Tests für medizinische Studiengänge (TMS) durchlaufen haben. Es sollen einige Daten dargestellt werden, die die Notwendigkeit begründen, nicht nur Studierfähigkeitstests, sondern einen ganzen Kanon an Auswahlkriterien zu etablieren, die auf unsere verschiedenen Studiengänge abgestimmt sind. Die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen für den Studiengang Medizin ergeben sich aus der Hochschulvergabeverordnung.

Hochschulvergabe-/ZVS-Vergabeordnung

Durch die Vergabeverordnung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) besteht die Möglichkeit die Abiturdurchschnittsnote, Einzelnoten in Profil- und Neigungsfächern und gewichtete Einzelnoten als Zulassungskriterien für Bewerber zum Medizinstudium zu nutzen. Weitere zulässige Kriterien sind eine fachnahe Berufsausbildung und -tätigkeit, ein fachspezifischer Studierfähigkeitstest, Motivations- und Leistungserhebungen sowie Auswahlgespräche. Alle Kriterien außer demjenigen der Abiturdurchschnittsnote sind fakultativ anwendbar; das Gesetz gibt vor, dass die Abiturnote auch weiterhin einen maßgeblichen Einfluss auf die Zulassung haben soll. Juristisch bedeutet dies, dass ihr eine Gewichtung von mindestens 51 Prozent zukommen muss. Eine weitere Vorgabe bestimmt, dass ganz gleich in welcher Form Abiturnoten gewertet werden (Gesamtabitur oder Noten in Neigungsfächern), diese mit mindestens einem weiteren Kriterium zu kombinieren sind. Innerhalb dieser Vorgaben besteht ein gewisser Gestaltungsfreiraum. Die folgenden Ausführungen sollen sich auf die Daten beschränken, die zum Auswahlkriterium Abiturnote vorliegen, und auf die bisherigen Erfahrungen, die wir an der Medizinischen Fakultät Heidelberg der Universität Heidelberg mit dem Kriterium medizinnahe Berufsausbildung und -tätigkeit sowie mit dem Medizinertest gewonnen haben.

Anforderungen an eine professionelle Studierendenauswahl

Die erste Priorität hat sicher die Vereinbarkeit mit den Vorgaben der Gesetzgebung. Die prognostische Validität ist ebenfalls ein zentrales Thema, und ihr kommt im Kanon der Auswahlkriterien wahrscheinlich auch das größte Fragezeichen zu. Wir wünschen uns Objektivität und Reliabilität, ebenso wie Transparenz und Fairness. Das Auswahlverfahren darf nicht manipulierbar sein und sollte eine geringe Trainierbarkeit aufweisen. Es sollte gerichtsfest sein und machbar bleiben. Im Bereich der Medizin diskutiert die Fachwelt immer wieder über die Frage der prognostischen Validität. Insbesondere bei der Diskussion „Was ist ein guter Arzt?“ kommen wir sofort an die Grenzen der Definierbarkeit. Ähnliche Grenzen treffen zweifelsohne gleichermaßen auf andere Fachbereiche zu.

In Bezug auf die prognostische Validität stellt sich die Frage „Wen wählen wir überhaupt aus?“. Wählen wir wirklich den Bewerber aus, von dem wir glauben, dass er am Ende ein guter Arzt wird? Oder wollen wir nicht den Bewerber definieren, von dem wir annehmen, dass er in erster Linie sein Studium erfolgreich abschließt? Können wir überhaupt etwas aussagen über das Profil, das ein Achtzehnjähriger haben muss, um ihn sechs bis sieben Jahre später zu einem verantwortungsvollen Jungmediziner werden zu lassen? Wahrscheinlich nicht oder nur ganz bedingt. Können wir etwas dazu beitragen, dass er dieses Profil erwirbt? Wahrscheinlich ja. Das müssen wir zumindest anstreben, wenn wir Lehre im Hochschulkontext professionalisieren möchten. Und müssen wir nicht vielmehr in allen Bereichen diejenigen basalen Voraussetzungen definieren, die zunächst einmal notwendig sind, um in unserem Fach spezifisch studierfähig zu sein?

Die Erfordernisse der medizinischen Ausbildung und der ärztlichen Berufstätigkeit haben wahrscheinlich lediglich eine gemeinsame Schnittmenge, sind jedoch keineswegs deckungsgleich. Wissenschaftliche Kompetenz beispielsweise ist sehr wichtig für die medizinische Ausbildung, aber ein humanistischer Bildungshintergrund scheint doch eher die Erfordernisse der Berufspraxis zu begünstigen oder zumindest auch nötig zu sein – das eine nicht ohne das andere. Das sind Aspekte, die die Literatur zu dem Thema „der gute Arzt“ - „der professionelle Arzt“ aufgreift.

Nach der momentanen Datenlage kann man allenfalls versuchen, die Studierenden auszuwählen, die das Medizinstudium in einer akzeptablen Zeit erfolgreich absolvieren. Ob das genügt, sei dahingestellt. In jedem Fall spricht die mangelnde Datenlage dafür, unsere Auswahlverfahren wissenschaftlich zu begleiten, um ihre Effizienz und Effektivität in Bezug auf die Zielsetzung zu evaluieren.

Vorhersagekraft von Schulnoten

In der Medizin gilt die Abiturdurchschnittsnote als guter Prädiktor für die vorklinische Studienleistung, während ihre Prädiktionskraft für den klinischen Studienabschnitt schlechter zu sein scheint. In der englischen Literatur scheinen O-Level Noten einen besseren Prädiktionswert zu haben als A-Level Noten. Bei den fachspezifischen Noten wird der Prädiktionswert eher geringer. Englisch als Muttersprache hat unter den fachspezifischen Noten den höchsten Vorhersagewert für den Studienerfolg, allerdings wiederum nur für den vorklinischen Studienabschnitt. Auch unter der Annahme, dass naturwissenschaftliche Studiengänge eines gewissen naturwissenschaftlichen Vorwissens bedürfen und dass das Studium der Medizin hier einzureihen ist, gibt es hierzu widersprüchliche Daten:

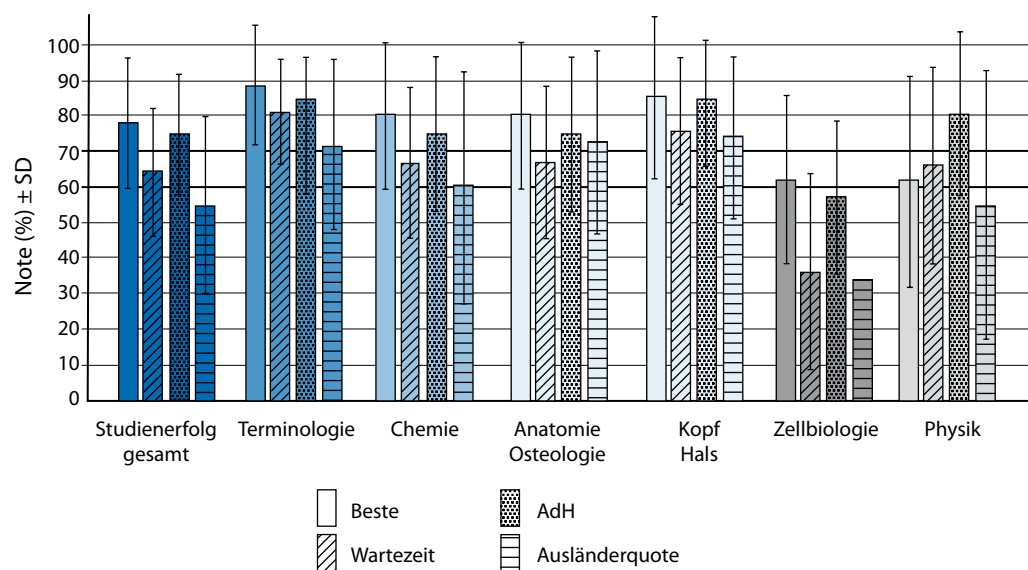
- A-Level Chemie ist völlig ohne Vorhersagewert für den vorklinischen Notenerfolg.
- A-Level Biologie hat einen relativ hohen Vorhersagewert, aber eben auch nur für den vorklinischen Studienabschnitt.

Untersuchung zum Studienerfolg im ersten Ausbildungsjahr an der Medizinischen Fakultät Heidelberg

Seit der Einführung einer hochschuleigenen Auswahl an der Medizinischen Fakultät Heidelberg im Jahr 2005 haben wir unsere Studierendenauswahl wissenschaftlich begleitet. Bei der Zulassung zum Wintersemester 2005/2006 wurde neben der vorgegebenen Abiturnote nur ein weiteres Kriterium für die Zulassung genutzt, eine medizinnahe Ausbildung und Berufstätigkeit. Das heißt, die Erstsemesterstudierenden des Wintersemesters 2005/2006 setzten sich im Wesentlichen aus den Quoten Abiturbeste, Wartezeit, Auswahlverfahren der Hochschule (AdH) und ausländische Studierende zusammen. Abbildung 1 stellt den Studienerfolg bezogen auf diese vier Quoten dar.

Die beiden ersten Säulen beziehen sich jeweils auf die Quoten, die über die ZVS vergeben wurden, also die Abiturbestenquote und die Wartezeitquote. Die dritte Säule beschreibt jeweils diejenigen Studierenden, die über das Auswahlverfahren der Hochschule (AdH-Verfahren) einen Studienplatz erhalten haben, und die vierte Säule zeigt den Studienerfolg der kleinen Gruppe an ausländischen Studierenden. Wichtig erscheint, dass die AdH-Quote von der Gesetzgebung her eine Art Mischquote darstellt: all diejenigen, die in diesem Jahr die Note „1,0“ im Abitur erreichten und nicht über die Abiturbestenquote von der ZVS einen Studienplatz angeboten bekamen, sind automatisch in die Auswahlverfahren der Hochschulen in der Medizin „überschwappt“ und wurden in unseren Ranglisten berücksichtigt.

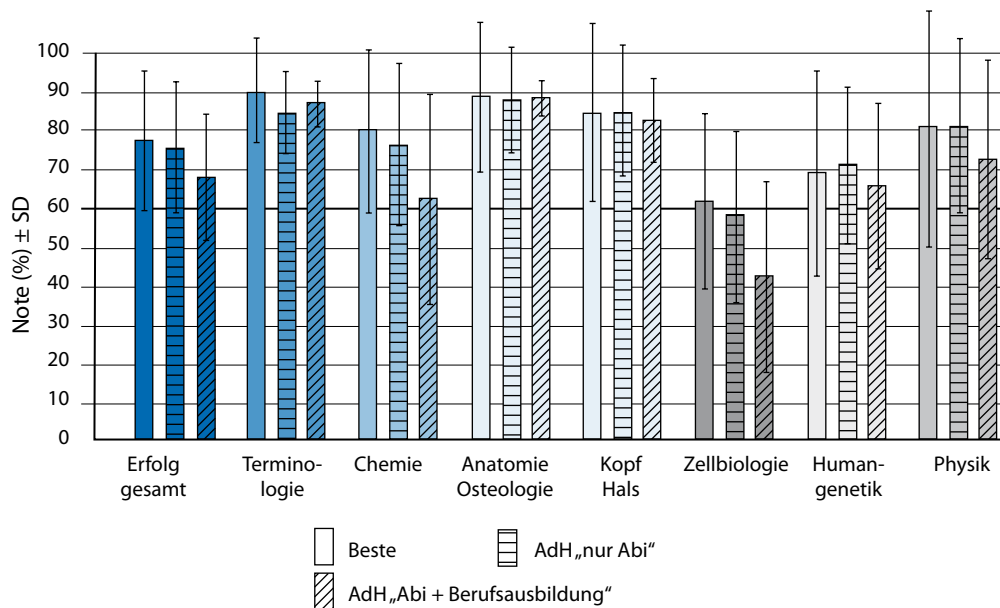
Abb. 01 Studienerfolg im ersten Studienjahr differenziert nach Quoten



Das Ergebnis zeigt, dass sich diese vier Gruppen bezüglich ihrer Prüfungsleistungen in den verschiedenen Fachbereichen im ersten Semester nicht unterscheiden. Eine gewisse Ausnahme bildet die Zellbiologie, aber auch hier sind die Unterschiede statistisch nicht signifikant. Somit scheint zumindest in dieser Studierendenkohorte das *Auswahlkriterium Abiturnote* im ersten Semester keinen adäquaten Prädiktionswert zu besitzen.

Weiterhin haben wir die Mischgruppe der AdH-Quote im Hinblick auf ihre Prüfungsleistungen im ersten Semester differenziert untersucht. Abbildung 2 zeigt die Ergebnisse getrennt für diejenigen, die nur über das Kriterium Abiturnote zugelassen wurden, und für diejenigen, die aufgrund einer zusätzlichen Berufsausbildung ihre Zulassung erhalten haben. Die Abiturnote hat auch bei dieser Subgruppendifferenzierung keinen guten Vorhersagewert für die Studienleistung.

Abb. 02 Studienerfolg im ersten Ausbildungsjahr in der AdH-Quote differenziert nach Kriterienkonstellation



Zusammenfassend lässt sich für die Abiturnoten sagen, dass sie zwar schnell und kostengünstig für die Hochschulen zur Verfügung stehen, dass aber ihre prognostische Bedeutung für den Studienerfolg möglicherweise geringer ist als in der bisherigen Literatur beschrieben. Auch ihre Reliabilität ist, insbesondere vor dem Hintergrund der Ungleichheit verschiedener Schulen, nicht sicher einzuschätzen.

Eignungstest für das Medizinstudium

Diese Ergebnisse sind ein wesentlicher Grund dafür, dass sich die medizinischen Fakultäten Baden-Württembergs bemühen wollen, Auswahlkriterien zu finden, die wesentlich mehr Vergleichbarkeit schaffen. Aus diesem Grund haben sie sich gemeinsam für die Wiedereinführung des Tests für medizinische Studiengänge (TMS) entschieden.

Der TMS ist ein spezifischer Studierfähigkeitstest, der folgende Aufgabengruppen enthält:

- Schlussfolgerndes Denken in medizinischen und naturwissenschaftlichen Kontexten
 - Interpretation von Graphiken und Textpassagen,
 - Verstehen längerer Textpassagen
 - Lösung quantitativer und formaler Probleme
- Verarbeitung visueller Informationen
 - Räumliches Vorstellungsvermögen
 - Wahrnehmungsgenauigkeit
 - Konzentration und Sorgfalt beim Erkennen visueller Zeichen
- Merkfähigkeit für sprachliche und bildliche Informationen
- Fähigkeit, konzentriert und sorgfältig zu arbeiten

Wichtig ist, dass kein medizinisches Vorwissen erforderlich ist, sondern dass alles Wissen, mit dem die Bewerber „jonglieren“ müssen, in den Aufgaben integriert ist. Mit den genannten Aufgabenbereichen bildet der TMS einige zentrale Anforderungen des Medizinstudiums ab.

Das Institut für Test- und Begabungsforschung der Studienstiftung des Deutschen Volkes hat den TMS 1986 und 1987, als er verbindlich war, an 28.000 Studierenden in seiner prädiktiven Wertigkeit überprüft. Etwa 80 Prozent der Studierendengruppe, die über die Kombination „Abitur und Test“ in dieser Zeit einen Studienplatz erhalten hat, hat innerhalb von zwei Jahren, also in der Regelstudienzeit, das Physikum erfolgreich abgelegt. Von denjenigen Bewerbern, die über die Testquote alleine einen Studienplatz erhalten haben, traf das für 62 Prozent zu. Eine Kombination der Auswahlkriterien Abiturdurchschnittsnote und Testergebnis bewirkte in dieser Studierendengruppe gemessen an der erfolgreichen Teilnahme am Physikum in der Regelstudienzeit eine bessere Vorhersage des Studienerfolges als die Anwendung jedes Einzelkriteriums alleine.

Im Jahr 2007 wurde für Bewerber an den medizinischen Fakultäten Baden-Württembergs der Medizinertest zum ersten Mal wieder eingeführt. Hierzu haben wir an der Medizinischen Fakultät Heidelberg der Universität Heidelberg eine Koordinierungsstelle etabliert, die die Durchführung des TMS organisiert mit Testorten in ganz Deutschland, um für die Teilnehmer eine wohnortnahe Testdurchführung zu ermöglichen. Im letzten Jahr meldeten sich 7.149 Teilnehmer an; von diesen haben 5.712 tatsächlich am Test teilgenommen. Einige Bewerber hatten bereits im Sommersemester, aber nach der Testanmeldephase einen Studienplatz erhalten, andere konnten aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen oder hatten sich mittlerweile für ein anderes Studienfach entschieden.

Fazit für die Auswahl anhand des TMS-Ergebnisses: Der Test ist ebenfalls schnell durchführbar und stellt mit einem begrenzten Personalaufwand ein machbares Verfahren für eine sehr große Zahl an Teilnehmern dar. Er bietet eine exzellente Vergleichbarkeit, gleiche Durchführungsbedingungen, gleiche Tageszeit, gleiche Ortsbedingungen. Die prognostische Validität für den klinischen Studienabschnitt soll im Weiteren über das hinaus, was wir schon wissen, untersucht werden.

Weiterentwicklung in Heidelberg

In Heidelberg sieht die neue Auswahlsetzung vor, dass alle Abiturienten mit überdurchschnittlichen Abiturgesamtnoten (2,3 oder besser) in eine zweite Stufe des Auswahlverfahrens aufgenommen werden, in dem dann auch überdurchschnittliche TMS-Ergebnisse boniert werden. Des Weiteren wird diskutiert, sofern das die Gesetzgebung ermöglicht, Binnenquoten zu bilden, so dass auch wieder Testbeste unabhängig von den Abiturnoten zugelassen werden können.

Ganz wichtig erscheint mir, dass wir den eingeschlagenen Weg der wissenschaftlichen Begleitung und kritischen Überprüfung unserer Auswahlkriterien fortsetzen können. Insbesondere sollte aus meiner Sicht der Vorhersagewert unserer Kriterien für die Leistungen im klinischen Studienabschnitt und in das Berufsleben hinein beurteilt werden. Möglicherweise muss auch der Studienerfolg etwas anders definiert, die Überprüfung unserer Kriterien zukunftsorientierter gestaltet werden. Neben Examensleistungen müssen sich die Auswahlkriterien auch an anderen Parametern, wie etwa Studienabbruchrate, Studiendauer oder Zufriedenheit der Studierenden messen lassen.

Auswahl von Studierenden am Beispiel der Fachhochschule JOANNEUM Graz (Österreich)

Dr. Martin Pöllinger

In diesem Beitrag werde ich das Auswahlverfahren der Fachhochschule JOANNEUM aus Graz (Österreich) erläutern. Zunächst werde ich kurz auf die FH JOANNEUM eingehen, anschließend die rechtlichen Rahmenbedingungen des Aufnahmeverfahrens für Fachhochschulen in Österreich generell erläutern, anhand eines konkreten Beispiels, nämlich des Studienganges „Fahrzeugtechnik“, das Aufnahmeverfahren und schließlich die einzelnen Kriterien näher darstellen. Ein Überblick über die Bedeutung des Aufnahmeverfahrens für unser Haus sowie weiterführende Fragen schließen diesen Beitrag.

Die Fachhochschule JOANNEUM

Die FH JOANNEUM ist mit knapp über 3.000 Studierenden wahrscheinlich für deutsche Verhältnisse eine sehr kleine Fachhochschule, für österreichische Verhältnisse eine der größten. Es gibt insgesamt drei Standorte; der Hauptstandort ist in Graz, die weiteren in Kapfenberg und Bad Gleichenberg. Gegliedert ist die seit zwölf Jahren bestehende Hochschule in vier Fachbereiche. Derzeit haben wir 2.500 Absolventen.

Insgesamt bietet die FH JOANNEUM 34 Studiengänge an, die aufgegliedert sind in 23 Studiengänge im Bachelorsystem, drei Studiengänge im „alten“ Diplomsystem und acht Masterstudiengänge, deren Anzahl in den nächsten Jahren im Zuge des Bologna-Prozesses steigen wird. Der ganz überwiegende Anteil der Studiengänge ist als Vollzeitstudium organisiert; das betrifft insgesamt 29 Studiengänge. Vier Studiengänge sind berufsbegleitend, von denen einer ein dualer Studiengang ist. Das Modell des dualen Studienganges wechselt – analog der baden-württembergischen Berufsakademien – dreimonatige Phasen im Unternehmen mit dreimonatigen Phasen an der Fachhochschule ab. Die Fachbereiche an der FH JOANNEUM sind:

1. „Information, Design und Technologie“ stellt den größten Fachbereich dar. Die FH JOANNEUM hat mit technischen Studiengängen beziehungsweise mit Designstudiengängen begonnen. Dieser Fachbereich umfasst Studiengänge wie „Informationsmanagement“, „Internettechnik“, „Informationsdesign“ oder „Fahrzeugtechnik“.
2. „Internationale Wirtschaft“ ist im Laufe der Zeit als Fachbereich hinzugekommen. „Management internationaler Geschäftsprozesse“, „Bank- und Versicherungswirtschaft“ sind Beispiele aus diesem Bereich.
3. „Leben, Bauen, Umwelt“ umfasst einerseits den Studiengang „Bauplanung und Baumanagement“, aber auch die Studiengänge „Sozialarbeit“ und „Infrastrukturwirtschaft“.
4. „Gesundheitswissenschaften“ ist ein weiterer Fachbereich, der erst seit zwei Jahren an der FH JOANNEUM angesiedelt ist. Diesem Fachbereich gehören beispielsweise die „Hebammenausbildung“, „Logopädie“, „Ergotherapie“, „Physiotherapie“, „Gesundheitsmanagement im Tourismus“ und „Health Care Engineering“ an.

Rahmenbedingungen für das Aufnahmeverfahren

Die rechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung eines Aufnahmeverfahrens sind in den so genannten Akkreditierungsrichtlinien des Fachhochschulrates angeführt. Der Fachhochschulrat ist die dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung zugeordnete Behörde, die für

die Fachhochschulen zuständig ist. In den Akkreditierungsrichtlinien findet sich die recht einfach klingende Formel wieder wonach, falls die Anzahl der Bewerber höher ist als die Zahl der verfügbaren Studienplätze, ein Aufnahmeverfahren durchzuführen ist, das ausschließlich leistungsbezogene Kriterien anzuwenden hat.

Die Herausforderung für die FH JOANNEUM besteht darin, jährlich etwa 3.500 bis 4.000 Bewerber auf 1.073 vorhandene Studienplätze zu verteilen und hierfür die besten Studierenden für die jeweiligen Inhalte zu finden, wobei die Aufteilung dieser knapp 4.000 Bewerber auf die einzelnen Studiengänge naturgemäß sehr unterschiedlich ist. Von Studiengängen, die 1:20 überbucht sind, bis zu Studiengängen, bei denen mehr Studienplätze als Bewerber vorhanden sind. Letzteres betrifft vor allem den technischen Bereich. Bei den stark gebuchten Studiengängen handelt es sich insbesondere um Studiengänge aus dem Gesundheitsbereich, wie etwa „Physiotherapie“ oder die „Hebammenausbildung“.

Das Auswahlverfahren am Beispiel des Studienganges „Fahrzeugtechnik“

Zur Verdeutlichung der Kriterien und deren Gewichtung im Aufnahmeverfahren der FH JOANNEUM habe ich den Studiengang „Fahrzeugtechnik“ als Beispiel herausgegriffen.

- Der schriftliche Reihungstest ist mit 50 Prozent gewichtet,
- das Aufnahmegespräch mit 25 Prozent und
- der Notendurchschnitt von Matura- und Abschlussklassenzeugnis mit 10 Prozent;
- zudem werden berufliche Erfahrung, Weiterbildung und Form der Bewerbung mit einem geringeren Gewicht von jeweils 5 Prozent als weitere Kriterien herangezogen.

Der schriftliche Reihungstest

Die schriftlichen Reihungstests bestehen aus zwei Teilen. Der erste Teil ist ein allgemeiner Studierfähigkeitstest bestehend aus drei Testmodulen von insgesamt etwa eineinhalb Stunden Dauer. Er wird von allen Studiengängen im Bachelor- und Diplomsystem angewendet. Diese drei Testmodule sind „Quantitatives Problemlösen“, „Figuren-Reihen“ und „Wort-Analogien“.

Im zweiten Testteil nach einer Pause sind die Testinhalte nach der spezifischen Ausrichtung der einzelnen Studiengänge gestaltet. Für diese spezifischen Tests stehen den jeweiligen Studiengangsleitern insgesamt acht verschiedene Untertests zur Verfügung. Beispielsweise verwendet der Studiengang „Journalismus und Unternehmenskommunikation“ die Untertests „Sprachstile“ und „Sprachgefühl“ oder der Studiengang Fahrzeugtechnik die Untertests „Technisches Verständnis“ und „Funktionale Beziehungen“. Im wirtschaftlichen Bereich werden die Testmodule „Analyse wirtschaftlicher Zusammenhänge“ und „Diagramme und Tabellen“, im gestalterischen beziehungsweise im Designbereich die Module „Perspektiven“ und hier ebenfalls „Technisches Verständnis“ eingesetzt. Die Gesundheitswissenschaften sind noch nicht mit eigenen geeigneten Untertests versehen worden und müssen aus den ursprünglich für den Technik- und Wirtschaftsbereich konzipierten Testmodulen auswählen.

Das Gespräch

Das zweite Kriterium, das je nach Studiengang mit einer Gewichtung von 25 bis 50 Prozent in die Auswahlentscheidung eingeht, ist das Aufnahmegespräch, das derzeit in den meisten Studiengängen mit allen Bewerbern durchgeführt wird. Es wird im Normalfall vom Studiengangleiter gemeinsam mit einem externen Psychologen in Form eines strukturierten Interviews geführt und dauert üblicherweise 20 Minuten. Anschließend bleiben etwa 10 Minuten für die Beurteilung. Im

Gespräch werden die Kriterien Motivation, Teamfähigkeit, Belastbarkeit, Ernsthaftigkeit der Bewerbung, Fähigkeit zur Selbstreflexion, Kenntnis des Berufsfeldes, aber auch Englischkenntnisse sowie die Vorstellungen von dem Studium und dem angestrebten Beruf beurteilt.

Weitere Kriterien

Weitere Kriterien, die zum Teil von Studiengang zu Studiengang variieren, sind Arbeitsproben beziehungsweise die gestalterische Klausur. Im Studiengang „Journalismus und Unternehmenskommunikation“ sind Textproben und im Studiengang „Industrial Design“ auch eigene gestalterische Arbeiten einzureichen. Der berufsspezifische Eignungstest betrifft nur die zwei Studiengänge „Logopädie“ und „Physiotherapie“, für die spezifische körperliche Eignungstests durchgeführt werden. In einem Studiengang werden für die Aufnahme in den Masterbereich ein „Exposé für die Diplomarbeit“ sowie Fremdsprachenkenntnisse verlangt. Des Weiteren werden in nahezu allen Studiengängen, der Notendurchschnitt des Abschlussklassenzeugnisses mit fünf oder zehn Prozent, berufliche Erfahrungen und Form der Bewerbung meist mit jeweils fünf Prozent berücksichtigt.

Bedeutung des Aufnahmeverfahrens für die FH JOANNEUM

Der Fachhochschulrat hat uns nicht gestattet einen Kostenbeitrag von den Bewerbern für das Aufnahmeverfahren einzuheben. Die Kosten für das Aufnahmeverfahren werden von der FH JOANNEUM getragen. Eine hohe Qualität bei der Auswahl der Studierenden durch ein derart hochwertiges und aufwändiges Aufnahmeverfahren ist maßgeblich für die gesamte Qualität des Studiums und letztlich auch für das Image einer Hochschule. Nach dem Motto „Schwer aber Fair“ sollen alle Bewerberinnen und Bewerber den Eindruck haben in einem schweren, aber durchaus gerechten und fairen Verfahren entweder ausgewählt worden zu sein oder aber keinen Studienplatz erhalten zu haben.

Das Aufnahmeprozedere bildet sich auch auf der Ebene der Öffentlichkeitsarbeit ab. Es liegen umfangreiche Folder für das Aufnahmeverfahren vor; es werden Informationen auf der Homepage zur Verfügung gestellt und auf zahlreichen Bildungsmessen und Schulvorträgen und bei Kasernenbesuchen wird darauf eingegangen. Die FH JOANNEUM legt größtmöglichen Wert auf Transparenz für die Teilnehmer am Aufnahmeverfahren. Daher gibt es Mustertests für die einzelnen Testmodule, die auch zum Download auf der Homepage zur Verfügung stehen. Der Testaufbau und die Testdurchführung werden ganz genau erklärt; zudem werden die weiteren Kriterien im Einzelnen erläutert. Darüber hinaus gibt es ein Schreiben des Testentwicklungsinstitutes, das über das Abschneiden im schriftlichen Reihungstest informiert. Jedem Teilnehmer am Aufnahmeverfahren wird die Möglichkeit gegeben einen Termin mit dem zuständigen Studiengangsleiter zu vereinbaren und sich über seine Ergebnisse im Detail zu informieren. Das betrachten wir ein wenig als Bildungsberatung, da auch mit denjenigen Bewerbern Gespräche geführt werden, die rein rechnerisch vom Testergebnis her keine Chance hätten im Aufnahmeverfahren weiter zu kommen.

In Österreich ist in diesem Kontext die „Abwehr von Interventionen“ ein Thema. Wenn verschiedene Stellen oder Personen für einzelne Bewerber intervenieren wollen, dann ist es von Vorteil einerseits ein solches transparentes und andererseits ein objektives Aufnahmeverfahren zu haben, bei dem es nicht möglich ist mittels Intervention Bewerber auf Studienplätze „reinzuschwindeln“.

Weiterführende Fragen

Die weiterführenden Fragen, die uns auch immer wieder beschäftigen, betreffen die folgenden Aspekte:

- den Umgang mit Mehrfachbewerbern
- die Messbarkeit der Qualität des Aufnahmeverfahrens. Dazu haben wir im Jahr 2005 eine Untersuchung durchgeführt, nach der das Aufnahmeverfahren aufgrund verschiedener Kriterien eine hohe Validität erreicht.
- die Ausgewogenheit von Kosten und Nutzen. Die Kosten sind derzeit sehr hoch und müssen von der Hochschule getragen werden.
- die Nachteile im schriftlichen Reihungstest für Bewerber, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Für diese Bewerbergruppe ist die Testbearbeitung naturgemäß schwieriger. Hierfür haben wir noch keine tragfähige Lösung gefunden. Die Übersetzung des Tests ins Englische erscheint nicht sinnvoll, da kaum Bewerber mit Englisch als Muttersprache vorhanden sind. Der Test müsste vielmehr in ungefähr 25 Sprachen übersetzt werden, was aus Kostengründen nicht möglich ist. Am ehesten würde eine Quotenregelung eine faire Lösungsmöglichkeit für diese Problematik darstellen.
- das Gender-Thema. Wir sind zu der Verwendung geschlechtsneutraler Frageformulierungen im Rahmen der Testmodule und auch der Testinstruktionen übergegangen.
- die Durchführung eines Aufnahmeverfahrens bei weniger Studienbewerbern als vorhandenen Studienplätzen. Hier geht es auch um die Kunst zu erkennen, ab wann es der Fall ist, dass zu wenig Bewerber sind und daher kein Auswahlverfahren zwingend notwendig wäre.
- der Umgang mit abgewiesenen Bewerbern; diese müssen das Gefühl haben, in einem guten und fairen Verfahren keinen Studienplatz bekommen zu haben.

Schließlich die provokante Frage: „Gibt es das beste oder das fairste Auswahlverfahren?“, über die man wahrscheinlich auch lange diskutieren könnte.

Auswahlgespräche: Prognosekraft und Strategien zur Qualitätssteigerung

Dr. Benedikt Hell und Prof. Dr. Heinz Schuler

Im Mittelpunkt dieses Beitrages stehen die Prognosekraft von Auswahlgesprächen und die Möglichkeiten zur Steigerung der Validität dieser Verfahrensklasse. An der Universität Hohenheim haben wir eine Reihe von Forschungsarbeiten durchgeführt, um zum einen die Prognosekraft von Auswahlverfahren wissenschaftlich zu untersuchen (zusammenfassend: Hell, Trapmann & Schuler, 2008) und zum anderen praktisch einsetzbare Auswahlverfahren zu entwickeln. Unter anderem haben wir in den letzten Jahren Auswahlgespräche und einen Online-Interessentest zur Studienberatung (www.was-studiere-ich.de) konzipiert und eingesetzt. Im vorliegenden Beitrag werde ich mich auf das Thema Auswahlgespräche konzentrieren. Zunächst werde ich auf eine grundlagenwissenschaftliche Untersuchung eingehen, bei der wir mittels der so genannten Methode der Metaanalyse die Prognosekraft von Auswahlgesprächen untersucht haben. Anschließend werde ich Maßnahmen vorstellen, die geeignet sind, die Aussagekraft von Interviews zu steigern, um den Beitrag dann mit einem Praxisbeispiel und einer integrierenden Synopse abzuschließen.

Die genannten Untersuchungen und Verfahrensentwicklungen haben wir im Rahmen des Projektes „Eignungsdiagnostische Auswahl von Studierenden“ durchgeführt, das gemeinsam von Professor Schuler und mir geleitet und von der Landesstiftung Baden-Württemberg und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft im Rahmen des Programms „Studierenden-Auswahl“ gefördert wurde.

Überblick und Grundidee der Metaanalyse

Von der Hohenheimer Arbeitsgruppe wurden mehrere Metaanalysen zu den wichtigen Prädiktoren *Schulnoten* (Trapmann, Hell, Weigand & Schuler, 2007), *Studierfähigkeitstests* (Hell, Trapmann & Schuler, 2007), *Persönlichkeitsmerkmale* (Trapmann, Hell, Hirn & Schuler, 2007) und *Auswahlgespräche* (Hell, Trapmann, Weigand & Schuler, 2007) berechnet und in den vergangenen Monaten in verschiedenen Fachzeitschriften veröffentlicht. Aus Zeitgründen kann hier nur auf die Metaanalyse zur Validität von Auswahlgesprächen eingegangen werden. Die Metaanalyse ist ein statistisches Verfahren, das es erlaubt, zahlreiche Einzelstudien, die ihre Erkenntnisse mittels vergleichbarer Forschungsdesigns gewinnen, zusammenzufassen, um im Ergebnis zu einer aussagekräftigen Schätzung der tatsächlichen Validität eines Verfahrens zu gelangen. Bei dieser Methode werden zum Beispiel die Stichprobengröße und die Qualität der Studien gewichtet sowie bestimmte Fehlereffekte der Primärstudien berücksichtigt.

In die Metaanalyse zur Aussagekraft von Auswahlgesprächen (Hell et al., 2007) flossen alle seit 1980 publizierten Studien ein; insgesamt sind 44 Validitätskoeffizienten – vorrangig aus internationalen Studien – in die Metaanalyse eingegangen.

Ergebnisse der Metaanalyse

Mit den 44 Validitätskoeffizienten, die wir bei der Literaturdurchsicht gefunden haben, wird eine Gesamtstichprobe von 4.305 Personen erreicht. Die Korrelation zwischen Auswahlgespräch und Studienerfolg im Sinne von Studiennoten ist relativ gering (.16). Dieser Wert stellt allerdings nur eine erste Annäherung dar, da zwischen der Art der Interviews zu differenzieren ist. Hierzu gibt es verschiedene Qualitätsparameter, von denen die Strukturierung der Auswahlgespräche der wichtigste ist. Wenn zwischen strukturierten und unstrukturierten Varianten dieser Verfahrensklasse

differenziert wird, dann ergibt sich ein ganz erheblicher Unterschied in der Prognosekraft (siehe Tabelle 1): Unstrukturierte Auswahlgespräche sind zur Prognose des Studienerfolgs ungeeignet (.11); die Ergebnisse strukturierter Gespräche erreichen immerhin einen nennenswerten Zusammenhang mit Studiennoten (.21).

Abb. 01 **Ergebnisse der Metaanalyse differenziert nach Form des Interviews**

	k	N	p	95 % KI
Interview, alle Formen	44	4 305	.157	[.116, .198]
Interview, unstrukturiert	14	2 136	.109	[.054, .164]
Interview, strukturiert	30	2 169	.205	[.151, .259]

Anmerkungen: k Anzahl der unabhängigen Stichproben
 N Größe der Gesamtstichprobe
 p Mittlere korrigierte Validität
 95 % KI Konfidenzintervall mit $p = 95\%$ um p , Modell: Zufällige Effekte

Alle diese Studien haben den Studienerfolg als Erfolg im Sinne von Studiennoten definiert. Zu alternativen Erfolgskriterien, wie Studienzufriedenheit, Studienabbruch, Studiendauer, Engagement für die Hochschule, liegen zu wenige Studien vor, um die Ergebnisse metaanalytisch zu verdichten. Wir gehen aber davon aus, dass Auswahlgespräche in Bezug auf die Prognose der Studienzufriedenheit und die Senkung der Studienabbruchquoten Gutes leisten können.

Argumente für den Einsatz von Auswahlgesprächen

Für den Einsatz von Auswahlgesprächen sprechen weitere Argumente:

- US-amerikanische Metaanalysen belegen, dass es mittels Interviews möglich ist, Berufserfolg zu prognostizieren (McDaniel, Whetzel, Schmidt & Maurer, 1994). Die Validität strukturierter Interviews beträgt danach .44. Eine auf den Berufserfolg ausgerichtete Auswahl von Studierenden ist in Studienfächern denkbar, mit denen ein klar definiertes Berufsbild verbunden ist (z. B. Lehramtsstudiengänge).
- Eine Auswahl der Studierenden im Hinblick auf den späteren beruflichen Erfolg bietet sich in Studiengängen an, in denen das Berufsbild klar definiert ist (z. B. Lehramt, Medizin).
- Weiter ist es möglich, mit Auswahlgesprächen Konstruktbereiche zu erfassen, die mit anderen Zulassungskriterien, wie Schulnoten oder Studierfähigkeitstests, nicht erfassbar sind. Insbesondere der Bereich der sozialen Kompetenzen kann in Auswahlgesprächen in simulationsorientierter Form operationalisiert werden.
- Ein ganz wichtiges weiteres Argument besteht in der Erzeugung einer Bindung zwischen Bewerber und Hochschule. Die Hochschule bekommt die Gelegenheit, die zukünftigen Studierenden intensiv kennen zu lernen und den Bewerbern das Studienangebot und die Studienbedingungen angemessen vorzustellen. Der Bewerber wiederum fühlt sich durch Auswahlgespräche als Individuum behandelt und wertgeschätzt. So entsteht bereits in der Bewerbungsphase eine Beziehung zwischen Hochschule und Bewerber. Und tatsächlich: Diejenigen Bewerber, die zu einem Auswahlgespräch antreten, nehmen das Studienplatzangebot auch eher an;

dazu haben wir viel versprechende Ergebnisse in Hohenheim erzielt. Wir mussten beispielsweise in dem Studiengang, in dem wir Gespräche zur Auswahl eingesetzt haben, kein Nachrückverfahren einleiten.

- Innerhalb von Auswahlgesprächen kann weiterhin – in begrenztem Umfang – eine Beratung der Bewerber erfolgen. Die Bewerber können mit Informationen versorgt und auf Informationslücken hingewiesen werden. Sollte im Laufe des Gesprächs offenkundig werden, dass bei dem Bewerber ein größerer Beratungsbedarf besteht, dann kann gezielt auf das Angebot der Studienberatungen verwiesen werden.

Auch bei der Zulassung zu Masterstudiengängen kommt die Verwendung von Auswahlgesprächen aus mehreren Gründen in Betracht. Zum einen sind mit den meisten Master-Programmen im Vergleich zu Bachelor-Studiengängen homogenere Berufs- und Karriereprofile verbunden, sodass eine Auswahl der Bewerber hinsichtlich des zu erwartenden beruflichen Erfolgs möglich ist. Zum anderen verfügen Interessenten für Master-Studiengänge über eine im Vergleich zu Bachelor-Bewerbern längere und somit aussagekräftigere Vita. Auswahlgespräche, die sowohl die definierten beruflichen Anforderungen als auch die vorhandenen biografischen Informationen sorgfältig abbilden, führen nicht nur zur Akzeptanz bei Bewerbern und Verwendern, sondern können andere Auswahllemente bei der Auswahl von Master-Studierenden sinnvoll ergänzen.

Optimierungsmöglichkeiten herkömmlicher Interviews

Die eignungsdiagnostische Forschung hat in der jüngeren Vergangenheit einige Möglichkeiten zur Steigerung der Aussagekraft von Auswahlgesprächen identifiziert (zusammenfassend: Schuler, 2002). Als wichtigste Maßnahme zur Qualitätssteigerung ist eine *anforderungsbezogene Gestaltung* der Gespräche zu nennen. Das bedeutet, dass der erste Schritt der Verfahrenskonstruktion in der Durchführung einer Analyse der beruflichen und Studienanforderungen besteht. Es gilt, das Profil des Studiengangs zu klären und dieses Profil gegebenenfalls zu schärfen. Leitfragen einer Anforderungsanalyse sollten sein:

- Welches Wissen ist für den Studiengang und für die mit dem Studiengang verbundenen Berufsbilder relevant?
- Welche Fähigkeiten und Fertigkeiten sind für den Studiengang und für die mit dem Studiengang verbundenen Berufsbilder relevant?
- Welche Interessen sind für den Studiengang und für die mit dem Studiengang verbundenen Berufsbilder relevant?
- Welche sonstigen Personenmerkmale sind für den Studiengang und für die mit dem Studiengang verbundenen Berufsbilder relevant?
- Wie bedeutsam sind die jeweiligen Merkmale?
- Welche Merkmale sollen im Auswahlgespräch und welche Merkmale können mittels anderer Zulassungskriterien präziser oder effizienter erfasst werden?

Es ist sinnvoll, nur diejenigen Merkmale im Interview zu operationalisieren, die anderweitig nicht zuverlässiger erfasst werden können. Schulisches Wissen sollte beispielsweise durch die Abiturnoten statt durch andere Verfahren abgedeckt werden.

Die Ergebnisse der Metaanalyse verdeutlichen, dass sich die *Strukturierung* der Gespräche ebenfalls entscheidend auf die Qualität auswirkt. Daher sollten die Interviews anhand eines Leitfadens durchgeführt werden, der dafür sorgt, dass die Abfolge sowie der Umfang der Gesprächs-

selemente bei jedem Gespräch ähnlich sind. Weiterhin ist es wichtig, eine *Standardisierung* oder zumindest eine Teilstandardisierung der Gespräche vorzusehen; das heißt, dass die Fragen von den verschiedenen Beobachtern in ähnlicher Weise gestellt und auch in ähnlicher Weise ausgewertet werden sollten. Darüber hinaus ist es sinnvoll, *mehrere Interviewer* in einem Gespräch einzusetzen sowie die *Informationsgewinnung* und die *Entscheidungsfindung voneinander zu trennen*. Ein ausführliches *Training der Interviewer* ist unerlässlich, um gleiche Beobachtermaßstäbe einzuführen. Hierdurch wird die Objektivität dieser für Beurteilungstendenzen anfällige Verfahrensklasse gesteigert.

Umsetzungsbeispiel

Im Rahmen der Entwicklung eines Auswahlverfahrens für den Studiengang Biologie Lehramt an der Universität Hohenheim haben wir die eben vorgestellten Empfehlungen in die Praxis umgesetzt. Nach Auskunft der Professoren dieses Studiengangs befanden sich unter den Studierenden zahlreiche für den Lehrerberuf ungeeignete Personen. Gleichzeitig weisen hohe Frühpensionierungsraten und bei Lehrkräften überzufällig häufig vorzufindende Burn-out-Fälle auf eine möglicherweise mangelnde Passung der eingestellten Lehrer zum Anforderungsprofil des Lehrberufs hin (wobei die generell hohe Belastung in diesem Beruf bedacht werden muss). Dementsprechend wurde vom Fachbereich eine höhere Passung nicht nur für das Studium, sondern besonders auch für den Lehrerberuf gewünscht.

Wir haben eine umfassende Anforderungsanalyse sowohl mit den Professoren als auch mit berufserfahrenen Lehrern durchgeführt. Insgesamt wurden 80 Lehrer befragt, welche Anforderungen ihrer Ansicht nach wichtig für den Lehrerberuf sind; die Professoren hingegen wurden nach den zentralen Studienanforderungen befragt. Diese beiden Perspektiven haben wir in einem Anforderungsprofil zusammengeführt und folgende übergreifenden Anforderungsbereiche identifiziert:

- kognitive Anforderungen (Verarbeitungskapazität, Merkfähigkeit und Kenntnisse in den relevanten Schulfächern),
- Fachinteresse und Interesse an pädagogischer Arbeit und schließlich
- die sozialen und persönlichen Kompetenzen (Durchsetzungsfähigkeit, kommunikative und soziale Fertigkeiten, Belastbarkeit, Selbstbeherrschung und Ausdauer).

Im Rahmen der Umsetzung wurden den Anforderungen geeignete Verfahren zugeordnet. Wir gehen davon aus, dass die kognitiven Anforderungen hinreichend durch die Abiturnote(n) abgedeckt werden. Zur Operationalisierung des zweiten Blocks, des Studien- und Berufsinteresses, haben wir einen Interessentest eingesetzt. Wir stellen im Internet einen fach- und hochschulübergreifenden Test zur Verfügung (www.was-studiere-ich.de), der sehr stark nachgefragt wird. Im vergangenen Jahr haben über 150.000 Abiturienten diesen Test absolviert. Zur Operationalisierung des dritten Anforderungsblocks, den sozialen und persönlichen Kompetenzen, wird ein Auswahlgespräch mit den Bewerbern durchgeführt. Bei diesem Gespräch handelt es sich um ein *strukturiertes Mehrkomponenten-Interview*, das eine ausgewogene Mischung an frei und hochgradig standardisierten Gesprächsteilen vorsieht. Freie Gesprächsteile sind etwa der Beginn oder der Abschluss des Gesprächs, in denen keine Bewertungen vorgenommen werden. Diese Gesprächsteile dienen der Schaffung einer freundlichen Atmosphäre. Die Selbstvorstellung gehört ebenfalls zu den freien Gesprächsteilen; der Bewerber hat hier die Aufgabe, sich selber in fünf Minuten zu präsentieren. Überprüft wird, wie gut der Bewerber bei einer strikten Zeitvorgabe einen kom-

plexen Sachverhalt strukturieren und vortragen kann. Daneben gibt es die hoch standardisierten Gesprächsteile; dazu zählen die Fragen zur Studienfachwahl und Berufsorientierung, biografische Fragen sowie eine umfangreicher Katalog an situativen Fragen. Besonders zu erwähnen ist noch eine Tätigkeitssimulation in Form eines kurzen Referates. Die Bewerber erhalten unmittelbar vor dem Auswahlgespräch einen kurzen Fachtext, den sie lesen und den Inhalt anschließend im Rahmen des Auswahlgesprächs innerhalb von fünf Minuten wiedergeben sollen. Dabei handelt es sich um eine Simulation der Anforderungen des Lehrerberufs en miniature.

Anhand eines Beispiels für eine biografische Frage möchte ich verdeutlichen, was unter „Standardisierung“ zu verstehen ist. Die Frage an den Bewerber lautet: „Welche naturwissenschaftlichen Fernsehsendungen kennen Sie? Welche davon finden Sie besonders interessant? Und weshalb?“ Die Frage ist also inhaltlich zunächst recht offen gestellt, wird dann verengt und anschließend noch weiter konkretisiert. Die Konkretisierung ist ein wichtiger diagnostischer „Kniff“, um zu aussagekräftigen Ergebnissen zu kommen. Wie Sie sehen, wird bereits die Frage standardisiert gestellt. Weiterhin sehen wir auf der Bewertungsseite eine Standardisierung vor, indem wir für *jede* Frage eine eigene verhaltensverankerte Einstufungsskala vorgeben. Jeder Skalenpunkt ist hierbei mit einem eigenen Verhaltensbeispiel verankert; die Beobachter erhalten damit ganz konkrete Auswertungshinweise, um zu einer gleichartigen Bewertung der Antworten zu gelangen.

Ergebnisse einer ersten Evaluation des eingesetzten Auswahlverfahrens

Die Ergebnisse einer ersten Evaluation der Hohenheimer Auswahlgespräche sind viel versprechend. Es wurde eine durchgehend sehr hohe Beobachterübereinstimmung erzielt (ICC: .87). Weiterhin sind die Interviewergebnisse unabhängig von Alter und Geschlecht der Bewerber. Zudem ist die Bindungswirkung außerordentlich hoch: In den vergangenen Jahren mussten wir zahlreiche Nachrückverfahren in fast allen Studiengängen durchführen, teilweise waren drei bis vier Nachrückverfahren notwendig, um alle Studienplätze zu füllen. Im Studiengang Biologie Lehramt war nach Einführung der Auswahlgespräche kein einziges Nachrückverfahren notwendig. Diejenigen Bewerber, die nach Einladung zu einem Auswahlgespräch ein Studienplatzangebot erhalten haben, haben dieses Angebot dann mit großer Wahrscheinlichkeit auch angenommen.

Synopse

Die Prognosekraft von Auswahlgesprächen für Studiennoten ist im Vergleich zu anderen Auswahlverfahren eher gering. Dennoch ist der Einsatz von Auswahlgesprächen im Hinblick auf alternative Erfolgskriterien sinnvoll. Zudem können Auswahlgespräche vielfältige Zusatznutzen stiften. Die in kleinen Ausschnitten wiedergegebene Evaluation eines Auswahlverfahrens bestehend aus Schulnoten, einem Interessentest und dem Einsatz von Auswahlgesprächen erbrachte sehr positive Ergebnisse. Was die Verfahrensklasse der Auswahlgespräche betrifft, besteht allerdings weiter Forschungsbedarf. Zum Beispiel sollte die Fairness von Auswahlgesprächen möglichst rasch genauer untersucht werden. Es steht zu befürchten, dass Bewerber aus bildungsfernen Schichten in Auswahlgesprächen schlechter abschneiden. Des Weiteren sollten die Prognosemöglichkeiten alternativer Studienerfolgskriterien wie der Studienzufriedenheit oder der Studienabbruchquote erforscht werden, da sich ein Großteil der bisherigen Forschung auf Studiennoten als Indikatoren für Studienerfolg konzentriert. Zudem interessiert uns die Frage, wie gut es gelingt, berufliche Kompetenzen über lange Zeiträume hinweg zu prognostizieren. Wir sind aber mehr als zuversichtlich, dass wir mit unseren Auswahlgesprächen grundlegende und stabile Kompetenzen erfassen, die bereits zu Beginn eines Studiums einen ersten wichtigen Anhaltspunkt für die zukünftige berufliche Bewährung bieten.

Literatur

- Hell, B., Trapmann, S. & Schuler, H. (2007):** Eine Metaanalyse der Validität von fachspezifischen Studierfähigkeitstests im deutschsprachigen Raum. *Empirische Pädagogik*, 21, 251-270.
- Hell, B., Trapmann, S. & Schuler, H. (2008):** Synopse der Hohenheimer Metaanalysen zur Prognostizierbarkeit des Studienerfolgs und Implikationen für die Auswahl- und Beratungspraxis. In: H. Schuler & B. Hell (Hrsg.), *Studierendenauswahl und Studienentscheidung* (S. 43-54). Göttingen: Hogrefe.
- Hell, B., Trapmann, S., Weigand, S. & Schuler, H. (2007):** Die Validität von Auswahlgesprächen im Rahmen der Hochschulzulassung – eine Metaanalyse. *Psychologische Rundschau*, 58, 93-102.
- McDaniel, M. A., Whetzel, D. L., Schmidt, F. L. & Maurer, S. D. (1994):** The validity of employment interviews: A comprehensive review and meta-analysis. *Journal of Applied Psychology*, 79, 599-616.
- Schuler, H. (2002):** Das Einstellungsinterview. Göttingen: Hogrefe.
- Trapmann, S., Hell, B., Hirn, S. & Schuler, H. (2007):** Meta-Analysis of the Relationship Between the Big Five and Academic Success at University. *Zeitschrift für Psychologie / Journal of Psychology*, 215, 132-151.
- Trapmann, S., Hell, B., Weigand, S. & Schuler, H. (2007):** Die Validität von Schulnoten zur Vorhersage des Studienerfolgs – eine Metaanalyse. *Zeitschrift für Pädagogische Psychologie*, 21, 11-27.

„Profil und Passung“ an der Universität Witten/Herdecke

Prof. Dr. Thomas Armbrüster

Leitbegriffe der Universität Witten/Herdecke

Zunächst lautet das Stichwort „Profil und Passung“. Wie versuchen wir, eine Passung zum Profil herzustellen? Dazu ist es notwendig auszuführen, was wir unter Profil verstehen. An der Universität Witten-Herdecke haben wir drei Leitbegriffe:

- Zur Freiheit ermutigen.
- Soziale Verantwortung fördern.
- Nach Wahrheit streben.

Das ist unser bildungspolitischer Anspruch, der bereits im Auswahlverfahren eingelöst werden muss. Etwas informeller ausgedrückt, wir versuchen, Avantgarde und ungewöhnlich zu sein. Das schlägt sich nieder in diesen drei Leitbegriffen. „Zur Freiheit ermutigen“ bedeutet, dass wir explizit solche Studierenden auswählen, die in ihrem Lebenslauf in irgendeiner Weise von Freiheit Gebrauch gemacht haben. Bei den Bewerberinnen und Bewerbern sollte etwas Ungewöhnliches im Lebenslauf erkennbar sein, das auf Qualifikation beziehungsweise Begabung hinweist. Dies ist die Unterscheidung, die wir treffen wollen. Viele Menschen weisen etwas Ungewöhnliches in ihrem Lebenslauf auf, aber wenn sich das Ungewöhnliche auf ein „Sitzen geblieben“ in der Schule aufgrund mangelnder Leistung bezieht, dann ist dies eine Form des Ungewöhnlichen, die wir nicht notwendigerweise an der Universität Witten-Herdecke haben wollen. Wir suchen Ungewöhnliches, das ein Zeichen von Begabung ist.

Diesen Anspruch versuchen wir, im Auswahlverfahren umzusetzen und das unter starken, vor allem pragmatischen Restriktionen. Diese betreffen Fragen nach der Zusammenstellung des Auswahlgremiums, terminliche Organisation des Auswahlverfahrens etc.

„Sind wir gut füreinander?“ – Das Auswahlverfahren an der Universität Witten/Herdecke

Die Ausgangsfrage lautet: Sind wir gut füreinander? Wir prüfen von unserer Seite, ob eine Bewerberin oder ein Bewerber von Freiheit Gebrauch gemacht, ob sie oder er besondere Verantwortung an den Tag gelegt oder etwas Ungewöhnliches gemacht hat, wie zum Beispiel eine Internetfirma im Alter von 18 Jahren zu gründen. Wir stellen uns aber auch die Frage: Glauben wir, dass auch der Bewerber von der Universität profitiert oder glauben wir, dass dieser Bewerber zwar sehr begabt ist, aber vielleicht doch besser an einer anderen Universität seiner Begabung nachgehen sollte. Dementsprechend wird der Auswahltag gestaltet, zu dem wir die Bewerber einladen. Wir weisen explizit daraufhin, dass es sich um eine gegenseitige Auswahl handelt. Die Studierenden werden aufgefordert, innerhalb des Auswahltages möglichst viele Informationen über die Universität zu sammeln, um ihrerseits die Passung zu prüfen. Viele Studieninteressierte bewerben sich bei verschiedenen Universitäten und überlegen bei einem Studienplatzangebot von der Universität Witten-Herdecke, ob sie dieses annehmen.

Ziel ist es, die Eigenart des Bewerbers beziehungsweise der Bewerberin als Besonderheit herauszufinden und nicht notwendigerweise die Erfüllung vorgegebener Kriterien zu prüfen, was somit bereits die Diskussion der prädiktiven Validität und Reliabilität des Auswahlverfahrens betrifft.

Studienangebote der Universität Witten/Herdecke

In den Wirtschaftswissenschaften werden folgende Studiengänge durchgeführt:

- B.A. Business Economics
- M.A. General Management
- M.A. International Business Management

Die Schwerpunktbildung der Studierenden wird durch so genannte Modulzertifikate abgebildet; dies schlägt sich aber nicht in dem Namen B.A. Business Economics nieder, sondern die Studierenden erhalten ein Modulzertifikat, mit dem sie Arbeitsmarktakzente setzen können.

Die Medizinfakultät bietet an:

- Medizin (Staatsexamen)
- Pflegewissenschaft (Bachelor of Science und Master of Science)

Die Zahnmedizinfakultät umfasst den Studiengang:

- Zahnmedizin (Staatsexamen)

In der Fakultät Studium fundamentale gibt es das Studienangebot:

- Philosophie und Kulturreflexion (Bachelor of Arts und Master of Arts; Pflichtkurse für alle Studierenden)

Die Auswahlverfahren laufen an den einzelnen Fakultäten unabhängig voneinander; sie weisen aber sehr starke Ähnlichkeiten auf.

Besonderheiten des Studiums in Witten/Herdecke

Zu den Besonderheiten des Studiums in Witten/Herdecke gehört insbesondere der persönliche Kontakt. In Bezug auf die Anzahl der Studierenden pro Lehrveranstaltung kommen wir im dritten B.A.-Jahr, in dem eine sehr hohe Wahlfreiheit besteht, und in den M.A.-Ausbildungen der Wirtschaftsfakultät auf durchschnittlich elf Studierende pro Lehrveranstaltung.

Das praxisorientierte Studium, ein weiteres Kennzeichen, wird durch ein Mentorenfirmenkonzept und eine sehr starke Zusammenarbeit mit Unternehmen umgesetzt.

Jeder Studierende der Wirtschaftswissenschaften im Bachelor- oder Masterstudiengang muss eine Reihe von Kursen im Studium Fundamentale ableisten; das sind in der Regel Kurse in Philosophie, Soziologie und den Kulturwissenschaften. Die Anzahl der Kreditpunkte (credit points), die die Studierenden in diesen Kursen erzielen können, ist durch eine bestimmte Mindestzahl und eine Obergrenze definiert. Ein Studierender der Wirtschaftswissenschaften kann insgesamt 30 bis 40 Prozent der Kreditpunkte in Philosophie, Soziologie und den Kulturwissenschaften erwerben. Auch das ist eine Besonderheit des Studiums in Witten/Herdecke.

Anforderungen an die Bewerber am Beispiel Wirtschaftswissenschaften

Das Auswahlverfahren muss diesen Besonderheiten Rechnung tragen. Wir verlangen von den Bewerbern eine fundierte Berufspraxis, die oftmals durch eine vorhergehende Lehre nachgewiesen wird. Falls keine Berufspraxis vorhanden ist, werden die Bewerber zum Teil auch schon zum Aufnahmeverfahren eingeladen und wir sprechen alternativ eine bedingte Aufnahme aus. Die Bewerber können dann im Folgejahr ihr Studium an der Universität Witten/Herdecke aufnehmen, ohne erneut ein Auswahlverfahren durchlaufen zu müssen. In der Zwischenzeit haben die Bewerber die Gelegenheit, Praxiserfahrung nachzuholen. Das Kriterium der Lehre ist zwischenzeitlich etwas aufgeweicht. Wir akzeptieren auch Bewerber, die auf andere Art und Weise Berufspraxis nachgewiesen haben, beispielsweise indem sie zwölf Monate in einem Betrieb gearbeitet oder ein soziales Jahr abgeleistet haben. In seltenen Ausnahmefällen werden auch das Ableisten des Zivildienstes oder bestimmte Aktivitäten bei der Bundeswehr als hinreichende Berufspraxis akzeptiert. Zudem sind sehr gute Englischkenntnisse der Bewerber erforderlich.

Das Auswahlverfahren

Das Auswahlverfahren ist zweistufig:

Die erste Stufe ist die schriftliche Bewerbung, auf deren Basis in der Wirtschaftsfakultät etwa 120 Bewerberinnen und Bewerber eingeladen werden. Von diesen erhalten etwa 60 ein Studienplatzangebot. Das Auswahlverfahren findet in den Sommermonaten statt; der Bewerbungseingang ist in der Regel im Mai eines Jahres.

Auf der zweiten Stufe des Auswahlverfahrens führt die Auswahlkommission bestehend aus Mitgliedern, Alumni und Freunden der Fakultät Gespräche mit den Bewerbern. Diese finden üblicherweise jedes Jahr im Juni und Juli statt; in manchen Fällen wird auch noch im September oder Oktober ein Bewerbungsverfahren nachgeschoben.

Der konkrete Ablauf des Auswahltagess sieht folgendermaßen aus: Ein Bewerber beziehungsweise eine Bewerberin kommt einen Tag an die Universität und führt drei Einzelgespräche mit jeweils zwei Personen sowie eine Gruppendiskussion zusammen mit jeweils fünf weiteren Bewerbern durch. Für die Bewerber dauert der Tag in der Regel von 9 bis 15 Uhr; anschließend tagt die Auswahlkommission, um von diesen sechs Bewerbern diejenigen – im Durchschnitt drei – auszuwählen, die ein Studienplatzangebot erhalten. Dieses Verfahren orientiert sich an dem Auswahlverfahren der Studienstiftung des deutschen Volkes mit einer wichtigen Ausnahme, die das Kriterium betrifft. Die Studienstiftung verlangt entweder ein ausgezeichnetes Abitur oder ein ausgezeichnetes Vordiplomzeugnis oder einen Einzelvorschlag von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern und entscheidet auf dieser Grundlage über die Einladung zum Auswahlverfahren. Im Unterschied dazu achtet die Universität Witten/Herdecke auf etwas Ungewöhnliches, durch das Begabung charakterisiert wird, ohne dass notwendigerweise ein Abitur von „1,0“ dahinter steht. Auf dieser Basis werden die Bewerber zum Auswahlverfahren eingeladen; das Verfahren selbst ist dann ähnlich wie dasjenige der Studienstiftung.

Im Weiteren möchte ich einige Stichworte der Tagung aufgreifen:

- *Abbildung des Profils.* Wir versuchen im Rahmen des Auswahlverfahrens bestimmte Eindrücke von den Bewerbern zu erhalten und verwenden hierzu bewusst auch unstrukturierte Interviews. Verantwortungsbereitschaft, Initiative, Querdenken, von Freiheit Gebrauch machen, Argumentieren, einen Gedankengang entwickeln und Integrität sind die Kriterien, die wir bei der Auswahl berücksichtigen. Diese sind jedoch nicht schriftlich festgelegt, auch nicht

in Form eines Interviewleitfadens zur Strukturierung der Auswahlgespräche, sondern auf diese hat man sich informell an der Universität Witten/Herdecke verständigt.

- *Prädiktive Validität und Reliabilität* sind Anforderungen an ein Auswahlverfahren, die uns ganz wesentlich beschäftigen. Beispielsweise ist die Frage der prädiktiven Validität das zentrale Diskussionskriterium der Auswahlkommission. Werden diese Bewerberin, dieser Bewerber an der Universität Witten/Herdecke erfolgreich studieren und nach drei Jahren B.A.-Studium beziehungsweise vormals nach fünf Jahren Diplomstudium eine sehr gute Position auf dem Arbeitsmarkt haben. In Bezug auf die Reliabilität stellt sich die Auswahlkommission explizit die Frage, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine personell anders zusammengesetzte Auswahlkommission genauso entscheiden würde. Diese Frage ersetzt nicht die wissenschaftliche Prüfung der Reliabilität, aber zumindest haben wir ein bestimmtes Bewusstsein darüber und thematisieren dies in der Auswahlkommission.
- *Ökonomie* des Auswahlverfahrens ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt. Es ist terminlich außerordentlich schwierig, zwei Professoren, zwei Alumni und zwei Förderer und Freunde der Universität für einen Tag an den Campus zusammenzubringen und zwar nicht nur einmal im Jahr, sondern insgesamt an rund zehn Tagen in den Sommermonaten. Dementsprechend bedeutet die Zusammenstellung der Auswahltag für die Verwaltung eine große Herausforderung.
- In der *Akzeptanz* des Auswahlverfahrens steckt für die Universität Witten/Herdecke eine besondere Crux. Wir haben festgestellt, dass dieses Auswahlverfahren eine sehr starke Bindung der Bewerber an die Universität schafft. Die Bewerber fühlen sich „ausgewählt“, weil sie wissen, dass die Studierenden handverlesen ausgewählt wurden und sie dazu gehören. Es schafft eine Identifikation mit der Universität Witten/Herdecke und hat insbesondere auch eine Signalwirkung nach außen. Man sollte bedenken, dass heute an vielen Hochschulen ein Auswahlverfahren üblich ist. Als die Universität Witten/Herdecke in den achtziger Jahren angefangen hat, da zählte sie zu den wenigen Universitäten, die ein Auswahlverfahren durchführten, und wir können immer noch aus einer relativ großen Bewerbergruppe auswählen. Hierbei ist die Anzahl der Bewerber zwischen den Studiengängen unterschiedlich hoch und schwankt auch über die Jahre hinweg sehr stark, je nachdem wie die Universität Witten/Herdecke in der Presse dargestellt wird.

Abschließend noch eine Bemerkung zu „Profil und Passung“. Validität und Reliabilität thematisieren wir explizit, aber ohne diese wissenschaftlich unterstützt zu haben, sondern nur durch die interne Diskussion dieser Kriterien. In Bezug auf „Profil und Passung“ versuchen wir, auf ungewöhnliche Art ungewöhnliche Menschen an die Universität zu bekommen.

Bericht über die Ergebnisse im Themenschwerpunkt I (Workshop)

Prof. Dr. Günter Trost

Aus Workshop I können folgende Punkte zur Professionalisierung von Methoden und Verfahren der hochschuleigenen Studierendenauswahl destilliert werden:

Breitere Definition von Studienerfolg und Diversifizierung der Auswahlkriterien

Deutlich wurde in Workshop I der Wunsch beziehungsweise die Forderung nach einer breiteren oder alternativen Definition von Studienerfolg. Das enge Festhalten an dem Kriterium „Studiennoten“ wurde als unbefriedigend empfunden. Hierbei stellt sich allerdings das Problem, dass alle anderen Kriterien, wie zum Beispiel Studienzufriedenheit, in der Regel schwerer zugänglich sind. Zudem können andere Kriterien häufig nicht mit derselben Präzision erfasst werden wie die Studiennoten. Der Forderung nach Diversifikation der Studienerfolgskriterien entsprach der Wunsch nach Diversität der Auswahlkriterien. Es herrschte Übereinstimmung darüber, dass die Auswahl von Studierenden nicht allein anhand eines Auswahlkriteriums bzw. -instruments erfolgen soll, insbesondere, wenn man eine Vielfalt von Qualifikationen berücksichtigen möchte.

Ein Diskussionspunkt war die immer wiederkehrende Frage, inwieweit auch die Berufseignung bereits bei Studieneintritt als Auswahlkriterium herangezogen werden sollte. Die Vor- und Nachteile wurden erörtert; die Schwierigkeiten, Berufseignung zu definieren, wurden thematisiert, und es wurde deutlich, dass es Teil des Bildungsauftrages der Hochschule ist, diese Berufsbefähigung zu vermitteln. – Man kann bei siebzehn- oder achtzehnjährigen Studieninteressierten nicht bereits voraussetzen, was im und durch das Studium erst erworben werden soll.

Wissenschaftliche Begleitung von Auswahlverfahren

Die Forderung nach systematischer wissenschaftlicher Begleitung jeglicher Auswahlverfahren zog sich durch die Diskussion. Von besonderer Bedeutung sind Bewährungskontrollen, das heißt, die Gegenüberstellung der Ergebnisse in den Auswahlverfahren mit Daten zum Studienverlauf und Studienerfolg. Auch dort, wo bereits gute Ergebnisse zur Prognosekraft der betreffenden Auswahlverfahren vorliegen, ist eine Fortschreibung der Evaluation unter sich ändernden Studien- und Selektionsbedingungen notwendig.

Optimierung des Bewerbungsmanagements

Auf das Problem der „Vielfachbewerber“, die das System belasten, wurde nachdrücklich hingewiesen. Es ist eine außerordentlich unbefriedigende Situation, dass trotz mehrerer Nachrückdurchgänge auch bei einer ursprünglich erheblichen Überzahl an Bewerbungen schließlich doch noch Studienplätze unbesetzt bleiben müssen. Hier richten sich die Erwartungen der Hochschulen auf eine zentrale Einrichtung wie etwa die Nachfolgeeinrichtung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS), die die Hochschulen beim Bewerbungsmanagement unterstützen soll.

Auswahlverfahren für Master-Studiengänge

Schließlich wurde deutlich, dass ein erheblicher Bedarf an Auswahlverfahren für die Zulassung zu den Master-Studiengängen besteht. Zurzeit gibt es hierfür noch kein Testverfahren. Diese Studiengänge unterscheiden sich bezüglich einer ganzen Reihe von Rahmenbedingungen von den grundständigen Studiengängen. Deshalb sind hier neue Ansätze auch bei der Auswahl gefordert.

Diesbezügliche Vorstellungen und Wünsche der Hochschulen liegen vor, und es gibt Anzeichen für die Bereitschaft des Bundes, die Entwicklung entsprechender Verfahren zu unterstützen. Somit besteht die Aussicht, dass in zwei bis drei Jahren auch für diesen Bereich brauchbare und bereits erprobte Instrumente zur Verfügung stehen.

Themenschwerpunkt II (Workshop): Hochschulen im internationalen Wettbewerb: Studierendenauswahl

Studierendenauswahl im internationalen Wettbewerb

Dr. Jochen Hellmann

Um das Thema „Studierendenauswahl im internationalen Wettbewerb“ in einen weiteren Kontext zu stellen, soll erst einmal ein kurzer Überblick im Zeitraffer zeigen, woher wir mit unserem Internationalisierungswunsch historisch kommen, und anschließend in einem zweiten Teil die Frage fokussiert werden, wie wir unter Gesichtspunkten der Bewerberauswahl sinnvoll „internationalisieren“ können.

Kurze Geschichte der Hochschulinternationalität

Zu Beginn meines Beitrags steht also „eine kurze Geschichte der Hochschulinternationalität“. Am Anfang war die Universität das, was sie heute zu sein behauptet, nämlich international aus sich heraus. Die „*peregrinationes academicae*“, also die transnationale Wanderbewegung von Lehrenden und Studierenden, war der Normalzustand an den europäischen Universitäten. Dies war möglich, weil die Wissenschaftssprache Latein als „*lingua franca*“ damals überall die *language of instruction* war. Der Nachteil bestand in der Abgrenzung gegenüber der umgebenden Lebenswelt, innerhalb derer die Universität in ihrer Eigenart eine abgegrenzte universelle „Nation“ bildete. Mit der Durchsetzung des nationalstaatlichen Prinzips im 19. Jahrhundert haben sich dann jedoch auch die Universitäten nationalisiert und den Nachteil der Abgrenzung gegenüber der Lebenswelt insofern überwunden. Die Menschen konnten von nun an verstehen, was die Wissenschaftler sagten, weil diese sich der jeweiligen nationalen Sprache bedienten. Das führte im Gegenzug jedoch dazu, dass sich die Wissenschaftler untereinander nicht mehr verstanden; insofern hatte man einen Nachteil gegen einen anderen eingetauscht. Es kam in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu Nord-Nord-Wanderungen, die vertikal funktionierten in dem Sinne, dass die Studierenden in den entwickelten Industrieländern des Nordens, die weniger gute Hochschulen besaßen, an hochwertiger eingestufte Hochschulen anderer „Nord-Länder“ wechseln konnten. Es kamen beispielsweise viele junge Leute aus den Vereinigten Staaten von Amerika nach Deutschland, weil sie zu Füßen berühmter Gelehrter an hiesigen Universitäten sitzen und hier in die universitäre Lehre gehen wollten. In der späteren Phase des Kolonialismus kam es zusätzlich auch zur Aufnahme von Studierenden aus dem „eigenen“ Kolonialbereich. Die Phase der Entkolonialisierung in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts hat dann eine entwicklungspolitisch begründete *incoming mobility* erzeugt; im Kontext des Kalten Krieges hat man nicht zuletzt auch versucht, über das Angebot zum Hochschulstudium Elitegruppen aus der „Dritten Welt“ für das eigene ideologische Lager zu mobilisieren.

An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass die Eliten der „Dritten Welt“ bis heute geprägt sind durch ihre Ausbildung an Hochschulen des Nordens. Man denke an:

- Jawaharlal Nehru: Cambridge
- Indira Gandhi: Oxford
- Pervez Musharraf: Royal College of Defence Studies London
- König Hussein von Jordanien: Royal Military Academy Sandhurst
- König Abdallah von Jordanien: Sandhurst, Oxford, Georgetown University Washington,

um nur einige Beispiele zu nennen.

In den achtziger Jahren wurde die institutionelle Internationalisierungsstrategie in Europa entdeckt; hierbei hat das ERASMUS-Programm eine starke Rolle gespielt. Dieser Prozess hat eine Neuorientierung in Richtung *outgoing mobility* angestoßen. Während es bis dahin für die Hochschulen eher darum ging, internationale Studierende aufzunehmen, wurde jetzt der Auslandsaufenthalt als Ausbildungsaspekt, d.h. im Sinne eines Qualitätsmerkmals für die eigenen akademischen Absolventen stärker berücksichtigt. Es handelt sich hier, wenn man so will, um eine modernisierte Spätentwicklung des frühen Modells der „Kavalierstour“ oder der „Bildungsreise in den Süden“, die wir aus vergangenen Zeiten kennen (und im heutigen Auslandssemester wiedererkennen ...). Die Hochschulen benötigen demzufolge seit den achtziger Jahren Partner, bei denen die eigenen Studierenden als *outgoing students* Auslandserfahrungen sammeln können.

In den neunziger Jahren begann ein neuer Diskurs über die Frage „Ist unser Hochschulstandort international attraktiv?“ Hier ging es nicht mehr wie früher darum, ideologische Hilfstruppen in der „Dritten Welt“ im Kontext des Kalten Krieges anzuwerben und auch nicht mehr primär um Entwicklungshilfe, sondern es ging auch um die Frage, ob wir überhaupt als Hochschulstandort attraktiv sind. Denn das Kommen internationaler Studierender schien jetzt als geeignetes Merkmal zur Messung akademischer Qualität zu taugen und außerdem entstand der neue Diskurs eines Wettbewerbs um die „hellsten Köpfe“. Die Hochschulen bemühten sich von nun an systematisch darum, international attraktiv zu sein.

Diese Bemühungen um internationale Attraktivität einerseits und der Bologna-Prozess beziehungsweise die Entwicklung des „European Higher Education Area“ bis zum Jahr 2010 andererseits sind ursprünglich zwei nicht verbundene Entwicklungsstränge, die aber konvergieren. Die beiden Trends, Globalisierung und Europäisierung, verstärken sich seit den Neunziger Jahren gegenseitig in einem konvergenten Doppelprozess.

Anstieg der internationalen Studierenden in Deutschland: Eine Erfolgsstory?

Im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts ist die „Ausländerquote“ innerhalb der Studierenden-Population an deutschen Hochschulen erheblich gestiegen.

- 2001: 126.000 ausländische Studierende in Deutschland (7,0 Prozent)
- 2004: 180.000 ausländische Studierende in Deutschland (8,9 Prozent)
- 2006: 189.000 ausländische Studierende in Deutschland (9,5 Prozent)

Die Entwicklungen in Deutschland sind allerdings vor dem Hintergrund des sprunghaften Anstiegs der Zahl der weltweit mobilen Studierenden zu sehen:

- 2000: 1,62 Mio. studieren weltweit außerhalb ihres Heimatlandes
- 2004: 2,65 Mio. studieren weltweit außerhalb ihres Heimatlandes

Deswegen sind die Steigerungsraten von ausländischen Studierenden in Deutschland nur mit Vorsicht als Attraktivitätsbeleg zu interpretieren: Denn der „Umsatz auf dem internationalen Mobilitätsmarkt“ ist weltweit so dramatisch angestiegen, dass der dokumentierte Anstieg in einem einzelnen Land eventuell nur als automatisches Ergebnis eines insgesamt „größeren Kuchens“ gewertet werden könnte.

Hinzu kommt als Problem die unbefriedigende Erfolgsquote von ausländischen Studierenden, wie die HIS-Studie (2003) im Auftrag des DAAD aufgezeigt hat. Die Gründe für das Scheitern sind vielfältig; teilweise liegt es an Defiziten bei Motivation und/oder Eignung, teilweise an ungünstigen Rahmenbedingungen (Sprachbarriere, Betreuungsmängel).

Auf diese Situation müssen die Hochschulen reagieren, indem sie zunächst die angestrebten Zielgruppen definieren und hierfür adäquate Angebote entwickeln. Das klingt nach einer Selbstverständlichkeit, aber in Deutschland bieten die Hochschulen nur in einem geringen Umfang zielgruppenspezifisch definierte Angebote für ausländische Studierende an.

Die Hochschulen müssen diese Angebote dann international konsequent bewerben beziehungsweise über sie informieren. Erst wenn die Hochschulen durch diese internationalen Marketinganstrengungen einen starken Bewerberüberhang generiert haben, kann sinnvollerweise an die Durchführung einer systematischen Bewerberauswahl gedacht werden. Die Hochschulen tragen für die schließlich ausgewählten Studierenden und deren Studienerfolg die Verantwortung; es gilt, die Studierenden angemessen zu betreuen und regelhaft zum Studienerfolg zu führen.

Bewertung ausländischer Studienbewerbungen: Ein weites Feld

Die Bewertung ausländischer Studienbewerbungen ist ausgesprochen kompliziert und es gibt eine Vielzahl an Bewertungsmöglichkeiten. Die Hochschulzugangsberechtigungsnote (HZB-Note) spielt hierbei eine wichtige Rolle. Die HZB wird geprüft, um zu ermitteln, ob ein ausländischer Studienbewerber überhaupt studieren darf. Die HZB-Note kann in ein einfaches Ranking eingehen und so die Liste der Zuzulassenden erzeugen. Dieses Prinzip wird ganz überwiegend angewandt und stellt die Normalität an den meisten deutschen Hochschulen dar. Es gibt jedoch gute Gründe, weitere Auswahlkriterien mit einzubeziehen. Hierbei ist zu bedenken, dass die HZB-Note im Kontext sehr unterschiedlicher landesspezifischer Benotungstraditionen steht. So wie bereits in Deutschland fachspezifisch unterschiedliche Traditionen bestehen – beispielsweise bedeutet die Note „3“ im Fach Jura etwas völlig anderes als im Fach Germanistik –, gibt es entsprechende „Sitzen“-Unterschiede auch zwischen Ländern. Zur Beurteilung der nationalen Benotungstraditionen ist bei den Auswählenden spezielles Fachwissen notwendig. Wenn man die HZB-Note nicht nach Herkunftsland-Formel relativieren will, kann man diese auch fachlich gewichten, beispielsweise nach den jeweiligen Fächern, die der Studienbewerber bisher an der Hochschule oder Schule belegt hat, und nach der Rolle, die diese Fächer für das gewünschte Studium spielen werden.

Die Priorisierung von Bewerbungen nach Herkunftsland ist ein anderer Ansatz, mit dem bestimmte Regionalschwerpunkte in einem Studiengang gezielt gefördert werden können. Hierzu wäre es z. B. möglich, Studienbewerbern aus bestimmten, vorher festgelegten Ländern einen Bonus zu geben. Umgekehrt könnte auch ein Malus vergeben werden, wenn an einer Hochschule bestimmte Regionen bereits übergewichtet vertreten sind und Studierende aus diesen Ländern nicht mehr im selben Umfang angesprochen werden sollen. Solche Entscheidungen können zum einen strategisch begründet werden: Wenn beispielsweise eine Hochschule privilegierte Beziehungen zu Lateinamerika unterhalten möchte und daher einen höheren Anteil lateinamerikanischer Studierender anstrebt, kann sie einen entsprechenden Bonus in ihrem Zugangssystem

tem abbilden. Zum anderen könnte die Bewertung nach Herkunftsland auch entwicklungspolitisch begründet werden.

Des Weiteren sind Sprachkenntnisse ein ganz wichtiger Faktor, der leicht unterschätzt wird. Für den professionellen „Internationalisierer“ ist es geradezu erstaunlich, wie häufig Vertreter einzelner Fächer dieses Bewertungskriterium aus ihrer fachlich-inhaltlichen Perspektive heraus als nebensächlich für den Studienerfolg ansehen. Wenn der Studiengang in deutscher Sprache durchgeführt wird, dann müssen in diesem Fall die Deutschkenntnisse gründlich geprüft werden. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen einer reinen Voraussetzungsprüfung und andererseits den Sprachkenntnissen als Auswahlkriterium. Es ist auch möglich, beides miteinander zu kombinieren. Der Nachweis von Deutschkenntnissen einer bestimmten Niveaustufe könnte dann die Voraussetzung für die Berücksichtigung im Auswahlverfahren sein und der Nachweis noch besserer, d.h. über dem geforderten Mindestniveau liegender Deutschkenntnisse könnte mit Zusatzpunkten honoriert werden.

Bei den Tests sind die fachspezifischen Eignungsprüfungsverfahren besonders zu erwähnen. Zu betonen ist, dass Selbsttests von Auswahltests zu unterscheiden sind; beide lassen sich sehr gut miteinander kombinieren, indem man die Selbsttests vor das eigentliche Auswahlverfahren setzt. Die Hochschule kann jedoch auch nur eines der beiden Elemente verwenden. Zudem sind Auswahlinterviews eine sehr gute Methode im Rahmen der Bewertung ausländischer Studienbewerbungen, die allerdings praktisch-logistisch an ihre Grenzen stößt, vor allem wenn die Hochschule nicht nur solche ausländischen Bewerber anziehen möchte, die ohnehin schon in Deutschland leben. Daneben gibt es eine Reihe weiterer zusätzlicher Indikatoren, welche die Hochschulen in ein Auswahlverfahren einbeziehen können:

- Motivationsschreiben
- Arbeitsproben
- Empfehlungsschreiben von Lehrern und Hochschullehrern
- Relevante Daten aus dem Lebenslauf

Diese Indikatoren können das Bild der Studienbewerberin beziehungsweise des Studienbewerbers abrunden. Auch nicht-akademische Kriterien, wie etwa soziale Aspekte oder der Bezug zum Studienort, können zur Bewertung ausländischer Studienbewerbungen herangezogen werden. Eine Einbeziehung all dieser Kriterien könnte als ganzheitliche Auswahl bezeichnet werden, die dazu beiträgt, möglichst viele individuelle Informationen bei der Auswahlentscheidung zu berücksichtigen. Je ganzheitlicher eine solche Auswahl ist, desto besser ist (vermutlich) die Prognosekraft für den Studienerfolg. Allerdings ist ein ganzheitliches Auswahlverfahren weniger objektivierbar und außerdem mit hohem Aufwand verbunden. Daher ist fraglich, ob mit dieser ganzheitlichen Auswahl echte Massenverfahren bewältigt werden können.

Des Weiteren ist die Frage aufzuwerfen, bei wem die Zuständigkeit für die Auswahl liegen soll. Das Akademische Auslandsamt oder die Hochschulreferate, die für den Studieneingang zuständig sind, können professionelle „Auswähler“ damit beauftragen, das Verfahren studiengangsübergreifend und hochschulweit durchzuführen. Dieser „zentrale“ Ansatz ist sehr arbeitsteilig und als relativ effizient einzuschätzen. Allerdings spricht insbesondere der Vorteil einer Einbeziehung des jeweiligen Fachverständnisses beziehungsweise der Fachexpertise im Rahmen der Auswahl für einen dezentralen Ansatz, bei dem die Auswahlverantwortung bei den Studiengängen selbst läge. Nachteil des dezentralen Vorgehens ist wiederum die komplizierte Gestaltung und die mit ihm verbundene aufwändige Organisation. Der Test für ausländische Studienbewerber (TestAS)

kann ein zusätzlicher und brauchbarer Indikator sein. Der Vorteil des TestAS liegt natürlich darin, dass er für die Hochschulen relativ einfach zu handhaben ist und gleichzeitig eine verlässliche Eignungsprüfung darstellt.

Fazit

Das perfekte Modell existiert nicht. Sämtliche genannten Verfahrens-Ansätze weisen neben den Vorteilen immer auch Nachteile auf. Es ist die Aufgabe der Hochschulen bzw. der in ihnen strategisch Zuständigen, die Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen und im Kontext der jeweiligen institutionellen Internationalisierungsstrategie dasjenige Verfahren zu bevorzugen, das den höchsten Ertrag bei vertretbarem Einsatz verspricht.

Hochschulspezifische Self Assessments für ausländische Studierende zwischen Marketing und realistischer Studieninformation

Prof. Dr. Heinz Schüpbach

Auch an der Universität Freiburg ist die Internationalisierung von Forschung und Lehre ein sehr wichtiges Thema; hierzu hat sich die Universität strategisch positioniert. Zudem bietet die Universität Freiburg einige internationale Studiengänge an, die in englischer Sprache durchgeführt werden. Das Thema meines Beitrags handelt jedoch eher davon, dass das Studium von internationalen Studierenden auch schwierig ist und zwar für beide Seiten, Studierende und Universität. Auf Seiten der Studierenden kann man durch Studienverlaufsanalysen hohe Studienabbruchquoten, späte Studienfach- und Studienortwechsel, überlange Studienzeiten u. ä. feststellen. Wir sprechen in gewisser Weise von einem Akkulturationsstress, den ausländische Studierende bewältigen müssen. Aber auch für die Universitäten ist es schwierig. Sehr häufig „laufen“ die ausländischen Studierenden einfach so mit und bei auftretenden Problemen versucht man, diese so pragmatisch wie möglich zu lösen. Es gibt somit relativ viele reaktive Strategien auf die spezifischen Probleme von ausländischen Studierenden und verhältnismäßig wenige proaktive Strategien. Zu den proaktiven Strategien gehören die Zulassungsverfahren; hierzu zählt aber auch, dass man Schwierigkeiten von ausländischen Studierenden aus dem Studienverlauf rechtzeitig erkennt und aufgreift. An der Universität Freiburg wurde daher ein Mentoring-Programm speziell für ausländische Studierende entwickelt, das ich darstellen möchte. Zudem muss man auch die Schwierigkeit der Verwaltung berücksichtigen, da die Zulassungsverfahren ein Massengeschäft sind. Jährlich gehen etwa 15.000 bis 20.000 Studienplatzbewerbungen an der Universität Freiburg ein und das Problem verschärft sich zunehmend. Wir haben zum Beispiel erwartet, dass ein Bewerber, der nach einem aufwändigen Eignungsfeststellungsverfahren ein Studienplatzangebot erhält, dieses auch annimmt. Die geforderte Abiturdurchschnittsnote für das Fach Molekularmedizin beträgt „1,0“; auf dreißig Studienplätze kommen 70 Bewerbungen. Von den dreißig Bewerbern, die einen Studienplatz angeboten bekamen, hat jedoch nur ca. die Hälfte den Studienplatz angenommen; zwei Nachrückverfahren waren notwendig. Im Fach Psychologie haben wir jetzt drei Nachrückverfahren durchführen müssen, obwohl auf einen Studienplatz zwölf Bewerber kamen.

Darüber hinaus muss man sich im Klaren sein, dass die Bildungsökonomie, die Hochschulen, die Verwaltung, die Professoren und die Fächer unterschiedliche Interessen im Blick haben. Aus der Sicht eines Fachvertreters stellen Auswahlgespräche beispielsweise ein sehr geeignetes Verfahren dar, um das Interesse der Universität an den Bewerbern deutlich zu machen und das Commitment zu stärken. Aufgrund des damit verbundenen Verwaltungsaufwandes wäre es jedoch völlig unmöglich, ein Zulassungsverfahren durchzuführen, um gute Leute einzustellen.

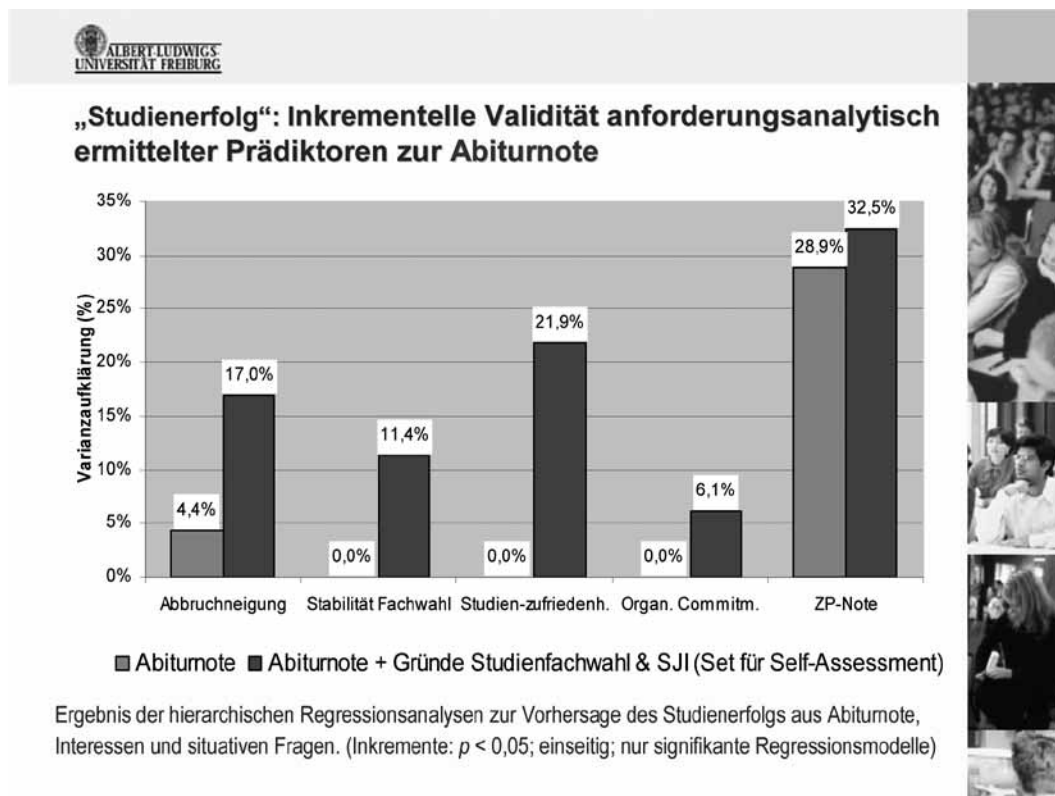
Projekt „StudierendenAuswahl“: Optimierung der (Online-)Zulassungsverfahren

An der Universität Freiburg haben wir diese Themenstellungen im Rahmen von Projekten konkret bearbeitet. Hier ist zunächst das Projekt „StudierendenAuswahl“ zu nennen, das bezogen auf den Teilbereich der Implementierung dieser Verfahren in drei Pilotfächern von dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und bezogen auf den Teilbereich der wissenschaftlichen Begleit- und Evaluationsforschung von der Landesstiftung Baden-Württemberg finanziert wird. Bei den drei Pilotfächern handelt es sich um Anglistik, Informatik und Geografie. Es geht in diesem Projekt auch

um die Verbindung von Marketing – die Studienfächer werden mit einem Self Assessment beworben – auf der einen Seite und Selbstselektion auf der anderen Seite. Dieser Ansatz funktioniert nur bei einem deutlichen Bewerberüberhang und hoher Attraktivität der Studiengänge. Unterstützt werden soll damit zum einen die Profilentwicklung der Fächer, insbesondere im Bereich der Anforderungsanalyse. Die Fächer sind gewissermaßen gezwungen, ihr eigenes Profil zu klären; hierbei lässt sich immer wieder beobachten, wie schwer es einzelnen Fächern fällt, ihr Anforderungsprofil darzustellen. Zum anderen sollen die (Online-)Zulassungsverfahren durch Steigerung der Effizienz und Verkürzung der Durchlaufzeit optimiert werden. Dies ist ein ganz entscheidender Faktor, da heute rund 80 Prozent der Zulassungsverfahren Online-gestützt abgewickelt werden.

Auf ein Ergebnis aus dem Projekt „StudierendenAuswahl“ möchte ich näher eingehen. Aus unserer Sicht ist die Auseinandersetzung mit der Frage, wodurch ein erfolgreiches Studium gekennzeichnet ist, ganz entscheidend. Während in den USA sehr differenzierte Kriterienkataloge für ein erfolgreiches Studium dargestellt werden, begnügt man sich in Deutschland in der Regel mit Zwischenprüfungsnoten oder Studiennoten. Bereits mit der Abiturdurchschnittsnote allein lassen sich ansatzweise die Abbruchneigung und recht gut die Zwischenprüfungsnoten vorhersagen. An der Universität Freiburg haben wir eine Befragung von Erstsemesterstudierenden durchgeführt, um zusätzliche Informationen zu der Abbruchneigung, der Stabilität der Fachwahl, der Studienzufriedenheit und dem Organisational Commitment zu erheben. Damit konnte die Vorhersage insbesondere zur Abbruchneigung, Studienzufriedenheit und Stabilität der Fachwahl ganz wesentlich verbessert werden (siehe Abbildung 1). Es ist also sehr wichtig, diese Studienverlaufs-kriterien bei der Definition von Studienerfolg mit einzubeziehen.

Abb. 01 Vorhersage des Studienerfolgs aus Abiturnote, Interessen und situativen Fragen (SJI)



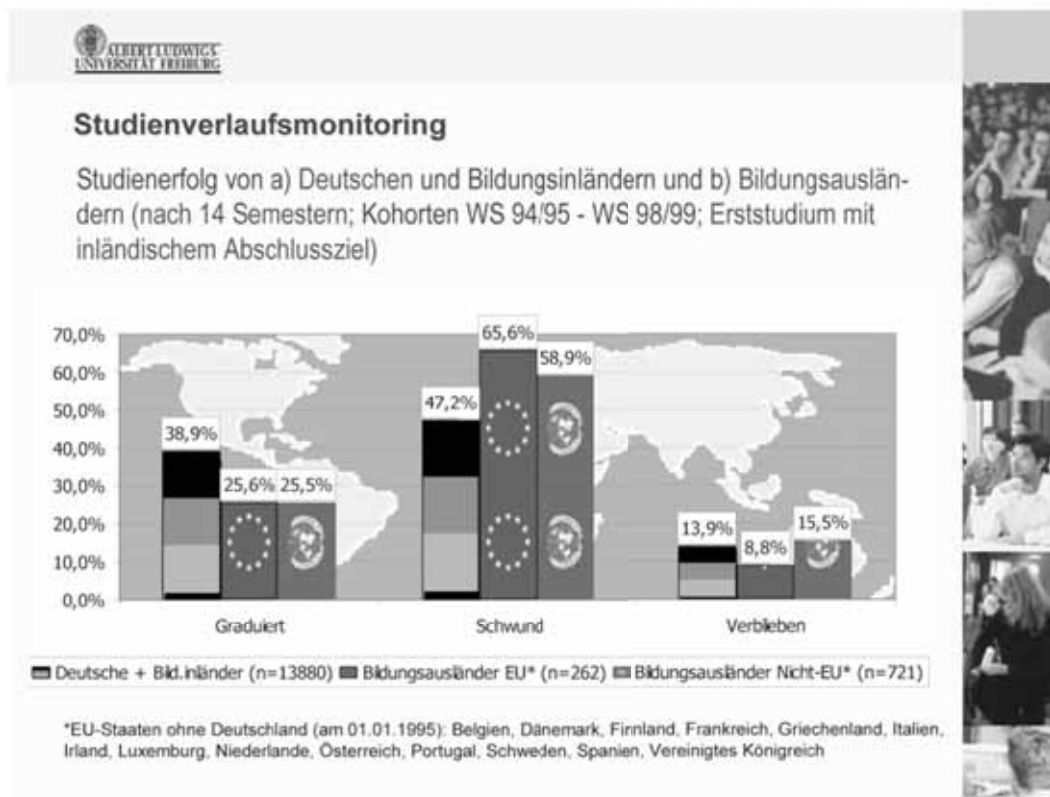
Unterstützung internationaler Studierender: Projekt „PROFIS“

Das gerade abgeschlossene Projekt „Vernetzung von IT-gestütztem Monitoring und Mentoring für internationale Studierende“ wurde im Rahmen des „Programms zur Förderung der Internationalisierung an deutschen Hochschulen“ (PROFIS) durch den Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD) gefördert. Hierbei geht es um die Vernetzung von IT-gestütztem Monitoring im Sinne von Studienverlaufsanalysen für ausländische Studierende, das unter anderem als Basis für ein proaktives Mentoring dienen soll. Des Weiteren sollte ein Online-Self Assessment für ausländische Studierende auf der Grundlage fundierter Anforderungsanalysen entwickelt werden.

Studienverlaufsmonitoring im Rahmen des Projekts „PROFIS“

Im Rahmen des Projekts „PROFIS“ haben wir nach Anleitung der HIS Hochschul-Informationssystem GmbH ein Studienverlaufsmonitoring durchgeführt. Üblicherweise wird hierfür eine Abschlusskohorte herangezogen; bei einem solchen Monitoringansatz wären dann beispielsweise alle diejenigen Absolventen zu berücksichtigen, die im Herbst 2007 ihr Studium abgeschlossen haben, um den Studienverlauf zu untersuchen. Nicht untersucht werden können bei einem solchen Vorgehen die Schwundraten. Demgegenüber sieht das Monitoringkonzept der HIS vor, mit Studienanfängerkohorten zu arbeiten, also beispielsweise wird der Studienverlauf der Studienanfänger des Wintersemesters 1998/99 untersucht. Der Betrachtungszeitrahmen umfasst jeweils 14 Semester für unterschiedliche Anfängerkohorten von Wintersemester 1994/95 bis Wintersemester 1998/99; das Monitoring bezieht sich auf das Erststudium mit inländischem Abschlussziel; nicht eingerechnet sind somit Programmstudierende wie zum Beispiel aus dem ERASMUS-Programm u. ä. Grundsätzlich ist es möglich, dass die betrachteten Studierenden vor den 14 Semestern verschwinden und es ist nicht bekannt, ob diese beispielsweise die Universität oder den Studiengang gewechselt oder das Studium abgebrochen haben. Unter dem Begriff des Schwunds werden diese Möglichkeiten zusammengefasst. Die Ergebnisse unserer Untersuchung (siehe Abbildung 2) zeigen, dass immerhin knapp 40 Prozent der Gruppe der „Deutschen und Bildungsinländer“ einen Abschluss erreichen; von den Bildungsausländern aus der EU wie aus der Nicht-EU graduieren jeweils rund ein Viertel der jeweiligen Studienanfänger der untersuchten Kohorten. Allerdings sind die Schwundraten extrem hoch; man muss sich im Klaren sein, dass etwa zwei Drittel der Studierenden verschwinden. Dass 14 Prozent der Deutschen und Bildungsinländer nach 14 Semestern ihr Studium noch nicht abgeschlossen haben, sind ebenfalls beunruhigende Zahlen.

Abb. 02 Studienverlauf von Deutschen bzw. Bildungsinländern und Bildungsausländern im Vergleich



Verlaufsmodell von Monitoring und Mentoring

Im Rahmen des aktiven Verlaufsmonitorings haben wir das Soll-Profil des Studiums erstellt; auf der Basis der Regelstudienzeit und der Anforderungen der Prüfungsordnung lässt sich ein einigermaßen „normaler“ Studienverlauf bestimmen. Treten beim Soll-Ist-Vergleich große Unterschiede auf, kann so die „Risikogruppe“ identifiziert werden, bei der die Hochschule aktiv werden sollte. Die „Risikogruppe“ erhält ein Mentoring-Angebot, das diese Studierenden nutzen können. Bei der Studierendengruppe, die die Leistungen in der vorgesehenen Zeit gut erbracht haben, kann man ein positives Feedback geben.

Zur Definition von Studienerfolg haben wir danach gefragt, wie früh man erfolgreiche und nicht erfolgreiche Entwicklungen erkennt. Hierzu wurde für ein Studienfach die Anzahl der bestanden und nicht bestanden Prüfungen im ersten Semester näher betrachtet. Die Ergebnisse zeigen, dass die Absolventen bereits im ersten Semester vier Prüfungen bestanden und kaum eine Prüfung nicht bestanden haben. Diejenigen, die verschwunden sind, haben bereits die Hälfte der allerersten Prüfungen im ersten Semester nicht bestanden und diejenigen, die verblieben sind, haben zwar ähnlich viele bestanden wie die Absolventen, aber auch eine größere Zahl an Prüfungen nicht bestanden. Nicht bestanden heißt sehr häufig, dass die Studierenden falsche Vorstellungen vom gewählten Studienfach haben. Da sie mit den Veranstaltungen nichts Richtiges anfangen können, melden sie sich erst gar nicht zu den Prüfungen an und haben entsprechend wenige Prüfungen absolviert, obwohl sie an sich leistungsfähig sind. Die Studienleis-

tungen von ausländischen Studierenden sind unstrittig nicht schlechter als diejenigen von Bildungsinländern.

Diejenigen, die ihr Studium erfolgreich im Sinne des Regelstudiums absolvieren, bezeichnen wir als „Low Risk“-Gruppe. Aus der Psychologie ist bekannt, dass ein positiver Zusammenhang zwischen relativ kurzer Studiendauer und guten Noten besteht. Gute Noten erfordern keine langen Studienzeiten, sondern im Gegenteil: Diejenigen, die im Studium sehr gut vorankommen, erreichen auch gute Noten. Studierende, die der so genannten „High Risk“-Gruppe zugeordnet werden können, werden zum Gespräch eingeladen und aktiv auf die Schwierigkeiten angesprochen.

Self Assessment für ausländische Studienplatz-Bewerber

Die Entwicklung des Self Assessments für ausländische Studienbewerber erfolgte auf Basis einer Anforderungsanalyse, in deren Rahmen eine Literaturstudie durchgeführt wurde. Nach dem Ergebnis der Studie sind die auftretenden Schwierigkeiten verhältnismäßig gut bekannt. Es besteht hierbei durchaus ein Zusammenhang zwischen dem Recruitment, der Passung und dem Studienabbruch. Die Anforderungen an ausländische Studierende, die zu Schwierigkeiten führen, beziehen sich im Wesentlichen auf die drei Komponenten Kulturdimensionen, persönliche Anforderungen und ökonomische Anforderungen. Die Studierenden haben häufig völlig illusionäre Vorstellungen von den ökonomischen Voraussetzungen des Auslandsstudiums in Deutschland.

Nach Durchführung der Anforderungsanalysen wurde das Self Assessment für internationale Studieninteressierte entwickelt, bei dem die genannten Komponenten „Kulturdimensionen“, „Persönlichkeitsmerkmale“ und „Kostenpunkte“ umgesetzt wurden. Dieses Self Assessment wurde in Kooperation mit Studierenden und dem International Office der Universität Freiburg im Rahmen des DAAD-geförderten Projekts „PROFIS“ erarbeitet. Im Wesentlichen geht es bei dem Self Assessment um die Einschätzung der als erfolgskritisch identifizierten Situationen im Studium aus Sicht der Studieninteressierten. Diese sollen einstufen, wie bestimmte Situationen in Deutschland funktionieren. Im Bereich der Kulturdimensionen sollen ausländische Studieninteressierte beispielsweise zum Aspekt „Geschlechtergleichheit“ einschätzen, wie es ihnen in Deutschland bezüglich dieses Gender-Faktors gehen wird. Ein weiteres Beispiel im Bereich Persönlichkeitsmerkmale fragt Studieninteressierte danach, warum Extraversion günstig für ein Auslandsstudium ist. Literaturbefunde zeigen sehr klar, dass extravertierte Studierende sich aufgrund ihres aktiven Bewältigungsstils wesentlich leichter tun als introvertierte Studierende, die sich eher zurückziehen und sozial isolieren. Auch zu den erwarteten Lebenshaltungskosten werden die Studierenden befragt. Das Self Assessment ist sehr Freiburg-spezifisch gestaltet; es handelt sich hierbei um kein allgemeines Studienberatungstool für Fragen wie „Soll ich studieren?“ und „Soll ich ein bestimmtes Fach studieren?“, sondern soll vielmehr den Studieninteressierten eine Orientierungshilfe bieten bei der Beantwortung der Frage „Ist es realistisch, dass ich mein Studium in Freiburg durchführe?“. Das Self Assessment ist im Internet verfügbar unter: <http://www.international.uni-freiburg.de/de/>

TestAS und die Zulassungsstrategie der Freien Universität Berlin

Dr. Wedigo de Vivanco

Eingangs möchte ich einige Zahlen zur Freien Universität Berlin darstellen und kurz auf die Studienverlaufsstudie der HIS Hochschul-Informations-System GmbH eingehen; die Erfahrungen mit unserem Studienkolleg und ein propädeutisches Pilotprojekt schließen sich an und Hinweise auf ideale Rahmenbedingungen bilden den Abschluss meines Beitrags.

Die Freie Universität Berlin in Zahlen¹

Die Freie Universität Berlin ist eine große Universität mit:

- rund 35.000 Studierenden, davon 60 Prozent Frauen und 16 Prozent internationale Studierende;
- rund 380 Professorinnen und Professoren (zusätzlich rund 280 an der Charité – Universitätsmedizin Berlin);
- rund 1.400 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, davon 39 Prozent Beschäftigte aus Drittmitteln finanziert;
- rund 1.900 sonstige Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern;
- zwölf Fachbereichen einschließlich der Charité – Universitätsmedizin Berlin (gemeinsame Fakultät von Freier Universität und Humboldt-Universität);
- einem Staatszuschuss von jährlich rund 290 Mio. Euro und
- Drittmiteinnahmen von jährlich rund 60 Mio. Euro.

Die Freie Universität Berlin in Zahlen – Lehre und Forschung

Die Freie Universität Berlin ist eine Volluniversität mit mehr als 100 Studienfächern und 74 Instituten. Sie verfügt über ein universitätsweites Angebot von Bachelor- und Master-Studiengängen und zählt insgesamt:

- 15 Sonderforschungsbereiche (sieben mit Sprecherfunktion, acht Beteiligungen),
- 11 DFG-Forschergruppen (drei mit Sprecherfunktion, acht Beteiligungen),
- 12 Graduiertenkollegs (fünf mit Sprecherfunktion, sieben Beteiligungen),
- 4 Graduate Schools und zudem
- 3 Cluster.

Das verbindende Zukunftskonzept richtet sich auf den Auf- und Ausbau einer internationalen Netzwerkuniversität. Zurzeit hat die Freie Universität Berlin 132 Partneruniversitäten weltweit und kann darüber hinaus verweisen auf

- 711 SOCRATES-Verträge mit ca. 2.000 Austauschstudierenden 1.000 Studierende im Ausland;
- 1.400 internationale Studierende zu Gast an der Freien Universität;
- 1.200 lehrende und forschende Wissenschaftler zu Gast an der Freien Universität.

¹ Zahlen ohne Humanmedizin

Die Studienverlaufsstudie der HIS Hochschul-Informationssystem GmbH

Bei einer solch großen Universität ist es sehr schwierig, den Studienverlauf aller Studierenden nach zu verfolgen. Deswegen gab die Ergebnispräsentation der Studienverlaufsstudie der HIS auf der Tagung des Deutschen Akademischen Austausch Dienstes 2004 in Hamburg einen sehr wichtigen Anstoß. Untersucht wurde hierbei der Studienverlauf der ausländischen Studierenden an vier Hochschulen (RWTH Aachen, LMU München, Universität Bielefeld, HAW Hamburg). Das schockierende Ergebnis hierbei war, dass selbst nach 16 Semestern nur 21 Prozent dieser Studierenden einen Abschluss erreicht haben. Die in die Studie einbezogenen bundesweiten Studienkollegiaten schneiden demgegenüber doppelt so gut ab; von diesen haben also immerhin 43 Prozent das Studium im Untersuchungszeitraum abgeschlossen. In diesem einjährigen Studienkolleg sind die ausländischen Studierenden deutlich besser auf das Studium in Deutschland vorbereitet worden. Allerdings wissen wir auch nicht genau, wie viele der Bildungsausländer sich nur einschreiben, um letztlich in Deutschland arbeiten zu können. Es gibt vielfältige Gründe für die geringe Absolventenquote von ausländischen Studierenden: Diese reichen von mangelnden Vorkenntnissen, insbesondere unzureichenden Sprachkenntnissen, bis hin zu schlechter Betreuung.

Das Studienkolleg der Freien Universität Berlin und der Humboldt Universität Berlin

In unserem Studienkolleg haben wir Erfahrung im Umgang mit dieser Problematik. Die Freie Universität Berlin und die Humboldt Universität betreiben ein gemeinsames Studienkolleg mit drei thematischen Schwerpunkten, nämlich die Geisteswissenschaften, die Wirtschaftswissenschaften und die Medizin- und Naturwissenschaften. Dementsprechend ist der Unterricht im Studienkolleg auf die Vorbereitung dieser Fächer ausgerichtet. Die Zulassung zum Studienkolleg erfolgt einmal jährlich im Herbst; derzeit haben wir etwa 80 Kollegiaten. Etwa 90 Prozent der Kollegiaten bestehen die Eignungsfeststellungsprüfung; von diesen studieren etwa 80 Prozent an der Freien Universität Berlin. Fachbezogen betrachtet erreichen ca. 70 Prozent einen Studienabschluss. Das ist eine sehr positive Nachricht.

Aufgrund der für das Jahr 2012 geplanten Einführung des 12-jährigen Abiturs erwarten wir einen starken Rückgang an Kollegiaten. Die meisten müssen das dreizehnte Schuljahr nachholen, nicht jedoch das zwölfte. Diese Reform wird voraussichtlich zur Schließung unseres Studienkollegs führen. Für eine Zahl von 12 oder 15 Studierenden kann ein solches Studienkolleg nicht aufrechterhalten werden. Die Expertise für eine optimale Studienvorbereitung soll jedoch weiter genutzt werden; der Lehrkörper hat hierfür im Studienkolleg wertvolle Erfahrungen sammeln können. Dies gilt insbesondere für die interkulturelle Sensibilisierung zur Vorbereitung auf ein Studium in den einzelnen Fächergruppen. Die ausländischen Studierenden sollen in die Lage versetzt werden, Subtexte zu verstehen, eine Anforderung, die häufig unterschätzt wird. Studierende aus China oder Peru verstehen viele Dinge nicht, die aus Sicht der Dozierenden für selbstverständlich gehalten und im Subtext mitgeteilt werden.

Die Funktion von Propädeutika für ausländische Studierende

Die Funktion der Propädeutika an der Freien Universität Berlin besteht vor allem darin, die Studiengänge durch die Vermittlung von Studienvoraussetzungen zu entlasten. Hierzu müssen die Studierenden intensiv auf die Fächerkultur eingestimmt werden, was sowohl das Vokabular, aber auch die Subtexte betrifft. Die Unterrichtsangebote des Studienkollegs sind genau ausgerichtet auf die einzelnen Fächerkulturen. Es gibt eine intensive fachsprachliche Vorbereitung; leider wird Sprache meiner Erfahrung nach häufig nicht ernst genug genommen. Die Sprachfertigkeiten sind

jedoch ein ganz entscheidender Faktor für den Studienerfolg. Insbesondere in den begehrten Fächern mit hohem Numerus Clausus ist der Lernfortschritt von den Lehrkräften so schnell getaktet, dass für die ausländischen Studierenden keine Zeit bleibt, die Unterrichtssprache zu erlernen.

Die ausländischen Studierenden müssen auch eingestimmt werden auf die Studienkultur, beispielsweise in Bezug auf Lehr-Lernformen an deutschen Hochschulen. Frontalunterricht, Wiederholungslernen, selbst bestimmtes Lernen, um nur einige Beispiele zu nennen, spielen bei uns eine andere Rolle als in anderen Ländern. Schließlich gehört auch das Vertrautmachen mit dem Studienort zu den Aufgaben von Propädeutika. Die genannten Elemente tragen einen erheblichen Anteil daran, die Studierenden für das Studium „fit“ zu machen.

Propädeutisches Pilotprojekt Wirtschaftswissenschaften

Die Freie Universität Berlin führt zurzeit bei den Wirtschaftswissenschaften ein propädeutisches Pilotprojekt durch mit dem Ziel, die Erfolgsquote bei den Absolventenzahlen zu erhöhen. Die derzeitige Entwicklung in Berlin, die Hochschulen zunehmend outputorientiert und nicht mehr inputorientiert zu finanzieren, wird sich in den nächsten fünf bis zehn Jahren auch in den anderen Bundesländern durchsetzen. Erst diese Veränderung in der Hochschulsteuerung ermöglicht es – das gilt auch für die Freie Universität Berlin – solche Förder- und Vorbereitungsmaßnahmen für die Studierenden durchzusetzen.

Des Weiteren soll das propädeutische Pilotprojekt dazu beitragen, die Nutzung der begehrten Studienplätze zu optimieren. Hierzu soll der Dropout, der in vielen Bereichen bereits nach dem ersten Semester insgesamt um die 40 Prozent beträgt, gesenkt werden. Eine wesentliche Ursache für das frühe Ausscheiden sind insbesondere falsche Vorstellungen der Studierenden von ihrem Fach; dies gilt für Bildungsinländer wie für Bildungsausländer. Mithilfe einer verbesserten Rekrutierung und Zulassung der Studierenden soll eine optimale Studienplatzausnutzung erreicht werden, die auch dazu beiträgt viel versprechenden Nachwuchs an die Hochschule zu binden und eine outputorientierte Finanzierung zu gewährleisten. Hier betrachten wir den TestAS als ein geeignetes Instrument zur präziseren Einschätzung der akademischen Leistungsfähigkeit.

Unser propädeutisches Pilotprojekt für den Bachelorstudiengang Wirtschaftswissenschaften ist zurückzuführen auf einen entsprechenden Beschluss des Akademischen Senats. Bewerbungsvoraussetzungen sind die fristgerechte Bewerbung zum 1. Februar eines Jahres, das Schulabschlusszeugnis oder – in Analogie zu den angelsächsischen Ländern – das letzte Zwischenzeugnis, was für Deutschland eine Neuerung darstellt, und schließlich der TestAS (nur Kerntest).

Die Voraussetzungen für die vorläufige Zulassung sind:

- der Nachweis ausreichender Deutsch- und Englischkenntnisse,
- das erfolgreiche Abschneiden im TestAS und
- die Pflichtteilnahme (32 Stunden/Woche) an einem Propädeutikum.

Die endgültige Zulassung wird dann erteilt, wenn bei Zulassung mit Zwischenzeugnis die Schulabschlussnote nicht mehr als 0,2 nach unten abweicht und die Abschlussprüfung des Propädeutikums bestanden wird. Darüber hinaus gibt es im ersten Semester eine Studienbegleitung durch das Studienkolleg, damit die ausländischen Studienanfänger zu diesem Zeitpunkt noch Hilfe bekommen können, wenn sie diese wünschen.

Im Jahr 2007 haben 16 Studierende einen freiwilligen Probelauf für das Propädeutikum absolviert, mit großem Erfolg. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben das Propädeutikum, bei dem wir die Expertise des Studienkollegs nutzen, als eine überaus hilfreiche Vorbereitung auf das

Studium bewertet. Folgende Fächer sind Bestandteil des Propädeutikums, das von Juni bis September dauert:

- Deutsch als Fremdsprache (6 Stunden/Woche)
- Englisch (6 Stunden/Woche)
- Volkswirtschaftslehre (4 Stunden/Woche)
- Betriebswirtschaftslehre (4 Stunden/Woche)
- Mathematik (8 Stunden/Woche)
- Sozialkunde (4 Stunden/Woche)

Die idealen Rahmenbedingungen für die Zulassung ausländischer Studienbewerber

Die TestAS-Prüfung muss aus unserer Sicht wesentlich früher, nämlich bereits Mitte Januar, stattfinden, so dass die Testergebnisse Mitte Februar vorliegen und die ausländischen Studienbewerber rechtzeitig zugelassen werden können. Wenn der bundesweite Zulassungstermin zum 1. März, der derzeit diskutiert wird, bestätigt werden sollte, dann wäre dieser zeitliche Ablauf passgenau. Der frühere Zulassungstermin ist notwendig, weil die Vorlaufzeiten im Ausland insbesondere zur Bearbeitung von VISA-Anträgen bisweilen einige Monate betragen kann und das Propädeutikum bereits im Juni starten soll. Die vorläufige Zulassung würde dann bis 31. März ausgesprochen, Anfang Juni startet das Propädeutikum und die Abschlussprüfung des Propädeutikums liegt Ende September. Damit sollen gute Studienvoraussetzungen für ein zügiges Studium mit erfolgreichem Abschluss geschaffen werden.

Gegenwärtig liegt der Termin zur Durchführung des TestAS noch im April; daher kann dieses Testergebnis bei der Kohorte 2008 nicht wie vorgesehen berücksichtigt werden; hierzu liegt von TestAS die Zusage vor, dass Ende 2008/Anfang 2009 ein zweiter Testtermin stattfinden soll, so dass die Ergebnisse von zwei Prüfungen vorliegen, die bei der Zulassung einbezogen werden können.

Wenn das Pilotprojekt bei den Wirtschaftswissenschaften erfolgreich läuft, dann soll dieses Zulassungsverfahren sukzessive auch bei den anderen Fachbereichen eingeführt werden.

Die Aufnahme von Studierenden an der Universität St. Gallen (HSG)

Prof. Dr. Werner Wunderlich

Zunächst ein paar Daten und Fakten zur Universität St. Gallen vorweg, da sie im Kontext der übrigen Hochschulen und Universitäten spezielle Voraussetzungen der Studienzulassung hat.

Überblick über die Voraussetzungen der Studierendenzulassung

Die Universität St. Gallen ist eine Universität mit Fachschwerpunkten. Das heißt, wir haben die drei Kernfächer Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Rechtswissenschaften, die auf drei Abteilungen respektive Fakultäten verteilt sind. Zudem gibt es als vierte Abteilung die kulturwissenschaftliche Abteilung, in der Geistes- und Sozialwissenschaftler angesiedelt sind. Im Jahr 2001 wurde das neue Studiensystem auf der Grundlage der Bologna-Deklaration eingeführt und vor diesem Hintergrund will ich einige Instrumente und Erfahrungen der Universität zum Studienzugang, nicht nur der Studienzulassung, erläutern und auf einige Aspekte der Qualitätssicherung eingehen.

Im Herbstsemester 2007 waren über 5.000 Studierende an der Universität St. Gallen immatrikuliert, die von etwa 100 fest angestellten Dozierenden, die meisten davon Professoren, etwa 350 Lehrbeauftragten und rund 300 Assistenten betreut werden. Bei den Studierenden haben wir seit etwa 30 Jahren einen gesetzlich festgelegten Ausländeranteil von 25 Prozent. Das ist politisch gewollt die obere Grenze unserer ausländischen Studierenden; gäbe es keine derartige Begrenzung, würde ein weitaus höherer Ausländeranteil die Zusammensetzung der Studierenden bestimmen. Von diesen 25 Prozent ausländischen Studierenden kommt der ganz überwiegende Anteil, rund 90 Prozent, aus Deutschland. Die Internationalität im Hinblick auf nicht-deutschsprachige Nationen allerdings wächst aufgrund der Nachfrage nach unseren englischsprachigen Master-Programmen kontinuierlich. Gegenwärtig haben wir Studierende aus über 70 Nationen: beispielsweise aus Frankreich, Italien, Kasachstan, Norwegen, den Vereinigten Staaten. Zunehmend kommen Studierende aufgrund osteuropäischer Studienprogramme wie MAPOW (Management-Ausbildungs-Projekt-Ost-West) an die Universität St. Gallen. Wir können eine kontinuierliche Zunahme von Studierenden aus Osteuropa ebenso wie aus China beobachten. Das hängt mit solchen Programmen zusammen, die insbesondere von den jeweiligen Botschaften der entsprechenden Länder in Kooperation mit der Universität durchgeführt und auch teils von diesen Ländern unterstützt werden. So viel zu den Voraussetzungen, die man zumindest im Überblick kennen sollte, um die Daten und Fakten der Studierendenzulassung einschätzen zu können.

Strategische Erfolgsfaktoren für die Studierendenakquise

Im Großen und Ganzen haben wir Instrumente und Mechanismen, die den Zugang der Studierenden steuern und weit vor der eigentlichen Zulassung zum Studium liegen. Diese Maßnahmen hängen mit der Positionierung der Universität im In- und Ausland zusammen. Als strategische Erfolgsfaktoren könnte man bezeichnen:

- Die „Corporate Identity“ der Universität St. Gallen besteht in hohem Maße aus einem sehr hohen Identifikationsgrad der Akademie, der Administration, der Studierenden und vor allem der Ehemaligen. Diese Elemente sind ein sehr wichtiger Erfolgsfaktor für das Marketing der

Universität. Die Corporate Identity wird immer wieder von Studierenden als Grund angeführt, warum jemand in St. Gallen studieren möchte.

- Die Marke „HSG“ (Hochschule St. Gallen für Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften) genießt ein positives Image, einen hohen Prestigewert und große Akzeptanz, insbesondere bei den Institutionen, die unsere Absolventen einstellen. Das sind in erster Linie Unternehmen, aber auch internationale Organisationen und teils Verwaltungen, vor allem in der Schweiz.
- Das fachliche und akademische Profil der HSG genießt außerordentliche Akzeptanz. Dieses Studiensystem, wie es jetzt nach der Bolognaform angeboten wird, aber auch bereits das vorherige, gründet auf der Idee von Ganzheitlichkeit. Das hat die HSG immer ausgezeichnet und ihr ein Profil verliehen, das eine bedeutende Tradition hat. Die drei Kernfächer und vor allem der internationale Studierendenaustausch (mehrere Master-Doppelabschlüsse und feste Austauschplätze an über 100 Partneruniversitäten) sind Attraktionsmerkmale, die das Interesse für ein Studium an der HSG sehr hoch halten.
- Hinzu kommt die Position: Die HSG ist international hervorragend vernetzt und erzielt Top-Rankings, die ein sehr gutes Werbeinstrument darstellen, ebenso wie begehrten internationalen Akkreditierungen durch EQUIS (European Quality Improvement System) und AACSB (The Association to Advance Collegiate Schools of Business).

Das sind vier Faktoren, die ein Studieninteresse nachweislich – wie man aus Befragungen weiß – wecken, bevor überhaupt irgendwelche Zulassungsverfahren in Gang kommen.

Aufnahme von Studierenden

Wir haben eine reglementierte Studienzulassung:

- Prüfungsfreie Zulassung
Wer über die Schweizer beziehungsweise die Liechtensteiner Maturität verfügt, kann an der HSG studieren.
- Zusatzerfordernisse für Ausländer
Daneben müssen alle Ausländer, die unter die 25 Prozent-Quote fallen, einen Zulassungstest ablegen. Dieser kann ersetzt werden durch einige wenige Testäquivalente, wie den Graduate Management Admission Test (GMAT), die Graduate Record Examinations (GRE) oder den Law School Admission Test (LSAT). Der Zulassungstest verfolgt das Ziel, die allgemeine Studierfähigkeit der Bewerber bei unterschiedlicher Vorbildung, verschiedenen fachlichen Schwerpunkten und unterschiedlicher sozio-kultureller Herkunft zu ermitteln. Auf solche unterschiedlichen Voraussetzungen einer relativ heterogenen Gruppe soll dieser Test eingehen, der zum einen aus einer schriftlichen Prüfung und zum anderen aus einem standardisierten Interview besteht; sowohl die schriftliche Prüfung als auch das Interview werden in deutscher Sprache durchgeführt. Mit der schriftlichen Prüfung sollen grundlegende kognitive Fähigkeiten in vier Bereichen (Textanalyse, quantitatives Problemlösen, induktives Denken und Regelanwendung, Diagramminterpretation) erfasst werden. Das nachfolgende Interview wird nur für jene Bewerber durchgeführt, deren Testergebnis knapp über oder knapp unter der geforderten Punktezahl liegt. Hierbei müssen die Bewerber ihre persönlichen Interessen darlegen und begründen sowie insbesondere die Motivation für ein Studium an der Universität St. Gallen möglichst überzeugend darstellen können.
- Die Quereinsteiger, die sich für einen Bachelor- oder Masterstudiengang bewerben, müssen Leistungsnachweise für die entsprechenden Fachgebiete vorlegen.

„Proaktive“ Studierendenauswahl: Zielgruppen und Marketinginstrumente

Mit den verschiedenen Marketinginstrumenten, die verwendet werden, soll deutlich gemacht werden, dass die HSG geeignete Studierende sucht, also solche, die zur HSG passen. Hieraus resultiert die Frage „Welches sind die ‚geeigneten‘ Studierenden für die HSG?“ Ein verbindliches Anforderungsprofil als Akquisitionsinstrument gibt es nicht. Die nach Alter, Herkunft und Vorbildung heterogene Zusammensetzung ist ein Vorteil, den man womöglich mit einem missverständlich aufgenommenen speziellen Anforderungsprofil aushebeln könnte; deshalb hat sich dieser Ansatz durchgesetzt. Wir versuchen deutlich zu machen, dass wir Studierende mit einer möglichst breiten Allgemeinbildung suchen. Es wird nicht so sehr Wert auf bestimmte fachliche Kenntnisse oder Interessen gelegt. Die Studienbewerber sollten die Bereitschaft mitbringen, sich neben dem Studium in studentischen Initiativen zu engagieren; diese spielen in einer lebendigen Universität eine sehr große Rolle. Die Studierenden sollten bereit sein, soziale Verantwortung zu übernehmen und zu tragen. Ausdrücklich ermuntert zum Studium an der Universität St. Gallen werden Schülerinnen und Schüler humanistischer Gymnasien, so dass wir derzeit bei den Studienanfängern etwa 25 Prozent Absolventen humanistischer Gymnasien haben. Um diese nicht in Bezug auf den geforderten Nachweis moderner Fremdsprachen zu benachteiligen, können Griechisch oder Latein eine der gängigen Fremdsprachen als Zulassungsbedingung ersetzen. Statistische Erhebungen, die wir intern durchgeführt haben, bestätigen die Annahme, dass Absolventen humanistischer Gymnasien sehr erfolgreiche Studierende sind; 27 Prozent der humanistisch ausgebildeten Studierenden bestehen die Assessment-Stufe (das erste, grundlegende Studienjahr) mit gut oder besser.

Wir haben eine ganze Reihe von konventionellen Informationsmaterialien (Broschüren, Flyer, Website), die professionell gestaltet sind. Aber als besonders wirkungsvoll haben sich Schulpräsentationen von so genannten HSG-Botschafterinnen und Botschaftern im In- und Ausland herausgestellt. Dabei stellen HSG-Studierende ihre Universität an Schulen, möglichst an ihren ehemaligen Schulen, vor. Ein zweites sehr wirkungsvolles Instrument sind Informationstage, die mehrmals im Jahr durchgeführt werden. Dort lernen Studieninteressierte das Studiensystem, den Campus (Einrichtungen, Architektur und Kunstwerke) und die Studentenschaft kennen. Die Studentenschaft spielt an der Universität St. Gallen eine zentrale Rolle als eine Organisation, die ganz wesentlich zur Entwicklung des Studiensystems beigetragen hat und die darin auch Verantwortung trägt. Des Weiteren werden „Schnuppervorlesungen“ angeboten. Vor allem aber erhalten Interessierte die Möglichkeit, einen Orientierungstest zur Studierfähigkeit im Sinne eines Self Assessment zu absolvieren. Der Orientierungstest wird anonym ausgewertet und die individuellen Ergebnisse sind auf der Website abrufbar. Eine ganz wichtige Rolle bei den Marketingmaßnahmen spielen außerdem die Ehemaligen; insgesamt haben wir etwa 18.000 Alumni, die der Universität finanziell sehr viel Unterstützung bieten und die eine ganze Reihe dieser Marketingmaßnahmen auch auf ihre Kosten durchführen.

Qualitätssicherung

Das wesentliche Instrument der Qualitätssicherung und zugleich noch ein Teil der Studienzulassung ist die so genannte Assessment-Stufe. Das ist die Grundstufe der Bachelorstufe, die zwei Semester dauert und die Aufgabe hat, ein integrales Studium als Propädeutikum für das HSG-Studium insgesamt sowie zugleich für jedes der Kernfächer anzubieten.

Ausnahmslos alle Studierenden müssen auf dieser Studienstufe das Kontakt- und Selbststudium der drei Kernfächer absolvieren. Auf der Assessment-Stufe sind das die Einführungen in die Betriebswirtschaftslehre, die Volkswirtschaftslehre und die Rechtswissenschaften. Das Kontakt-

studium umfasst die üblichen Veranstaltungsformen (Vorlesungen, Seminare, Kurse); das Selbststudium ist ein didaktisch konzipiertes begleitendes Studium, das im Wesentlichen durch ein Tutoriensystem und E-Learning bestritten wird. Hinzu kommt das sogenannte Kontextstudium, das vornehmlich durch geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer bestimmt wird; die Studierenden müssen je ein geistes- und ein sozialwissenschaftliches Fach belegen. Das können im geisteswissenschaftlichen Bereich Philosophie oder Geschichte und im sozialwissenschaftlichen Bereich Psychologie oder Soziologie sein. Die Assessment-Stufe hat eine stark selektive und zugleich auch eine orientierende Funktion. Nach einem Jahr sollten die Studienanfänger wissen, ob sie für das Studium an der Universität St. Gallen geeignet sind, und die Universität weiß aufgrund derer, die auf die Bachelor-Stufe wechseln können, wer sehr gut zu den künftigen Studien- und Arbeitsanforderungen passt.

Die Assessment-Stufe kann nur insgesamt bestanden und nur einmal wiederholt werden. Studierenden nicht-deutscher Muttersprache wird 25 Prozent zusätzliche Prüfungszeit eingeräumt, damit uns diese Gruppen nicht allein aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse, die insbesondere in schriftlichen Prüfungen durchschlagen, verloren gehen. Diese Regelung hilft vor allem auch französischsprachige Westschweizer und italienischsprachige Tessiner im Studium zu halten.

Das HSG-Studium zeichnet ein sehr differenziertes und rigoroses Prüfungssystem auf allen Studienstufen aus. Wir haben verschiedene Prüfungsformate (Hausarbeiten, Seminararbeiten, Klausuren, mündliche Prüfungen, Einzelleistungen, Gruppenleistungen) über das ganze Jahr verteilt. Auf diese Weise soll gewährleistet werden, dass die Leistungsanforderungen nicht von einer bestimmten Tagesform der Studierenden abhängen, dass sie den Lernfortschritten gerecht werden und verschiedene Talente und Fähigkeiten bedienen.

Qualitätsmanagement

Verschiedene Maßnahmen der Qualitätssicherung dienen der Weiterentwicklung der Lehre und sind damit ein wichtiges Element für Profil und Positionierung der HSG als Faktoren der Studienendenakquise.

Es gibt eine „Stelle für Qualitätsentwicklung“, die dem Rektorat zugeordnet ist, und verschiedene Evaluationsinstrumente in jedem Studienjahr handhabt. Zudem werden im Abstand von etwa fünf Jahren Peer Reviews mit externen Experten durchgeführt.

Das „Hochschuldidaktische Zentrum“ der Universität bietet aufgrund von Evaluationsergebnissen gezielt Fortbildungskurse oder Einzelberatungen für die Dozierenden an.

Das nach meiner Auffassung wichtigste Instrument der Qualitätssicherung sind studentische Evaluationsteams (beispielsweise das Evaluationsteam Assessment-Stufe ETA), die bei Studienbeginn gebildet werden. Der Assessment-Stufe geht eine für alle Studienanfänger verpflichtende Startwoche voraus, in der mit Hilfe einer Fallstudie in die Studienbereiche eingeführt wird. In dieser Startwoche bilden sich auch Teams, die die verschiedenen Komponenten der Assessment-Stufe beobachten und evaluieren. Hilfestellung seitens der Universität gibt es hierfür nur in geringem Umfang; im Großen und Ganzen haben die Teams freie Hand, auch in der Art und Weise der Beobachtung und Bewertung. Meiner Erfahrung nach ist dies eines der konstruktivsten, sachlich gerechtfertigsten und kritischsten Instrumente studentischer Mitarbeit im Hinblick darauf, was die studentischen Evaluationsteams an Verbesserungsvorschlägen zum Studiensystem beziehungsweise zur Studienpraxis entwickeln. Gelegentlich müssen die Erwartungen etwas gedämpft werden, dass nicht alle Vorschläge schon am nächsten Tag umgesetzt werden können. Es gibt jedoch eine Fülle von Verbesserungsmaßnahmen, die schnell durchgeführt werden können; dies sind keine „Alibi-Übungen“, sondern nachweislich in die Gestaltung des Studiensystems ein-

geflossene Verbesserungsmaßnahmen. So verdanken wir beispielsweise die 25 Prozent zusätzliche Prüfungszeit für Studierende nicht-deutscher Muttersprache den Evaluationsteams.

Des Weiteren bestehen eine ganze Reihe institutionalisierter Beratungs- und Orientierungsinstrumente, die letztlich ebenfalls der Qualitätssicherung dienen. Hierzu gehört ein Coaching-Programm, das auf der Assessment-Stufe für etwa 60 bis 80 Studierende durchgeführt wird. Die Studierenden müssen sich um eine Teilnahme bewerben und damit zugleich verpflichten, das gesamte Coaching-Programm durchzustehen. Hierfür stehen etwa 20 Coaches aus unterschiedlichen Bereichen (Wissenschaft, Kunst, Musik, Theater, Sport, Wirtschaft, Verwaltung) zur Verfügung, die jeweils Gruppen von zwei bis vier Studierenden nach einem ausgearbeiteten Programm betreuen. Diese Betreuungsmaßnahme wird auf der Bachelor-Stufe mit einem Mentoring-Programm fortgesetzt, welches allen Studierenden zugänglich ist.

Zweimal im Studienjahr wird eine Orientierungsveranstaltung für jene durchgeführt, die nicht ausreichend Credits erreicht haben und daher aus dem Studium ausscheiden müssen. Für diese Gruppe bieten wir Informationsveranstaltungen zur Vermittlung konkreter Studienalternativen und Berufsperspektiven an.

In Bezug auf die Prüfungsergebnisse der Assessment-Stufe bestehen keine festgelegten Quoten. Es hat sich eingespielt, dass etwa 30 Prozent der Studienanfänger im Laufe des Assessmentjahres und bis zum Ende der Assessment-Stufe ausscheiden. Die Assessment-Stufe ist neben dem Zulassungstest (der jedoch wie dargelegt nur 25 Prozent der studentischen Population betrifft) das eigentlich zentrale Element für die Zulassung zum Studium eines der Kernfächer an der HSG.

Bericht über die Ergebnisse im Themenschwerpunkt II (Workshop)

Dr. Jochen Hellmann

Die Beiträge in Workshop II beleuchten den Aspekt der Internationalität aus verschiedenen Perspektiven. Wir haben uns mit der Frage auseinandergesetzt, wie attraktiv der Studienstandort Deutschland ist, und festgestellt, dass die Internationalität unserer Hochschulen längst nicht als eine Selbstverständlichkeit betrachtet werden kann. Insbesondere hat uns besorgt gestimmt, dass der Studienerfolg bei ausländischen Studierenden weit hinter dem zurückbleibt, was zu erwarten wäre. Zu erwarten wäre mindestens, dass die Ausprägung des Studienerfolgs bei ausländischen Studierenden der Normalverteilung in der Grundgesamtheit der Studierendenschaft entspricht. Die Realität sieht aber anders aus: Die ausländischen Studierenden weisen einen deutlich geringeren Studienerfolg auf, das heißt, sie brechen ihr Studium häufiger ab und erreichen seltener einen Studienabschluss. Geeignete Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation sind:

Hochschulspezifische Self Assessments

Bei dem Freiburger Modell zur Verbesserung des Self Assessment für ausländische Studierende können die Studienbewerber vorab mit einem Selbsttest der Frage nachgehen, ob das angestrebte Studium an der Universität Freiburg das geeignete für sie ist. Dieses Verfahren soll somit die Selbsteinschätzung der ausländischen Studienbewerber befördern. Die Auswahl von Studierenden schließt sich hieran als ein weiterer Schritt, dem künftig mehr Aufmerksamkeit beizumessen ist. Das durchgehende Thema der Passung von Studienangebot und Studienbewerber („Passung auf Gegenseitigkeit“) spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Betont wurden hierbei die Erwartungen an den neu entwickelten Studierfähigkeitstest TestAS, der speziell für ausländische Studienbewerber konzipiert wurde.

Propädeutisches Vorsemester zur Studienvorbereitung

Zusätzlich zu den genannten Maßnahmen ist auch die Studienvorbereitung ein wichtiger Aspekt. Es ist dringend zu empfehlen, ein propädeutisches Vorsemester oder einen Vorkurs für ausländische Studierende regelhaft einzuführen. Von der Freien Universität Berlin wurde uns ein solches propädeutisches Pilotprojekt für den Bachelorstudiengang Wirtschaftswissenschaften vorgestellt, das nach und nach auf die anderen Fachbereiche ausgeweitet werden soll. Insbesondere die Bologna-Bedingungen, bei denen die Studierenden vom ersten Tag an ihre Credits erreichen müssen, machen es notwendig, die Eingewöhnungsphase vor das eigentliche Studium zu ziehen.

Betreuung der ausländischen Studierenden insbesondere im ersten Studienjahr

Aber auch die Betreuung der ausländischen Studierenden selbst ist ein wichtiger Faktor für den Studienerfolg. Nicht alle haben so ausgezeichnete Bedingungen, wie es an der Universität St. Gallen hinsichtlich der Betreuungsrelation von Lehrkräften und Studierenden der Fall ist. Es ist wesentlich, das Studium vor allem im ersten Jahr begleitend zu unterstützen. Die Betreuung erweist sich hierbei als ein wesentliches Instrument zur Sicherung der Qualität des Studienangebots.

Voraussetzung: Beherrschung der Unterrichtssprache

Abschließend möchte ich noch einen weiteren Punkt hervorheben: die Beherrschung der Unterrichtssprache. Häufig liegt das Scheitern ausländischer Studierender gerade an der unzurei-

chenden Sprachbeherrschung. Hier müssen wir entweder vorab die Beherrschung der deutschen Sprache besser testen oder verstärkt fremdsprachige Unterrichtsangebote, beispielsweise in Englisch, konzipieren und als Alternative anbieten.

Themenschwerpunkt III (Workshop): Neue Wege in die Hochschule. Herausforderungen der Studierendenauswahl bei mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung

Zugang und Zulassung von beruflich Qualifizierten zum Hochschulstudium

Dr. Knut Diekmann

Bei der Diskussion um den Hochschulzugang von beruflich Qualifizierten gibt es unterschiedliche Zugangswege. Zum einen argumentiert die Hochschule mit der notwendigen Gewährleistung von Studierfähigkeit. Zum anderen aber plädiert die Wirtschaft, in die die Hochschulabsolventen später größtenteils entlassen werden, mit einer erforderlichen Beschäftigungsfähigkeit. Bislang hat sich in der Bildungssystematik das Interesse der sog. aufnehmenden Einrichtungen durchgesetzt, eben der Hochschule. Dabei verteidigen sie ihre Zugangsregeln vor allem mit dem Status Quo und den Traditionen. Hier ist ein Perspektivwechsel erforderlich, der in Folge der Bologna-Reformen konsequent ist. Es muss in den Hochschulen stärker als in der Vergangenheit auf eine breitere gesellschaftliche Zielrichtung geachtet werden: wurde die Universität für Beamten-schaft und öffentlichen Dienst begründet, so ist sie heute zentrales Bildungseinrichtung für die private Wirtschaft. Lehre und wissenschaftliche Weiterbildung müssen ein gleiches Gewicht einnehmen wie die Forschung.

Konfrontiert mit der Forderung nach einer Öffnung der Studiengänge für berufliche Qualifizierte, führen die Verteidiger des Status Quo eine Reihe von Argumente an, die die Öffnung des Hochschulzugangs in die Zukunft verschieben: so würden die berufliche Qualifizierten nicht geeignet sein, sich an der Hochschule zurechtzufinden; so würden die Hochschulen von den beruflich Qualifizierten überflutet; so seien die Hochschulen ohnehin schon mit den derzeitigen Reformen geplagt; so würden bald doppelte Jahrgänge versorgt werden müssen, für die jetzt schon die Kapazitäten nicht ausreichen. Diese Argumente allerdings sind vom Standpunkt aus formuliert, die eigenen herkömmlichen Strukturen zu einem Fixpunkt der Überlegungen zu machen. In einer Wissens- und Kompetenzgesellschaft allerdings werden die Hochschulen die Rolle übernehmen müssen, für die Standortsicherung beizutragen, indem sie für den nationalen und regionalen Standort ausbilden.

Gerade für die neue Arbeitswelt ist es erforderlich, die Forderung nach dem lebenslangen Lernen ernst zu nehmen und einen Wiedereinstieg zu ermöglichen. Die ‚Verpatchworkung‘ der Erwerbsbiographien nämlich führt dazu, dass die Bildungswege keinen geradlinigen Verlauf mehr nehmen wie auch die Beschäftigungsbiographien nicht mehr. Das bedeutet, dass auch ein einmal eingeschlagener Bildungsweg wieder einen anderen Verlauf nehmen kann. Dies erzwingt eine höhere Durchlässigkeit zwischen ersten, zweiten und drittem Bildungsweg.

Zudem kann der Markt der beruflichen Weiterbildung nicht alle Bedürfnisse erfüllen, die in den Betrieben entstehen. Dies gilt vor allem für spezialisierte und innovative Technologien und Produkte. Denn der technische Wandel erfordert, dass sich auch beruflich Qualifizierte den neuesten Stand durch Weiterbildung aneignen bzw. sich für die neuen Anforderungen rüsten können.

Beispielhaft wird das deutlich für den technisch-gewerblichen Bereich, worin eben auch Fachkräfte auf den neuesten Wissensbestand und die aktuellsten Forschungsergebnisse angewiesen sind, der an Hochschulen vorliegt. Zudem kann der Markt der beruflichen Weiterbildung häufig nicht die neueste Ausrüstung und den neuesten Maschinenpark bieten, wodurch die Hochschulen oft als einzige Anbieter verbleiben.

In der Konsequenz müssen die derzeitigen experimentellen Entwicklungen, Zulassungsverfahren zu entwickeln, auch grundlegend Überlegungen unterzogen werden, das Leistungspotenzial ganzheitlich zu erfassen. Die derzeit vorliegenden Beispiele – wie die vom Stifterverband ausgelegte Broschüre auf der Tagung – sind leider noch recht einseitig auf die kognitiven Fähigkeiten ausgerichtet. Das steht in der Tradition des Hochschulbetriebs der letzten hundert Jahre, wird aber weder den neuesten Erkenntnissen der Lernforschung noch dem Perspektivwechsel der Bologna-Reformen gerecht. Denn die kognitiven Faktoren sind nur ein Ausschnitt aus einem Spektrum an notwendigen Befähigungen, um einen erfolgreichen Abschluss eines Studiums zu erreichen. Den Blick dafür öffnet vor allem das Wiederaufleben der Diskussion um den Kompetenzbegriff, angestoßen von der EU-Kommission. Die Dreiteilung für die Perspektive von Kenntnissen, Fertigkeiten und Kompetenzen zeigt, dass neben den Fachkenntnissen auch weitere Faktoren das Leistungsprofil beeinflussen.

Betrachtet man das Leistungsprofil eines beruflich Qualifizierten, so lassen sich schnell seine Stärken ausfindig machen, die in der Bewährung im betrieblichen Alltag, also in der beruflichen Handlungsfähigkeit liegen. Im ganzheitlichen Verständnis von Kompetenzen sind diejenigen mit beruflicher Vorqualifikation plus Berufserfahrung denen überlegen, die den Königsweg durchlaufen haben. Das zeigt sich weniger beim kognitiven bzw. am Kenntnisstand orientierten Leistungsvermögen. Denn dort sind Personen mit Abitur sowohl für die theoretische bzw. wissenschaftliche Methode eher geeignet als auch durch die längere schulische Vermittlung mit mehr Fachkenntnissen ausgestattet. Das gilt auch weiterhin, obgleich in der beruflichen Ausbildung eine Tendenz zur stärkeren Akademisierung auszumachen ist, wie beispielsweise bei den IT-Berufen.

Was sind also die besonderen Stärken der beruflich Qualifizierten? Erstens handelt es sich um soziale Kompetenz. Denn das Arbeiten im Betrieb ist nicht mit dem sozialen Zusammensein in einem formalisierten Bildungsgang zu vergleichen. Andere und stärkere Anforderungen werden in der unternehmerischen Realität gestellt. Beispielhaft steht dafür der Praxisschock, der umso größer ist, desto älter man ist und desto mehr man sich an eine milieuhafte Lebenswelt wie Schule gewöhnt hat. Dies ist auch ursächlich für die oft geäußerte Sicht von Unternehmen, dass Hochschulabsolventen erst nach zwei Jahren Betriebszugehörigkeit arbeitsfähig und produktiv würden.

Zweitens handelt es sich um Fertigkeiten bzw. Skills, die vor allem mit den konkreten Produkten und Dienstleistungen erworben werden. Dabei handelt es sich um den keimenden Kern des Erfahrungswissens. Beispielhaft zeigt sich dies durch den direkten Lernprozess in der gewerblich-technischen Ausbildung im Rahmen eines Betriebs. Denn dort wird die Schwelle des sonst vorliegenden Problems des Lerntransfers überwunden.

Und schließlich wäre drittens die Einstellungswelt und die Disposition des beruflich Qualifizierten zu nennen. Ein gewisser Realismus für die eigene Lebensumwelt stellt sich mit dem Arbeiten und Leben im betrieblichen Zusammenhang ein. Dort werden personale Dispositionen entscheidend mit geprägt, also eine betriebliche Sozialisierung durchlaufen. Daneben ist eine Reflexionsfähigkeit entstanden, die eine gewisse Anpassungswirkung verursacht. Auch die Fähigkeit zur Resilienz, also die Bewältigung von Niederlagen, ist damit verbunden.

Fasst man den Vergleich zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

Abb. 01 Stärken-Schwächen-Raster der Absolventen der beruflichen Bildung

DIHK

Auf dem Weg... - Vorüberlegungen

Aus- und Weiterbildung

Stärken-Schwächen-Raster der Absolventen der beruflichen Bildung

Hochschulprüfung und - absolventen	Weiterbildungsprüfung und - absolventen
theoretisches Fachwissen	berufspraktisches Wissen
(fach-) methodische Kompetenz	(Praxis-orientierte) methodische Kompetenz
	soziale Kompetenz
	Fertigkeiten (skills)
	personale Kompetenz

Dr. Knut Diekmann, Tagung des Stifterverbandes am 16. & 17. Januar 2008

Die systematische Differenzierung des Kompetenzbegriffs bei einem beruflich Qualifizierten lässt sich auf fünf Bereiche aufteilen:

1. die berufliche Handlungsorientierung, bestehend beispielsweise aus dem Wissen um die Prozesskette, die Kenntnis von Produkten und Dienstleistungen oder Kulturtechniken und Grundfertigkeiten
2. das Erfahrungswissen bestehend beispielsweise aus Kundenorientierung und -umgang, Arbeiten in Hierarchien und unter sozialen Spannungen, die Konzentrationsfähigkeit auf das Wichtigste, das Meistern von Krisensituationen oder die Schnelligkeit durch Routinehandeln
3. das Lernen im Prozess der Arbeit, bestehend beispielsweise aus der Beherrschung von Arbeitsabläufen durch routiniertes und eigenständiges Handeln, soft skills wie Präsentationen, Verhandlungen, Mediation, Teamleitung und Führung oder Zusammenhang-Wissen
4. Persönlichkeit bestehend beispielsweise aus Schlüsselkompetenzen, Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Ehrlichkeit, Sorgfalt oder Motivation, Engagement und Aufstiegswille
5. und Grundlagenwissen bestehend beispielsweise aus technischen Abläufen, wirtschaftlichen Zusammenhängen und betrieblichen Erfordernisse wie Steuer- und Rechtsfragen

Mit Blick auf diese Grundlagen verfügen die beruflich Qualifizierten bereits über ein Mindestprofil, um sich im wirtschaftlichen Alltag bewähren zu können. Aus der Perspektive der Betroffenen wie der Unternehmen macht es daher keinen Sinn, diese Personen von den Bildungsmög-

lichkeiten eines Hochschulstudiums auszuschließen, nur weil die Betroffenen über keine formale Hochschulzugangsberechtigung verfügen. Vielmehr sollten Unterstützungsmaßnahmen geschaffen werden, um der nicht-traditionellen Klientel die Aufnahme eines Studiums zu eröffnen, wie Beratung, Brückenkurse (z. B. wissenschaftliches Arbeiten), Transparenzwerkzeuge, berufsbegleitende Angebote, usw.

Daran sollten sich denn auch die Auswahl- und Zulassungsverfahren orientieren. Soll nicht-traditionellen Zielgruppen die Möglichkeit des Studiums eröffnet werden, so dürfen die Auswahlverfahren auch nicht gegen sie diskriminieren. Würden die Verfahren nur auf kognitive Fähigkeiten fokussieren, so würde man die schulischen Abschlusstests nur reproduzieren. Der Mehrwert einer solchen Doppelprüfung ließe sich aber nur über Misstrauen erklären. Also sollten die Auswahlverfahren auch die Möglichkeiten eröffnen, die Kompetenzfeststellungen weiter zu fassen. Das würde ermöglichen, auch nicht-kognitive Bestandteile mit aufzunehmen.

Denn die Studierfähigkeit hängt nicht nur von den kognitiven Fähigkeiten ab, sondern verlangt im universitären Alltag noch weitere Kompetenzen. Zwei Zitate sollen exemplarisch erläutern, welche spezifische Stärken die beruflich Qualifizierten mitbringen: „Innerhalb der in der modernen Massenuniversität prinzipiell sehr heterogenen Studentenschaft erweisen sich die Studierenden mit fachgebundener Studienberechtigung als eine den Hochschulbetrieb belebende und anregende Gruppe. Mit ihren Erwartungen an das Studium, ihren Studienzielen und nicht zuletzt auch ihren Studienleistungen sind sie ihren formal ‚besser‘ qualifizierten Kommilitonen durchaus vergleichbar, in vielerlei Hinsicht ebenbürtig und verschiedentlich gar überlegen.“ (Rau, S. 83) „Gleichzeitig haben sie aber hinsichtlich ‚allgemeiner Leistungsdispositionen‘ – wie ‚Agilität‘ und ‚Risikofreude‘, ‚Wissensdurst‘ und ‚Lerneifer‘, ‚Ehrgeiz‘, ‚Fleiß‘ und ‚Ausdauer‘, ‚Belastbarkeit‘, ‚Kritikfähigkeit gegenüber der eigenen Person und den Sachen‘ und der ‚Bereitschaft, sich aus Denk- und Vorstellungsgewohnheiten zu lösen und eigene Wege zu gehen‘ – als bedeutsame für die erfolgreiche Absolvierung des Studiums angesehen werden, zum Teil deutliche Vorteile gegenüber Absolventen des Gymnasiums.“ (Rau, S. 85)

Grundsätzliche Mindestbedingungen sind für die Auswahlverfahren vorzulegen, um ihre Aussagekraft zu sichern. Daher muss man auch an Auswahlverfahren die Güteindikatoren anlegen. Das sind zunächst Transparenz und Verlässlichkeit. Dazu treten Objektivität, Reliabilität und Validität. Eine Standardisierung ist auch aus ökonomischen Erwägungen unerlässlich. Es gilt daher pragmatische, handhabbare und bezahlbare Verfahren zu finden.

Gleichzeitig ist auf die Multifunktionalität von Auswahlverfahren zu achten. Denn insgesamt drei unterschiedliche Funktionen sind zu trennen: Zugang, Passung und Anrechnung. Und daher müssen künftige Auswahlverfahren auch allen drei Zielsetzungen genügen. Wäre dem nicht so, liefe man Gefahr, konsekutive Tests und Verfahren installieren zu müssen. Für geeignete Anrechnungsverfahren müssen weitere Erprobungen – aufsetzend auf den Erfahrungen mit der BMBF-Initiative ANKOM – durchgeführt werden. Auch dürfen solche Anrechnungen nicht auf einen bloßen Curriculums-Vergleich verkürzt, sondern die individuellen Kompetenzstärken der Antragsteller integriert werden.

Für die künftige Entwicklung von Auswahlverfahren sollte man die Erfahrungen des Auslands einbeziehen, wie beispielsweise:

- im UK für die Open University seit 1969
- im UK APEL-Verfahren seit den 1980er Jahren
- Zugangsregeln in Schweden seit 1969 (Zugang über Eingangsprüfung)

- die Validierung in Frankreich (ESEU: Examen Spécial d'Entrée a l'Université seit 1994 als Diplom sui generis anerkannt; DAEU = diplôme accès aux études universitaires)
- Studienberechtigungsprüfungen in Österreich (einschl. spezialisierter Anbieter zur Unterstützung der Vorbereitung)
- in Niederlanden das Colloquium Doctum (Eignungstest für gewählten Studiengang für Personen unter 21 Jahren)

Blickt man auf die Ermöglichung eines Hochschulstudiums für nicht-traditionelle Zielgruppen, so müssen grundsätzliche vereinfachte Zugangsmöglichkeiten und geeignete Auswahlverfahren durch passende Angebotsformen ergänzt werden. Es ist zukünftige Aufgabe der Hochschulen, solche Angebote zu schaffen, die der typischen Lebens- und Berufswirklichkeit von Fachkräften gerecht werden. Das bedeutet, dass berufsbegleitende Formen des Studiums angeboten werden müssen. Auch können dafür innovative Lehr- und Lernformen der elektronischen Medien genutzt werden.

Literatur

Rau, Einhard (1997): Neue Gruppen von Studierenden als Herausforderung an die Universität. In: Mucke, K., B. Schwiedrzik; Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Studieren ohne Abitur. Bielefeld: Bertelsmann.

Anrechnung außerhochschulischer Kompetenzen und Studierendenauswahl

Karl-Heinz Minks

Wenn wir in den vergangenen Jahren über „Anrechnung“ beruflich erworbener Kompetenzen auf ein Hochschulstudium gesprochen haben, dann schwang in den Köpfen vieler Diskussions Teilnehmer immer das Thema „Zugang“ mit. Dabei wurde oft übersehen, dass beides – Zugang und Anrechnung – bildungssystematisch zwei verschiedene Baustellen sind, die allerdings Teile eines organischen Ganzen sind oder zumindest sein sollten. Viele Missverständnisse zeigen sich im Sprachgebrauch, wenn häufig anstatt von Anrechnung von Anerkennung die Rede ist. „Anerkennung“ von Qualifikationen rechnen wir eher dem Bereich des Studienzugangs zu: also die Anerkennung des gymnasialen Abschlusszeugnisses oder anderer zugangsrelevanter Zertifikate: Anrechnung hat dagegen keinen unmittelbaren Bezug zur Studienberechtigung, kann aber eine mehr oder weniger große Rolle bei der Profilbildung und der hochschuleigenen Auswahl von Studienbewerbern spielen: Bei Anrechnung handelt es sich um die Vermutung oder den Nachweis, dass studienrelevante Kompetenzen bereits vor dem Studium bzw. außerhalb des Studiums erworben wurden, weshalb entsprechende, äquivalente Studienmodule erlassen werden können.

In unserer deutschen Bildungstradition hat sich Anrechnung – obgleich sie hier und da auch in der Vergangenheit praktiziert wurde – anders als in Nachbarländern erst einige Jahre nach dem Beginn des Bolognaprozesses zu einem auffälligen bildungspolitischen Thema entwickeln können. Im Grunde genommen wird Anrechnung gerade erst jetzt von der Bildungsöffentlichkeit als möglicherweise wichtiges Thema registriert. Die europäischen Hochschulen haben sich erst 2005 in einer gemeinsamen Erklärung der EUA zur Anrechnung bekannt.¹

Studien Zugangsregelungen hatten in der deutschen Tradition – nicht erst seit der Einführung des Numerus Clausus in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts – meist einen restriktiven Charakter. Auch bildungssoziologisch betrachtet war der Zugang zur Hochschule eine Erscheinungsform gesellschaftlicher Exklusion, die nicht erst an der Schnittstelle zwischen Abitur und Studium ansetzte. Mit dem Alleinstellungsanspruch der „allgemeinbildenden“ gymnasialen „Reife“ als Zugangsvoraussetzung zur Universität ging im weiteren bildungsgeschichtlichen Verlauf die Segmentierung von beruflicher und allgemeiner Bildung einher; diese hat entscheidend mit zu den Ergebnissen geführt, die heute allenthalben beklagt werden: zu wenige Studierende, zu geringe Durchlässigkeit etc. Auch der Titel dieser Tagung „Profil und Passung“ könnte die Vorstellung nähren, dass hierfür das Bild von Schlüssel und Schloss entliehen wurde – also um einen Ausschluss derer, die nicht den passenden Schlüssel zum Hörsaal haben. Der Schlüssel war traditionell das Abitur und was hinter der Tür des Hörsaals stattfand, stand im Kontext mit Zugang oder Auswahl i. d. R. nicht zur Disposition.

Einer der Schlüsselbegriffe, der sich seit den 1980er Jahren durchgesetzt hat, ist der der „Studierfähigkeit“. Die mit der Öffnung der höheren Schulen und den Reformen der gymnasialen Oberstufe sowie der Einführung der FOS und der Fachhochschulen einhergegangene Heterogenisierung der Studienberechtigten hat damals zu der verbreiteten Auffassung geführt, dass das Abitur

¹ Glasgow-Erklärung der EUA (2005): „Universitäten verpflichten sich, ihre Anstrengungen hinsichtlich der Einführung innovativer Lehrmethoden zu verdoppeln, Curricula im Dialog mit Arbeitgebern neu auszurichten und sich der Herausforderung von akademischer und berufsorientierter Bildung, lebenslangem Lernen und der Anerkennung früherer Lernerfahrungen zu stellen.“

nicht mehr der Garant für eine allgemeine Studierfähigkeit sei. Eine unumstrittene und operationalisierbare Definition dessen, was Studierfähigkeit sei, gibt es bis heute nicht; nicht selten verbirgt sich dahinter die Vorstellung, dass bestimmte materiale Inputs, wie z. B. ein Leistungskurs in Mathematik oder in einem anderen Fach zwingend erforderlich seien, um Studierfähigkeit zu begründen. Die logische Folge dieser Sichtweise wäre, nur noch von einer schulfachgebundenen Studierfähigkeit zu sprechen. Wie gestern schon betont wurde, sind es aus der Sicht der Studierenden aber weniger die materialen fachlichen Voraussetzungen, sondern eher die übergreifenden Kompetenzmerkmale, wie z. B. Arbeitstechniken, die ihnen die größten Probleme bereiten.

Die zunehmende Heterogenität der Studienbewerberinnen und Studienbewerber bezieht sich aber nicht nur auf das materiale Wissen, sondern auch auf soziale und Milieumerkmale – und zunehmend eben auch auf einen gewachsenen Anteil in verschiedener Weise beruflich gebildeter Studierender, die mit einer Reihe von Kompetenzmerkmalen ausgestattet sind, die bei Zulassung, Auswahl und Anrechnung bisher kaum oder gar nicht in den Blick genommen wurden.

In den Anrechnungsprojekten der ANKOM-Initiative war es eine der Hauptaufgaben, studienrelevante und -äquivalente Lernergebnisse aus der beruflichen Fort- und Weiterbildung zu identifizieren, zu bewerten und in ECTS-Punkte zu überführen. Dabei war es beinahe zu erwarten, dass im Zuge dieser Arbeit folgendes Phänomen auftrat: einer Berufsgruppe konnte ein erhebliches Maß an Kompetenzen nachgewiesen werden, die auf ein bestimmtes Studium anrechenbar sind – allein, es fehlte eine Studienberechtigung. Für diese Gruppe konnte nachgewiesen werden, dass sie in relevanten Bereichen bereits mehr als normale Abiturienten Kompetenzen auf Studienniveau hat; unter dem Gesichtspunkt der Studierfähigkeit sollte dieser Sachverhalt überzeugend sein und eine Studienzulassung legitimieren.

Eines der häufigen Argumente gegen die Entwicklung von Anrechnungsverfahren ist die Behauptung, das Interesse an Studium und Anrechnung beträfe doch nur eine sehr kleine Gruppe unter den Berufstätigen, die über keine traditionelle Studienberechtigung verfügen. Das ist etwa so, als wolle man behaupten, der Floh in der Zigarrenkiste habe kein Interesse am Springen.

Empirisch sieht es gegenwärtig um die Gruppe der nicht-traditionellen Studierenden in der Tat nicht gut aus. Bei gut einem Prozent liegt ihr Anteil an allen Studierenden, bei einem minimalen Anstieg in den letzten Jahren (Wolter, 2007). Wie groß die Studienpotenziale unter Berufstätigen ohne traditionelle Studienberechtigung sind, lässt sich bisher nicht sicher sagen. In einzelnen Berufsfeldern, etwa im Sozial- und Gesundheitswesen, weiß man, dass es einen erheblichen Druck zur akademischen Höherqualifizierung gibt. In anderen Bereichen gibt es bislang keine verlässlichen Größenordnungen, zumal die formalen Möglichkeiten zu studieren für diesen Kreis erst in allerjüngster Zeit flächendeckend verbessert wurden.

Faktisch stehen Berufstätigen ohne traditionelle Hochschulzugangsberechtigung trotz gesetzlicher Öffnungen nach wie vor erhebliche Hindernisse einer Studienaufnahme im Weg – nicht zuletzt, weil die Hochschulen in Deutschland noch immer fast ausschließlich Standardcurricula für Vollzeitstudierende im Präsenzstudium anbieten.

Bei „Anrechnung“ geht es jedoch auch um traditionelle Studienberechtigte mit beruflichem Bildungshintergrund. Hierunter fallen die jährlich ca. 75.000 Studienanfängerinnen und Studienanfänger mit Studienberechtigung und beruflichem Bildungshintergrund – dabei auch Abiturientinnen und Abiturienten der Gymnasien, die sich (zunächst) für eine berufliche Ausbildung entscheiden. Hinzu kommt die nicht bekannte, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit stark ansteigende Zahl derer, die künftig auf dem Weg der akademischen Weiterbildung zu Studienabschlüssen kommen wollen.

Angesichts dieser Potenziale möglicher Interessentinnen und Interessenten an Anrechnung ist es erlaubt zu fragen, ob es überhaupt möglich und notwendig ist, wenn mehr Berufserfahrene mit Anrechnungsoption studieren und unter welchen Umständen dies geschehen kann. Es ging ja lange auch so.

Die *Möglichkeit der Anrechnung* ergibt sich im Wesentlichen aus der Veränderung der Anforderungsprofile an beruflich Gebildete aufgrund des Wandels von der Industrie- zur Kompetenzgesellschaft. Mit der Neuordnung vieler Ausbildungsberufe wurden seit den 1970er Jahren die Anteile von systematischem, theoriebasiertem Wissen erheblich erhöht. Damit haben sich die Überlappungsbereiche zwischen Studienanforderungen und Anforderungen in der beruflichen Bildung herausgebildet, die es sinnvoll und erforderlich machen, dass die Hochschule in der beruflichen Bildung und im Beruf erworbene Kompetenzen als möglicherweise studienrelevant zur Kenntnis nimmt.

Die *Notwendigkeit der Anrechnung* ergibt sich aus den sicher prognostizierbaren und zum Teil schon eingetretenen Entwicklungen im Beschäftigungssystem. Zum ersten erzeugt die Dominanz von systematischem Wissen in modernen Qualifikationsprofilen die Notwendigkeit des ständigen Auffrischens und der Erneuerung von Wissen und Kompetenzen. Zum zweiten erfordert der absehbare Mangel an hoch qualifizierten Fachkräften die Notwendigkeit, unter beruflich Gebildeten Studieninteresse zu wecken.

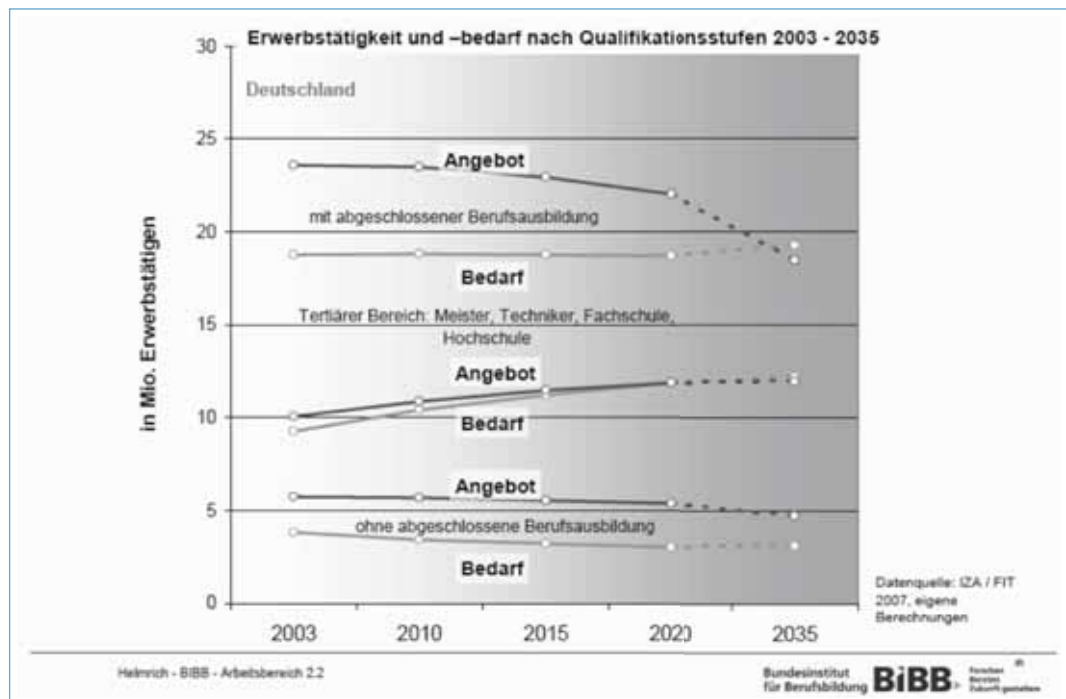
Darüber hinaus wird innovatives Wissen künftig verstärkt auch aus den Altersgruppen hervorgehen müssen, die in einigen Branchen in den 1990er Jahren schon zum alten Eisen gezählt wurden: die über 35jährigen, die bereits über ein hohes berufliches Kompetenzniveau verfügen.

Größere Veränderungen im Bildungssystem, wie nunmehr die Tendenz zur Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung, setzen sich also in der Regel dann durch, wenn der Funktionsverlust überkommener Strukturen offensichtlich und für die Individuen spürbar zu Tage getreten ist.

Eine Prognose aus dem Bundesinstitut für Berufsbildung über Angebot und Nachfrage an Fachkräften demonstriert die Dramatik der zu erwartenden Entwicklung (Bonin, Helmrich & Arens, 2007; Abb. 1). Die Entwicklung bei Fachkräften mit abgeschlossener Berufsausbildung zeigt, dass etwa im Jahr 2035 eine Deckung zwischen Angebot und Nachfrage bestehen wird. Ein in der Summe ausgeglichenes Verhältnis impliziert aber bereits extreme Probleme, weil es sich nur um eine rein zahlenmäßige Deckung von Angebot und Nachfrage handelt, nicht aber in Bezug auf den Bedarf in einzelnen Ausbildungsbereichen. Eine Schließung der Schere bedeutet faktisch einen zunehmenden Mismatch zwischen qualitativem Angebot und qualitativer Nachfrage.

Im tertiären Bereich (Meister, Techniker, Fachschule und Hochschule) wird dieser Zustand nach der vorliegenden Prognose schon sehr viel früher – nämlich etwa 2020 – eintreten. In den ost-deutschen Ländern beginnen die Schwierigkeiten aufgrund besonderer demographischer Entwicklungen bereits. Wir hören heute schon von existierendem Fachkräftemangel in technischen Berufen. Im Verhältnis zu dem, was für die Zukunft zu erwarten ist, gibt es gegenwärtig allenfalls eine Deckungslücke, aber noch keinen strukturellen Mangel.

Abb. 01 Erwerbstätigkeit und -bedarf nach Qualifikationsstufen 2003 - 2035



Quelle: Bonin, Helmrich & Arens (2007)

Mehr Durchlässigkeit auch im Hinblick auf spätere Abschnitte der individuellen Bildungs- und Berufsbiographien wird ein entscheidender Hebel sein, um die angedeuteten Herausforderungen zu bewältigen.

Die Praxis von Anrechnungsverfahren

Ernst Hartmann hat es schon gesagt, es gibt seit gut zwei Jahren ein Projekt, das sich ANKOM nennt: „Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge“.

Es ist zu unterscheiden zwischen verschiedenen Anrechnungsmodellen (Abb. 2). Es gibt zum einen die *pauschale Anrechnung*. Sie bildet den Kernbereich der ANKOM-Initiative. Pauschale Anrechnung bedeutet: Es werden ganze Abschlüsse oder Zertifikate der beruflichen Bildung resp. Weiterbildung angerechnet und nicht die individuellen Kompetenzen einzelner Personen. Das Zertifikat einer beruflichen Weiterbildung oder Ausbildung wird begutachtet, d. h. die beschriebenen Lernergebnisse, die hinter diesen Zertifikaten stehen, werden ermittelt und dann mit Lernergebnissen eines Hochschulcurriculums oder eines Moduls verglichen.

Eine zweite Variante ist das *individuelle Anrechnungsmodell*. Dort werden Lernergebnisse personenbezogen ermittelt und bewertet, z. B. mit Hilfe von persönlichen Lernergebnis-Portfolios oder Assessmentverfahren. Hier kommen wir, methodisch gesehen, ganz in die Nähe von individuellen Auswahlverfahren. Die Lernergebnisse werden als relevant oder irrelevant eingestuft und ggf. individuell angerechnet.

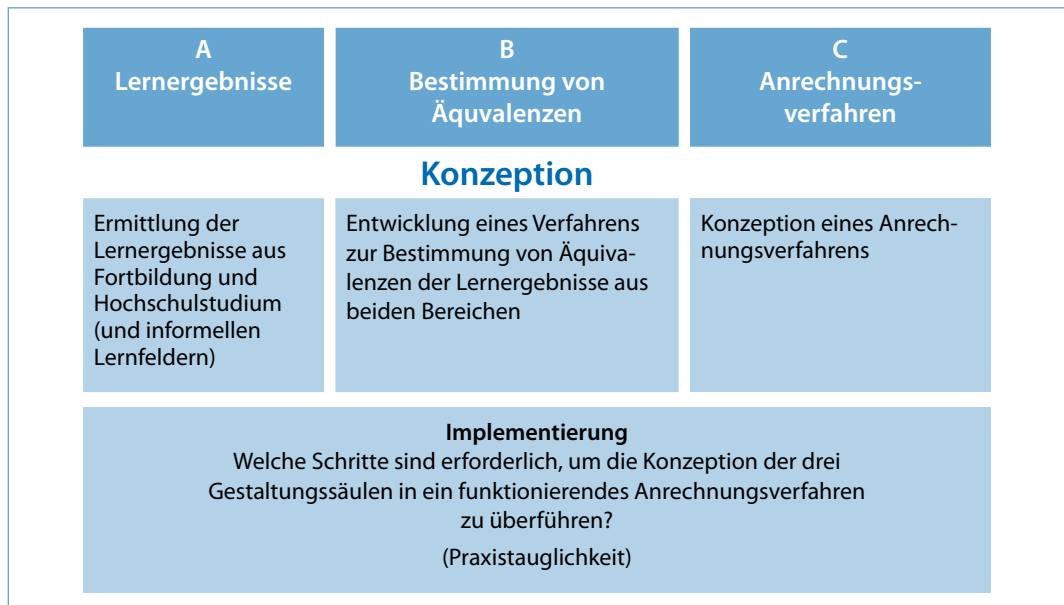
Darüber hinaus gibt es *Mischmodelle*. Diese werden auch in der ANKOM-Initiative verfolgt: man kombiniert pauschale und individuelle Anrechnung, um möglichst viel Anrechnungspotential auszuschöpfen und den berufserfahrenen jungen Leuten die überflüssige Befassung mit redundanten Lerninhalten zu ersparen.

Schließlich gibt es ein Modell, das in Deutschland relativ wenig bekannt und noch selten angewandt wird, aber im Ausland sehr viel stärker, nämlich das *Work Based Learning*. Dieses Modell wird in einem eigenen Vortrag vorgestellt.

Abb. 02 Anrechnungsverfahren – welche?

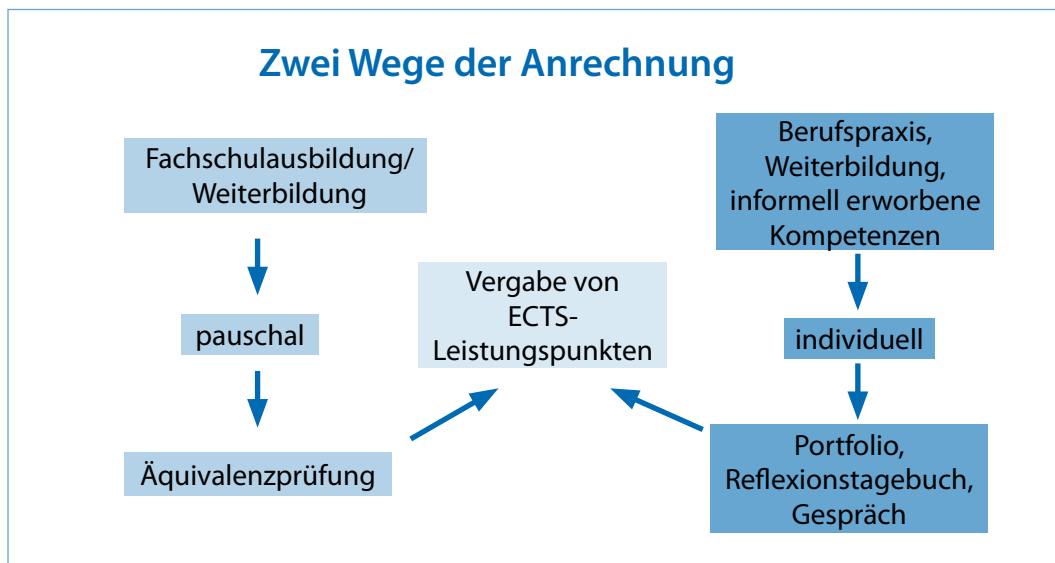
Anrechnungsverfahren – welche?				
	Pauschale Modelle	Individuelle Modelle	Kombimodelle – pauschale und individ. Anrechnung	Work-Based Learning
Charakteristikum	Abschlüsse der beruflichen Bildung (qualifications) werden bewertet - nicht die Studierenden	individuelle Kompetenzen werden bewertet mit Hilfe von Portfolios oder Assessments		Tripartistisch: Arbeitnehmer/-in + Arbeitgeber/-in + Hochschule. <u>Besonderheit:</u> individuelles Curriculum
Anrechnung von learning outcomes (LE)	LE werden als für ein Hochschulstudium relevant eingeordnet und formal angerechnet	LE werden als für ein Hochschulstudium relevant eingestuft und individuell angerechnet		Anrechnung von pauschalen und individuellen LE

Die Kernfragen der Anrechnung lauten: wie können ‚vorgängig‘ erworbene Kompetenzen/Lernergebnisse auf Hochschulstudiengänge angerechnet werden? Welche akademische und natürlich auch spätere berufliche Bedeutung, welchen ‚Wert‘ besitzen diese Lernergebnisse? Wie kann die Qualität der Anrechnungsverfahren gesichert werden? Letzteres ist ein enorm wichtiger Punkt, weil ein qualitätsgesichertes Verfahren der Vertrauensbildung dient, aber auch weil fahrlässig freizügige Anrechnung ohne Qualitätssicherung die Gefahr des Scheiterns im Studium heraufbeschwören würde. Die Verfahren von Anrechnung (Abb. 3), so wie sie die ANKOM-Projekte entwickeln, bestehen, grob beschrieben, aus drei Schritten. Zuerst werden die Lernergebnisse aus Modulhandbüchern der Hochschulstudiengänge und den Berufs- bzw. Fortbildungsordnungen ermittelt. Dann wird geprüft, ob und ggf. welche Äquivalenzen es also auf beiden Seiten gibt, was anrechnungsfähig ist. Und es müssen praktikable Verfahren entwickelt werden, die das Ganze in die Bildungsrealität überführen können. Das sind grob die drei Schritte, die zu gehen sind. Am Ende muss das Ganze natürlich an der Hochschule implementiert werden. Es muss u. a. auch durch Setzung förderlicher Rahmenbedingungen institutionell abgesichert werden.

Abb. 03 **Das Verfahren von Anrechnung**

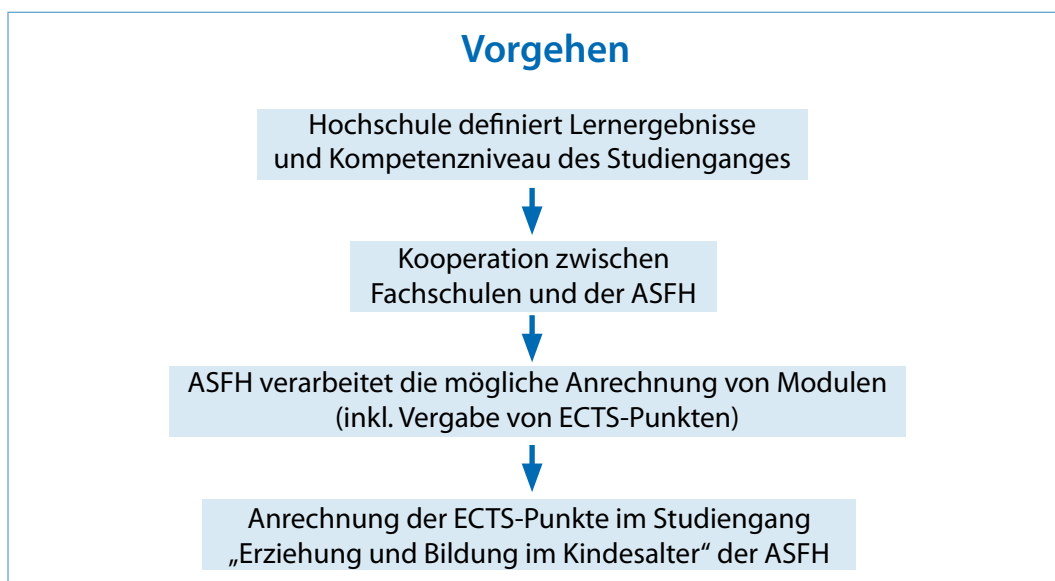
Ein Beispiel: Die Alice-Salomon Fachhochschule Berlin hat sich für ein Kombimodell aus pauschaler und individueller Anrechnung (Abb. 4) entschieden und zwar aus zwei verschiedenen Entwicklungsprojekten heraus, die zusammengefounden haben. Es geht um Anrechnung auf den Bachelorstudiengang „Erziehung im Kindesalter“. Die pauschale Anrechnung bezieht sich auf die Fachschulausbildung (Abb. 5). Die zweite Methode, die individuelle Anrechnung, bezieht die Berufspraxis, die Weiterbildung und weitere, informell, d. h. außerhalb formalisierter Lehr-/Lernprozesse erworbene Kompetenzen ein. Die Methoden der Überprüfung von Kompetenzen sind hier ein Portfolio sowie ein Reflexionstagebuch und ein Gespräch.

Abb. 04 Zwei Wege der Anrechnung



Quelle: Präsentation des ANKOM-Projektes der ASFH Berlin, 6.12.07 (unveröffentlicht)

Abb. 05 Das Vorgehen



Quelle: Präsentation des ANKOM-Projektes der ASFH Berlin, 6.12.07 (unveröffentlicht)

Die Abbildung 6 zeigt, wie so etwas konkret aussieht. Es gibt zehn Module der Fachschulausbildung für Erzieherinnen und Erzieher (siehe rechte Spalte) mit entsprechenden Kreditpunkten anrechenbar, so dass man allein auf der Basis der pauschalen Anrechnung auf 90 Kreditpunkte kommen kann. Wenn man die individuelle Anrechnung dazu nimmt, kommt man evtl. sogar auf 105 Kreditpunkte. Der ganze Studiengang umfasst 210 Kreditpunkte. Es können also maximal 50 Prozent angerechnet werden.

Abb. 06 Anrechnungsfähige Module - Fachschulausbildung

Anrechnungsfähige Module – Fachschulausbildung	
Modul	Credits
Pädagogische Alltagsgestaltung	10 Credits
Spielpädagogik	5 Credits
Praxismethoden	10 Credits
Recht	5 Credits
Ästhetische Bildung	10 Credits
Kommunikation und Sprache	10 Credits
Bewegungsförderung	5 Credits
Arbeitsfelder der Berufsidentität	10 Credits
Organisation und Management	10 Credits
1 Praktikum	15 Credits
Summe	90 Credits

Quelle: Präsentation des ANKOM-Projektes der ASFH Berlin, 6.12.07 (unveröffentlicht)

Erforderliche Rahmenbedingungen für die Realisierung von Anrechnung

Anrechnung von Kompetenzen ist kein Selbstläufer. Es gibt eine Reihe von Voraussetzungen, die noch nicht oder noch unzulänglich entwickelt sind. Sehr grundlegende Bedingungen sehen wir in folgenden Punkten (s. auch Schütze & Slowey, 2002):

- Hochschulkultur: Diversität statt Elitarismus: Damit ist nicht einer Absage an die Herausbildung von Leistungseliten das Wort geredet. Es geht insbesondere darum, vielfältige Breite zu fördern, weil nur auf dieser Basis auch Elite im wohlverstandenen Sinn heranwachsen kann.
- Autonomie: Ein hohes Maß an Selbststeuerung der Hochschulen ist erforderlich, um an die potenzielle Klientel und die wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten angepasste Strategien der Durchlässigkeit zu entwickeln.
- Flexibler Zugang – open access – ist eine wesentliche Voraussetzung, um den Lebens- und Erwerbsumständen der Anrechnungsaspiranten Rechnung zu tragen.
- Studienangebote unterhalb von Abschlüssen (z. B. auf Modulebene), die akkumuliert werden können, erleichtern insbesondere Berufstätigen und Eltern eine an die Arbeits- und Lebensbedingungen angepasste Strategie der Beteiligung an Wissenschaftlicher Weiterbildung.
- Auch die Studienformen müssen sich den Bedürfnissen und Erfordernissen der Lernenden unterordnen: E-learning, blended learning und berufsbegleitende Studienangebote sind als bereits erprobte Beispiele zu nennen.
- Finanzielle Fördermöglichkeiten müssen die Chancen auf ein Studium verbessern. Dabei geht es nicht allein um staatliche Zuschüsse, sondern auch um Modelle der Studienfinanzierung durch Betriebe, wie sie zum Teil bei dualen Studiengängen schon realisiert werden.
- Wenn die mittelfristig notwendige Öffnung der Hochschulen für sog. nicht-traditionelle Studierende auf Seiten der Interessenten angenommen werden soll, muss es realistische Per-

spektiven auf eine berufliche Weiterentwicklung geben, die sich auch in der Chance von Einkommenszuwächsen niederschlagen. Deshalb dürfen Tarifverträge Lebenslanges Lernen und Bildungsmobilität nicht bestrafen, wie dies insbesondere beim Öffentlichen Dienst gegenwärtig der Fall ist.

- Selbstverständlich wird es von Seiten der Betriebe in dem Maße weiterbildungsfreundliche Arbeitsformen und -zeiten geben müssen, in dem sich der Mangel an wissenschaftlichen Kompetenzen hinderlich für die kompetente und sachgemäße Arbeit und für die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaftsunternehmen auswirkt.
- Schließlich sind klare gesetzliche Grundlagen für Anrechnung erforderlich, um den Hochschulen Handlungssicherheit für Anrechnung zu erlauben. In einige Landeshochschulgesetze ist Anrechnung bereits eingeflossen. Zum Teil finden wir noch unpräzise Aussagen, in denen Zulassung und Anrechnung nicht klar definiert sind (z. B. bei Hochschuleingangsprüfungen oder Einstufungsprüfungen). Studienzugang und Anrechnung sind so aufeinander zu beziehen, dass sie den modularen Studienstrukturen gerecht werden. Auch bedürfen Vorgaben, die sich hemmend auf Anrechnung auswirken können, wie z. B. die Problematik der Notengebung bei anzurechnenden Modulen, einer Lösung.

Die wichtigsten Schritte auf dem Weg zu einem flächendeckenden Anrechnungssystem

Einer der wichtigsten Schritte für die Weiterentwicklung von Anrechnung liegt in der konsequenten Verfolgung der Ziele des Bologna- und des Kopenhagen-Prozesses. Das bedeutet insbesondere, dass Lernergebnis basierte Berufs- und Fortbildungsordnungen und Studienmodule entstehen bzw. verbessert werden. Hier besteht auf allen Seiten noch erheblicher Optimierungsbedarf.

Die Zwischenergebnisse der bisherigen Arbeit lassen den Schluss zu, dass die Bereitstellung und Weiterentwicklung von Bildungssystem und Nationen übergreifenden Kompetenzrahmen die Verfahren der Lernergebnisbeschreibung und Äquivalenzbestimmung erleichtern.

Wenn der Graben zwischen Beruflicher Bildung und Hochschulbildung überwunden werden soll, reichen Dokumente und Gesetze nicht aus. Die Erfahrungen der Entwicklungsprojekte verdeutlichen, wie enorm wichtig die Verstetigung der Vertrauensbildung zwischen Beruflicher Bildung und Hochschule ist. Gegenseitiges „Sich in die Karten sehen lassen“, gemeinsame Lehrveranstaltungen, gegenseitiger Besuch bei Prüfungen, um jeweils eine Vorstellung von Niveaus und Inhalten zu bekommen, sind unabdingbar, um gesichertes Wissen über die jeweils andere Seite zu gewinnen und zu einer gemeinsamen Anrechnungspraxis zu kommen.

An Hochschulen, bei Kammern, Verbänden und Betrieben müssen sich institutionelle Brückenköpfe für Anrechnung bilden. Schließlich benötigen die Aspiranten auf Anrechnung Ansprechpartner und Rat. In welcher Form Service- und Beratungsstellen für Anrechnung und Lebenslanges Lernen geschaffen werden, ist noch nicht gesichert. Es kann sich um zentrale aber auch dezentrale Einrichtungen handeln. Entscheidend für den Erfolg und die Nachhaltigkeit der Anrechnung von Kompetenzen ist eine systemübergreifende und qualitätsgesicherte Organisation der Verfahren. Die von der Wissenschaftlichen Begleitung der ANKOM-Initiative zu Beginn der Projektarbeit entwickelten Gütekriterien wurden als Leitlinie auch für die Akkreditierung fortgeschrieben. Diese Leitlinie steht nach einer intensiven Erörterung mit den Akkreditierungsagenturen kurz vor der Fertigstellung.

Um „von der Möglichkeit zur Wirklichkeit“ von Anrechnung beruflicher Kompetenzen zu kommen, kann die schwierige Arbeit der Entwicklung von qualitätsgesicherten Anrechnungsverfahren

ren nur ein – wenn auch – bedeutender Mosaikstein sein, um die Herausforderungen an ein modernes Bildungs- und Beschäftigungssystem im 21. Jahrhundert zu bewältigen.

Literatur

- Bonin, H., Helmrich, R. & Arens, T. (2007):** „Zukunft von Bildung und Arbeit“ – Die Beschäftigungsprognosen der BLK (IZA / FIT)-IAB-BIBB-Tagung: Methodische Ansätze und Reichweite von langfristigen Arbeitsmarkt- und Qualifikationsprognosen. Bonn, 17. September 2007. http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a22_prognose-ws_Helmrich_kurz.pdf [letzter Zugriff 26.6.2008]
- Glasgow-Erklärung (2005):** http://www.eua.be/fileadmin/user_upload/files/EUA1_documents/Glasgow_Declaration.1114612714258.pdf [letzter Zugriff 26.6.2008]
- Schütze, H. G. & Slowey, M. (2002):** Participation and exclusion: A comparative analysis of non-traditional students and lifelong learners in higher education. In: Higher Education 44: 309-327.
- Wolter, A. (2007):** Anrechnung beruflich erworbener Leistungen und Kompetenzen im Kontext der Studien- und Hochschulreform; Vortrag auf der Abschlusstagung des ANKOM-Projektes 6.12.2007 in Bonn. http://ankom.his.de/tagung/material/Wolter_Andrae.pdf [letzter Zugriff 26.6.2008]

Neue Wege in die Hochschule – Herausforderung der Studierendenauswahl bei mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung –

Margret Schermutzki

Die Bedeutung und Notwendigkeit der Anerkennung von außerhochschulisch erworbenen Kompetenzen auf akademische Abschlüsse (auch im Rahmen des Bologna-Prozesses) und die Möglichkeit, akademische Kompetenzen am Arbeitsplatz weiter zu entwickeln waren die Grundidee für das im folgenden dargestellte Projekt Developing European Work Based Learning Approaches and Methods (DEWBLAM) (gefördert durch das Grundtvig-Programm der EU), das im folgenden Beitrag dargestellt wird.

Kann ein Curriculum so entwickelt werden, dass es den Studierenden ermöglicht, den Arbeitsplatz beizubehalten und die erworbenen akademischen Kompetenzen am Arbeitsplatz weiter zu entwickeln?

- Wie werden hierfür die geeigneten Studierenden durch die Hochschule ausgewählt?
- Wie werden die vorhandenen akademischen Kompetenzen geprüft und weiterentwickelt?
- Wie kann die Qualität eines solchen Studiengangs gesichert werden?
- Welche weiteren Aspekte sind bei einem solchen speziellen Studiengang zu berücksichtigen?
- Wo gibt es in Europa gute Beispiele?

Um Hilfestellungen bei der Beantwortung dieser Fragen zu geben, wurde im DEWBLAM Projekt eine Plattform für die Entwicklung von Work Based Learning Studiengängen mit Erläuterungen entwickelt und diese in Pilotprojekten erprobt.

Das Pilotprojekt der Fachhochschule Aachen „Prozesstechnik“ wird im Anschluss an diesen Beitrag durch Professor Dr. Hoffmann vorgestellt.¹

Die Veränderungen in Technologie und organisatorischen Strukturen sowie der demographische Wandel erfordern ein Update von Kompetenzen sowohl in den Hochschulen, am Arbeitsplatz und für die Erwerbstätigen.

Im DEWBLAM Projekt steht der im Beruf tätige Lernende im Vordergrund und der Bedarf, vorhandene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen weiter zu entwickeln unter Anrechnung von vorhandenen akademischen Kompetenzen. (Accreditation of prior experiential learning – APEL and accreditation of prior learning – APL). Die Anrechnung dieser Kompetenzen auf akademische Abschlüsse wird sowohl von den Arbeitnehmern als auch von den Politikern gefordert (Lissabon-Strategien).

Durch APEL erleben die Hochschulen und Unternehmen den Wechsel in Richtung einer lernenden Organisation, was wiederum zu einer Leistungsverbesserung durch den Lernprozess führt. So ergibt sich ein Mehrwert für alle am Prozess Beteiligten: Hochschule, Unternehmen und Lernende.

¹ Die Fachhochschule Aachen hat im Jahr 2004 den Bundesinnovationspreis des Bundesinstitutes für berufliche Bildung für das Umsetzungskonzept erhalten.

Work Based Learning ist ein Ansatz zur Aus- und Weiterbildung, in dem die Kompetenzentwicklung eine zentrale Position einnimmt. WBL ist ein Beitrag zum lebensbegleitenden Lernen. Es ermöglicht erwachsenen Lernenden, ihre Fertigkeiten, Wissen und Kompetenzen mit Hilfe individuellen Lernens zu fördern und – möglichst am Arbeitsplatz – auszubauen.

Wichtig für den Lernprozess sind klar definierte Partnerschaften zwischen dem Lernenden, der Hochschule und dem Arbeitsplatz.

Die Lernenden übernehmen die Verantwortung und das Managen der Lernerfahrung (unterstützt durch die Betreuer der Hochschulen und des Arbeitsplatzes) in einem solchen Studiengang.

Erfahrungen aus den Projekten haben gezeigt, dass viele Studierende/Studienbewerber ihre vorhandenen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenz nicht richtig einschätzen. Während einige die vorhandenen Kompetenzen unterschätzen, gibt es andere, die diese überschätzen. Aufgabe der Hochschulen ist es, die Studienbewerber darin zu unterstützen, ihre Kompetenzen richtig einzuschätzen. Hierbei ist auch die aktuelle Lebenssituation der Studierenden in einem solchen Programm (Erwerbstätigkeit und Studium führen zu einer größeren Belastung, die durch das private Umfeld mit getragen werden sollte) mit einzubeziehen. (Auf entsprechende Methoden wird in diesem Beitrag hingewiesen).

Beispiel: Kann der Handwerksmeister/die Handwerksmeisterin die nicht ausreichenden Mathematikkenntnisse noch nachholen und wie viel Zeit muss dafür eingeplant werden.

Durch die Teilnahme an einem solchen Studiengang erhält der Lernende eine höhere Qualifikation, die oft zu einer besseren Bezahlung, mehr Zufriedenheit am Arbeitsplatz und einer höheren Identifikation mit dem Arbeitsplatz führt.

Den Hochschulen kommt eine entscheidende Aufgabe bei der Beratung und Auswahl der Studierenden zu die auch eine umfangreiche Schulung der Auswählenden erfordert. Sie initiieren den Lernprozess des Studierenden, durch die Festlegung der zu erreichenden Lernergebnisse und wird hierbei unterstützt durch den Betreuer am Arbeitsplatz. Über die zu erreichenden Lernergebnisse wird ein Lernvertrag zwischen dem Lernenden, dem Betreuer am Arbeitsplatz und dem von der Hochschule benannten Hochschullehrer geschlossen. Diese Zusammenarbeit mit dem Arbeitsplatz bringt wiederum Wissen in die Hochschulen, und vice versa.

Die Arbeitgeber unterstützen den Lernprozess und stimmen diese mit der Hochschule und dem Studierenden ab. Für die Unternehmen führt die Zusammenarbeit mit den Hochschulen zu einer akademischen (anerkannten) Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einer größeren Identifikation mit dem Unternehmen. Das Wissen der Mitarbeiter kann so auf dem aktuellen Stand gehalten und weiter entwickelt werden.

Das DEWBLAM Projekt

Das Projekt DEWBLAM wird koordiniert durch E-Form, einem Konsortium italienischer Hochschulen mit Sitz in Florenz.

Hochschulpartner sind neben der Fachhochschule Aachen, Abo Akademie, Finnland, Università di Firenze, Italien, Universidad de Granada, Spanien, Université des Sciences et Technologies de Lille, Frankreich, Katholieke Hogeschool Limburg, Belgien, Middlesex University, London, UK, Karls-Universität Prag, Tschechische Republik.

Außerhochschulische Partner sind Consorzio Servizi Formativi alle Imprese, Italien, V.I.A. Belgien, Quantum Learning Partnerships, UK und als stiller Partner der schweizerische Verband für Weiterbildung (FSEA)

Die Partnerschaft mit dem außerhochschulischen deutschen Partner, der Bundesagentur für Arbeit in Aachen wurde während der Laufzeit des Projektes beendet. Unterstützung erhielt das Projekt vom VDI. Das Land NRW konnte nicht für eine Unterstützung des Projektes gewonnen werden.

Ziel des Projektes war die Entwicklung einer Plattform mit den erläuternden Leitlinien für Work Based Learning Projekte und die Durchführung von Pilotprojekten unter Berücksichtigung

- a) der Veränderungen im europäischen Hochschulraum (Bologna-Prozess mit der Entwicklung eines Qualifikationsrahmens bezogen auf die akademischen Abschlüsse EQFA)
- b) der Veränderungen im Bereich der beruflichen Bildung (Kopenhagen-Erklärung über die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung, Maastricht-Kommunique über Qualitätssicherung und -entwicklung mit der Entwicklung eines Rahmenwerks für berufliche Abschlüsse)
- c) der Entwicklung des europäischen Qualifikationsrahmens EQF als Referenzrahmen für nationale Qualifikationsrahmen und fachspezifischen Qualifikationsrahmen
- d) der Standards und Leitlinien der Qualitätssicherung in Europa
- e) der jeweils in den Partnerländern geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

In den Pilotprojekten wurden verschiedene Modelle von WBL Ansätzen unter Berücksichtigung unterschiedlicher europäischer, kultureller und institutioneller Zusammenhänge gemeinsam mit den außerhochschulischen Partnern entwickelt und erprobt. Hierbei wurden je nach Pilotmodell der Hochschulzugang für erwachsene (beschäftigte) Lernende und benachteiligte Gruppen vereinfacht (z. B. für Gehörlose an der Universität Granada), aber auch spezielle Systeme zur Anerkennung von APEL oder innovative WBL-Methoden und Blended Learning Methoden entwickelt.

Grundlage der Entwicklung der Plattform für WBL-Studiengänge war ein von den beteiligten Partnern gemeinsam definierter Ansatz unter Berücksichtigung spezifischer nationaler und lokaler Gegebenheiten (wie z. B. gesetzliche Bedingungen für die Anerkennung von „Prior Learning“ APEL und/oder Möglichkeiten von ODL (open distance learning) an den Hochschulen, in den Unternehmen sowie die Berücksichtigung von sozialen Gegebenheiten).

Entwicklung der Plattform:

Zunächst wurde eine Bestandsaufnahme der Systeme im Bereich lebensbegleitenden Lernens in den jeweiligen Ländern durchgeführt. Die rechtlichen Gegebenheiten in den jeweiligen Ländern wurden gegenübergestellt. Es wurde ein System der Anerkennung von außerhalb der Hochschule erworbenen Kompetenzen entwickelt (APL und APEL). Durch die Entwicklung der Pilotprojekte wurde schnell deutlich, dass WBL-Ansätze und die Anrechnung von APEL/APL eine Schulung der beteiligten Hochschullehrer, und Mitarbeiter erfordert.

Für die Entwicklung der Pilotprojekte und der Plattform konnte auf die umfangreichen Erfahrungen einzelner Partnerhochschulen zurückgegriffen werden:

- A. Des nationalen Zentrum für WBL Partnerschaften an der Middlesex University, London, welches als Pionier in der Hochschulbildung eine nicht standardisierte Überprüfung der Hochschulzugangsberechtigung und Anrechnung spezifischer Fachkenntnisse individuell vornimmt. Das innovative Curriculum mit Learning Agreements zwischen Unternehmen, Hochschule und

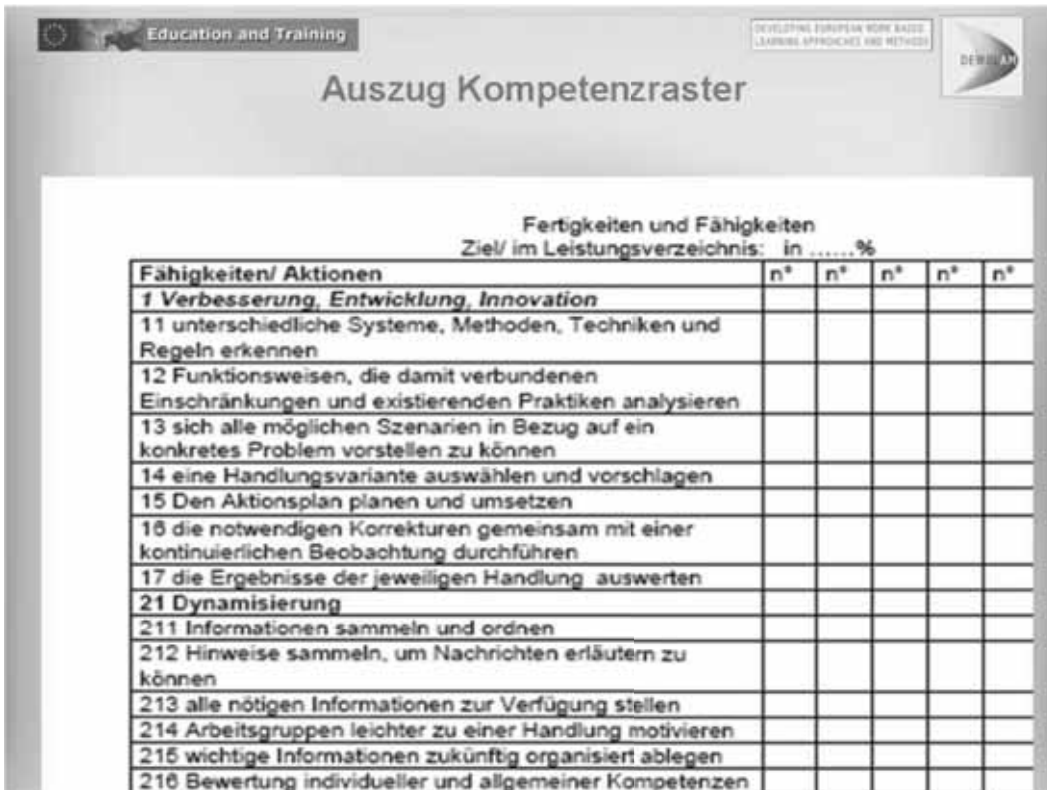
Studierenden, Lernmaterial und individueller Überprüfung und Planung der Projekte für den Studierenden und Lernmaterialien für Fernstudium richtet sich nach den vorhandenen individuellen Kompetenzen des Studienbewerbers/der Studienbewerberin. Anhand einer Kompetenzanalyse wird ein individuelles Studienprogramm entwickelt. Als Abschlussgrad erhält der Studierende den angestrebten Grad (B.A. (hons), M.A., PhD) in Work Based Learning. Ein der Hochschule nahe stehendes Beratungsinstitut übernimmt die Beratung der Studierenden bezogen auf die Anerkennung der vorhandenen Kompetenzen, bezogen auf das individuelle Studienprogramm (gemeinsam mit den Arbeitsplatz) und sucht die geeigneten Experten zur Betreuung dieser Studierenden. Es bereitet alle Unterlagen gemeinsam mit den Studierenden und ggfls. Arbeitgebern für die Hochschule vor, die dann die Prüfung und Anerkennung durchführt.

Die Kosten für das Verfahren werden von den Studierenden oder den Arbeitgebern übernommen. Zahlungspflichtig ist zunächst die Feststellung der vorhandenen Kompetenzen mit Anrechnung auf einen akademischen Abschluss (einheitlicher Betrag). Für jeden vereinbarten Credit werden dann weitere Zahlungen fällig.

- B. Der Universität Lille, die als Pionier in Frankreich Systeme zur Anerkennung, Akkreditierung und Validierung von früheren Lernerfahrungen (formell und informell) mit Hilfe von sogenannten Kompetenzrastern durchführt. Es handelt sich um ein mit festen Partnern aus der Industrie (Renault, Danone), in denen innovative Studienprogramme, die auf beruflicher Referenz basieren, entwickelt werden, z. B. Ingenieurprogramme „Ingenieur d’Exploitation des Systemes de Production“ (Anwendung von Produktionssystemen für technische Angestellte mit Arbeitserfahrung).

Mit Hilfe des Kompetenzrasters wird die Entwicklung bzw. der bereits vorhandene Entwicklungsgrad bestimmter Fertigkeiten und Fähigkeiten bewertet. Die zu erreichende Fähigkeit/Fertigkeit wird in einem Leistungsverzeichnis, wie im folgenden Beispiel aufgeführt, festgehalten; die festgestellte Entwicklung in dem jeweiligen Bereich wird in % ausgedrückt, wobei die Zielvorgabe jeweils 100 % ist.

Abb. 01 Auszug Kompetenzraster



Fähigkeiten/ Aktionen	n°	n°	n°	n°	n°
1 Verbesserung, Entwicklung, Innovation					
11 unterschiedliche Systeme, Methoden, Techniken und Regeln erkennen					
12 Funktionsweisen, die damit verbundenen Einschränkungen und existierenden Praktiken analysieren					
13 sich alle möglichen Szenarien in Bezug auf ein konkretes Problem vorstellen zu können					
14 eine Handlungsvariante auswählen und vorschlagen					
15 Den Aktionsplan planen und umsetzen					
16 die notwendigen Korrekturen gemeinsam mit einer kontinuierlichen Beobachtung durchführen					
17 die Ergebnisse der jeweiligen Handlung auswerten					
21 Dynamisierung					
211 Informationen sammeln und ordnen					
212 Hinweise sammeln, um Nachrichten erläutern zu können					
213 alle nötigen Informationen zur Verfügung stellen					
214 Arbeitsgruppen leichter zu einer Handlung motivieren					
215 wichtige Informationen zukünftig organisiert ablegen					
216 Bewertung individueller und allgemeiner Kompetenzen					

Die Anerkennung von außerhalb der Hochschule erworbenen Kenntnissen ist in Frankreich für die Hochschulen verpflichtend. Ein entsprechender Etat ist in den Budgets der Hochschulen eingeplant.

1. Entwicklung eines WBL-Curriculums

Im Folgenden soll nun die Entwicklung eines Curriculums für einen solchen WBL-Studiengang dargestellt werden:

Zunächst muss die Frage gestellt werden:

Wer braucht was und warum? – Kosten-Nutzen-Analyse

Hierbei sind die interne Voraussetzung und Möglichkeiten der Hochschule ebenso zu prüfen wie die der Unternehmen und der individuellen Studierenden. Welche Angebote von Institutionen und Organisationen gibt es bereits? Welche gesetzlichen Gegebenheiten bestehen? Gibt es Gruppen von Studierenden für einen solchen Studiengang? Was braucht die lokale und regionale Gesellschaft?

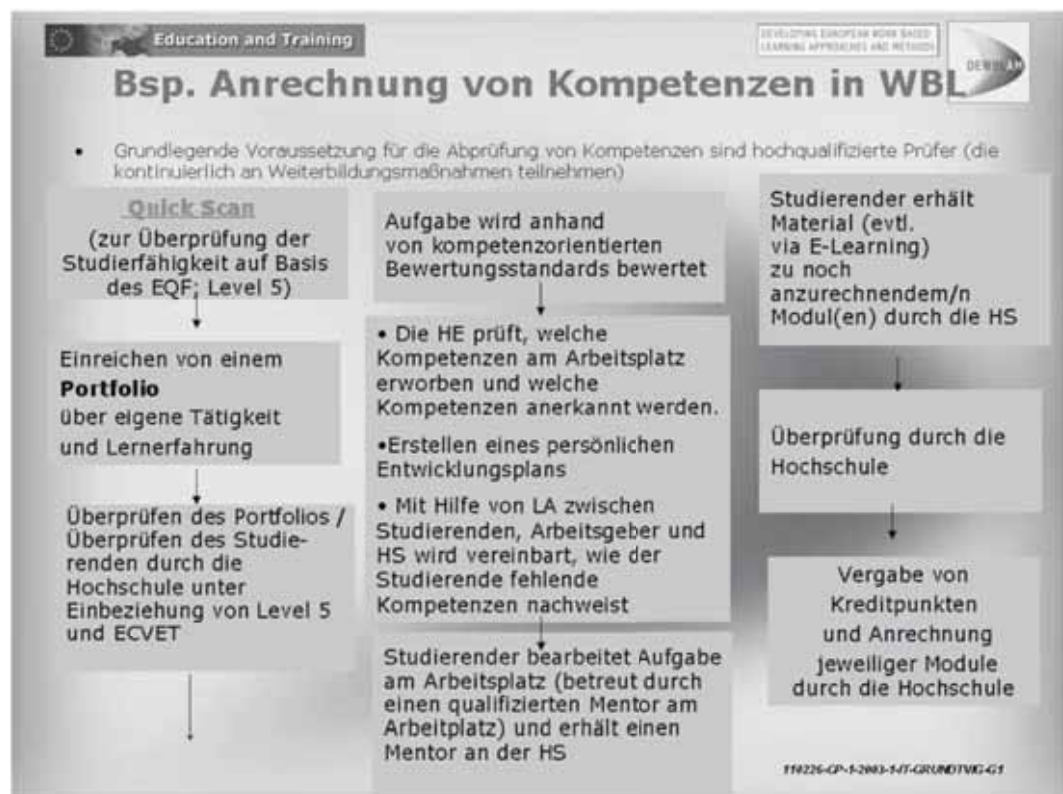
Auf der Basis eines ermittelten Bedarfs (TOP down) wird das Studiengangsprofil definiert, Module werden entwickelt unter Berücksichtigung der besonderen Vorkenntnisse und deren Anrechnung auf den Studiengang, die Definition der zu erreichenden Lernergebnisse mit Inhalt, Struktur, Berücksichtigung der Level und der nationalen Qualifikationsrahmen, die Festlegung der sich aus den Learning outcomes ergebenden Prüfungsformen, der Lehr- und Lernformen und der Ler-

umgebung, der Schulung der Lehrenden und Betreuern am Arbeitsplatz sowie Methoden der Evaluation und des Assessments.

Im Folgenden soll das Verfahren am Beispiel des von der KHLim (fusioniert mit der Universität Loeven) in Belgien vorgestellt werden. Anhand eines „Quick Scans“ sollen die zukünftigen Lernenden selbst testen, ob ein WBL Studienprogramm zu ihnen passt. Der Quick Scan enthält allgemeine und Job-spezifische Fragen zu folgenden Punkten: Motivation, persönliches Umfeld, formaler Qualifikation, beruflichem Hintergrund, Fähigkeit zu logischem und analytischem Denken, Allgemeinwissen, Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen in fachspezifischen und beruflichen Fragen.

Die Fragen zur Motivation und persönlichem Umfeld sollen deutlich machen, ob die Situation des Lernenden ein erfolgreiches Studium ermöglicht. Fragen zur formalen Qualifikation und beruflichen Hintergründen können Hinweise geben, inwieweit Kompetenzen fachspezifisch oder allgemein weiter ausgebildet werden müssen. Fachspezifische Fragen liefern eine Aussage darüber, in welchem Maß der Lernende Kompetenzen zu einzelnen Modulen bereits ausgebildet hat.

Abb. 02 Beispiel Anrechnung von Kompetenzen in WBL



Ausgehend von den Ergebnissen des Quick Scans wird ein Interview geführt, in dem nochmals überprüft wird, ob die Einschätzung durch den Studierenden tatsächlich zutrifft. Auf dieser Basis erstellen dann die Studienbewerber ein Portfolio. Für die Erstellung des Portfolios haben die Studienbewerber 12 Wochen Zeit. Die Hochschule erstellt einen Rahmen, was von den Beteiligten erwartet wird und erstellt Jobdeskriptoren mit Indikatoren.

Bei der Einführung eines solchen Studienangebotes sind die üblichen Maßnahmen für die Einführung von Studiengängen zu berücksichtigen wie etwa Organisation - Prüfungsordnungen, Ver-

träge (Learning Agreements) zwischen Unternehmen, Hochschule und Studierenden, Prüfungsstrukturen, Einbeziehung der Prüfungsämter in die besonderen Strukturen der Studiengänge); Personal (Personalbedarf, Schulung der Betreuer, Entwicklung von akademischen Service zur Akzeptanz, Unterstützung und Entwicklung von WBL-Studiengängen innerhalb der Hochschulen) Marketing, Informationen über Fördermöglichkeiten, Rekrutierung und Einschreibeverfahren.

Ein Qualitätssicherungsverfahren ist ebenfalls zu entwickeln unter Beibehaltung von akademischen Standards und Levels.

Fazit:

WBL als Herausforderung für die Arbeitswelt

Der Bedarf der Arbeitswelt wird mit den akademischen Anforderungen verknüpft. Arbeitgeber übernehmen Verantwortung für den Lernprozess des individuellen Arbeitnehmers. Das Fortbildungskonzept für den individuellen Arbeitnehmer wird so zum Lernprozess der gesamten Organisation.

WBL als Chancen für die Hochschulen

Die gezielte Entwicklung des WBL-Angebotes bietet die Möglichkeit einer engen Verbindung zur Arbeitswelt, der Offenheit gegenüber den Perspektiven des Lebensbegleitenden Lernens und der Fähigkeit zur Interaktion mit der Gesellschaft (bildungspolitische Aufgabe)

WBL als Chancen für die Arbeitswelt

Für den Einzelnen bietet WBL eine auf die berufliche Tätigkeit ausgerichtete Hochschulbildung. Eine erhöhte Leistungsfähigkeit durch Innovationspotential (Projektarbeit, Erkenntnisgewinn und Verwandlung von implizitem Wissen in explizites Wissen) bedeutet gleichzeitig auch ein Mehrwert für Hochschulen und Unternehmen.

Professor Dr. Hoffmann wird im Anschluss das Pilotprojekt „Prozesstechnik“ an der Fachhochschule Aachen vorstellen.

Neue Wege in die Hochschule – Beispiel des berufsbegleitenden Studienganges Prozesstechnik der FH Aachen und der Rhein-Erft Akademie

Prof. Dr. Ulrich Hoffmann

Guten Tag meine Damen und Herren, Danke für die Einführung, ich möchte an den Vortrag meiner Vorrednerin einfach anknüpfen. Ich muss vorab sagen, dass ich im Gegensatz zu meiner Kollegin Frau Schermutzki von vielen Dingen, die Details des Work-Based-Learning betreffen, weniger Bescheid weiß. Ich bin da eher pragmatisch und so haben wir auch unseren Studiengang, von dem ich jetzt hier berichten will, angepackt. Das mag jetzt in der Darstellung auch so deutlich werden.

Ich berichte hier von einem Bachelorstudiengang Prozesstechnik, den wir vor zwei Jahren entwickelt haben und der in diesem Jahr, seit dem Wintersemester 2007/2008, begonnen wurde. Er wurde im Frühjahr dieses Jahres akkreditiert. Die Motivation für diesen berufsbegleitenden Studiengang war zum einen, dass der Bildungsträger Rhein-Erft Akademie, mit dem wir sehr eng zusammen arbeiten, anfragte, ob wir etwas anzubieten könnten, was Berufstätigen die Möglichkeit bietet, sich in Richtung eines Bachelorabschlusses weiter zu qualifizieren. Zum anderen beobachteten wir auch an unseren eigenen regulär Studierenden immer wieder, dass viele arbeiten und studieren, d. h. für viele ist arbeiten und studieren heute ein Muss. Zum Teil ist es eben auch ein gewünschter Effekt. Darauf aufbauend haben wir ein entsprechendes berufsbegleitendes Studienkonzept erarbeitet. Mit dem Begriff Prozesstechnik zielen wir insbesondere auf den Bereich der Verfahrenstechnik. Verfahrenstechnik ist hier eher chemisch-technisch orientiert. Im Studiengang Prozesstechnik werden moderne Instrumentarien verwendet, um solche chemisch-technischen Prozesse auszulegen und zu betreiben. Um welche es dabei geht, sehen sie etwa hier im Bild (Abb. 1).

In der folgenden Darstellung (Abb. 2) sehen Sie zusammengefasst wesentliche Punkte des Konzepts. Es für eine bestimmte Klientel gedacht: Interessierte, die aus dem chemischen Umfeld kommen. Gerade im Großraum Köln (ChemCologne ist da das Stichwort), in der Chemieindustrie im Raum Düsseldorf und bis nach Koblenz sprechen wir solche Leute an, die eine Fachhochschulzugangsberechtigung haben und eine Berufsausbildung besitzen, etwa als Chemielaborant, Chemikant, Techniker oder Industriemeister im Bereich der Chemie. Wichtig war dabei, dieses Studium als ein Teilzeitstudiengang zu konzipieren und nicht als Vollzeitstudiengang.

Nur so lässt sich die Berufstätigkeit mit einem gleichzeitigen Studium vereinbaren. D. h. wir haben es im Vergleich zum üblichen Bachelorstudiengang, der bei uns über sechs Semester geht, auf acht Semester gestreckt. Studienorte sind dabei Hürth, das ist zwischen Köln und Bonn, und Jülich, das liegt zwischen Düsseldorf und Aachen. Die Orte sind ungefähr 30 bis 40 Kilometer auseinander. Jülich ist einer der Standorte der Fachhochschule Aachen.

Abb. 01 Motivation für berufsbegleitendes Studienkonzept in Unternehmen

Bachelorstudiengang Prozesstechnik

Motivation für berufsbegleitendes Studienkonzept in Unternehmen

- Anforderungen an Beschäftigte steigen, aber Zahl der hochqualifizierten Arbeitnehmer schrumpft
- "Arbeiten und Studieren" wird immer attraktiver




Welche Ingenieure werden gesucht?

Die gefragtesten Fachrichtungen	Angebot 2005 in Printmedien	Veränderung zu 2004
Verfahrenstechnik	1.170	+48,7 %




© Fachhochschule Aachen - Aachen University of Applied Sciences

An dieser Stelle noch ein wichtiger Aspekt: Wir haben uns frühzeitig entschlossen, das Konzept des Work Based Learning mit einzuführen, d. h. wir wollen Qualifikation aus beruflicher Tätigkeit berücksichtigen.


Das Studium ist so organisiert, dass für die Studierenden Präsenztage festliegen, um es mit dem beruflichen Umfeld zu vereinbaren. Abendveranstaltungen werden durchgeführt, Samstage und Blockwochen sind vorgesehen. Die Veranstaltungen laufen wie üblich in Vorlesungen, Übungen und Praktika, als seminaristischer Unterricht und als Projekte. Diesen Punkt möchte ich gleich noch einmal deutlicher hervorheben.

Abb. 02 Konzept des achtsemestrigen berufsbegleitenden Studiengangs (seit WS 2007/08)

Bachelorstudiengang Prozesstechnik



Konzept des achtsemestrigen berufsbegleitenden Studiengangs (seit WS 07/08)

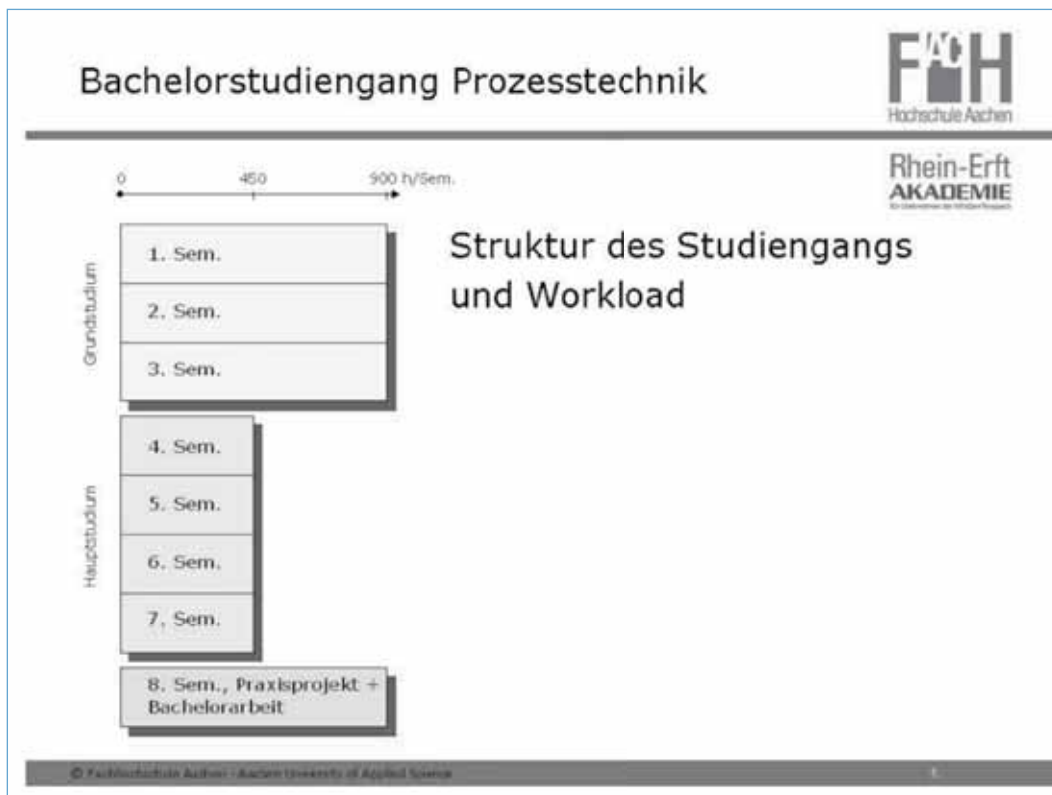


- Fachhochschulzugangsberechtigung und Berufsausbildung als Chemielaborant, Chemikant, Chemotechniker, Industriemeister Chemie
- Teilzeit- statt Vollzeitstudium (8 statt 6 Semester)
- Studienorte Hürth (Rhein-Erft Akademie) und Jülich (FH Aachen), Kapazität: 30 Studierende

© Fachhochschule Aachen – Aachen University of Applied Sciences

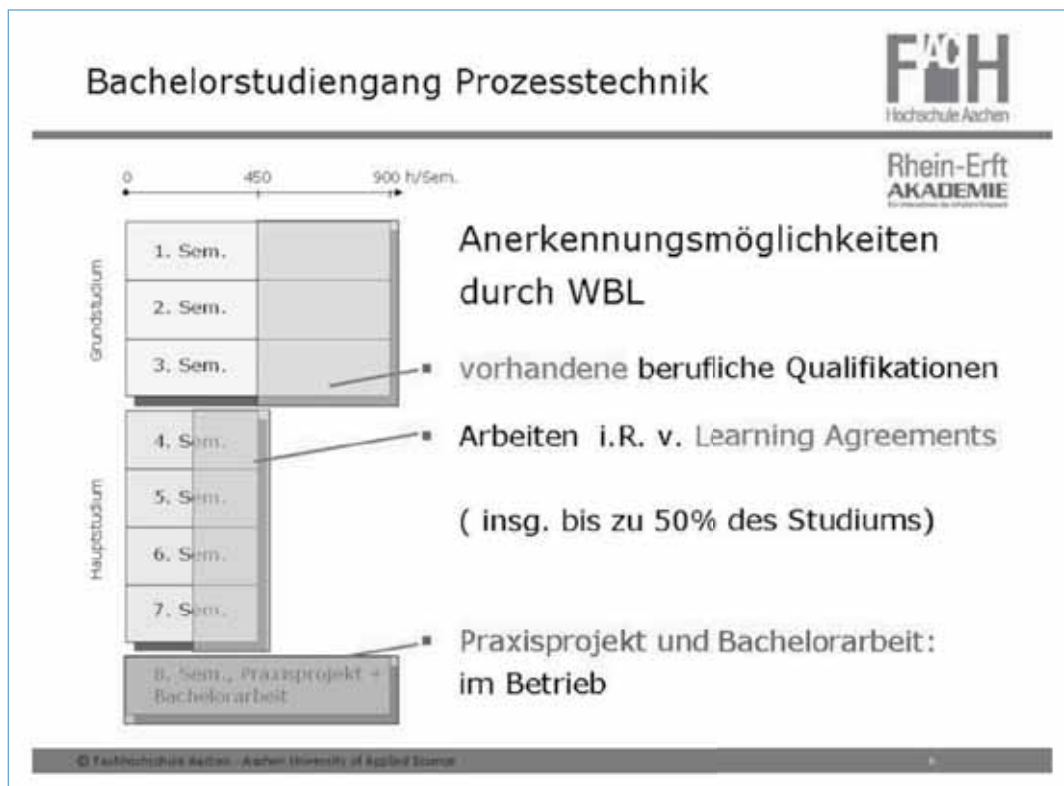
Wie sieht dieses Studium nun aus? Hier sieht man, was die gesamte Workload eines Semesters ausmacht (Abb. 3): Insgesamt beläuft sich ein Semester auf ungefähr 900 Stunden: Nimmt man, wie bei unseren regulären Studenten, 30 Semesterwochenstunden Präsenz à 15 Wochen und setzt noch das Gleiche an Selbststudium oben drauf, erhält man diese 900 Stunden Workload pro Semester. Sie sehen, dass das Grundstudium zunächst tatsächlich 900 Unterrichtsstunden pro Semester umfasst, während die üblichen zwei Semester im Hauptstudium auf vier Semester mit 450 Unterrichtsstunden gestreckt sind. Abschließend dann im achten Semester erfolgen die Bachelorarbeit und das Praxisprojekt.

Abb. 03 Struktur des Studiengangs und Workload



Nun ist klar, dass dies zu umfangreich ist. Deshalb haben wir uns mit dem Thema Work Based Learning diesem Konzept genähert, um Abhilfe zu schaffen. Und das sieht wie folgt aus (Abb. 4): Im Grundstudium sowie im Hauptstudium wollen wir insgesamt bis zu 50 Prozent des Studiums durch vorhandene berufliche Qualifikationen anerkennen sowie durch Arbeiten im Rahmen von Learning Agreements: D. h. es können Arbeiten als Studienleistungen anerkannt werden, für die zwischen dem Studierenden, dem Betrieb und uns als Lehrenden vorab eine gemeinsame „dreifache“ Vereinbarung geschlossen wurde. Diese Arbeiten werden während des Studiums vom Studierenden in seinem Betrieb durchgeführt und müssen letztendlich äquivalent sein zu dem, was im Studiengang sonst als Inhalte und Learning Outcomes in einem entsprechenden Modul gefordert werden. Den Abschluss bildet dann das Praxisprojekt und die Bachelorarbeit, die vorzugsweise im Betrieb ablaufen, d. h. dies stellt für den Studierenden keine weitere Belastung dar. Durch dieses Konzept des Work Based Learning lässt sich die Belastung der Studierenden erheblich senken.

Abb. 04 Anerkennungsmöglichkeiten durch WBL




Ich werde jetzt Details zum Anerkennungsverfahren erläutern, weil es das ist, wo wir bisher am meisten Erfahrungen gesammelt haben. Das Anerkennungsverfahren für vorhandene Qualifikationen wollen wir im Rahmen von Work Based Learning unter den folgenden, durch die Spiegelpunkte dargestellten Aspekten beleuchten (Abb. 5).


Zunächst erfolgt ein freiwilliger Assessment Tests, den die Studierenden durchführen können, bevor sie das Studium beginnen. Er ist kein Bestandteil der Zulassung. Zulassung ist ausschließlich die Hochschulzugangsberechtigung. Es gibt keine weiteren Kriterien, die den Studierenden vom Studium ausschließen, sondern es ist eine Spiegelung zur eigenen Entscheidungsfindung. Dieser Assessment Test besteht aus insgesamt zwölf Untertests. Es werden die Motivation abgefragt, die formale Qualifikation und der Berufsweg. Darüber hinaus werden fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten beleuchtet sowie logisch-analytisches Denken. Uns sind Motivation, formale Qualifikation und Berufsweg deswegen wichtig, weil sich daraus erkennen lässt, ob es aus dem privaten, gesellschaftlichen und beruflichen Umfeld des Kandidaten überhaupt möglich ist, dieses Studium zu bewältigen. Da spielen etwa Fahrwege oder die Familiensituation eine Rolle. Die anderen Tests berücksichtigen zwei Aspekte: Erstens, was für Kenntnisse hat der Bewerber überhaupt in einem bestimmten Gebiet, gibt es hier evtl. aufzuarbeitende Lücken? Zweitens, liefert das Ergebnis ein Indiz für ein Potential, das in einem Modul des Grundstudiums anerkannt werden könnte, d.h. hat der Kandidat hier schon Qualifikationen, die das im Studium Erwartete abdecken? Das Gespräch das sich später daran anschließt, ist tatsächlich ein Spiegel, aufgrund dessen der Bewerber um den Studienplatz oder der potentiell Studierende entscheiden kann, ob er nun studieren will oder nicht. Wir heben da die eben genannten Potentiale heraus und prüfen, inwieweit wir die bei der Anerkennung gewichten können.

Abb. 05 Anerkennungsmöglichkeiten durch WBL

Bachelorstudiengang Prozesstechnik

Das Anerkennungsverfahren für vorhandene Qualifikationen i.R. von WBL





- **Assessment Test (3h):**
 - Motivation, formale Qualifikation, Berufsweg
 - logisch-analyt. Denken, fachliche Kenntnisse u. Fähigkeiten
- **Gespräch (20 min):**

„Spiegelung“ des Ergebnisses, Herausheben von Potentialen
- **Vorlage von Nachweisen:**
 - AG-Bescheinigungen, Tätigkeitsbeschreibungen, Zertifikate
- **Bewertung, Entscheidung:**

Anerkennungsausschuss, bestehend aus 2 Prof'en, 1 Mitarb., 1 REA-Vertreter und dem jeweiligen Modulverantwortlichen

© Fachhochschule Aachen – Aachen University of Applied Sciences

Wie läuft die Anerkennung? Der Studierende bringt anschließend entsprechende Tätigkeitsbeschreibungen, die er teilweise selbst erstellen kann, Zertifikate und alles was dazu notwendig ist. Die Tätigkeitsbeschreibungen sollten möglichst an den Modulbeschreibungen dieses Studiums orientiert sein. Die Bewertung und Entscheidung darüber fällt dann ein Anerkennungsausschuss, der aus zwei Professoren, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter, einem Vertreter der Rhein-Erft Akademie und den jeweiligen Modulverantwortlichen besteht. Die Modulverantwortlichen sind dann auch Lehrbeauftragte oder Professoren, die dieses Modul vertreten und dafür verantwortlich zeichnen. Dadurch wird die fachspezifische Komponente hinreichend stark berücksichtigt: Die anderen Mitglieder des Ausschusses können nur in Einzelfällen die fachlichen Argumente hinreichend würdigen.

Ich komme kurz und abschließend zu den Erfahrungen. Wir haben noch nicht viel Erfahrung mit den Ergebnissen aus dem Studium, aber ich kann über diesen Prozess der Anerkennung vom Assessment Test bis zum Anerkennungsverfahren einiges beleuchten:

Das Profil der Studierenden gliedert sich zu 40 Prozent in Meister, die teilweise eine lange Berufserfahrung haben und die altersmäßig bis zu 45 Jahre alt sind und zu 60 Prozent in Bewerber, die über Abitur oder Fachhochschulreife einen formalen Zugang hatten und die bisher nur über eine relativ kurze Berufstätigkeit verfügen. Diese 60 Prozent waren eigentlich vom Ansatz her (wenn sie sich an eine der ersten Folien erinnern) gar nicht unsere Zielklientel, sondern eigentlich die erstgenannten 40 Prozent. Die 60 Prozent sind meistens Leute, die nach einem Abitur in die Berufstätigkeit gegangen sind, dann aber nicht aus dem Beruf aussteigen wollen, sondern gesagt haben: „Ich bin jetzt hier in meinem Beruf, ich verdiene hier Geld und jetzt will ich studieren und das möchte ich unter Beibehaltung meines Berufes machen“.

Wie sieht das mit dem Assessment Test aus? – Ein paar Zahlen dazu: Der Lösungsgehalt der Tests dieser Kandidaten und Kandidatinnen liegt zwischen 27 und 55 Prozent, wobei es keine Unterschiede in den Gruppen gab. Es ist nicht so, dass die Meister oder Abiturienten unterschiedlich abgeschnitten haben, sondern es war gleich verteilt. Wie zu erwarten war, waren allerdings bei den Meistern die spezifischen Kenntnisse in den technischen Fächern sehr groß, aber häufig fehlten Grundlagen in Fächern wie Mathematik und Physik. Nun geht es aber ohne eine gewisse Mathematik und ohne eine gewisse Physik nicht. Ich könnte das jetzt auch näher ausführen, möchte es aber aufgrund der Kürze der Zeit nicht tun. Das können wir vielleicht im Anschluss noch machen. Bei den Abiturienten war ein breites Wissen über alle Module vorhanden. Sie haben alle eine relativ solide Grundlage, aber eben im Allgemeinen keine spezifischen Kenntnisse, die wir dann als Kompetenzen hätten anerkennen können, unter anderem auch aufgrund der kurzen Berufstätigkeit.

Nun komme ich zur zweiten Folie bei den Erfahrungen. Die Meister hatten zum Teil ein hohes Anerkennungspotential in den chemischen Fächern und hohes Anerkennungspotential bei Schlüsselqualifikationen. Die letztgenannten belegen sie durch Unterlagen über Kurse und Schulungen in Personalführung, Sprachen, BWL, um einige beispielhaft zu nennen. Die waren aber sehr gut geeignet um zumindest einen großen Teil dessen, was im Studium an Schlüsselqualifikationen benötigt wird, anzuerkennen. Das entlastet natürlich schon erheblich. Diejenigen, die über das Abitur in diesen Studiengang gekommen sind, hatten relativ wenig Anerkennungspotential, aber eine hohe Bereitschaft auch ohne diese möglichen Anerkennungen zu studieren.

Insgesamt haben sich 14 für den Studiengang beworben. Wir haben eine Aufnahmekapazität von 30. Da sind wir mit 14 im ersten Jahr ganz gut zufrieden und tatsächlich haben also dreizehn das Studium begonnen.

Wie machen wir das mit der Vorlage von Nachweisen? Von den dreizehn Studierenden haben drei der Meister und einer der Abiturienten Nachweise vorgelegt.. Üblicherweise ist es so, dass diese Nachweise aus formalen Bescheinigungen des Arbeitgebers bestehen. Diese haben nicht den Charakter eines Zeugnisses, sondern sind meistens formale Bescheinigungen, die ausweisen, dass der Betreffende in bestimmten Zeiten an entsprechenden Plätzen gearbeitet und die genannten Tätigkeiten ausgeführt hat. Die Studierenden selber präzisieren ihre Qualifikation recht gut und das machen sie auch recht professionell, in dem sie anhand der Modulbeschreibungen überprüfen, ob sie die gelisteten Punkte überhaupt erfüllen. Unsere erste Idee war, auch Teile aus einem Modul anzuerkennen. Wir machen das im Moment nur in einem Fall, aber im Grunde wird das sehr aufwendig. Die Anerkennung als solches kann man bei uns im Moment entweder pauschal für ein Modul erhalten oder aufgrund eines Kolloquiums. Das kann ein Gespräch sein, das kann ein Bericht sein oder eben letztendlich auch eine Prüfung.

Zur Bewertung und Entscheidung, die wir im Rahmen dieses Anerkennungsausschusses durchgeführt haben: Ich habe die drei Studierenden, die als Meister teilgenommen haben A, B, C genannt. Einen Studierenden haben wir als Hochschulwechsler einstufen müssen, weil er Zeugnisse von einem ehemaligen Hochschulstudium mitbringen konnte. Die haben wir ganz formal im üblichen Anerkennungsweg übernommen, das hat mit Work Based Learning nichts zu tun. Die drei erstgenannten habe ich im Folgenden dargestellt (Abb. 6):

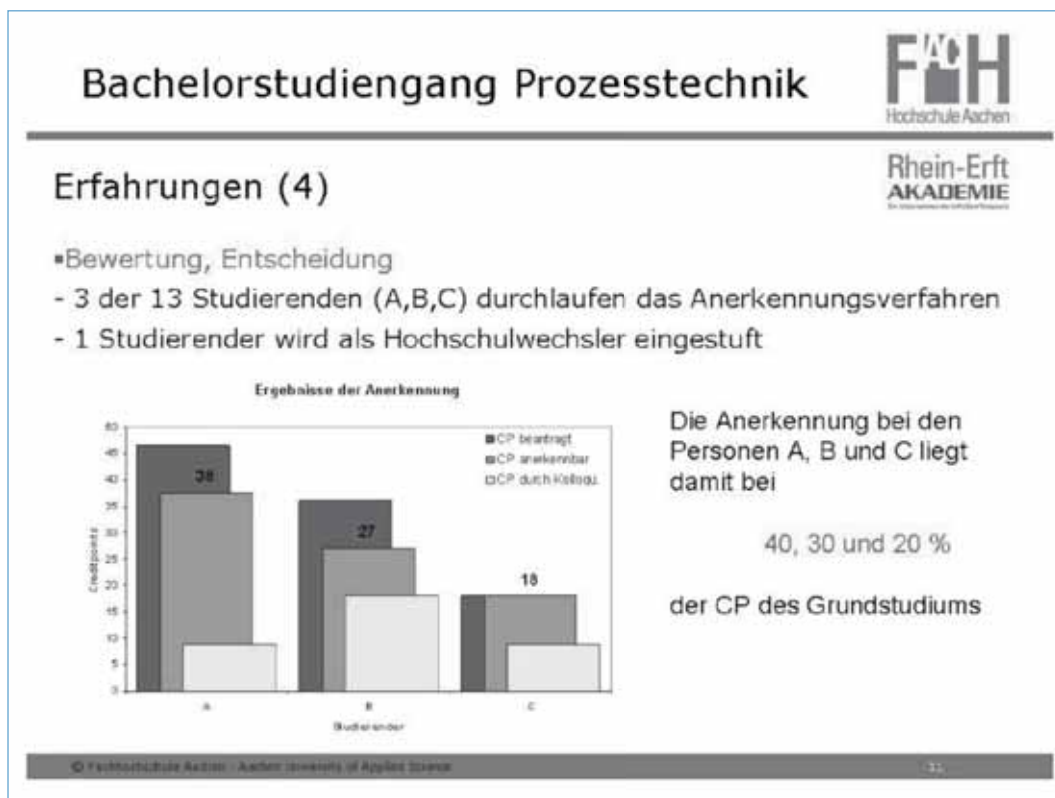
Wenn das Grundstudium 90 Credits umfasst, dann hat einer der Kandidaten ungefähr Potential für 46 Credits, ein Anderer für etwas über 35 und ein Anderer etwas für ungefähr knapp 20 Credits vorgelegt. Davon können wir jeweils 38, 27 und 18 Credits anerkennen. Innerhalb dieser Säulen, die hier hellblau gezeichnet sind, sind hier diese grünen Säulen zu berücksichtigen: Dies sind nicht pauschal anerkannte Credits, sondern diese wurden aufgrund eines Kolloquiums anerkannt.

Rechnet man diese Credits der hellblauen Säulen prozentual um, sind bei diesen drei Personen 40, 30 und 20 Prozent ihrer beruflichen Kompetenz im Grundstudium anerkannt worden. Berücksichtigen Sie das Mittel von etwa 30 Prozent: dies muss man spiegeln an den 50 Prozent, die wir maximal verfügbar haben. Das ist noch nicht so viel. Wenn man jetzt über alle Studierenden mittelt, sind es bescheidene sieben Prozent. Das ist noch relativ wenig, aber es ist ein Anfang.

Damit kommen wir zu der letzten Folie, auf der ich drei Probleme dargestellt habe. Das erste Problem ist das der Zeit. Die Studierenden möchten natürlich die Anerkennung sehr früh haben. Das dies schwierig war, mag am ersten Jahr gelegen haben. Wir hoffen, dass wir das dieses Jahr besser in den Griff kriegen, aber wir können nicht schon vor Beginn des Studiums alles, was die Anerkennung angeht, fertig haben. Die Studierenden müssen damit umgehen lernen, dass sie das erste Semester beginnen und noch nicht die Anerkennung aller möglichen Kompetenzen vorliegen haben. Das hat sich diesmal bis Weihnachten hingezogen.

Das zweite Problem ist der Aufwand. Der Aufwand ist relativ hoch und hier kommen wir an den nächsten kritischen Punkt: Innerhalb dieses Anerkennungsausschusses gibt es jeweils einen Modulverantwortlichen.

Abb. 06 Ergebnisse der Anerkennung bei drei Studierenden



Das ist üblicherweise einer der Kollegen, ein Professor an der Hochschule, der bewertet, was die Studierenden, die aus dem beruflichen Umfeld kommen, an Bescheinigungen vorlegen. Hier scheiden sich die Geister. Ich sage das ganz klar: das Verständnis über die Qualität einer beruflich erworbenen Qualifikation im Vergleich zur formal im Studium abgeprüften ist noch nicht deutlich geworden. Es ist einfach sehr schwierig. Ich kann es auch nachvollziehen. Es ist etwas anderes, eine Chronologie zu beurteilen gegenüber Antworten zu konkreten Fragen in einer Prüfung, es fehlt

das gemeinsame Maß. Meistens sind diese Kollegen aus gutem Grund relativ restriktiv und zurückhaltend. Das führt bei dieser Bewertung dazu, dass die Einschätzung der Studierenden durch Vertreter der beruflichen Ausbildung einerseits, namentlich der Rhein-Erft Akademie oder deren ehemaligen Lehrer und der Modulverantwortlichen andererseits, sprich den Professoren bei uns an der Fachhochschule, sehr unterschiedlich ist. Wir müssen da noch stark daran arbeiten, wie wir das auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Da gibt es eine Grauzone und wir haben noch keine praktische Handhabe, wie wir das dauerhaft in den Griff bekommen.

Das dritte Problem, das ich noch zum Schluss erläutern möchte, ist unsere Erwartung zur Mitarbeit der Industrie oder der beruflichen Bildung in diesem Kontext. Da sind wir noch ganz in den Anfängen. Die Industrie ist zwar wohlwollend, scheut aber zusätzlichen Aufwand und verhält sich eher abwartend. So sieht es natürlich dann auch dort aus, wo wir zukünftig mit Hilfe dieses Learning Agreements Vereinbarungen mit der Industrie schließen wollen, wo wir deren Vertreter an den Tisch kriegen müssen um zu sagen, „Hier da ist ein Kandidat, der studiert bei uns und der könnte bei euch ein Projekt machen. Da habt ihr beide was davon und wir auch.“ Das ist Überzeugungsarbeit, die wir noch nicht haben leisten können. Das muss erst kommen. Das ist aber auch erst für die späteren Semester vorgesehen und betrifft uns erst wahrscheinlich in einem Jahr.

Ansonsten ist manches recht erfreulich, manches ist ernüchternd und manches ist enttäuschend, wobei dieser Begriff enttäuschend vielleicht noch im wahrsten Sinne genommen werden muss, nämlich als Wegnahme einer Täuschung. Und die Täuschung ist, dass alles sehr einfach sei und das ist es nicht.

Bericht über die Ergebnisse im Themenschwerpunkt III (Workshop)

Prof. Dr. Ernst Hartmann

Hintergrund der Diskussion in Workshop III waren Anforderungen, die sich an die Frage von Studierendenauswahl und Zulassung vor dem Hintergrund einer zunehmenden oder zumindest als zunehmend geforderten Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung stellen. Da stecken zwei Überlegungen dahinter, einmal eine bildungspolitische Überlegung im Sinne der Chancengerechtigkeit, Zugangsmöglichkeiten zu akademischer Bildung für Personengruppen zu eröffnen, in diesem Fall eben beruflich Gebildete bzw. beruflich erfahrene Personen, die das bisher nicht oder nur in sehr geringem Umfang hatten, und zweitens auch eine innovationspolitische oder volkswirtschaftliche Überlegung, dass eben solche Möglichkeiten der Erschließung zusätzlicher Potentiale im Bereich der akademisch gebildeten Fach- und Führungskräfte auch einen Beitrag leisten können zur Behebung des Mangels an diesen Fach- und Führungskräften in diesen Bereichen. Diese Fragestellungen wurden mit Hilfe von vier Beiträgen unter den Teilnehmern diskutiert.

Studierfähigkeit versus Beschäftigungsfähigkeit

Ich fand es interessant, dass sich unser erster Punkt Studierfähigkeit versus Beschäftigungsfähigkeit auch in Workshop I wieder gefunden hat. Es wird hier sehr viel gesprochen über Studierfähigkeit. Wie sieht es aus mit der Beschäftigungsfähigkeit? Sollte die hier nicht auch eine Rolle spielen? Aus Sicht der beruflichen Bildung sowieso, aber auch wenn wir über die akademische Bildung nachdenken, wird das auch da für die erdrückende Mehrheit der Absolventen eine große Rolle spielen. Hierhinter steckt auch noch eine zweite Bedeutungsebene, nämlich die Frage, was wird eigentlich gemessen in den Auswahlverfahren. Heute Morgen haben wir gehört, dass gängige Verfahren sehr stark auf die kognitiven Kompetenzen hin ausgerichtet sind; dass andere Bereiche wie etwa soziale Kompetenzen, personale Kompetenzen, sich selbst kennen, einschätzen können, kritik- und reflexionsfähig zu sein, wie auch motivationale Fragen nicht so im Vordergrund stehen bei üblichen Verfahren. Genau das könnte aber hier eine sehr wichtige Rolle spielen, wenn ich mir überlege, diese Zielgruppe berufserfahrener, berufstätiger Menschen an die Hochschule heran zu führen, und auch die Potentiale, die darin stecken, für die Hochschulen zu erschließen.

Zulassung/Anrechnung aus einem Guss

Ein zweiter wichtiger Aspekt war die Zulassung bzw. das Auswahlverfahren und Anrechnungsverfahren zusammen zu betrachten. Beide Verfahren sollten idealerweise methodisch aus einem Guss oder in einem Kontext entwickelt werden. Wenn jemand aus der beruflichen Praxis heraus in einen entsprechenden Studiengang hinein möchte, dann sollten zwei Fragen geklärt werden: Wird der Bewerber für diesen Studiengang zugelassen? Wird ihm ggf. von seinen formal zertifizierten oder informell erworbenen Kompetenzen etwas angerechnet, damit er bereits eine bestimmte Anzahl an Credits erhält und entsprechende Leistungen nicht mehr erbringen muss?

Anrechnung und Bologna

Ein weiterer Aspekt, der hier verkürzt dargestellt ist mit dem Schlagwort Anrechnung und Bologna, war der Hinweis darauf, dass das Thema eigentlich so exotisch nicht ist, wie ich es vielleicht am Anfang auch habe anklingen lassen. Wenn wir über Bologna reden, ist jedem sofort im Kopf die

Aufstellung neuer Studiengänge, das Bachelor-Master-System. Vielleicht weniger im Bewusstsein ist, dass die Anrechnung außerhalb der Hochschule erworbener Kompetenzen, insbesondere beruflich erworbener Kompetenzen, ein ausdrückliches Ziel des Bologna-Prozesses ist. Da gibt es ganz klare Festlegungen und zwar sowohl Festlegungen im politischen Raum wie auch Selbstfestlegungen der Hochschulorganisation wie der European University Association. Das ist also auch durchaus prominent eingebettet in die europäische bildungspolitische Diskussion.

Diversity versus Elitarismus

Ein weiterer Punkt der Diskussion in Workshop III, lässt sich zuspitzen auf die Formel ‚Diversity versus Elitarismus‘. Wenn man sich die Diskussion über Studierendenauswahl einmal in der Breite vergegenwärtigt, scheint es doch oft so zu sein, dass da ein eindimensionales Verständnis von Exzellenz dahinter steckt. Es geht offenbar darum, die Besten in einem eindimensionalen Sinne auszuwählen und sich darum besondere Sorgen zu machen und Anstrengungen zu unternehmen. Es geht hier nicht darum – und es hat auch niemand so argumentiert in dem Workshop –, dass irgendetwas schlecht daran wäre, Eliten zu bilden. Es wurde vielmehr plädiert für eine mehrdimensionale Betrachtungsweise, die zur Kenntnis nimmt, dass eben Qualität etwas sehr Unterschiedliches heißen kann, dass solche Dinge wie Berufsfähigkeit und Handlungsfähigkeit in komplexen realen Kontexten sicherlich auch eine Rolle spielen.

Anrechnung und Work Based Learning

Gegen Ende unserer Diskussion haben wir eine aus meiner Sicht sehr wichtige Brücke geschlagen zu einem zweiten Themenkomplex, der sachlich unmittelbar mit der Frage der Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge verbunden ist, nämlich die Frage spezifischer Programme, spezifischer Angebote. Als Platzhalter steht hier der Begriff des Work Based Learning. Das ist ein spezifisches Konzept der Ausgestaltung von akademischen Programmen, die sich an Berufstätige richten. Hier könnten statt dessen auch andere Konzepte stehen. Der wesentliche Gedanke ist dabei, dass eine tatsächliche, praktisch wirksame Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung von drei Voraussetzungen abhängt: Hochschulzugangsberechtigung und -zulassung, Anrechnung vorhandener Kompetenzen und zielgruppengerechte akademische Bildungsangebote. Anrechnung beruflicher Kompetenzen kann die Hürde für den Übergang in akademische Bildungsprogramme etwas senken, in dem das Volumen dessen, was noch zu lernen ist, gesenkt wird. Sie wird diese Hürde normalerweise aber nicht hinreichend senken, weil immer noch soviel zu tun übrig bleibt, dass das eigentlich neben einer möglicherweise auch sehr forderungsreichen Arbeitstätigkeit nicht mehr zu bewältigen ist. Genau darin sahen die Teilnehmer auch den wesentlichen Grund für die aktuelle Situation, die dadurch gekennzeichnet ist, dass nur sehr wenige berufsqualifizierte Personen – trotz ggf. vorliegender Zugangsberechtigung – ein Studium aufnehmen. Hierbei bedarf es also ganz spezieller Angebote, die es mittlerweile auch in Deutschland schon exemplarisch gibt. Das Ausland ist uns hier in etlichen Punkten sehr weit voraus, insbesondere Großbritannien, aber es wurden auch viele andere Beispiele genannt, wo solche Programme eine wesentlich größere Verbreitung haben als bei uns, und das leitet direkt über zum Thema ‚Hochschule als Träger des lebenslangen Lernens‘.

Hochschule und lebenslanges Lernen

Ein zentraler Aspekt betrifft hier berufsbegleitende Bachelor-Studiengänge. deren Funktion darin besteht, berufsqualifizierten Menschen, die bisher keinen akademischen Abschluss haben, den Zugang zum ersten akademischen Abschluss zu eröffnen. Ein weiterbildender Master-Studien-

gang hilft hier nicht weiter, denn für einen solchen Studiengang ist – in Deutschland – ein erster akademischer Abschluss (i. d. R: Bachelor) erforderlich. Berufsbegleitende Bachelor-Studiengänge sind in Deutschland noch sehr selten

Die Meister sind die Besten!?

„Die Meister sind die Besten!“ – diese Aussage soll einen ganz wichtigen Aspekt der Diskussion ‚auf den Punkt bringen‘. Die Meister sind hier stellvertretend zu sehen für Techniker, Fachwirte, letztlich alle Menschen, die berufliche Qualifikationen – sei es formell, sei es informell – erworben haben. Die Aussage ist mit einem Ausrufezeichen und ein Fragezeichen versehen, das heißt dass einige Diskussionsteilnehmer das sehr pointiert in diesem Sinne formuliert haben. Das Fragezeichen bezieht sich nicht darauf, dass ein Diskutant das Gegenteil behauptet hätte, in dem Sinne, dass diese Personen besonders ‚schlecht‘ – wenig studier- oder leistungsfähig – wären. Die Gegenthese war vielmehr, dass die Gruppe der beruflich qualifizierten heterogen ist, und dass deshalb unterschiedliche Erfahrungen vorliegen. Auch hier zeigt sich ein enger inhaltlicher Bezug zu den zielgruppenspezifischen Studienprogrammen. Die ‚besten‘ beruflich qualifizierten Studieninteressenten werden wahrscheinlich zugleich diejenigen sein, die – als Leistungsträger – sehr stark beruflich eingebunden sein. Will man diese ‚Besten‘ als Studienbewerber rekrutieren, sind berufsintegrierte Angebote notwendig.

Themenschwerpunkt IV (Workshop): Rahmenbedingungen und mögliche politische Folgewirkungen der Studierendenauswahl

Rahmenbedingungen und mögliche Folgewirkungen der Studierendenauswahl

Dr. Ulf Bade

Herr Leszczensky, Dankeschön für diese freundlichen einführenden Worte. Wenn Sie jetzt den Fokus zunächst auf die ZVS gerichtet haben, kann ich es mir natürlich auch nicht versagen, darauf mit wenigen Worten einzugehen. Als wir in der Tat noch nach überwiegend einheitlichen Kriterien im Auftrag aller 16 Länder Studienplätze zu vergeben hatten, war die Wartezeitquote ein ganz maßgebliches Kriterium, und in dem Maße wie man Bewerber über diese Wartezeitquote bedienen oder enttäuschen musste, stand die ZVS auch für Zusichern, Vertrösten, Sedieren. Das derartige Kürzel jetzt auch auf den Umwandlungsprozess hin zu einer Stiftung Anwendung finden würden, habe ich mir allerdings nicht träumen lassen. Die Beratungen sind, um es gelinde zu sagen, sehr zähflüssig. Gleichwohl bin ich zuversichtlich, dass der Staatsvertrag zur Umwandlung in eine Stiftung des öffentlichen Rechts im März von den Ministerpräsidenten unterzeichnet werden wird. Diese Unterschrift ist sicherlich de jure nötig, wird aber an unserem Selbstverständnis nichts ändern. Wir empfinden uns heute bereits als eine Serviceeinrichtung sowohl für die Hochschulen, als auch für die Bewerber. Immerhin, der Nachsatz sei noch gestattet, 60 Prozent der Plätze werden auch im zentralen Verfahren heute schon von den Hochschulen nach eigenen Regeln vergeben.

Ich möchte den Fokus heute etwas auf die Belange der Bewerber lenken. Wir haben vielfach von Profilierung, von Bestenauslese, von Wettbewerb zwischen den Hochschulen gehört. Aber dieser Wettbewerb beinhaltet letztlich keine wirkliche Werbung um Kunden in dem Sinne, dass man interessiert ist, möglichst viele zu bekommen, wie es ein Geschäftsmann täte, sondern es geht eigentlich mehr um Auswahl von Kunden. Und damit sieht man eigentlich schon, dass dieser Kundenbegriff vielleicht nicht ganz der richtige ist, denn der Bewerber, der potentielle Student, tritt eben nicht als jemand im Wege der Privatautonomie in Kontakte zur Hochschule, sondern er sieht sich doch, private Hochschulen mögen das ein bisschen relativieren, letztlich einem staatlichen Ausbildungsmonopol ausgesetzt; und wenn er einen akademischen Abschluss anstrebt, dann muss er sich eben bestimmten Regularien unterwerfen.

Diese normativen Setzungen unterliegen einem Wandel, auch einem Wandel der Anschauungen, wie man auch auf dieser Tagung vielfach hören konnte. Gleichwohl, denke ich, wird es auch einen rechtlichen Rahmen geben, der weiterhin zu beachten ist. Und dabei ist insbesondere an das erste Numerus-clausus-Urteil von 1972 zu denken, das im Übrigen vom Bundesverfassungsgericht, wenn auch nur in einem Nebensatz, in dem Studiengebührenurteil noch einmal inzident mit angesprochen worden ist, dass nämlich Zulassungsrecht nach wie vor auch durchaus nach einheitlichen Kriterien erfolgen muss, anders als z. B. die Regelung von Studiengebühren. Und insoweit, denke ich, gelten maßgebliche Grundsätze dieses ersten NC-Urteils von 1972 weiter, als da insbesondere wären die Grundrechtsqualität des Rechts auf Zulassung zum Studium, die

Pflicht der erschöpfenden Kapazitätsausnutzung, letztlich aber auch die Beachtung des Gebots der Sachgerechtigkeit der Auswahlkriterien. Es liegt auf der Hand, dass man sicherlich nicht nach Alter, Schönheit und Gewicht auswählen kann, sondern, dass die Auswahlkriterien sachbezogen sein müssen. Infolge dessen sehe ich auch, ganz ähnlich wie Herr Trost vorhin, Auswahlgespräche durchaus etwas kritisch, weil das subjektive Element überwiegen kann. Insoweit ist dann letztlich eine Mischung der Kriterien erforderlich, um möglichst große Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, damit letztlich ein Studienwunsch eines Bewerbers, wenn auch nicht sofort, so aber doch grundsätzlich erfüllt werden kann, so dass z. B. niemand allein wegen eines schlechten Abiturs auf Dauer ausgeschlossen werden kann von einem bestimmten Studienwunsch. Und letztlich gilt auch noch die Beachtung der Ortswünsche der Bewerber. Das mag sich nun über eine Differenzierung der Studienangebote etwas relativieren, ich komme im anderen Zusammenhang hierauf aber noch einmal zurück.

Die ganze Vielfalt der Auswahlkriterien bedeutet allerdings für den Bewerber, der diesen Kriterien nun gegenübersteht, einen Verlust an Transparenz. Wenn wir in dem alten ZVS-Verfahren in zwei Quoten Auswahlentscheidungen zu treffen hatten, dann war die Beratung der Bewerber relativ einfach. Man konnte abstellen auf die Ergebnisse der letzten Verfahren und hinsichtlich erforderlicher Durchschnittsnote, Wartezeit oder Ortspräferenz relativ verlässliche Prognosen abgeben. In einem System, wo jede Hochschule nach eigenen, teilweise nur geringfügig abweichenden Kriterien ihre Entscheidungen trifft, wird dies deutlich schwieriger. Sei es bei rein numerischen Kriterien, weil die Abweichungen marginal sind, aber im Einzelfall doch entscheidend sein können, wie z. B. die Frage, ob eine Nachkommastelle abgeschnitten oder gerundet wird. Ob das noch zur Profilierung gehört, sei dahingestellt, gleichwohl bereitet es in der Beratungspraxis Probleme. Oder lassen Sie uns an den durch die Presse gegangenen Fall denken, dass ein Bewerber oder eine Bewerberin in Baden-Württemberg die Höchstpunktzahl im Abitur erreicht hat und deshalb sogar vom Ministerpräsidenten empfangen worden ist, dann im ZVS-Verfahren in der Abiturbestenquote zunächst einmal nicht zugelassen werden konnte, weil eben nicht die Höchstpunktzahl zählt, sondern die Durchschnittsnote 1,0 und unter allen Bewerbern mit 1,0 letztlich gelost werden musste. Also, das war nur ein instruktives Beispiel dafür, dass die Transparenz notleidend wird, und infolgedessen kann es aus meiner Sicht nicht nur darum gehen, eine Profilierung im Interesse der Hochschulen zu schaffen, sondern auch im Interesse der Bewerber, sowohl was die Angebotsseite anbelangt, als auch was die Erfordernisse anbelangt. Die Zulassungsvoraussetzung muss deutlich herausgestellt werden, damit diejenigen, die diesem Prozedere unterworfen sind, sich auch darauf einstellen können.

Und letztlich, da werde ich vielleicht Widerspruch ernten, ich sage es trotzdem, setzen Zulassungsbeschränkungen Festsetzung von Kapazität voraus. Ich möchte mich hier gar nicht auf die Untiefen des Kapazitätsrechts einlassen, es sei dahingestellt nach welchen Kriterien diese Festsetzung erfolgt, aber dort, wo es keine Zulassungsbeschränkungen gibt, wo kein erkennbarer Bewerberüberhang vorhanden ist, ist auch kein Platz für Auswahlverfahren. Auswahl setzt Bewerberüberhang voraus. Die Dinge gehören aus meiner Sicht untrennbar zusammen. Etwas anderes gilt natürlich für künstlerische, für musische Studiengänge. In solchen Fällen sind wir es gewohnt, und das halte ich auch für richtig, Eignungsfeststellungsverfahren durchzuführen.

Wenn man allerdings Eignungsfeststellungsverfahren flächendeckend durchführt, hat das auch Auswirkungen auf die schulische Seite. Und spätestens dann stellt sich die Frage nach der Bedeutung des Abiturs. Hat das Abitur noch die Funktion einer allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung, oder wird es sukzessive zurückgefahren auf die Funktion einer Teilnahmeberechtigung an Aufnahmeverfahren der Hochschulen. Wer die Frage so stellt, favorisiert sicherlich auch eine eindeutige

Antwort. Ich denke, die Funktion des Abiturs als allgemeine Hochschulzugangsberechtigung sollte grundsätzlich aufrecht erhalten bleiben, nicht zuletzt auch deshalb, weil alle Untersuchungen, Herr Trost hat es vorhin noch mal gesagt, bestätigt haben, dass die Abiturdurchschnittsnote als Einzelkriterium den höchsten Prädiktionswert bietet für den Studienerfolg; über die etwaige Mischung mit Testergebnissen aus studiengangsbezogenen Eignungsfeststellungsverfahren wird man immer reden können. Wer gleichwohl sagt, wir wollen flächendeckend Eignungsfeststellungsverfahren haben ohne Kapazitätsbeschränkungen, der wird das Abitur entwerten. Wir haben jetzt schon die Situation, dass Hochschulen, z. B. bei ihren Zulassungsentscheidungen, auf einschlägige Fächerbelegung oder Durchschnittsnoten in bestimmten Abiturfächern abstellen. Abgesehen davon, dass ein solches Verfahren höchst zeitaufwendig ist, birgt es aus meiner Sicht auch die Gefahr der Redundanz. Wenn einzelne Fakultäten, wie ich es auch erlebt habe, gesagt haben, wir wollen ein ganz besonders qualitätsvolles Auswahlverfahren machen, deswegen nehmen wir sechs oder acht Fächer mit in die Einzelbetrachtung hinein, dann fragt man sich ja, woraus ergibt sich denn dann noch die Abiturdurchschnittsnote, die ohnehin maßgeblichen Einfluss auf die Zulassungsentscheidung haben muss. Aus meiner Sicht ist da ein Weg, wie ihn die Charité beschritten hat, ein höchst sinnvoller, als man nämlich sagt, wenn sowieso schon die Einzelnoten Einfluss nehmen auf die Durchschnittsnote, da also maßgeblich mit eingehen, dann muss man nicht noch mal die Notenwerte der einzelnen Fächer betrachten, gleichwohl interessiert aber, wo Interessenschwerpunkte des Bewerbers liegen. Und wenn jemand erkennbar alle Hindernisse umgangen hat, die sich für ihn in der schulischen Laufbahn aus den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften ergeben haben, dann überzeugt eine noch so gute Durchschnittsnote eben auch nur noch bedingt. Das heißt aber auf der anderen Seite auch, dass die Kurswahlentscheidung in der Oberstufe schon maßgeblich bestimmt wird oder bestimmt werden sollte von den darauf folgenden Studienwünschen. Die Entscheidung der jungen Menschen wird also deutlich vorverlagert, was sich noch mal verschärft durch die Verkürzung der Schulzeit. Inwieweit das möglicherweise dann auch dazu führt, dass bestimmte Fächer gänzlich aus dem Angebot verschwinden, weil sie vermeintlich oder tatsächlich eine Zulassungschance nicht mehr befördern, wird die Zukunft weisen. In letzter Konsequenz könnte dies bedeuten, dass sich auch die Schule an einem Prozess beteiligt, der dahin geht, dass vorwiegend verwertbares, anwendungsbezogenes Wissen vermittelt wird, und dass wir uns insoweit von einem, wie auch immer verstandenen Bildungsbegriff weiter verabschieden. Ganz wichtig erscheint mir aber, dass auch in diesem Bereich eine Transparenz hergestellt wird, und ich finde es höchst unbefriedigend, wenn Fakultäten beschließen, ab dem kommenden Verfahren, stellen wir auf folgende Einzelnoten ab, und die Bewerber müssen ihrerseits feststellen, wenn ich das vor zwei Jahren gewusst hätte, hätte ich vielleicht andere Leistungskurse gewählt. Insofern gilt der Grundsatz des Vertrauensschutzes, den man hier etwas mehr beachten sollte. Eine gewisse Verlässlichkeit der Entscheidungen sollte schon gewährleistet sein. Damit komme ich zu dem letzten Punkt.

Wenn wir über Wettbewerb sprechen, das ist eigentlich eine Platitude, sollte man sich daran erinnern, dass Wettbewerb nicht völlig ohne Regeln erfolgen kann. Infolgedessen wird der Staat auch zumindest noch eine Gewährsaufgabe wahrzunehmen haben, damit dieser Wettbewerb in für alle erträglichen Formen, insbesondere auch in einer zuträglichen Form für die rechtsunterworfenen Bewerber stattfinden kann. Wenn sich also z. B. herausstellt, dass Profilierung der Hochschule dazu führt, dass unkoordiniert jede Hochschule ihre eigenen Zulassungsverfahren durchführt, mit der Folge, dass jede für sich zunächst einmal meint, die besten Bewerber gefunden zu haben, diese besten Bewerber aber an vielen Standorten eine Zulassung bekommen, sich für einen Standort entscheiden und im Übrigen die anderen Hochschulen auf die zweit- und drittbes-

ten Bewerber warten müssen, teilweise in Nachrückverfahren und so vielen Verfahrensschritten, bis die Vorlesungszeit begonnen hat, dann steht dies sicherlich nicht im Einklang mit dem Gebot umfassender Kapazitätsausschöpfung. Insofern denke ich unter Hinweis auf den eingangs erwähnten Servicegedanken, sind wir an einem Punkt angelangt, den vor Jahren schon der Wissenschaftsrat empfohlen hat, dass hier eine koordinierende Aufgabe des Staates weiter wahrgenommen werden muss.

Studierendenauswahl, Profilierung der Hochschulen kann nicht zuletzt auch mit anderen schutzwürdigen Belangen kollidieren. Lassen Sie mich zwei Beispiele nennen, Spitzensport, wir kennen das Problem, dass Spitzensportler an bestimmte Trainingsmöglichkeiten gebunden sind, an Olympiastützpunkte z. B., und wenn nun Hochschulen ihrerseits nur sagen, wir stellen leistungsbezogen auf Passung ab, dann passen möglicherweise diese Bewerber da gar nicht mehr rein. Und während es in dem ZVS-System heute noch über Sozialkriterien bei der Wartezeitzulassung möglich ist, wird es zukünftig gar nicht mehr möglich sein, wobei wir auch insoweit Steine statt Brot geben: Wenn heute einem Antrag eines Spitzensportlers auf besondere Berücksichtigung seines Studienortwunsches stattgegeben wird, dann nützt ihm das relativ wenig bei Wartezeiten von vier oder fünf Jahren, denn diese Kriterien greifen eben nur bei einer Zulassung in der Wartezeitquote. Hier wird man sich ebenso etwas einfallen lassen müssen wie im Bereich der Schwerbehinderung. Nach unseren Erfahrungen, wir haben mal für das Deutsche Studentenwerk ein paar Erhebungen durchgeführt, sind gegenüber früherer Rechtslage ungefähr die Hälfte aller Ortswünsche von Schwerbehinderten so nicht mehr erfüllt worden. Das halte ich für ein auch nicht ganz unbeträchtliches Problem.

Zwei Fragen haben noch eine besondere Bedeutung offenbar für die HIS gehabt bei der Vorbereitung dieser Tagung, nämlich die Frage: „Wie lassen sich Bewerberströme in den leeren Osten lenken?“ Ganz klare Antwort, mit Sicherheit nicht dirigistisch, denn das wäre ein Rückfall in alte Systeme, hier wird man nur über Anreizsysteme nachdenken können und insoweit hat die ZVS oder die Serviceeinrichtung dann auch nur die Maklerfunktion. Die Frage, inwieweit die Studienbeiträge eine Migration nach sich gezogen haben von Bewerbern, wird ZVS-seitig zumindest anders beantwortet als allgemein. Wir haben keine signifikanten Veränderungen im Bewerberverhalten feststellen können. Mögliche Ursachen könnten sein: Bei Studiengängen mit extremen Bewerberüberhang und sehr harten Auswahlgrenzen hat sich das Bewerberverhalten bislang schon an der Optimierung von Zulassungschancen orientiert und wird es auch weiterhin tun. Eine andere Erklärung mag vielleicht auch sein, dass der Druck, in gebührenfreie Orte auszuweichen, noch nicht so groß ist, solange die Höhe der Studiengebühren die Kosten einer auswärtigen Unterbringung nicht übersteigt.

Und nicht zuletzt, damit bin ich bei dem letzten Kernpunkt angelangt, eine Bestenauslese steht in einem gewissen Gegensatz zu dem politischen Gebot, doch möglichst auf breiter Basis akademische Ausbildung anzusetzen, weil letztlich auch der wirtschaftliche Bedarf an Akademikern immens ist. So geht es letztlich auch bei Auswahlentscheidungen nicht nur um die Bestenauslese, sondern auch darum, sich noch der Zweit- und Drittbesten anzunehmen. Möglicherweise besteht hierin gerade auch die besondere intellektuelle und pädagogische Herausforderung. Bestenauslese setzt eine breite Grundförderung voraus. Wenn diese breite Grundförderung gewährleistet ist, wird man im fortschreitenden Studium auch die Besten erkennen. Dankeschön!

Rahmenbedingungen und mögliche politische Folgewirkungen der Studierendenauswahl – hochschulrechtliche und verfassungsrechtliche Perspektive

Prof. Dr. Winfried Kluth

1. Rechtliche und funktionale Verortung der Hochschulzulassung

Unter der Überschrift „Zulassung zum Studium“ normiert das – noch wenige Monate geltende – Hochschulrahmengesetz in seinen §§ 27 bis 35 eine sowohl inhaltlich als auch verfahrensrechtlich komplexe Materie, die sich auch vor dem Hintergrund der neuen Verteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten durch die Föderalismusreform aus mehreren Gegenständen zusammensetzt. Dabei handelt es sich:

- Erstens um die Bestimmung der Voraussetzungen des Hochschulzugangs, also der (aus-) bildungsmäßigen Anforderungen, die für den Zugang zu einem der Hochschultypen zu erfüllen sind. Diese Anforderungen sind von § 27 HRG sowie dem ausführenden Landesrecht normiert und fallen zukünftig in die ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit der Länder.
- Zweitens werden in den §§ 29 und 30 HRG die Vorgaben für die Bestimmung der Ausbildungskapazität und die Festsetzung der Zulassungszahlen in den Grundzügen normiert, das **Kapazitätsrecht** also. Diese Regelungen werden durch den Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen und die darauf basierenden Kapazitätsverordnungen der Länder sowie die Regelungen in den Landeshochschulgesetzen ergänzt. Ob diese Materie nach der Föderalismusreform weiter in die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes fällt, ist derzeit umstritten und bedarf einer näheren Betrachtung im weiteren Verlauf der Überlegungen. Auf jeden Fall können die Länder in Zukunft von etwaigen bundesgesetzlichen Vorgaben abweichen.
- Drittens wird in § 32 HRG in Verbindung mit Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen und Regelungen in den Landeshochschulgesetzen, den Hochschulzulassungsgesetzen sowie darauf basierenden Satzungen der Hochschulen das Auswahlverfahren geregelt. Dabei ist zu beachten, dass dem **Auswahlverfahren** bei zulassungsbeschränkten Studiengängen eine andere Funktion zukommt als bei nicht zulassungsbeschränkten Studiengängen.

Hochschulzugangsrecht, Kapazitätsrecht und Hochschulauswahlverfahrensrecht stehen faktisch und rechtlich in einer engen und mehrdimensionalen Wechselbeziehung zueinander. Dies hat zur Folge, dass eine wirksame Steuerung in diesem Bereich nur dann möglich ist, wenn alle drei Regelungsebenen inhaltlich kompatibel und aufeinander abgestimmt sind. Es ist deshalb auch nicht bzw. nur mit großen Einschränkungen möglich, konzeptionelle Änderungen nur in einem Bereich vorzunehmen. So können qualitative Veränderungen im Bereich der Hochschulauswahl nur mit begrenzter Wirksamkeit durchgeführt werden, so lange die Steuerungsvorgaben beim Hochschulzugang und Kapazitätsrecht nicht angepasst werden.

Vor diesem Hintergrund setzt eine Beschäftigung mit den Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten im Bereich des Hochschulzugangs zunächst eine Analyse der bestehenden Rechtslage voraus, die sich nicht auf die formale Erhebung des normativen Bestandes beschränkt, sondern auch die damit verbundenen Grundannahmen und Steuerungsimpulse ins Bewusstsein ruft. Nur so wird deutlich, welche Steuerungskonzeption dem geltenden Recht zugrunde liegt. Anknüpfend an die dabei gewonnen Erkenntnisse soll dann in einem zweiten Schritt der Frage

nachgegangen werden, welche Gestaltungsmöglichkeiten im Zuge der Umsetzung der Föderalismusreform² unter dem Übergang zu einem Wettbewerbsmodell im Hochschulrecht und Hochschulzugangsrecht eröffnet werden. Dabei sind auch die verfassungsrechtlichen Grenzen einer solchen Neugestaltung zu thematisieren.

2. Die Steuerungswirkungen der aktuellen Regelung der Hochschulzulassung

1. Die normativen Vorgaben im Überblick und Zusammenhang

Die normativen Vorgaben für den Zugang zum Studium werden derzeit noch durch ein dreistufiges Regelungssystem bestimmt, an dessen Spitze § 27 Abs. 1 S. 1 HRG mit der Aussage steht, dass

„jeder Deutsche ... zu dem von ihm gewählten Hochschulstudium berechtigt [ist], wenn er die für das Studium erforderliche Qualifikation nachweist.“

Im zweiten Absatz wird das Qualifikationserfordernis dann dahingehend konkretisiert, dass grundsätzlich auf den erfolgreichen Abschluss einer auf das Studium vorbereitenden Schulbildung abgestellt wird. Neben der durch das Abitur verliehenen „allgemeinen Hochschulreife“ sind hier je nach landesrechtlichen Vorgaben verschiedenste andere schulische und im Wege der Berufsbildung vermittelte Abschlüsse zu berücksichtigen.

Bereits an dieser Stelle ist eine erste Zwischenbemerkung zu den Steuerungswirkungen angebracht: Während bei der Realisierung des Hochschulzugangs über das Abitur allenfalls über den Notendurchschnitt eine steuernde Wirkung für die Wahl des Studienfachs ausgeht, ist dies bei einem Zugang über ein Fachabitur oder eine berufliche Praxis anders. Hier wird bereits durch die Entscheidung für die schulische oder berufliche Bildung die Entscheidung über das Studium vorbestimmt. Das kann sich auch auf das Studienverhalten positiv auswirken, da die Ungewissheit sowohl über die Studieneignung als auch über die Wahl des richtigen Studiums in der Regel geringer ist.

Kehren wir zurück zu den allgemeinen normativen Vorgaben, schließen sich im HRG die Regelungen über die Ausbildungskapazität, das Zulassungsverfahren und das Auswahlverfahren an. Diese gesetzlichen Regelungen werden durch den Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen sowie die dazu erlassenen ausführenden Gesetze und Verordnungen der Länder konkretisiert.³

Im vorliegenden Zusammenhang ist vor allem die Unterscheidung zwischen bundesweit zulassungsbeschränkten, örtlich zulassungsbeschränkten und frei zugänglichen Studiengängen von Bedeutung und zwar unter folgendem Gesichtspunkt:

- Bei zulassungsbeschränkten Studiengängen sind an die Auswahlentscheidung besonders hohe Anforderungen zu stellen, weil der Ausschluss sich als intensiv grundrechtsrelevant erweist.
- Soweit die Hochschulen eigene Auswahlverfahren durchführen, beziehen sich diese nicht auf die besten Studierenden und schließen nicht die Möglichkeit der Abweisung wegen Studieruntauglichkeit ein.

² Dazu Kluth, W. (Hrsg.) (2007a): Föderalismusreformgesetz – Einleitung und Kommentierung.

³ Übersicht zum Status Quo bei Schnellenbach (2004): Studium und Prüfung. In: Hartmer, M. & Detmer, H. (Hrsg.) (2004): Hochschulrecht. Abschnitt VIII, Rn. 4 ff.

- Wegen der Möglichkeit der Mehrfachbewerbung erweist sich der bei Auswahlverfahren getätigte Aufwand im Nachhinein in nicht geringem Umfang als resultatlos. Besonders in diesem Bereich fehlt es an validen Erkenntnissen, welche Gründe für die Entscheidung für oder gegen einen Studienort ausschlaggebend.
- Das geltende Kapazitätsrecht gibt es den Hochschulen bei zulassungsbeschränkten Studiengängen kaum Möglichkeiten, im Auswahlverfahren durch bessere Betreuungsbedingungen zu werben.
- Bei nicht erschöpften Studiengängen gibt es in den meisten Fächern keine Möglichkeit, den Zugang wegen mangelnder Studierfähigkeit zu verweigern und zwar schon deshalb nicht, weil ein Auswahlverfahren in diesen Fällen meist nicht durchgeführt wird.
- Anders verhält es sich, wenn die Hochschulen durch Satzung für einen Studiengang eine besondere Eignungsprüfung vorschreiben. Dafür bieten die meisten Landeshochschulgesetze entsprechende gesetzliche Ermächtigungen, die wegen der Grundrechtsrelevanz des Ausschlusses auch erforderlich sind. Auf die mit diesen Regelungen verbundenen Probleme wird später einzugehen sein.

Bei den zulassungsbeschränkten Studiengängen sind die Zulassungskriterien von besonderem Interesse. Abgesehen von Studiengängen, bei denen wie im Bereich der Musik und des Sports besondere Eignungstests durchgeführt werden (müssen), dominiert die Orientierung an der Abiturdurchschnittsnote, wobei diese im Hinblick auf einen erkennbaren Zusammenhang zwischen Schulfächern und Studieninhalten auch mit Hilfe von gewichteten Einzelnoten berechnet werden kann. Der Wissenschaftsrat geht davon aus, dass diese primäre Orientierung auch richtig ist, da nach wie vor der Notendurchschnitt die beste Prognose über Studieneignung und Studienerfolg zulässt (Wissenschaftsrat, 2004). Es folgen als weitere Kriterien der Auswahl die Wartezeit, soziale Gesichtspunkte sowie die Ergebnisse eines von der Hochschule durchgeführten Auswahlverfahrens.

Die Anforderungen an die Auswahlverfahren der Hochschulen, die inzwischen für bis zu 60% der nach Berücksichtigung zu bevorzugender Bewerber zu vergebenden Studienplätze durchgeführt werden können, sind in § 32 Abs. 3 Nr. 3 HRG geregelt.⁴ Auch hier muss dem Notendurchschnitt ein maßgeblicher Einfluss zukommen. Ergänzend können die Hochschulen fachspezifische Studierfähigkeitstests sowie Auswahlgespräche durchführen. Die Auswahlgespräche dienen dem Ziel, Aufschluss über die Motivation der Bewerber, über ihre Identifikation mit dem gewählten Studium zu geben sowie Fehlvorstellungen über die Anforderungen des Studiums zu vermeiden.

Die Länder haben zu den Auswahlverfahren zum Teil in den Landeshochschulzugangsgesetzen weitere Regelungen getroffen. Besonders einzugehen ist in diesem Zusammenhang auf die in mehreren Landeshochschulgesetzen anzutreffende Regelung, nach der die Hochschulen berechtigt sind, eine mit Ausschlusswirkung verbundene Eignungsprüfung durchzuführen. Entsprechende Ermächtigungen finden sich unter anderem in § 58 Abs. 5 bis 7 BW HG, Art. 44 Bay HG, § 63 Abs. 4 Hess. HG, und in § 13 Sächs HG.

Besonders weit geht dabei die hessische Regelung. Dort heißt es:

„Durch Satzung soll festgelegt werden, welche studiengangspezifischen Fähigkeiten und Kenntnisse zu Beginn des Studiums nachgewiesen werden müssen. Die Satzung kann vorsehen, dass vor der Einschreibung geprüft wird, ob die studiengangspezifischen Fähig-

⁴ Siehe dazu auch Haug, V. (2006). In: WissR, S. 96 ff.

keiten und Kenntnisse vorliegen. Die Hochschule kann vorsehen, dass innerhalb der ersten beiden Semester der Nachweis nach Satz 1 geführt oder ein in der Prüfungsordnung vorgesehener Leistungsnachweis erbracht wird. ...“

Während die meisten Ländern studienspezifische Fähigkeiten ausdrücklich nur bei Sport- und Kunststudiengängen vorsehen, kommt in dieser Regelung bereits ein phasenbezogenes Verständnis der Hochschulzulassung zum Ausdruck, auf das später noch einmal zurück zu kommen sein wird. Das gleiche gilt für die Frage, welche inhaltlichen Anforderungen an die durch Satzung aufgestellten studienspezifischen Fähigkeiten zu stellen sind, wenn dadurch vorhandene Kapazitäten nicht ausgeschöpft werden.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch die Regelung in § 18 Abs. 1 S. 3 nds. HG, in die sich auf weiterführende Studiengänge und Masterstudiengänge bezieht. Zu diesen hat (nur) Zugang „wer hierzu besonders geeignet ist“. Daran schließt sich die ebenfalls neuartige Formulierung an: „Vertieft der Masterstudiengang das vorherige Studium, so wird die Eignung auf der Grundlage des Ergebnisses der Bachelorprüfung festgestellt.“ Hier wird ein gestuftes Zulassungsmodell normiert, dessen verfassungsrechtliche Anforderungen noch zu klären sind.

2. Die von den Regelungen ausgehenden Steuerungs- und Anreizwirkungen

Für die Beurteilung der tatsächlichen Abläufe im Bereich des Hochschulzugangs sollen nun in einem nächsten Schritt die von den aktuell geltenden Regelungen ausgehenden Steuerungs- und Anreizwirkungen in den Blick genommen werden. Dabei werde ich auch versuchen, die Interessen der beteiligten Akteure zu ermitteln bzw. zu interpretieren, so weit dies auf der Basis vorliegender Erkenntnisse möglich und vertretbar ist.

Stellt man die Regelungen des HRG und des Staatsvertrages in den Mittelpunkt, so kann als Fokus der Regelungen die Gewährleistung eines chancengleichen Zugangs zum Studienfach eigener Wahl identifiziert werden. Nach wie vor steht die Bewältigung der NC-Problematik im Zentrum. Den durch die 4. und 7. HRG-Novelle eingefügten Öffnungen für größere Auswahlspielräume der Hochschulen in § 32 HRG kommt nur eine marginale Bedeutung zu. Von einer Steuerungs- oder Anreizwirkung kann hier nicht die Rede sein. Das gilt vor allem für die Hochschulen, die durch die Einführung von Auswahlverfahren allenfalls an einem Wettbewerb um die zweit- und drittbesten Köpfe teilnehmen können und zudem so oder so ihre Kapazität voll ausschöpfen müssen.

Bei den Studierenden dominiert bislang das Interesse des Zugangs zu einem Studiengang eigener Wahl am bevorzugten Hochschulort, wobei die Erkenntnisse über die Auswahl des Hochschulortes zeigen, dass die Qualität der Ausbildung schon deshalb kaum eine Rolle spielt, weil es dafür kaum zuverlässige Indikatoren gibt. Es ist aber zu beobachten, dass den Ranking-Ergebnisse eine größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Welche Rolle die Klärung der eigenen Eignung für das jeweilige Studienfach spielt, lässt sich aus den normativen Vorgaben ebenso wenig ableiten wie aus den empirischen Erhebungen, da diese nur für ganz kleine Bereiche aussagekräftig vorliegen.

Bei der größeren Zahl der Hochschulen dominiert bislang das Interesse an einem fehlerfreien Zulassungsverfahren mit möglichst geringem Aufwand. Außerhalb der Fächer, die ohnehin seit jeher Eignungsprüfungen durchführen, werden hochschuleigene Auswahlverfahren nur mit großer Zurückhaltung bis hin zur Skepsis ein- und durchgeführt. Da ein professionell durchgeführtes, valides Auswahlverfahren nicht nur zeit- sondern auch kostenintensiv ist, muss man wohl auch darin ein Hindernis sehen. Hinzu kommt, dass an vielen Hochschulen die Mittelzuweisung an die Zahl der Studierenden in der Regelstudienzeit und nicht oder nur unmerklich an die

Absolventenzahl gekoppelt, so dass auch insoweit kein Anreiz für besondere Auswahlverfahren geschaffen wird.

3. Bewertung des status quo aus der Sicht von Hochschulen und Studierenden

Zusammenfassend kann das durch HRG und Staatsvertrag geprägte Hochschulzulassungsrecht so charakterisiert werden, dass bei ihm eher das sichere und prozessrisikofreie Verwaltung als das optimierende steuern und gestalten im Vordergrund steht. Bis auf wenige Ausnahmen gibt es weder für die Studierenden noch für die Hochschulen ein auf ausreichender Information beruhendes Auswahlverfahren, das den Studierenden eine Prüfung der eigenen Studieneignung und der Qualität der Ausbildungsangebote der Hochschulen und diesen eine Prüfung der Eignung der Studierenden und einen Wettbewerb um die besten Köpfe ermöglicht. Hinzu kommt, dass durch die hohe Zahl möglicher Mehrfachbewerbungen in erheblichem Maße Fehlallokationen erzeugt werden.

Zu konstatieren ist, dass das aktuelle System mit Ausnahme der Zwischenprüfung über keinen wirksamen Mechanismus verfügt, der objektiv für ein Studium nicht geeignete Bewerber warnt bzw. die Hochschulen vor ihnen bewahrt. In vielen Studiengängen sind Studienabbrüche erst zu einem vergleichsweise späten Zeitpunkt zu verzeichnen.

3. Die Auswirkungen von Föderalismusreform, Bologna-Prozess, Wettbewerbsmodell und Nachhaltigkeitskultur

1. Gründe für eine Umbruchsituation

Dieser Befund betrifft bereits heute mehr die Vergangenheit als die Gegenwart. Das gesamte Hochschulzulassungsrecht befindet sich im Umbruch. Ob es in diesem Kontext zu einem Wandel kommt, werden die kommenden Monate und Jahre zeigen. Meines Erachtens kann zwischen vier Gründen für die Umbruchsituation unterschieden werden:

Erstens: Durch die Föderalismusreform ist die Kompetenzgrundlage für das HRG entfallen. Der Bund verfügt nun über eine konkurrierende Vollkompetenz in den Bereichen Hochschulzulassung und Hochschulabschlüsse. Eine Bundesgesetzgebung unterliegt in diesem Bereich nicht der Subsidiaritätsklausel. Die Länder können in diesem Bereich abweichende Regelungen erlassen sobald der Bund ein neues Gesetz auf der Grundlage seiner konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz erlässt, aber auch dann, wenn er das HRG fortbestehen lässt, in diesem Fall spätestens ab dem 1. August 2008.⁵ Es handelt sich also um überschaubare Zeiträume. Und es bedeutet: Wettbewerbsföderalismus ist damit im gesamten Bereich des Hochschulrechts möglich!

Zweitens: Für den Bereich des Hochschulwesens ist die Entscheidung für den Wettbewerbsföderalismus im Grundsatz bereits gefallen. Bereits die schrittweise Rücknahme der rahmenrechtlichen Vorgaben für die Hochschulorganisation hat diesen Prozess in Gang gesetzt.⁶ Durch die Exzellenzinitiative und die Föderalismusreform ist dieser Prozess nun konsequent fortgesetzt worden. Die Bundesländer haben ihn durch zahlreiche Reformen des Landeshochschulrechts auch an- und aufgenommen. Der Wettbewerb ist auf der Ebene der Hochschulrechtssysteme und zwischen den Hochschulen bereits in Gang gekommen. Dadurch entsteht ein erheblicher Druck, auch die Rahmenbedingungen des Hochschulrechts, vor allem das an einem einheitlichen Hochschulwesen

⁵ Dazu näher Kluth, (Fn. 1), Art. 74 Rn. 28 ff.

⁶ Zu dieser Entwicklung Kluth, RdJB 2004, 174 ff.

orientierte Kapazitätsrecht, den neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Das entsprechende Bewusstsein über diesen Handlungsbedarf ist inzwischen entwickelt, wie etwa ein Beschluss des Senats der HRK vom 10. Oktober 2006 zeigt.

Drittens: Durch den Bologna-Prozess haben sich die Binnenstrukturen der Hochschulen auch unter dem Gesichtspunkt der Hochschulzulassung und des Kapazitätsrechts grundlegend verändert. Die herkömmlichen Berechnungs- und Steuerungsmethoden sind für das neue System nicht mehr tauglich und dürfen deshalb auch nicht mehr zur Anwendung kommen, wie das OVG Berlin⁷ zutreffend festgestellt hat. Auch insoweit besteht dringender Handlungs- und Änderungsbedarf.

Viertens: Auch im Bereich des Hochschulrechts macht sich die Nachhaltigkeitskultur bemerkbar. Es wird zunehmend erkannt, dass es sowohl im Hinblick auf die kostbare Lebenszeit von Studierenden als auch die Investition knapper öffentlicher Mittel nicht länger hinnehmbar ist, dass die richtige Studienwahl und die Feststellung der Studieneignung hinter formalen Auswahl- und Zulassungsprozessen völlig zurücktritt. Nicht nur der Wissenschaftsrat hat in seiner Empfehlung zur Reform des Hochschulzugangs eine deutliche Qualitätsverbesserung in diesem Bereich angemahnt.

Vier Gründe sind es also, die zu einer Neuorientierung zwingen und die zugleich wichtige Eckwerte dieses Prozesses vorgeben. Es sind dies zunächst die Tauglichkeit eines solchen neuen Modells für die Verwirklichung eines Wettbewerbs zwischen den Hochschulen und darüber hinaus die Orientierung dieses Modells an den Grundsätzen der Nachhaltigkeitskultur.

Im Folgenden werde ich versuchen, aus diesen Vorgaben eine Reihe von konkreten Anforderungen für die Modernisierung des Hochschulzulassungsrechts abzuleiten.⁸ Dabei werde ich die jüngsten Gesetzesnovellierungen in diesem Bereich besonders berücksichtigen und auch auf mögliche verfassungsrechtliche Probleme hinweisen.

2. Hochschulzulassung(srecht) als Bestandteil eines erwünschten Wettbewerbs zwischen Hochschulen und Hochschulrechtssystemen

Durch die Einführung der Wettbewerbsphilosophie in das Hochschulwesen ändern sich auch die Anforderungen an das Hochschulzulassungsrecht, denn Wettbewerb setzt Gestaltungs- und Wahlfreiheiten sowohl auf der Seite der Anbieter als auch der Nachfrager voraus. Was bedeutet das?

Aus der Sicht der Hochschulen ist damit vor allem die Forderung verbunden, dass ihnen sowohl bei der Ausgestaltung der Studienangebote bzw. Studiengänge relevante Gestaltungsfreiheiten eingeräumt werden müssen. Diese beziehen auf die nähere Bestimmung der angebotenen Studiengänge, die in der Regel im Rahmen von Zielvereinbarungen unter Mitwirkung des Landes erfolgt, sodann auf die inhaltliche Gestaltung der Studiengänge sowie schließlich die diesbezüglichen Betreuungsrelationen.⁹

Im Rahmen des Übergangs zu Bachelor- und Masterstudiengängen haben die Hochschulen in den ersten Bereichen bereits in erheblichem Umfang an Gestaltungsfreiheit gewonnen. Die neuen Studiengänge unterscheiden sich sehr viel stärker von Hochschule zu Hochschule voneinander, als dies bei den früheren Magister- und Diplomstudiengängen der Fall war, die z.T. auf bun-

⁷ OVG Berlin, Urteil v. 7.7.2004, Az. 5 NC 8.04.

⁸ Dazu eingehend Kluth (2007b): Verfassungsrechtliche Anforderungen an ein modernisiertes Kapazitätsrecht. In: Plädoyer für ein neues Kapazitätsrecht, WissR Beiheft 18, S. 60 ff.

⁹ Dazu eingehend Kluth (2007b). In: Plädoyer für ein neues Kapazitätsrecht, WissR Beiheft 18, S. 60 ff. mit ausführlichen Nachweisen zu Rechtsprechung und Literatur.

desweit abgestimmten Studienordnungen beruhen. Dass damit auch die Auswahlentscheidung der Studierenden schwieriger wird, liegt auf der Hand.

In Bezug auf Betreuungsrelationen ist zunächst festzustellen, dass die für Diplom-, Magister- und Staatsexamensstudiengänge alter Form entwickelten Kapazitätsberechnungen, namentlich die Curricularnormwerte, auf die neuen Studiengänge sowohl aus strukturellen Gründen als auch wegen der verminderten Vergleichbarkeit nicht mehr anwendbar sind. Das bedeutet für zulassungsbeschränkte Studiengänge, dass die Kapazitäten ohnehin neu berechnet werden müssen. Auch aus diesem Zusammenhang ergibt sich ein Impuls für eine Neuorientierung.

Die bloße Neuberechnung eröffnet aber alleine keine für den Wettbewerb relevanten Gestaltungsfreiheiten, wenn bei den zulassungsbeschränkten Studiengängen kein Weg gefunden wird, dass als zentraler Wettbewerbsfaktor auch verbesserte Betreuungsrelationen eingerichtet werden können. Im bisherigen System des Kapazitätsrechts führt jede Neueinstellung von Personal grundsätzlich zu einer Erweiterung der Kapazität. Bezeichnend ist, dass im Jargon des hergebrachten Kapazitätsrechts Neueinstellungen zur Verbesserung der Ausbildung als „unzulässige Niveaupflege“ bezeichnet wurden. Diese Sichtweise muss überwunden werden. Dies ist möglich durch ein alternatives Steuerungsmodell, bei dem einerseits eine Kapazität für Fächergruppen festgelegt wird und zugleich zusätzliche Gelder – etwa in Gestaltung von qualitätsverbessernden Studienbeiträgen – für eine Verbesserung der Betreuungsrelationen und anderer qualitätsrelevanter Faktoren eingesetzt werden. Ein entsprechendes Modell wurde in Grundzügen von der HRK entwickelt und Anfang Oktober 2006 vorgestellt.¹⁰

Dieses Modell sieht vor, dass die Studienplatzzahlen in den einzelnen Fächergruppen der Hochschulen durch Zielvereinbarung festgesetzt und anschließend als Anmerkung in den Haushaltsplan aufgenommen werden, so dass sie eine gesetzgeberische Bestätigung erfahren. Damit ist der Vorteil verbunden, dass die Aufnahmezahlen nicht Gegenstand einer verwaltungsgerichtlichen Prüfung sein können. Außerdem bewirkt diese Vorgehensweise, dass ein fest definiertes Budget der durch das Land gewährten Grundausrüstung für die einzelnen Fächergruppen genau zugerechnet werden kann. Diese Zuweisung muss sich an den durch den Wissenschaftsrat entwickelten Anforderungen für die einzelnen Fächergruppen orientieren, also Mindestqualitätsstandards genügen. Die Hochschulen haben daneben die Möglichkeit, zusätzliche Mittel – die man verkürzt als Drittmittel bezeichnen kann – für die Verbesserung der Ausbildungsqualität in den einzelnen Studiengängen einzusetzen. Dabei kann es sich um entsprechend zweckgebundene Studienbeiträge oder um Mittel aus anderen öffentlichen oder privaten Quellen handeln. Diese sind wegen ihrer getrennten Zuordnung und Widmung nicht kapazitätsrelevant und ermöglichen damit zugleich eine Profilbildung der Hochschulen in den einzelnen Studiengängen.

Wenn solche gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden und den einzelnen Hochschulen das Recht zugebilligt wird, über das Ob und – begrenzt – über die Höhe von Studienbeiträgen für einzelnen Studiengänge zu entscheiden, so ist dies mit einer erheblichen Gestaltungsfreiheit verbunden, die einen Wettbewerb um die besten Köpfe, aber auch eine an anderen Kriterien orientierte Gestaltung ermöglicht. So kann sich eine Hochschule durchaus auch dafür entscheiden, ein Studienangebot zu entwickeln, das durch die Merkmale Gebührenfreiheit, kurze Dauer und Beschränkung auf das Wesentliche gekennzeichnet ist. Auch dafür gibt es einen Markt, der für eine Hochschule durchaus attraktiv sein und zu ihrer Profilierung beitragen kann.

Durch die Eröffnung derartiger oder ähnlicher Gestaltungsmöglichkeiten gewinnt aus der Sicht der Hochschulen auch das Auswahlverfahren neue Bedeutung. Sie können dieses Verfah-

¹⁰ HRK (2006): Eckpunkte für ein neues Kapazitätsrecht in einem auszubauenden Hochschulsystem. Empfehlung des 102. Senats vom 10.10.2006.

ren einmal nutzen, um ihr eigenes Studienkonzept den Bewerbern zu vermitteln und zum anderen prüfen, welche der Bewerber gerade für dieses Angebot (besonders) geeignet sind.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Regelung mit der Dominanz der Abiturdurchschnittsnote stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob auch in einem solchen System den Notenbesten ein Zugang ohne Auswahlverfahren eingeräumt werden muss oder sollte. Dies dürfte im Kern davon abhängen, wie das Auswahlverfahren ausgestaltet ist und inwiefern es dabei um mehr geht, als eine vergleichsweise allgemeine Studierfähigkeitsprüfung. Diese wird ja durch besonders gute Notendurchschnitte verlässlich indiziert, so dass eine Einbeziehung der Notenbesten nur schwerlich gerechtfertigt werden kann. Nur spezifisch ausgestaltete Auswahlverfahren sind deshalb geeignet, eine Teilnahmepflicht auch dieser Gruppe zu begründen.

3. Nachhaltigkeit als weiteres Kriterium

Als weiterer bedeutsamer Gesichtspunkt, der bei einer Neugestaltung des Hochschulzugangs berücksichtigt werden sollte, sehe ich den Grundsatz der Nachhaltigkeit, der sich inzwischen ausgehend vom Umweltrecht zu einem allgemeinen Rechtsprinzip fortentwickelt hat. Dieses Prinzip verlangt sowohl aus dem Blickwinkel der Studierenden, die keine kostbare Lebenszeit an ein falsches Studienfach verschwenden wollen, als auch aus dem Blickwinkel von Hochschule und Staat, die keine knappen Ressourcen für abgebrochene Studien aufwenden wollen, eine Verbesserung der Studienwahlentscheidung.

Wie bereits in den vorausgegangenen Vorträgen gezeigt wurde, ist in diesem Zusammenhang ein verändertes Verständnis der Hochschulzulassung als Prozess und Periode im Sinne einer Orientierungsphase an Stelle einer punktuellen Auswahlentscheidung im Vordringen. Allerdings ist das zunächst einmal Zukunftsmusik, soweit es um die stärkere Vernetzung von Schule und Hochschule geht. Alleine die sehr verschiedenen örtlichen Verhältnisse spielen dabei eine sehr große Rolle. Es bleibt aber die Möglichkeit, das Auswahlverfahren und das erste Studienjahr enger zu verknüpfen, wie dies in der hessischen Regelung zur Eignungsprüfung der Fall ist. Nicht ausreichend ist hier der pauschale Verweis auf die Zwischenprüfung, da diese eine Ausschlusswirkung erst nach mehr als zwei Studienjahren erzeugt und zudem eine persönliche Orientierung damit nicht automatisch verbunden ist.

Um das Interesse der Hochschulen bzw. der Fakultäten und einzelnen Hochschullehrer an einem in der Regel recht aufwändigen Auswahlverfahren zu erhöhen, wird man nicht umhin kommen, in diese Richtung zielende zusätzliche Steuerungsanreize einzuführen. So sollte bei der Mittelverteilung jenseits der unverzichtbaren Grundausstattung stärker als bislang auf die Absolventenquote und nicht alleine auf die Zahl der Studierenden in der Regelstudienzeit abgestellt werden.

4. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen

Ich komme damit zu den verfassungsrechtlichen Fragen, die an eine solche Neuregelung zu stellen sind. Sie hängen im Wesentlichen damit zusammen, dass der Hochschulzugang unter zwei Gesichtspunkten verfassungsrechtlich durch Art. 12 Abs. 1 GG unterfangen ist.

a) Eignungsprüfungen mit Ausschlusswirkung

Der Zugang zu einem Hochschulstudium ist zunächst sehr eng dem Zugang zu dem oder den Berufen verbunden, die ein entsprechendes Studium voraussetzen. Damit besteht eine direkte Relevanz für die Freiheit der Berufswahl, ein verfassungsrechtlich sehr gewichtiges Grundrecht, das nach heutigem Verständnis nur unter Verfassungsvorbehalt steht. Das subjektiv-rechtlich verbürgte Grundrecht der freien Berufswahl markiert die verfassungsrechtliche

Basis für das einfachgesetzlich in § 27 Abs. 1 HRG Recht auf Zugang zu einem Studium eigener Wahl. Gleichwohl ist aber anerkannt, dass der Zugang mit bestimmten Anforderungen an die Eignung bzw. Qualifikation verbunden werden kann. Entsprechende Anforderungen müssen aber wegen der Grundrechtsrelevanz eine spezifische Ermächtigung im Gesetz finden. Dabei muss das Gesetz nicht die konkreten Anforderungen an die Eignung für jeden Studiengang regeln. Es kann sich darauf beschränken, allgemeine Kriterien und verfahrensrechtliche Anforderungen vorzugeben, die dann durch Verordnung oder Satzung konkretisiert werden. Diese Regelungen unterliegen einer verwaltungsgerichtlichen Kontrolle unter dem Blickwinkel der Verhältnismäßigkeit.

Das bedeutet konkret, dass die Hochschulen in entsprechenden Satzungen vergleichsweise genau regeln müssen, welche spezifischen Eignungsmerkmale im Rahmen einer mit Ausschlusswirkung versehenen Auswahlverfahrens zu prüfen sind und es muss in der Begründung dargelegt werden, ob und mit welcher Relevanz diese Merkmale für einen Studienerfolg von Bedeutung sind.

Unter dem Blickwinkel der Verhältnismäßigkeit ist in diesem Zusammenhang auch die Frage von Interesse, ob und wenn ja in welchem Umfang wiederholte Bewerbungen zugelassen werden müssen.

Das gilt nicht mit gleicher Strenge für die relativen Auswahlverfahren in zulassungsbeschränkten Studiengängen, da es bei diesen nicht um den absoluten sondern nur um einen temporären Ausschluss vom Zugang zum Studium eigener Wahl geht.

Werden echte Eignungsanforderungen mit Ausschlusswirkung eingeführt, so wirkt sich dies auch auf die Pflicht zur Kapazitätserschöpfung aus, die dann leer läuft, wenn weniger Kandidaten geeignet sind als Plätze im Studiengang zur Verfügung stehen.

b) Zugang zu Masterstudiengängen

Als neue Fragestellung taucht derzeit die Zugangsregelung zu Masterstudiengängen auf. Dazu finden sich bislang nur vereinzelt Regelungen in den Landeshochschulgesetzen, die aber als solche erforderlich sind. Denn in vielen Bereichen wird der erfolgreiche Abschluss des Masterstudiengangs mit einer Berufswahl in Verbindung stehen. Sind die Ausbildungskapazitäten in den Masterstudiengängen deutlich geringer als in den Bachelorstudiengängen der gleichen Fachrichtung, so stellt sich in einem vergleichsweise späten Stadium des Studiums erneut eine Zulassungsproblematik ein, deren Bedeutung nicht geringer zu veranschlagen ist als bei der Aufnahme des Studiums. Was die Anforderungen an die Eignung angeht, gelten die gleichen allgemeinen Grundsätze. Hinzu kommt aber meines Erachtens ein neues Problem, das darin besteht, inwieweit zur Gewährleistung von Chancengleichheit die Hochschulen bei der Bestimmung der Ausbildungskapazitäten im Bachelor- und Masterbereich eine Abstimmungspflicht trifft, so dass die Kapazitäten in beiden Bereichen nicht zu gravierend voneinander abweichen. Diese Frage kann ich aber hier nur erwähnen.

c) Auswahlverfahren und freie Wahl des Studienortes

Die zweite verfassungsrechtliche Problematik betrifft das Grundrecht der freien Wahl des Ausbildungsortes, das ebenfalls durch Art. 12 Abs. 1 GG geschützt wird und zwar in gleicher Weise wie die Berufswahl selbst.

Bislang bietet sich hier ein abgestuftes Bild ab. Den Notendurchschnittsbesten wird rechtlich und faktisch eine freie Wahl des Studienortes auch in zulassungsbeschränkten Studiengängen gewährt. Bei den übrigen Bewerbern ist die Rechtsgewährleistung vielfach abgestuft, wobei vor allem besonderen persönlichen und sozialen Belangen Rechnung getragen wird.

Im Falle einer Veränderung der Verfahren der Hochschulauswahl stellt sich hier die bereits kurz angesprochene Frage, ob auch die Gruppe der Notenbesten zur Teilnahme an Auswahlverfahren gezwungen werden können. Ich würde dies bejahen, wenn es darum geht, in den Auswahlverfahren zusätzliche Eignungsmerkmale festzustellen, die durch den Notendurchschnitt nicht aussagekräftig verbürgt sind. Soweit das aber nicht der Fall ist, muss meines Erachtens das Wahlrecht der Bewerber vorgehen. Das abstrakte Modell des Wettbewerbs der Hochschulen um die besten Köpfe ist meines Erachtens nicht ausreichend gewichtig, um eine Grundrechtsbeschränkung zu legitimieren, solange es nicht um den Nachweis konkret fassbarer Eignungsmerkmale geht.

Legitim sind demgegenüber Regelungen, die die Zahl der Mehrfachbewerbungen zur Vermeidung eines übertriebenen Verwaltungsaufwandes beschränken. Allerdings wird es bei einem dezentralen Auswahlverfahren schwer bis unmöglich sein, hier eine wirksame Kontrolle durchzuführen. Praktikabel erscheint hier allenfalls eine Lösung bei zulassungsbeschränkten Studiengängen, wenn die ZVS als Servicestelle einbezogen wird.

4. Zusammenfassung und Ausblick

Das Hochschulrecht befindet sich in einer Umbruchsituation. Sie wird formal durch die Verschiebungen bei den Gesetzgebungskompetenzen durch die Föderalismusreform ausgelöst. Dadurch werden Bund und Länder zu neuen Gesetzgebungsakten gezwungen, die sie zugleich zur Modernisierung des Hochschulzulassungsrechts nutzen sollten und müssen. Denn bereits heute wird das überkommene Hochschulzulassungsrecht den durch den Bologna-Prozess und das Wettbewerbsmodell grundlegend veränderten Rahmenbedingungen nicht mehr gerecht. Das gilt sowohl in Bezug auf die Anwendbarkeit als auch in Bezug auf die sachliche Angemessenheit der Regelungen.

Es hat sich gezeigt, dass eine konsequente Orientierung an den neuen Rahmenbedingungen dafür spricht, auch den Hochschulzugang flexibler auszugestalten. Die Grundzüge einer solchen Flexibilisierung müssen durch Gesetz – des Bundes oder der Länder – getroffen werden.

Ein zentrales Instrument einer flexibleren Hochschulauswahl können studienspezifische Eignungstests werden, an die aber keine geringen inhaltlichen und verfahrensrechtlichen Anforderungen zu stellen sind.

Besonders wichtig ist es meines Erachtens, bei der Neuordnung auch der Grundsatz der Nachhaltigkeit stärker als bislang zu beachten und zugleich die Gestaltungsfreiheit der Hochschulen bei den Studiengängen und Betreuungsrelationen zu erhöhen. Nur so ist ein Wettbewerb um die besten Köpfe realistisch.

Bei aller Ungewissheit, die mit einem solchen Modernisierungsprozess verbunden sein wird, kann eines schon jetzt mit Sicherheit vorhergesagt werden: Die Vielfalt der Angebote wird wachsen und damit auch das Bedürfnis nach kundiger Information und Beratung. Gerade die Anstrengungen in diesem Bereich werden aber auch bei den Hochschulen wertvolle Lernprozesse auslösen, die letztlich wieder die Grundlage für Verbesserungen der eigenen Studienangebote darstellen. Der Zwang zur Neuerung, den die Föderalismusreform mit sich bringt, erweist sich aus dieser Sicht deshalb für das Hochschulwesen bereits als sinnvoll und fruchtbar.

Literatur

- Haug, V. (2006):** „Wer die Wahl hat, hat die Qual?“ – Hochschulwahlrecht im Vergleich. In: Zeitschrift für Wissenschaftsrecht (WissR). S. 96-113.
- Hochschulrektorenkonferenz (2006):** Eckpunkte für ein neues Kapazitätsrecht in einem auszubauenen Hochschulsystem. Empfehlungen des 102. Senats vom 10.10.2006.
- Kluth, W. (2004):** Der Übergang von der selbstverwalteten Gruppenuniversität zur Hochschule als autonomer Forschungs- und Dienstleistungseinheit. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens (RdJB) 2/2004. S. 174ff.
- Kluth, W. (Hrsg.) (2007a):** Föderalismusreformgesetz – Einleitung und Kommentierung. Nomos.
- Kluth, W. (2007b):** Verfassungsrechtliche Anforderungen an ein modernisiertes Kapazitätsrecht. In: Plädoyer für ein neues Kapazitätsrecht. In: Zeitschrift für Wissenschaftsrecht (WissR) Beiheft 18. S. 60ff.
- Schnellenbach, H. (2004):** Studium und Prüfung. In: Hartmer, M. & Detmer, H. (Hrsg.): Hochschulrecht. Heidelberg: C. F. Müller.
- Wissenschaftsrat (2004):** Empfehlungen zur Reform des Hochschulzugangs. 5920/04.

Mögliche Rückwirkungen hochschuleigener Auswahlverfahren auf schulisches Lernen und Schulen

Heinz-Peter Meidinger

Das Thema lautet: „Mögliche Rückwirkungen hochschuleigener Auswahlverfahren auf schulisches Lernen und Schulen“. Natürlich bin ich versucht, auch grundsätzlich noch einmal Stellung zu nehmen zu der alten Streitfrage „Hochschuleingangsprüfung kontra Abitur“. Ich versage mir das, weil gerade das Kriterium, dass das Abitur immer noch die höchste Prognosefähigkeit hat für den späteren Studienerfolg, ist schon mehrfach betont worden. Auch gerade von Ihnen, Herr Leszczensky, ist darauf hingewiesen worden, dass es natürlich derzeit große Anstrengungen gibt, den Zustand zu ändern, dass das Abitur in den verschiedenen Bundesländern zu unterschiedlichen Preisen zu haben ist und deswegen auch die Vergleichbarkeit derzeit nicht so ist, wie wir sie wünschen würden. Ich erinnere etwa an die Oberstufenreformen, die derzeit in allen Bundesländern entweder schon verabschiedet sind, oder auf den Weg gebracht werden mit dem Ziel einer stärkeren Verbindlichkeit auch von Abiturfächern. Es ist ein untragbarer Zustand, dass es in Deutschland immer noch möglich ist, in einigen Bundesländern das Abitur abzulegen, ohne eine schriftliche Prüfung in Deutsch, ohne eine schriftliche Prüfung in Mathematik oder den Naturwissenschaften. Da sind wir, glaube ich, auf einem guten Weg und natürlich ist auch der aktuelle Beschluss der Kultusministerkonferenz, Bildungsstandards für das Abitur zu erarbeiten der richtige Weg. Ob dann am Ende irgendwann einmal ein Zentralabitur steht, das wage ich zu bezweifeln, aber das ist auch nicht der entscheidende Punkt.

Grundlegend ist es wichtig, dass man sich klar machen muss, dass das Wahlverhalten, das derzeit im Bildungssystem bei den Beteiligten vorhanden ist, das Verhalten bei der Wahl von Schularten, der Wahl von Schulfächern, von Schulprofilen nicht so bleiben wird, wenn sich Hochschuleingangsverfahren flächendeckend in Deutschland durchsetzen werden. Ich nenne ein Beispiel aus der politischen Diskussion in den 60er Jahren, da ging mal der Streit um das Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht. Ich glaube, die großen Parteien, insbesondere die Union haben damals sehr stark darauf gesetzt, ein Mehrheitswahlverfahren in Deutschland einzuführen, weil sie daran glaubten, dass sich ihre Mehrheiten von 40 oder 45 Prozent dann umsetzen in 60 und 70 Prozent. Wenn man das Wählerverhalten in den Ländern mit Mehrheitswahlrecht analysiert, ist das natürlich ein großer Irrtum. Die Wähler richten sich sehr schnell auf solch eine neue Situation ein und gleichen das durch ihr Wahlverhalten aus. Ebenso muss man davon ausgehen, dass natürlich ein grundsätzlicher bildungspolitischer Eingriff wie hochschuleigene Auswahlverfahren auch Rückwirkungen hat auf schulisches Wahlverhalten, auf die Einstellung von Schülern zu Fächern und letztendlich natürlich zum Abitur. Eine Auflistung der damit verbundenen möglichen und tatsächlichen Rückwirkungen gestaltet sich allerdings alleine schon deshalb schwierig, weil es bekanntlich das einheitliche Hochschuleingangsverfahren bzw. Auswahlverfahren nicht gibt, sondern eine Vielzahl von Auswahlkriterien in gestufter Form oder in ungestufter Form, angefangen von der weiterhin geltenden Berücksichtigung der Abiturnote bis hin zur Gewichtung von Einzelnoten, zur schriftlichen Begründung der Studienfachwahl, zur Anrechnung von Berufsausbildungen, Praktika, Auslandsaufenthalten, Auswahlgesprächen oder bis zu den aufwändigsten Verfahren, also umfänglichen zusätzlichen Tests.

Angesichts der Heterogenität dieser Eignungsfeststellungsverfahren wird man nicht eindeutige Aussagen über mögliche Rückwirkungen auf schulisches Lernen treffen können. Deswegen möchte ich mich auf bestimmte Punkte schwerpunktmäßig beschränken und mich dabei, auch

wenn das nicht wissenschaftlich valide ist, dem Schwarz-Weiß-Schema positiver und negativer Rückwirkungen unterwerfen.

Negative Rückwirkungen von Hochschuleingangsprüfungen auf Schule

Herr Dr. Bade hat schon auf einen wichtigen Punkt hingewiesen. Es besteht die Befürchtung oder die Hoffnung, je nach Blickwinkel, dass es eine Verstärkung der Tendenz zur frühzeitigen Spezialisierung an Schulen geben wird. Wir haben verschiedene Möglichkeiten, in der Schule Schwerpunkte zu setzen. Zum einen geschieht dies schon bei der Wahl des Gymnasialzweigs, in vielen Bundesländern gibt es Naturwissenschaftliche Gymnasien, Mathematische Gymnasien, Gymnasien mit musikalischem, Gymnasien mit wirtschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt. Bis dato ist es so, dass diese Profilwahl im Grunde genommen wenig Einfluss hat darauf, was man später mit seinem Abitur anfangen kann, weil bekanntlich die Abiturdurchschnittsnote das eigentlich entscheidende Kriterium ist. Im Hinblick darauf, dass jetzt nicht mehr die Gesamtleistung in vielen Fächern, wie sie sich in der Abiturdurchschnittsnote zeigt, sondern vor allem die Noten in bestimmten, im Hinblick auf die Hochschuleingangsprüfung gewichteten oder gewünschten Fächern bedeutsam sind, kann erwartet werden, dass Schüler bzw. deren Eltern sich frühzeitig zu spezialisieren suchen. Bislang ist in erster Linie ausschlaggebend für die Wahl des Gymnasiums die Wohnortnähe, insbesondere in der Fläche.

Der eigentliche Zwang zu vorverlagerten Spezialisierung würde sich aber künftig auf die 10. Klasse vor Eintritt in die Oberstufe konzentrieren.

Spätestens hier wird die Frage, welche Leistungskurse und welche Fächer wähle ich, bedeutsam sein. Da stellen sich natürlich mehrere Probleme. Lassen sich solche frühzeitigen Spezialisierungen noch korrigieren, wenn sich der Berufswunsch ändert? Was bedeutet dies für den Allgemeinbildungsauftrag von Schule. Trägt diese Konzentration tatsächlich zu einer höheren Studierfähigkeit bei.

2. Es besteht ferner die Gefahr der Vernachlässigung scheinbar irrelevanter Fächer. Es stellt sich die Frage: Gibt es durch das Hochschuleingangsverfahren Verlierer unter den Schulfächern, also unter den Fächern, die das utilitaristische Kriterium der Verwertbarkeit scheinbar nicht erfüllen, also von der objektiven Erwartung her scheinbar keinen Beitrag zu einer besseren Vorbereitung auf die Hochschuleingangsprüfung leisten. Ich denke an musische Fächer, Sport, Gesellschaftswissenschaften, Religion, Ethik, aber natürlich auch an die Vielzahl von Wahlangeboten, die man bisher sozusagen aus Neigung mitgenommen hat, die aber dann vielleicht wegen der notwendigen Konzentration im Hinblick auf das angestrebte Studium hinter den „wichtigen Fächern“ zurückstehen müssen.

3. Ich sehe weiter die Gefahr einer Zurückdrängung fachlicher Inhalte zugunsten sog. basaler Persönlichkeitskompetenzen. Wenn es richtig ist, dass die Testung fachlicher Inhalte in Hochschuleingangsprüfungen keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle spielt und gleichzeitig, Stichwort Auswahlgespräche, verbale Präsenz, Selbstdarstellungs- und Kommunikationsfähigkeit einen größeren Stellenwert einnehmen, wird es auch schwieriger sein, in der Schule auf der unabdingbaren Voraussetzung eines umfangreichen Orientierungs- und Fachwissens für erfolgreiche Bildungsprozesse zu bestehen. Ich habe vor ein paar Tagen einen Bericht gelesen über die Erfahrungen in der Wirtschaft mit Assessmentcentern und da ist festzustellen, dass dort eine gewisse Ernüchterung einkehrt, weil der laute Selbstvermarkter den stillen Analytiker, den leistungsfähigen Analytiker häufig aussticht und verdrängt. Wir betreiben derzeit in der Schule die berechnete Auf-

wertung mündlicher Leistungen etwa in den Fremdsprachen. Ich weiß aber nicht, ob dieser Weg, insgesamt auf alle Fächer angewandt, tatsächlich zu mehr Qualität führt. Einhergehen könnte eine Zurückdrängung harter schriftlicher zugunsten weicher mündlicher Prüfungen, sage ich einmal überspitzt formuliert.

4. Nicht auszuschließen ist künftig, dass sich neben oder nach dem Abitur Vorbereitungspaukurse auf Hochschuleingangsprüfungen etablieren. Wir kennen das im Bereich der juristischen Fakultäten. Ich nehme an, dort hat sich nichts geändert seit meiner eigenen Studienzeit an diesen Kursen, die für jedenfalls einen großen Prozentsatz von Studenten zum Bestehen des Staatsexamens als notwendig angesehen werden, als passgenaue Crashkurse, die auf erstrebte Abschlusszertifikate vorbereiten. Die Entwicklung, dass sich nach dem Abitur solche private Anbieter etablieren, wird die Entwertung des Abiturs fördern bzw. das Abitur wird nur noch gesehen als etwas, was zwar notwendig ist, aber die eigentliche Vorbereitung auf die Hochschuleingangsverfahren beginnt dann später. Ich lasse einmal Begleiterscheinungen wie den Zeitverlust, der sich dadurch ergibt, beiseite. Solche Verfahren wirken im Übrigen kontraproduktiv zur angestrebten Schulzeitverkürzung.

5. Wenn es, wie ich bereits mehrfach gesagt habe, künftig so sein wird, dass nicht mehr die Abiturdurchschnittsnote das Wichtigste ist, sondern ich brauche einfach das Abitur, um am weiteren Hochschuleingangsverfahren teilnehmen zu können, wird der Fokus darauf gerichtet werden, wo bekomme ich das Abitur zu günstigsten Preisen bzw. Bedingungen. Denn danach beginnt erst die eigentliche Vorbereitung auf die Hochschuleingangsprüfung. Dies bedeutet übrigens auch eine Konterkarierung einer angestrebten Stärkung der Allgemeinbildung.

6. Es ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass es eine noch größere Koppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg geben wird. Wenn Sie sehen, worauf bei den Hochschuleingangsverfahren Wert gelegt wird, also auf die Einbeziehung von Praktika, von Auslandsaufenthalten, von Zusatzqualifikationen, dann möchte ich darauf hinweisen, dass dies Chancen sind, die nicht alle Elternhäuser ihren Kindern ermöglichen können. Nicht zuletzt machen wir auch die Erfahrung, dass Kinder aus den sog. oberen Dienstklassen meistens ein höheres Selbstbewusstsein haben, eine höhere Verbalisierungsfähigkeit haben als Jugendliche aus den, – es ist ein hässlicher Begriff, aber er hat sich so etabliert, – aus den unteren Dienstklassen, was letztere bei bestimmten Verfahren der Studierendenauswahl weiter benachteiligt.

Positive Rückwirkungen von Studiaauswahlverfahren auf Schule

1. Bei den möglichen positiven Rückwirkungen, die man nicht beiseite lassen soll, möchte ich vor allem auf Folgendes hinweisen: Wir haben ein großes Problem an den Gymnasien, ich stelle das auch immer wieder fest, wenn ich Abiturzeugnisse verteile, dass sich 40 Prozent der Abiturienten noch keine genauen Gedanken darüber gemacht haben, was sie einmal werden wollen. Ich frage jeden, dem ich das Abiturzeugnis gebe, was machst du jetzt, was studierst du, und 40 Prozent wissen noch nicht genau, welchen Weg sie einschlagen wollen. Es könnten natürlich fachspezifische Hochschulauswahlverfahren diese notwendige rechtzeitige Orientierung, bezogen auf die Studien- und Berufswahl verbessern, wodurch ein tatsächliches Defizit des jetzigen Schulsystems zumindest entschärft werden könnte.

2. Die Selbstverantwortlichkeit für den eigenen Bildungsprozess könnte sich bei den angehenden Abiturienten verstärken, weil solche Hochschuleingangsprüfungen diese frühzeitig damit konfrontieren, wie es nach dem Abitur weitergehen soll. Bisher ist das Abitur das Ende des Horizonts im schulischen Blickfeld der Jugendlichen, danach erst orientiert man sich neu, wird der Blick ins weitere Leben geöffnet.

3. Wenn ich weiß, dieses Fach brauche ich auf jeden Fall später auch noch und die Note darin ist wichtig, bin ich hier leistungsbereiter. Vielleicht stecken darin Chancen für eine höhere Lernmotivation unserer Gymnasiasten.

Abschließende Bemerkung

Es wäre fatal, wenn sich durch Hochschuleingangsverfahren eine Abkoppelung der Hochschule von den abgebenden Schularten einstellen würde. Fatal wäre es, wenn die aufnehmenden Bildungsinstitutionen, die Hochschulen, weil sie sich auf die Eingangsprüfungen konzentrieren, nicht mehr im Blick haben, was denn Schule vermittelt und auf der anderen Seite natürlich auch das Gymnasium die Hochschule aus dem Blick verliert, weil deren Auswahlkriterien undurchschaubar sind. Meine große Erwartung ist, dass dieser Brückenschlag enger werden muss, ob mit oder ohne Hochschuleingangsverfahren, dass die Hochschule noch stärker darauf achten muss, was Schule vermittelt und dass natürlich Schule sich stärker darauf konzentrieren muss, was Hochschulen erwarten. Letztendlich wird die Praxis entscheiden, ob das Abitur seinen Stellenwert behalten wird, ich bin da aber durchaus optimistisch.

Zulassungsverfahren als integralen Bestandteil des Studiums verstehen – Beispiel der Leuphana Universität Lüneburg

Prof. Dr. Sascha Spoun und Sebastian Litta

1. Ein Studium fürs Leben

Die Leuphana Universität Lüneburg hat im Herbst 2007 die ersten knapp 1.400 Studierenden in einen neuen Studiengang, den Leuphana Bachelor, aufgenommen. Mit diesem Studienmodell, das den Zielen des Humanismus, der Nachhaltigkeit und der Handlungsorientierung verpflichtet ist, will die Universität ihren Beitrag zur Reform der Lehre innerhalb des Bologna-Prozesses leisten. Im Leuphana Bachelor, der im College der Universität angesiedelt ist, wählen die Studierenden ein Haupt- und ein Nebenfach (Major und Minor), wobei diese in der Regel frei kombinierbar sind. Der Fachwahl voraus geht ein gemeinsames erstes Semester für Studierende aller Fächer, in dem die Studierenden durch Beschäftigung mit Mathematik, Statistik, Forschungsmethoden, Philosophie und Geschichte sowie dem Thema „Wissenschaft trägt Verantwortung“ nicht nur die Methoden des akademischen Arbeitens erlernen, sondern auch den Habitus des Studierens herausbilden sollen. Im ebenfalls fächerübergreifenden Komplementärstudium werden die Studierenden aufgefordert, über die Grenzen ihres Faches hinaus zu studieren und regelmäßig ihre Perspektive zu wechseln. Sie belegen dort Kurse aus verschiedenen Disziplinen, die das Haupt- und Nebenfach ergänzen und kontrastieren. Ziel des Colleges ist es, die Studierenden auf die Übernahme von Verantwortung für die Gesellschaft vorzubereiten.

2. Anforderungen im deutschen Hochschulsystem

Jedes Studium muss in einem Zusammenhang aus zumindest vier einander folgenden Phasen verstanden werden. Zunächst geht es um die Informations- und Vorentscheidungsphase, also um die Frage was und wo studieren? Zweiter Schritt ist das eigentliche Zulassungsverfahren und die Entscheidung für eine Hochschule. Dem folgt das Studium, und anschließend bleiben die Studierenden als Alumnae und Alumni der Hochschule verbunden.

Die Leuphana Universität Lüneburg wendet daher seit 2007 ein neues, umfangreiches Zulassungsverfahren für den gesamten Bachelorbereich an, dessen Elemente – Hochschulzugangsberechtigungsnote (HZB), Englisch-Kenntnisse, Gespräch, schriftlicher Test und außerschulisches Engagement¹¹ – dem Zusammenspiel von verschiedenen Begabungen und Voraussetzungen für ein Studium Rechnung tragen. Die zielgerichtete und umfassende Information der Bewerberinnen und Bewerber im Vorfeld ist dabei immer Voraussetzung für ein erfolgreiches Studium. Die einzelnen Bestandteile des Zulassungsverfahrens sind in Grafik 1 dargestellt¹².

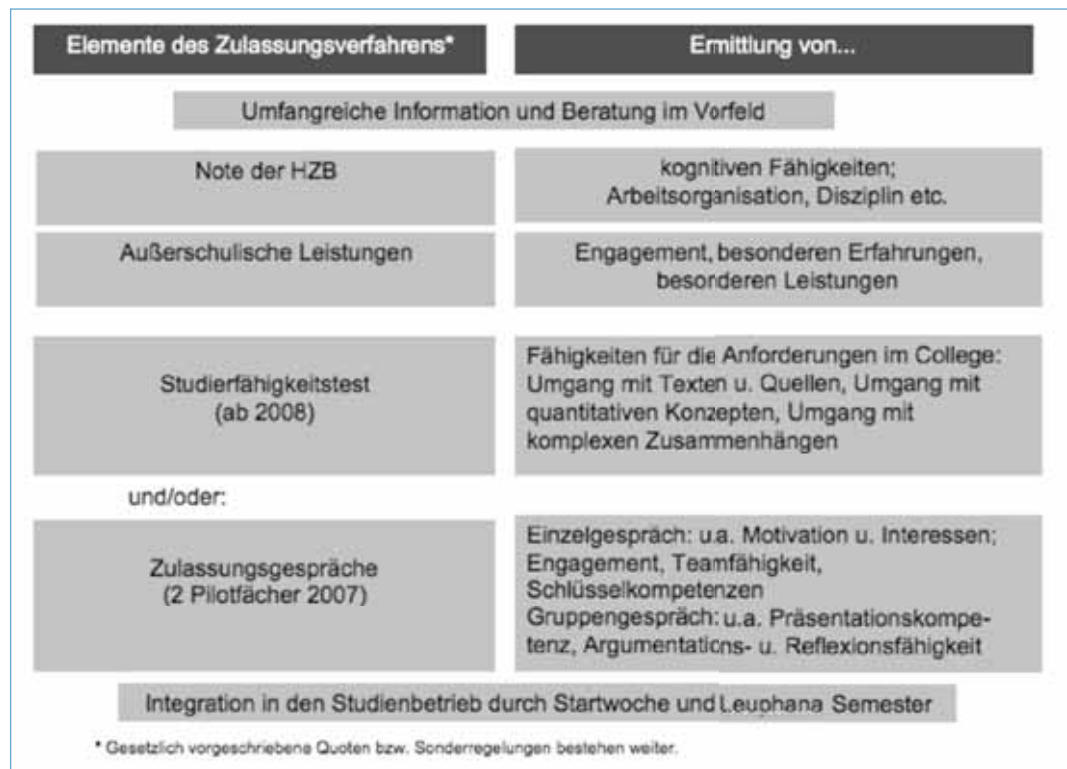
Die Hinwendung zum Thema Studierendenauswahl hat mehrere besondere Gründe. Hochschulen sind heute nicht mehr gleich, sondern unterscheiden sich aufgrund ihrer Forschungsleistungen, ihres Studienverständnisses, ihres Leistungsangebots, ihrer Mitglieder, deren Vorbildung und Aktivitäten, ihres Entwicklungspfad, ihrer Universitätskultur etc. Häufig wird das das jeweils

¹¹ Alle gesetzlichen vorgeschriebenen Quoten und Sonderregelungen bleiben weiterhin bestehen.

¹² Die Englisch-Kenntnisse gehören nicht in das Zulassungsverfahren, sondern sind Teil des Zugangsverfahrens, d.h. zwingende Voraussetzung für die Aufnahme eines Studiums in Lüneburg, unabhängig von einer Wettbewerbssituation um Studienplätze, in der das Zulassungsverfahren greifen würde. Daher werden sie in der Grafik nicht dargestellt.

eigene Profil genannt. Gerade für mittelgroße Universitäten wie die Leuphana Universität Lüneburg mit ca. 1.400 Anfängern im Bachelor und ca. 600 Plätzen im Master ist dies eine notwendige Aufgabe, im Zeitalter großer Veränderungen im deutschen Hochschulsystem und eines zunehmenden Wettbewerbs um Studierende, Lehrende und finanzielle Ressourcen gerade für öffentliche Hochschulen. Ein anspruchsvolles Zulassungsverfahren hilft, diese Profilbildung zu unterstützen (Wissenschaftsrat, 2004, S. 29).

Abb. 01 Das Zulassungsverfahren der Leuphana Universität Lüneburg



Hochschulen werden durch die von ihnen durchgeführte Auswahl stärker gefordert, sich um die Betreuung ihrer Studierenden zu kümmern, Abbrecherquoten zu senken und mehr Studierende zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Hier ist es wichtig, so früh wie möglich, die Studieneignung und -motivation der Studierenden bzw. der potenziellen Studierenden festzustellen. Durch ein Zulassungsverfahren wird ja keineswegs die Zahl der Studienplätze verringert, stattdessen wird die Wahrscheinlichkeit für ein inspirierendes wie erfolgreiches Studium für alle Studierenden erhöht. Die Bewerberinnen und Bewerber erhalten rechtzeitig ein realistisches und ganzheitliches Bild von den Anforderungen im Studium, dies soll und muss eine Aufgabe öffentlicher Universitäten sein.

3. Schritte der Entwicklung

In ausführlichen Diskussionen innerhalb einer neu gebildeten Auswahlkommission wurde gemeinsam von Vertretern der Professorenschaft, des Mittelbaus und der Studierenden unter Zuhilfenahme von externen Experten ein mehrstufiges Zulassungsverfahren entwickelt. Ausgangspunkt war die Überlegung, welche konkreten Ziele mit einem derartigen Verfahren erreicht werden sol-

len. Zum einen geht es darum, die Prognosefähigkeit des Studienerfolgs, die traditionell über die Hochschulzugangsberechtigungsnote abgedeckt wird, zu verbessern. Diese Prognosefähigkeit soll sich aber nicht nur auf ein spezielles Studienfach beziehen, sondern auf das spezielle, überfachliche Lüneburger Studienmodell. So sind u.a. auch verpflichtende Englischkenntnisse Teil der Zugangsvoraussetzungen geworden. Damit wird nicht nur den Anforderungen des Studiums Rechnung getragen, für das Englisch längst zur lingua franca geworden ist, sondern auch den beruflichen Anforderungen einer globalisierten Welt. Zum anderen sollen weitere für das Studium wichtige Ziele durch das Zulassungsverfahren erreicht werden: eine hohe Motivation für das angestrebte Studium und eine Diversität der Studierendenschaft. Vorteile eines gut gemachten Zulassungsverfahrens sind bekannt: „Eine gelungene (Aus-)Wahl wirkt sich positiv auf das Leistungsverhalten, die Zufriedenheit und damit das Wohlbefinden der Studierenden aus und schlägt sich durchschnittlich in besseren Noten, kürzeren Studienzeiten und geringeren Studienabbruchquoten nieder“ (Schuler & Hell, 2008, S. 11).

4. Anforderungen

Da das Studienverständnis im Leuphana College nicht auf fachliche Lehrveranstaltungen beschränkt ist, sondern die Zusammenarbeit unter den Studierenden, die Selbständigkeit im Studium, fachliche Perspektivwechsel und vielfältige Leistungsformen jenseits von Klausuren einfordert, beinhaltet das neue Zulassungsverfahren zusätzlich zur Betrachtung der Hochschulzugangsberechtigungsnote im Wesentlichen die Honorierung von außerschulischem Engagement, die Erfassung von Motivation und sozialen Kompetenzen durch ein Einzel- und ein Gruppengespräch sowie die Messung der Studierfähigkeit für das spezielle Lüneburger Bachelorangebot durch einen Studierfähigkeitstest. Für alle Elemente des Zulassungsverfahrens gelten dabei Kriterien, die für ein erfolgreiches Verfahren anzustreben sind: 1. Validität 2. Transparenz und damit Akzeptanz 3. Objektivität und damit juristische Sicherheit 4. Geringe Verfälschbarkeit und Trainierbarkeit 5. Verhältnismäßigkeit der Gesamtkosten.

Ein Verfahren muss zunächst valide sein, da bei mangelnder Prognosefähigkeit das eigentliche Ziel verfehlt würde. Transparenz und Akzeptanz sind wichtig, damit das Verfahren sowohl innerhalb der Universität wie auch bei den Bewerberinnen und Bewerbern dauerhaft anerkannt und gestützt wird. Objektivität ist wichtig, da das Verfahren höchsten Ansprüchen genügen muss, die die Grundlage für Akzeptanz und Rechtssicherheit bilden. Objektivität heißt hier, dass das Verfahren unabhängig vom Tester oder der Testerin bei einer Wiederholung die gleichen Ergebnisse zeigen würde. Die juristische Sicherheit spielt eine große Rolle, da die Zulassung an öffentlichen Hochschulen rechtstaatlich geregelt ist und der gesetzlichen Überprüfung standhalten muss.

Eine geringe Verfälschbarkeit muss sichergestellt werden, da es gerade bei Verfahren, die auf Selbstauskunft beruhen, zu vorgetäuschter Motivation oder erfundenen Erfahrungen kommen könnte. Eine geringe Trainierbarkeit ist wichtig, um Fairness zu gewährleisten. Die Testökonomie ist ebenfalls zu berücksichtigen, sie setzt Aufwand und Nutzen ins Verhältnis, wobei der Blick auf das Studium als Ganzes gerichtet sein muss, nicht nur auf die Kosten des Verfahrens. Es ist weiterhin zu beachten, dass enorme Kosten entstehen können, wenn Studierende später feststellen, dem Studium nicht gewachsen zu sein und womöglich das Studium abbrechen müssen (Wissenschaftsrat, 2004, S. 21). Daher lohnt die Verwendung von Ressourcen zur Feststellung der Studieneignung vor einer Zulassungsentscheidung.

Dies gilt nicht nur aus Sicht der Hochschule, sondern auch aus sozialer Verantwortung gegenüber den Bewerberinnen und Bewerbern. Ein umfangreiches Zulassungsverfahren reduziert wie oben erwähnt nicht die Zahl der Studienplätze, sondern macht nur die Anforderungen kla-

rer und früher deutlich. Damit wird allen Studierenden geholfen, insbesondere denen aus Nicht-Akademiker-Familien, denen Eltern oder Geschwister vorab keine Erfahrungen aus dem Studium vermitteln können. Darüber hinaus bringt ein erfolgreich durchlaufenes Zulassungsverfahren für die neuen Studierenden ein Sicherheitsgefühl, das für die psychische Stabilisierung in der anfänglichen Phase des Studiums wichtig ist. Wer weiß, dass er die Anforderungen an das Studium erfüllt, muss nicht während der Semester bangen, ob er auch wirklich weiterkommen wird.

Um mögliche Barrieren zu senken, erstattet die Leuphana sozial bedürftigen Bewerberinnen und Bewerbern einen Großteil der Fahrtkosten zu Test oder Gespräch. Die Universität kann sich sogar eine Erweiterung dieses sozialen Faktors vorstellen, sie würde gern aus Gründen der Diversität gezielt Studieninteressierte mit z. B. mehr als drei Geschwistern oder aus Nicht-Akademiker-Familien über Zusatzpunkte im Zulassungsverfahren fördern, dies ist jedoch nach momentaner Rechtslage in Deutschland nicht erlaubt.

5. Schritte des Zulassungsverfahrens

Studieninteressierteninformation

Die Universität informiert ganzjährig über Studienmöglichkeiten und -anforderungen.

Auf Veranstaltungen in Schulen in der Region und darüber hinaus stellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Studienberatung wie auch Lehrende das Studienmodell der Leuphana vor. Ebenfalls wichtig sind die regelmäßigen Veranstaltungen mit Schülerinnen und Schülern auf dem Campus, das „Schnupperstudium“, der Studieninformationstag u. a. Da das Internet eine immer größere Rolle bei der Studieninformation spielt, ist die Webseite der Leuphana Universität vollständig neu gestaltet worden. Über Broschüren und Informationsblätter werden vertiefte Informationen über Idee, Konzept und Gestaltung des Leuphana Bachelors vermittelt. In all diesen Publikationsformen werden die Anforderungen des neuen Studienmodells dezidiert erklärt. Das Zulassungsverfahren wird auf der Webseite detailliert beschrieben, so dass alle potenziellen Bewerberinnen und Bewerber vollständig informiert werden können und wissen, was sie erwarten könnten. Es gibt die Möglichkeit, auf der Universitätshomepage schon vorab Beispielaufgaben aus dem Studierfähigkeitstest zu üben, und ein Podcast informiert ab Juli über den Ablauf der Zulassungsgespräche. Nicht zuletzt wird das Angebot, sich persönlich auf dem Campus zu informieren von Studieninteressierten aus ganz Deutschland wahrgenommen.

Honorierung außerschulischen Engagements und besonderer Leistungen

Im Lüneburger Zulassungsverfahren wurde die Möglichkeit geschaffen, durch außerschulisches Engagement oder eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung den durch die Hochschulzugangsberechtigungsnote erreichten Punktwert zu verbessern. Wer also z. B. Schulsprecherin gewesen ist, eine besondere Fremdsprache erlernt oder ein freiwilliges soziales Jahr absolviert hat, kann seine Position auf der Zulassungsrangliste verbessern. Dieses Zulassungselement dient vor allem dem Ziel der Diversität, aber auch der Anerkennung der außerschulischen Leistungen als wichtige Voraussetzung für eine aktive und engagierte Studierendenschaft. Es zeigt den Schülerinnen und Schülern, dass ihre gesamten Leistungen angesehen werden und nicht nur die Schulnote. Zudem erfordert das Leuphana College aufgrund der fachlichen Breite seines Angebots, der großen Wahlfreiheit und der innovativen, auf Eigeninitiative beruhenden Lehrformate, z. B. der von Studierenden selbst gestalteten Konferenztage, einen hohen Grad an Selbständigkeit und Engagement jenseits des Pflichtprogramms.

Zur Sicherstellung von Objektivität und Transparenz sind die Bereiche, in denen man Punkte erhalten kann, stark standardisiert und begrenzt. Auch um die Auswertung und Überprüfung der

durch die Studierenden angegebenen Engagements handhabbar zu gestalten, fand eine Begrenzung auf wenige Kategorien statt. In einer Zusammenfassung der ersten Erfahrungen kann gesagt werden, dass dieses Element des Zulassungsverfahrens sehr gut angenommen wurde. Es gab viele positive Rückmeldungen seitens Studieninteressierter, die erfreut zur Kenntnis nahmen, dass sie verschiedene Talente und Interessen einbringen können. Gleichzeitig hat eine nachweisliche Verschiebung der Rankingpositionen stattgefunden, so dass festgehalten werden kann, dass das gesteckte Ziel hier erreicht werden konnte.

Zulassungsgespräche

Um insbesondere die Motivation als auch die Sozialkompetenzen der Studienbewerberinnen und -bewerber kennenzulernen, sind Gespräche als Teil des Zulassungsverfahrens konzipiert worden. Die aufgrund der durch HZB-Note und Engagement erreichten Punkte erfolgreichsten Bewerberinnen und Bewerber werden zu einem Gespräch eingeladen. Im Sommer 2007 fand ein erster Pilot für die Fächer Wirtschaftsrecht und Sozialarbeit/Sozialpädagogik statt. Dabei wurde in einem Einzelgespräch zunächst nach der Studienmotivation gefragt. In einem Gruppengespräch sollten die Bewerberinnen und Bewerber dann in einer Vierergruppe in einem kurzen Impulsreferat ein kontroverses Thema vorstellen und dann gemeinsam darüber diskutieren.

In der Auswahlkommission waren Leitfäden für die Gespräche entwickelt worden. Denn unstrukturierte Zulassungsgespräche zeigen eine nur geringe Validität und werfen außerdem die Frage nach ihrer Transparenz und Fairness auf, und damit auch nach der Rechtssicherheit (Hell, Trappmann & Schuler, 2008, S. 49). Daher entschied sich die Auswahlkommission für stark strukturierte Gespräche. In den Einzelgesprächen fragen die Interviewerinnen und Interviewer anhand eines formalisierten Leitfadens und bewerten die Antworten anhand typischer Itembeschreibungen. Im Gruppengespräch, das von zwei Beobachterinnen oder Beobachtern begleitet wird, gibt es ebenfalls feste Kategorien der Bewertung. Am Ende wird jede Bewerberin und jeder Bewerber von drei verschiedenen Mitgliedern der Universität bzw. Experten aus der Berufspraxis bewertet. Zusätzlich werden die Gespräche von Protokollantinnen und Protokollanten beobachtet, um die Gleichbehandlung sicherzustellen.

Bei den Pilotgesprächen im August 2007 konnten folgende Beobachtungen gemacht werden:

- Organisation: Die Universität ist trotz anfänglicher Vorbehalte in der Lage, ein derart komplexes Verfahren zu organisieren, ein kritischer Punkt ist jedoch die Verfügbarkeit von genügend Lehrenden, die interviewen und beobachten.
- Feedback: Die Bewerberinnen und Bewerber haben die Gespräche sehr positiv wahrgenommen und bewertet. Auch von den Lehrenden kam viel positives Feedback.
- Ergebnis: Die Zahl der Zugelassenen, die den angebotenen Studienplatz angenommen hat, ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Bei Sozialarbeit/Sozialpädagogik lag die Einschreibequote sogar bei über 90 Prozent.
- Langfristige Beobachtung: Eine weitergehende Validitätsprüfung muss langfristig erfolgen, hierzu wird erst in einigen Jahren ein umfassender Bericht vorliegen können.
- Skalierbarkeit: Kritisch zu hinterfragen ist, ob man an einer öffentlichen Hochschule ein derartiges Verfahren auf die gesamte Erstsemesterkohorte ausdehnen kann. Schon Schmidt-Atzert und Krumm weisen darauf hin, dass Zulassungsgespräche für Hochschulen sehr aufwändig sind (Schmidt-Atzert & Krumm, 2006), wobei an keiner anderen Stelle des Studiums als zu Beginn die Zeit der Lehrenden so gewinnbringend eingesetzt werden kann.

- **Identifikation:** In einer Langzeitstudie zu überprüfen wäre, ob wie in anderen Studien festgestellt, die „Hochschullehrer sich mit den von ihnen selbst mit Hilfe von Interviews ausgewählten Personen identifizieren und stärker für deren Förderung verantwortlich fühlen.“ (Heine, Briedis, Didi, Haase & Trost, S. 25) Dies wäre eine sehr positive Voraussetzung für das Studium.

Studierfähigkeitstest

Ab dem Wintersemester 2008/09 wird an der Leuphana Universität erstmals ein schriftlicher Studierfähigkeitstest durchgeführt. Über den Studierfähigkeitstest können Studierende – genau wie bei den Gesprächen – im Zulassungsverfahren zusätzliche Punkte sammeln, die ihnen für eine positive Zulassungsentscheidung größere Chancen einräumen. Genau wie bei den Gesprächen werden zum Test diejenigen Bewerberinnen und Bewerber eingeladen, die aufgrund der HZB-Note und des Engagements die meisten Punkte sammeln konnten.

Der Studierfähigkeitstest soll die Studieneignung messen, wird und kann jedoch die die Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung als Kriterium nicht ersetzen. Stattdessen soll er helfen, die Prognosefähigkeit dieser Note zu verbessern und die spezifischen Anforderungen des Leuphana Bachelors zu beachten. Internationale Vergleichsstudien zeigen, dass eine Kombination aus Schulnoten und Studierfähigkeitstest die höchstmögliche Prognosekraft bringt (Trost & Haase, 2005). Eine Ergänzung der Schulnoten wird prinzipiell für notwendig erachtet, da es hier weit verbreitete Ungleichheiten gibt. Zum einen sind in Deutschland Unterschiede in den schulischen Anforderungsniveaus je nach Bundesland zu beobachten, aber auch innerhalb der verschiedenen Schulformen. Schließlich gibt es selbst innerhalb der gleichen Schule massive Unterschiede. In einer Abiturklasse gibt es Schülerinnen und Schüler, die für sie schwierige Fächer abwählen und sich im Abitur auf das konzentrieren, was ihnen leicht fällt. Andere wollen bewusst die herausforderndsten Fächer belegen. All diese Entscheidungen sind legitim, führen jedoch zu schwerer Vergleichbarkeit. Aus diesen Gründen hat sich die Leuphana Universität für einen Studierfähigkeitstest entschlossen. Darüber hinaus ist diese Entscheidung aufgrund des besonderen Studienmodells getroffen worden, das spezielle Anforderungen stellt an die schriftliche Ausdrucksfähigkeit, an den Umgang mit quantitativen Konzepten und an die Fähigkeit, logische Schlussfolgerungen zu ziehen. Dabei nutzt die Universität externe Expertise und hat die Testentwicklung extern ausgeschrieben. Wichtig war jedoch, dass Testentwickler und Universität gemeinsam die Anforderungen für die Testinhalte formuliert haben. Der Lüneburger Test ist ein studiengangspezifischer Test, abgestimmt auf das besondere Lüneburger Studienmodell. Erfragt werden die Fähigkeiten, die für ein erfolgreiches Studieren im Leuphana Bachelor notwendig sind. In diesem Studienmodell macht das eigentliche Hauptfach nur 50 Prozent aller Studienleistungen aus. Die andere Hälfte teilt sich auf überfachliche Elemente und ein Nebenfach auf. Daher gibt es keine einzelnen fachspezifischen Anforderungen im eigentlichen Sinne, die für ein insgesamt erfolgreiches Studium hinreichende Voraussetzung sein könnten.

Ein Studierfähigkeitstest bringt maximale Objektivität, Transparenz und Fairness. Eine Trainierbarkeit wird nicht als wahrscheinlich angesehen, da die Aufgaben so konstruiert sind, dass man sich auf die Inhalte nicht vorbereiten kann. Es geht um langfristig erworbene Fähigkeiten. Um aber eine klare Vorstellung von den zu erwartenden Fragen zu vermitteln, werden allen Bewerberinnen und Bewerbern vorab Beispielaufgaben zur Verfügung gestellt, so dass sich alle gleichermaßen auf die Anforderungen der Aufgaben einstellen können. Zur Ökonomie eines Studierfähigkeitstests muss differenziert werden. Während die Testentwicklung verhältnismäßig aufwändig ist, ist die Durchführung als mittelaufwändig einzustufen und die Auswertung als sehr preiswert, da

die Testergebnisse maschinell ermittelt werden können. Jahrelange Erfahrungen anderer Hochschulen mit derartigen Tests zeigen außerdem, dass sie juristisch nicht angreifbar sind. Grenzen hat der Test jedoch an den Stellen, an denen es bisher noch keine validen Messkonzepte gibt. So unterscheidet sich der Lüneburger Studierfähigkeitstest zwar von einem herkömmlichen Intelligenztest, indem er auch kritisches Urteilen beinhaltet, jedoch kann er – wie andere anerkannte Tests – Eignungsdimensionen wie Kreativität nicht messen.

Über die Ergebnisse des Tests können bisher noch keine Aussagen gemacht werden, da er im Sommer 2008 das erste Mal durchgeführt werden wird. Die Logistik dafür wird momentan vorbereitet. Anfang August werden dann knapp 2.000 in der Vorauswahl durch HZB-Note und Engagement erfolgreiche Bewerberinnen und Bewerber eingeladen, am Test teilzunehmen. Erfahrungen aus den Gesprächen zeigen, dass nicht alle eingeladenen Bewerberinnen und Bewerber erscheinen. Vielmehr nehmen vor allem die motiviertesten Personen teil.

Schließlich sollen noch zwei weitere Effekte nicht unterschätzt werden, die sowohl für Test als auch für Gespräche gelten. Erstens gelingt es der Leuphana mittels dieser zusätzlichen Zulassungselemente, Studieninteressierte auf den Campus einzuladen. Somit kann diese Auswahlstufe auch dazu dienen, möglicherweise noch unentschlossene Bewerberinnen und Bewerber in ihrem Wunsch, an der Leuphana zu studieren, zu bestärken. Zweitens helfen beide Zulassungsmechanismen den Studieninteressierten sich über ihre Studienentscheidung und -motivation klar zu werden. Will ich wirklich ein Universitätsstudium aufnehmen? Waren die analytischen Aufgaben im Test nicht einfacher als ich es mir vorgestellt habe und könnte ich mir nicht vielleicht ein anderes Nebenfach zutrauen, als ursprünglich geplant? Die Beschäftigung mit der Frage nach der Aufnahme eines Studiums wird somit intensiver, es ergeben sich auch für die Studieninteressierten neue Beobachtungspunkte. Aufgrund des verbreiteten Informationsdefizits unter Studieninteressierten (Heine, Briedis, Didi, Haase & Trost, 2006) kann die Teilnahme an einem Gespräch oder einem Test für die Schülerinnen und Schüler einen Mehrwert bringen, da die Hochschule optimale Chancen hat, sich selbst in direkter Form zu präsentieren. Letztlich geht es für die Studieninteressierten darum, die möglichen Kosten einer Fehlentscheidung zu vermeiden. Mit der Teilnahme an Gesprächen oder einem Test kann wie oben erwähnt die Wahrscheinlichkeit für ein erfolgreiches Studium erhöht werden.

6. Nächste Entwicklungsschritte

Die verschiedenen Elemente des neuen Zulassungsverfahrens werden ständig evaluiert und verbessert. Feedback von Bewerberinnen und Bewerbern, von Lehrenden und von externen Experten hilft, das Verfahren zu verfeinern. Langfristig soll eine umfassende Begleitforschung hinzukommen, die die weiteren Entwicklungswege der durch das neue Verfahren Zugelassenen untersucht. Das neue Zulassungsverfahren soll helfen, die Qualität in Studium und Lehre zu verbessern. Mit einer durch Studienreform, neue Forschungs- und Lehrschwerpunkte attraktiver werdenden Universität, wird auch das Zulassungsverfahren wichtiger werden, um unter einer wachsenden Zahl an Bewerbungen die geeignetsten herauszufinden. Im Wettbewerb mit anderen Universitäten kann die Beratung, Information und Auswahl von Studierenden ein profilbildendes Element sein, das letztlich der Hochschule zu Gute kommt (Heukamp & Hornke 2008, S. 78).

Wie eingangs erwähnt, gehört das Zulassungsverfahren zu einem Gesamtkonzept und kann nicht isoliert betrachtet werden. Die Beratungs- und Informationsangebote zum Studienmodell werden sukzessive ausgebaut, so dass alle Bewerberinnen und Bewerber vorab genau informiert sind, was sie im Studium und im Zulassungsverfahren erwarten wird. Das Studienkonzept, dessen erster Jahrgang gerade sein zweites Semester beendet, wird begleitend erforscht

und weiter verbessert. Als Ziel steht ein anerkanntes Studienmodell, bei dem Studium und Zulassung eng verzahnt sind und das für Universität und Studierende die bestmöglichen Entwicklungschancen bietet.

Literatur

Wissenschaftsrat (2004): Empfehlungen zur Reform des Hochschulzugangs. 5920/04.

Schuler, H. & Hell, B. (2008): Studierendenauswahl und Studienentscheidung aus eignungsdiagnostischer Sicht. S. 11-17. In: Schuler, H. & Hell, B. (Hrsg.): Studierendenauswahl und Studienentscheidung. Hogrefe: Göttingen.

Hell, B., Trapmann, S. & Schuler, H. (2008): Synopse der Hohenheimer Metaanalysen. S. 43-54. In: Schuler, H. & Hell, B. (Hrsg.): Studierendenauswahl und Studienentscheidung. Hogrefe: Göttingen.

Schmidt-Atzert, L. & Krumm, S. (2006): Professionelle Studierendenauswahl durch die Hochschulen – Wege und Irrwege. S. 297-308. In: reportpsychologie, Nr. 31, 6/7 2006.

Heine, C., Briedis, K., Didi, H.-J., Haase, K. & Trost, G. (2006): Auswahl- und Eignungsfeststellungsverfahren beim Hochschulzugang in Deutschland und ausgewählten Ländern. Eine Bestandsaufnahme, HIS Kurzinformation A3/Juni 2006.

Trost, G. & Haase, K. (2005): Hochschulzulassung: Auswahlmodelle für die Zukunft. Schriftenreihe der Landesstiftung Baden-Württemberg. Essen, Stuttgart.

Heukamp, V. & Hornke, Lutz F. (2008): Self-Assessment – Online-Beratung für Studieninteressierte. S. 78-84. In: Schuler, H. & Hell, B. (Hrsg.): Studierendenauswahl und Studienentscheidung. Hogrefe: Göttingen.

Bericht über die Ergebnisse im Themenschwerpunkt IV (Workshop)

Dr. Michael Leszczensky

Wettbewerb und Differenzierung des Hochschulsystems

Wir haben im Rahmen unseres Workshops festgestellt, dass hochschuleigene Auswahlverfahren ein wichtiges Wettbewerbselement sind. Dabei ist auch deutlich geworden, dass Wettbewerbselemente nur innerhalb eines wettbewerblichen Systems sinnvoll sind. Es hat wenig Sinn, innerhalb eines hochgradig standardisierten Systems, das wir aus den letzten Jahrzehnten in Deutschland kennen, Auswahlverfahren einzuführen. Nur in einem differenzierten Hochschulsystem ist es wichtig, dass die Hochschulen sich ihre Studierenden selbst auswählen können. Funktion und Wirkung von Auswahlverfahren sind insofern von vielen Rahmenbedingungen abhängig.

Differenzierungstendenzen gibt es im Hochschulsystem auf mehreren Ebenen. Differenzierung ist auf der einen Seite Ergebnis unterschiedlicher Möglichkeiten der Hochschulen, ihre Ressourcen zu sichern bzw. zu steigern. In dieser Hinsicht hat der zunehmende Wettbewerb zu Veränderungen geführt. Unterschiedliche Drittmiteinnahmen, der Erfolg bei der Exzellenzinitiative, die länderspezifische Einführung von Studienbeiträgen sowie das Ergebnis leistungsbezogener Zuweisung der Landeszuschüsse wirken sich in diesem Sinne aus. Differenzierung meint auf der anderen Seite aber auch den Verzicht auf die Einheitlichkeit in der Gestaltung der Studiengänge, was mit dem Bologna-Prozess eingeleitet worden ist.

Horizontales und vertikales Allokationsproblem

Im Rahmen des Workshops ist herausgestellt worden, dass es Allokationsprobleme auf zwei Ebenen gibt:

- Als horizontales Allokationsproblem betrachten wir das Problem der Passung von Studienbewerbern in bestimmten Angebotskontexten. In diesem Kontext geht es darum, ein Optimum zu finden im Verhältnis von Nachfrage und Angebot, von Interessen und Profilen der Studienbewerber und Zuschnitt der Studiengänge.
- Nicht zu übersehen ist allerdings, dass im Differenzierungsprozess in der deutschen Hochschullandschaft auch eine vertikale Allokationsfunktion zu sehen ist, in dem Sinne, dass es künftig Universitäten und auch Fachhochschulen geben wird, die die für sie besten Studierenden abschöpfen können, und andere, die dann die zweite und dritte Wahl haben.

Information über Auswahlkriterien

Es ist bei der künftigen Ausformung von Verfahren zur Studierendenauswahl auch mit der Verwendung einer Vielfalt von Auswahlkriterien zu rechnen. Es ist in der Diskussion betont worden, dass die Schulabschlussnote eigentlich noch immer der wichtigste Einzelprädiktor für Studienerfolg ist, dass er aber angesichts der vielschichtigen Allokationsprobleme nicht mehr allein ausreicht. Es müssen andere Kriterien hinzukommen und hier wird es möglicherweise auch eine neue Unübersichtlichkeit geben. Damit verbunden ist ein Verlust an Transparenz, was auszugleichen ist durch ein Mehr an systematischer Information und durch neue Instrumente der Information für Studienbewerber. Im Hinblick auf die Kurswahl in der Sekundarstufe II ist es wichtig, dass sich eine gewisse Verlässlichkeit bei der Nutzung von Auswahlkriterien einstellt. D. h. Schüler, die eine bestimmte Kursauswahl treffen, weil dies zum Zeitpunkt ihrer Wahl als günstig im Hinblick auf Aus-

wahlchancen für bestimmte Studiengänge gilt, müssen damit rechnen können, dass sie damit dann auch zwei Jahre später noch einen gewissen Erfolg in Auswahlverfahren haben werden.

Auswahl bei Bewerberüberhang und Ausschluss bei vorhandenen Kapazitäten

Unterschieden wird bei den Auswahlverfahren zwischen relativer Auswahl bei Bewerberüberhang und Ausschluss bei vorhandenen Kapazitäten. Das ist ein großer Unterschied:

- Ausschluss bei vorhandenen Kapazitäten ist rechtlich eigentlich nur möglich bei Feststellung einer Nicht-Eignung, und an eine solche Feststellung sind erhebliche Bedingungen geknüpft.
- Relative Auswahl bedeutet dagegen, dass Kriterien bestimmt werden, nach denen die Bewerber gereiht werden. Es werden dann bei Bewerberüberhang nur soviel Bewerber zugelassen wie möglich. Ab einer entsprechenden Position in der Reihung haben dann diejenigen das Nachsehen, die diese Kriterien am wenigsten erfüllen.

Aufgrund der demographischen Entwicklung werden wir ca. 2015 noch einen Peak und danach einen deutlichen Rückgang der Bewerberzahlen zu erwarten haben. Dies wird nach Einschätzung der Experten auch durch stärkere Bildungsmobilisierung nicht zu kompensieren sein. Dann haben wir bundesweit das Problem rückläufiger Studiennachfrage zu lösen. Zurzeit haben wir dieses Problem schon in einigen der neuen Länder wie z. B. in Sachsen, wo wir den genannten Peak schon erreicht haben und wo man jetzt schon anders an diese Fragestellung herangehen muss als in anderen Ländern.

Aufgrund dieser Situation werden Verfahren relativer Auswahl im Hinblick auf bessere Passung wirkungslos, der gewünschte Effekt von Auswahlverfahren wird durch die demografische Entwicklung ausgehebelt. Die Möglichkeiten von Ausschlussverfahren durch Feststellung von Nicht-Eignung müssten noch rechtlich untermauert werden. Es fehlt insofern noch an einer Abstimmung zwischen Zulassungsrecht (Kriterien für Bewerberauswahl) und Kapazitätsrecht.

Mögliche Rückwirkungen von Auswahlverfahren auf die Schule

Im Hinblick auf mögliche Rückwirkungen auf die Schule wurden in unserem Workshop sowohl positive als auch negative Einflüsse auf das Schulsystem identifiziert. Dies kann hier nur exemplarisch benannt werden:

- Als positive Rückwirkung könnte man ansehen, dass sich die Schüler frühzeitig auf einen Beruf hin orientieren. Bekannt ist ja, dass in der Oberstufe, auch noch in der 12./13. Klasse, einem Großteil der angehenden Abiturienten noch die berufliche Orientierung fehlt und die Entscheidung für eine Ausbildung oder ein Studium schwer fällt. Wenn Auswahlverfahren die Wirkung hätten, dass dieser Orientierungs- und Entscheidungsprozess etwas eher einsetzt, kann man dies als Vorteil ansehen. Damit verbunden wäre auch eine Stärkung der Selbstverantwortung junger Menschen.
- Als negative Rückwirkung könnte man ansehen, dass durch frühzeitige Orientierung auf die Auswahlverfahren auch schon sehr frühzeitig eine Spezialisierungstendenz einsetzt. Schüler werden sich in den Gymnasien sehr früh für bestimmte Fächer schon mit Blick auf den künftigen Beruf entscheiden müssen. Dadurch wird das Spektrum an Möglichkeiten auch eingeengt und es könnte auch zur Vernachlässigung scheinbar irrelevanter Fächer führen wie z. B. die musischen Fächer, Werte und Normen, Religion oder Sport.

Austausch zwischen den Institutionen Schule und Hochschule muss intensiviert werden

Ein wichtiges Ergebnis im Workshop war, dass auf jeden Fall der Austausch zwischen den Institutionen Schule und Hochschule intensiviert werden muss. Dieser Austausch kann auf der einen Seite zur Konsequenz haben, dass sich im Schulsystem eine Anpassung vollzieht und sich eine stärkere Spezialisierungstendenz mit Blick auf die Vorbereitung für die Auswahltests einstellt. Es kann aber auf der anderen Seite auch bedeuten, dass eine umgekehrte Entwicklung eintritt, dass folgende Haltung die Oberhand gewinnt: Wenn schon ein so diversifiziertes Hochschulsystem mit völlig unübersichtlichen Anforderungen besteht, dann ist es vielleicht gerade wichtig, in den Schulen wieder die Bildungsanforderungen zu standardisieren. Dies wäre immerhin eine denkbare Entwicklungsalternative. Die Erkenntnis im Workshop war in jedem Fall, dass wir hier eine langfristige Entwicklung vor uns haben.

Allokationsproblem ist nicht mit der Zulassung gelöst

Das Allokationsproblem, d. h. die von mir weiter oben angesprochene Passung von Bewerbern und angebotsbedingten Verhältnissen an der Universität oder Fachhochschule, ist nicht mit der Zulassung gelöst. Auch dies war eine wichtige Erkenntnis aus der Diskussion. Es sollten auch in der Studieneingangsphase noch Möglichkeiten der Orientierung vorgesehen werden, wofür die Universität Lüneburg ja ein gutes Beispiel ist. Dort ist im Bachelorstudium im ersten Semester noch die Möglichkeit einer Orientierungsphase gegeben, wonach man sich dann auch fachlich noch neu entscheiden kann.

Zweite Podiumsdiskussion – Resümee

Moderation: **Martin Spiewak**
Die Zeit

Teilnehmende: **Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann**
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Prof. Dr. Marion Schick
Hochschule München

Prof. Dr. Heinz Schüpbach
Universität Freiburg

Prof. Dr. Joachim Treusch
Jacobs Universität Bremen



Rahmenbedingungen, Aufwand und Nutzen der Studierendenauswahl für die Hochschulen

Eine Erkenntnis dieser Tagung besteht für **Martin Spiewak** darin, dass die Hochschulen das Steuerungsinstrument der Studierendenauswahl noch lange nicht so ausschöpfen, wie es wünschenswert ist und wie die Politik sich das gedacht hat. Die Gründe hierfür sind vielfältig; insbesondere kann die Zurückhaltung der Hochschulen auf die bestehenden Rahmenbedingungen und das Verhältnis von Aufwand und Nutzen zurückgeführt werden.

Prof. Dr. Heinz Schüpbach spricht die Inputorientierung an, die in Deutschland nach wie vor dominiert. Nach diesem Steuerungsprinzip werden die staatlichen Hochschulen belohnt für die Studierenden, die sie aufnehmen und zwar egal, wie die Hochschulen diese aufnehmen. Daher verwundere es auch nicht, dass manche deutsche Hochschulen die „Zuführung“ von Studierenden als eine Dienstleistung betrachten würden, die irgendwo erbracht werde. An die Stelle von Inputorientierung sollte Outputorientierung treten; die Hochschulen müssten eher für ihre Studienabsolventen belohnt werden. Des Weiteren lasse das Kapazitätsausschöpfungsgebot die Hochschulen zögern: Wenn die Hochschulen aufwändige Auswahlverfahren durchführten und schlussendlich könnten dennoch alle diejenigen Bewerberinnen und Bewerber, die sich als nicht

passend erwiesen hätten, ihren Studienplatz einfordern, weil noch ein freier Studienplatz vorhanden sei, konterkariere dies die hochschuleigene Auswahl der Studierenden.

Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann verweist auf den Aufwand, den die Auswahl von Studierenden für die Hochschulen bedeutet. Bei einer zehnfachen Überbuchung der Studiengänge und einer Quote von 80 Prozent, die das Studienplatzangebot dann auch annehmen würden, sei der Aufwand von Auswahlverfahren gerechtfertigt. Wenn aber die Tendenz bestehe, dass bei einem kleinen Studiengang mit zehn- bis zwölfacher Überbuchung 30 Studienbewerberinnen und Studienbewerber ausgewählt würden, von denen fünf das Angebot annähmen, dann stelle sich die Frage nach dem Aufwand. **Prof. Dr. Heinz Schüpbach** unterstützt diese Beobachtung anhand eines konkreten Beispiels der Universität Freiburg für das Fach „Molekularmedizin“. Von den Bewerberinnen und Bewerbern für dieses attraktive Fach werde eine Abiturdurchschnittsnote von „1,0“ verlangt, um zum Auswahlgespräch zugelassen zu werden. Von 70 Bewerberinnen und Bewerbern, die zu einem Auswahlgespräch eingeladen worden seien, hätten 20 ein Studienplatzangebot erhalten und von diesen hätten nur zehn das Angebot angenommen. Zwei Nachrückverfahren seien notwendig gewesen, um selbst einen derart exklusiven Studiengang zu füllen. Dies unterstreiche die Relevanz der Passung, wobei es nicht nur um die Auswahl der Besten im Sinne der Abiturbesten gehe, sondern um die Auswahl der Passenden im Sinne von „Passung auf Gegenseitigkeit“. In diesem Zusammenhang sei auch entscheidend, was die Hochschule den von ihr ausgewählten Studierenden zu bieten habe und wie anspruchsvoll die Studierenden sein könnten.

Bezogen auf die Freiheit bei der Studierendenauswahl sieht **Prof. Dr. Joachim Treusch** die privaten Hochschulen gegenüber den staatlichen Hochschulen im Vorteil. Dies sei auch zwingend notwendig, denn wenn private Hochschulen nicht outputorientiert agierten, könnten sie nicht überleben. Der Studienabbrecher zahle sein Darlehen für das Stipendium nicht zurück. Die Abbrecherquote an der Jacobs Universität Bremen müsse unter zehn Prozent bleiben; sie liege tatsächlich unter fünf Prozent, was im Vergleich zu staatlichen Hochschulen ein ziemlich guter Wert sei. Eine hinreichende Verdeutlichung des eigenen Profils sei notwendig, um bei den Bewerbungen einen hohen Grad an Ernsthaftigkeit zu erreichen. Dieser werde an der Jacobs Universität Bremen unterstrichen durch derzeit 15.000 Euro Studiengebühren pro Jahr beziehungsweise jährlich 18.000 Euro Studiengebühren ab dem kommenden Jahr, deren Erhebung als solche bereits eine gewisse Ernsthaftigkeit der Bewerbung voraussetze. Durchschnittlich erhalte die Jacobs Universität Bremen etwa 1.000 Bewerbungen, die aufgrund folgender Kriterien einer Prüfung unterzogen würden:

- 40 Prozent Abiturnote,
- 20 Prozent soziale Performance,
- 20 Prozent Selbstdarstellung/Essay und
- 20 Prozent Ergebnis im Studierfähigkeitstest.

Von den 1.000 Bewerberinnen und Bewerbern würden etwa 400 zugelassen und die durchschnittliche Annahmequote liege – mit Ausnahme des vergangenen Jahres – insgesamt bei knapp 50 Prozent, so dass etwa 200 Erstsemester aufgenommen würden. Die Zahl der Studierenden sei eine echte Überlebensfrage für die private Universität zum einen als Eingang, der für die Finanzen notwendig sei, und zum anderen als Output, der zwar auch wegen der Rückzahlung der Stipendien bedeutsam sei, vor allem aber wegen des guten Rufes. An eine private Universität in Bremen gehe niemand, die oder der nicht wisse, dass sie nach Studienabschluss sehr gute Chancen hätten, an einer Spitzenuniversität wie Harvard, Yale etc. einen PhD-Abschluss machen zu kön-

nen. Die Qualität hänge hier unmittelbar mit dem Geld zusammen; dieser Zwang sei viel härter als bei einer staatlichen Universität.

Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann betont, dass zurzeit häufig von Differenzierung des Hochschulsystems als einem Prozess die Rede ist, auf den auch hochschulpolitisch gesetzt wird. Da dieser Prozess nicht nur entlang der Hochschultypen, sondern stärker noch als zwischen den Hochschulen innerhalb der einzelnen Hochschulen erfolge, müsse die Diskussion der Studierendenauswahl seiner Ansicht nach nicht typologisch geführt werden.

Passung auf „Gegenseitigkeit“ – Relevante Faktoren der Auswahl für die Studierenden

Prof. Dr. Heinz Schüpbach sieht die Universität heute noch eher als angebotsorientiert, da die Professoren ihr jeweiliges Studienangebot weitgehend selbst bestimmten. Demgegenüber richte sich ein nachfrageorientiertes Studienangebot danach, was die Studierenden wirklich brauchten. Er mache heute die Erfahrung, dass die Studierenden daran zweifelten, dass ein Studium als solches die Lebenschancen, auch die beruflichen Lebenschancen, wesentlich verbessere. Studieneinsteiger bewerteten das Studium heute vielmehr vom Studienabschluss und von den Berufseinstiegchancen her. Daher müssten die Hochschulen künftig fundierte Aussagen dazu machen können, was mit den Absolventen passiert sei, die bei ihnen ein bestimmtes Studienfach studiert haben. Die zugrunde liegende Fragestellung „Was macht eigentlich für Studierende das Studium attraktiv?“ erfordere dementsprechend eine verstärkte Absolventenforschung. Bei der Diskussion um die Studiengebühren für die staatlichen Hochschulen könne man feststellen, dass eine rein bildungspolitische Debatte sich auf eine bildungsökonomische Argumentation zurückgezogen habe. Auf individueller Ebene werde das Studium eher nicht mehr unter gesellschaftspolitischen Aspekten „Was bringt Bildung für die Gesellschaft?“ betrachtet, sondern unter dem Blickwinkel der Verbesserung individueller Lebenschancen. Daher sei zu erwarten, dass die Studierenden künftig auch verstärkt danach fragen würden, was die Verbesserung von Lebenschancen konkret für sie bedeute. In den USA beispielsweise werde die Höhe der Studiengebühren ganz entscheidend durch die Einstiegschancen in Berufsfelder bestimmt. Die Hochschulen machten hierzu eine klare Rechnung auf: „Unsere Absolventen haben diesen Berufseinstieg und dieses Einkommen, sie haben in zwei Jahren diese und in fünf Jahren jene berufliche Position erreicht.“ Ein Studieninteressierter könne sich dann selbst ausrechnen, wann sich voraussichtlich seine Studieninvestitionen amortisierten.

Prof. Dr. Marion Schick geht auf die Frage ein, inwiefern sich die Wahl von Studienfach und Hochschulort seitens der Studierenden heute gegenüber derjenigen von vor zwanzig, fünfundzwanzig Jahren verändert habe. Die Hochschulen setzten sich ihrer Erfahrung nach heute vor allem mit den Eltern der Studierenden auseinander. Die Eltern seien davon zu überzeugen, dass es richtig sei, die 500 Euro Studienbeiträge für die Hochschule München auszugeben. Die Eltern wollten im Vorfeld gemeinsam mit ihrem Kind prüfen, für welches Angebot sie ihr Geld ausgeben werden und wie groß die spätere Berufsverwertbarkeit ist. Die Eltern wählten heute die Hochschule aus und nicht die Hochschule wähle die Studierenden aus.

Erhöhung der Bindung der Studierenden an „ihre“ Hochschule

Auswahlgespräche sind nach Einschätzung von **Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann** wegen ihres hohen zeitlichen Aufwandes ganz besonders schwer an den Hochschulen zu vermitteln; hinzukomme, wie die Studie der Universität Hohenheim gezeigt habe, dass das Auswahlinterview auch unter Messgesichtspunkten verhältnismäßig wenig bringt. Er hält jedoch insbesondere den Zusammen-

hang von Auswahlinterviews und Bindewirkung für hilfreich, um an seiner Hochschule für dieses Verfahren zu werben. **Prof. Dr. Heinz Schüpbach** bekräftigt, dass Auswahlgespräche ausgesprochen attraktiv sind, um das Commitment der Studierenden mit „ihrer“ Hochschule zu stärken. Bis zu einem gewissen Grad müsste man seiner Auffassung nach dahin kommen, dass die Studierenden sagen: „Ich will ausgewählt werden und man soll mir begründen können, warum ich an dieser Hochschule aufgenommen werde.“ Er verweist hierbei auf die ETH Zürich als ein Good Practice-Beispiel, was sich schließlich auch in den Alumni-Bewegungen niederschlägt, während in Deutschland die Universitätstreue noch relativ schwach ausgeprägt sei.

Die Identifikation der Studierenden mit der Hochschule ist auch für die Jacobs Universität Bremen sehr wichtig. **Prof. Dr. Joachim Treusch** führt hierzu aus, dass die private Universität einen eigenen Vollzeit-Alumni-Officer beschäftigt. Zur Bindung der Alumni habe die Jacobs Universität beschlossen, den Alumni ein Sechstel der Universität gratis als Anteil zu geben; sie würden damit also zu Universitätseignern. Die Satzung könne nicht gegen die Stimmen der Alumni geändert werden. Damit könnten sie beispielsweise über den Aufsichtsrat Einfluss nehmen auf die Richtung der Strategie, weil in der Satzung vorgesehen sei, dass dies nicht bei den Gesellschaftern, sondern beim Aufsichtsrat liege, der mit Wissenschaftlern besetzt sei und gewählt werde.

Erhöhung der Studienerfolgsquote

Die frühere Debatte scheint sich, so der Eindruck von **Martin Spiewak**, auf die Auswahl der intellektuell Besten verengt zu haben. Die Hochschulen wollen diejenigen mit den besten Noten haben nicht zuletzt auch in der Hoffnung, dass diese ihr Studium erfolgreich absolvieren. Er zieht den Vergleich zu den US-amerikanischen Hochschulen, die zwar ebenfalls die Besten wollen, damit jedoch zudem den Anspruch verbinden, künftige Führungskräfte („leaders“) auswählen zu wollen, diejenigen, die etwas zur Gemeinschaft der Studierenden beitragen. Damit seien Kriterien angesprochen, die in Deutschland noch nicht so sehr bei der Auswahl berücksichtigt würden.

Prof. Dr. Joachim Treusch betont, dass intellektuelle Leistung für die Jacobs Universität Bremen zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung sei. An der Jacobs Universität habe jeder Studierende einen so genannten Advisor aus dem Professorenkreis; durchschnittlich betreue also jede Professorin und jeder Professor zehn Advisees, die sie oder er mindestens zweimal im Semester treffe, auch wenn dabei keine Agenda abzuarbeiten sei. Die Implementierung dieser studienbegleitenden Maßnahme sei ein schwieriger Prozess gewesen, deren Vorteile auch nicht von allen Professoren sofort eingesehen worden seien.

Nach Auffassung von **Prof. Dr. Marion Schick** wird das Thema Studierendenauswahl in Deutschland sehr stark unter dem Aspekt der Selektion behandelt und weniger unter dem Aspekt der Gewinnung von Studierenden wie dieses Thema etwa in den USA verstanden wird. In dieser Hinsicht seien die deutschen Hochschulen sehr stark geprägt durch die „Knute“ des hiesigen Kapazitätsrechts. Eine Hochschule, der es gelänge, die Studienabbrecherquote zu senken, brauche für etwa drei bis vier Jahre einen finanziellen Zuschuss, weil in die Kapazitätswerte ein Schwundwert eingerechnet sei. Eine Hochschule müsse sich also im Klaren darüber sein, dass sie für diese Mehrstudierenden etwa vier Jahre lang eine Zwischenfinanzierung benötige. Sie gibt zu Bedenken, dass die deutschen Hochschulen in einigen wenigen Jahren vor der Aufgabe stehen, massiv um Studierende zu werben. Wenn das deutsche Hochschulsystem in der heutigen Kapazitätsbreite über das Jahr 2015 hinaus erhalten werden solle, dann müssten die Hochschulen gezielt Studierende aus allen Ländern dafür gewinnen, in Deutschland zu studieren. Die derzeitige Diskussion – wie die geringen Kapazitäten mit den besten Köpfen besetzt werden könnten –, sei sogar schon in

den südlichen Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern überholt, obwohl diese mit dem längsten Plateau an hohen Studierendenzahlen bis in die 2020er Jahre hinein rechneten.

Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann hält auch bei einem Rückgang der Studienberechtigtenzahl, der aufgrund der demographischen Entwicklung zu erwarten ist, Verfahren der Studierendenauswahl grundsätzlich für sinnvoll; vor allem in den Bereichen, in denen die Hochschulen besondere Schwerpunkte setzten und Anforderungen formulierten, würden die Hochschulen auch dann nicht darauf verzichten.

Prof. Dr. Marion Schick weist darauf hin, dass sich die bayerischen Fachhochschulen im Hochschulpakt verpflichtet haben, die Zahl von derzeit ca. 19.000 Studienanfängerinnen und Studienanfängern in den nächsten drei Jahren um über 7.000 Studienanfänger zu steigern. Diese zusätzlichen Studienanfängerinnen und Studienanfänger seien zunächst einmal zu generieren, da diese nicht automatisch eine bayerische Fachhochschule für ihre Ausbildung wählen würden. Hier seien die bereits angesprochenen Effekte zu nennen: eine viel geringere Bindung der Studieninteressierten an eine Bewerbung und häufigere Alternativwege. An der Hochschule München gebe es zurzeit etwa 3.000 Studienanfängerplätze, auf die im Wintersemester 22.000 Bewerbungen eingegangen seien und diese Bewerbungen würden künftig keinesfalls auf eine ZVS-Nachfolgeinstitution umgeleitet. Unter Marketingaspekten erscheine es ihr nicht nachvollziehbar, wie man die Nachfolgeinstitution einer deutschen Behörde zu einer Serviceagentur umwidmen wolle und als Hochschule froh sei, die Bewerberinnen und Bewerber dorthin „abgeben“ zu können. Die Fachhochschulen in der Breite in Deutschland würden dies kritisch sehen, weil sie mit ihren lokalen Auswahlverfahren gute Erfahrungen machten. Eine ZVS-Nachfolgeeinrichtung auf der einen Seite und Auswahlgespräche mit Studienbewerberinnen und Studienbewerbern auf der anderen Seite passten ihrer Meinung nach nicht zusammen. Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann plädiert dafür, erst einmal das Serviceangebot der ZVS-Nachfolgeeinrichtung abzuwarten. Wenn dieses die Hochschulen in den rein bürokratischen Prozessen ähnlich entlasten könne wie dies bei der Ausländerzulassung durch Assist der Fall gewesen sei, dann wäre dies für die Hochschulen eine sinnvolle Unterstützung. Er teilt die Einschätzung von Frau Schick, dass die Erfassung aller Bildungsreserven in den nächsten Jahren viel stärker in den Vordergrund rücken wird.

Prof. Dr. Marion Schick vertritt nachdrücklich die These, dass die Studienerfolgsquote deutlich verbessern werden kann, wenn die Hochschulen in studienbegleitende Maßnahmen investieren könnten und würden. Ein monokausaler Ansatz, nach dem eine bessere Studierendenauswahl die Hochschulen der Pflicht enthebe, mehr für ihre Studierenden zu tun, ist ihrer Ansicht nach unhaltbar. Hierzu sei auch weitere Forschung erforderlich. Die Auswahl von Studierenden sei unmittelbar mit einer wechselseitigen Verpflichtung von Studierenden und Hochschule verbunden. Das Thema „Studierendenauswahl“ und das Thema „Hochschulangebot“ seien zwei Seiten ein und derselben Medaille und nicht zu reduzieren auf die Auswahl derjenigen Bewerberinnen und Bewerber, die möglichst keinerlei Sollbruchstellen mehr aufwiesen. Die Hochschulen seien genauso gefordert, sich geeignete Maßnahmen einfallen zu lassen. So habe man an der Fachhochschule München bei der Untersuchung der Abbrecherquote in einem Masterstudiengang festgestellt, dass für viele Studierende die Doppelbelastung Berufstätigkeit – 80 Prozent dieser Masterstudierenden seien berufstätig – und Familie für den Studienabbruch ausschlaggebend gewesen war. Als Konsequenz daraus sei das Startwochenende gemeinsam mit den Partnern und Kindern der Studierenden durchgeführt und genau diese potentielle Problematik thematisiert worden.

Da Universitäten bislang kaum in der Lage sind, kennzahlenbasiert beispielsweise Studienverlaufsaspekte zu beschreiben, hält **Prof. Dr. Heinz Schüpbach** wissenschaftliche Begleitforschung als Steuerungsinstrument auf Hochschulebene für unverzichtbar. So sei es sehr kompliziert her-

auszufinden, was empirisch gesehen, ein Studienabbrecher ist. Hierzu wurde an der Universität Freiburg mit Unterstützung der Landesstiftung Baden-Württemberg und des Stifterverbandes ein Kennzahlensystem insbesondere in Bezug auf Studienverlaufsanalysen eingeführt. Es gehe darum, nachvollziehen zu können, welche Maßnahmen zu welchem Ergebnis führten.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Thomas Armbrüster

Universität Witten-Herdecke, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre

➔ E-Mail: thomas.armbruester@uni-wh.de

Dr. Ulf Bade

Direktor der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS)

➔ E-Mail: ulf.bade@zvs.nrw.de

Dr. Knut Diekmann

Referatsleiter Grundsatzfragen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK)

➔ E-Mail: diekmann.knut@berlin.dihk.de

Prof. Dr. Peter Frankenberg

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg

➔ E-Mail: poststelle@mwk.bwl.de

Prof. Dr. Ernst Hartmann

Bereichsleiter VDI/VDE-IT, Berlin

➔ E-Mail: hartmann@vdivde-it.de

Dr. Benedikt Hell

Universität Konstanz, Studentische Abteilung

➔ E-Mail: benedikt.hell@uni-konstanz.de

Dr. Jochen Hellmann

Universität Hamburg, Leiter der Abteilung Internationales / Akademisches Auslandsamt

➔ E-Mail: jochen.hellmann@uni-hamburg.de

Prof. Dr. Ulrich Hoffmann

Fachhochschule Aachen, Fachbereich Chemie- und Biotechnologie

➔ E-Mail: u.hoffmann@fh-aachen.de

Dr. Martina Kadmon

Universität Heidelberg, Oberärztin der Chirurgischen Klinik, Koordination Studierendenauswahl

➔ E-Mail: martina.kadmon@med.uni-heidelberg.de

Prof. Dr. Winfried Kluth

Universität Halle, Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Richter am Landesverfassungsgericht

➔ E-Mail: winfried.kluth@jura.uni-halle.de

Dr. Michael Leszczensky

Leiter des Unternehmensbereiches Hochschulforschung der HIS Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover

➔ E-Mail: leszczen@his.de

Sebastian Litta

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Präsidium der Leuphana Universität Lüneburg

➔ E-Mail: sebastian.litta@leuphana.de

Heinz-Peter Meidinger

Bundesvorsitzender des Deutschen Philologenverbandes

➔ E-Mail: info@dphv.de

Dr. Volker Meyer-Guckel

Stellvertretender Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

➔ E-Mail: volker.guckel@stifterverband.de

Karl-Heinz Minks

Stellvertretender Leiter des Unternehmensbereiches Hochschulforschung der HIS Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover

➔ E-Mail: minks@his.de

Herbert Moser

Geschäftsführer der Landesstiftung Baden-Württemberg

➔ E-Mail: moser@landesstiftung-bw.de

Dr. Martin Pöllinger

Fachhochschule JOHANNEUM (Graz, Österreich), Leiter der Weiterbildung und Studierenden-administration

➔ E-Mail: martin.poellinger@fh-johanneum.at

Margret Schermutzki

Fachhochschule Aachen, ECTS-Hochschulkoordination

➔ E-Mail: schermutzki@fh-aachen.de

Prof. Dr. Heinz Schüpbach

Universität Freiburg, Institut für Psychologie, Arbeits- und Organisationspsychologie

➔ E-Mail: schuepba@psychologie.uni-freiburg.de

Prof. Dr. Heinz Schuler

Universität Hohenheim, Lehrstuhl für Psychologie

➔ E-Mail: schuler@uni-hohenheim.de

Prof. Dr. Sascha Spoun

Präsident der Leuphana Universität Lüneburg

➔ E-Mail: spoun@uni-lueneburg.de

Prof. Dr. Günter Trost

ITB Consulting GmbH

➔ E-Mail: guenter.trost@itb-consulting.de

Dr. Wedigo de Vivianco

Freie Universität Berlin, Leiter der Abteilung Außenangelegenheiten

➔ E-Mail: wedigo@fu-berlin.de

Prof. Dr. Andrä Wolter

Technische Universität Dresden, Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft

➔ E-Mail: andrae.wolter@tu-dresden.de

Prof. Dr. Werner Wunderlich

Universität St. Gallen, Direktor des MCM-HSG Institut für Medien- und Kommunikationsmanagement

➔ E-Mail: werner.wunderlich@unisg.ch

Prof. Dr. Frank Ziegele

Geschäftsführer der CHE Consult GmbH

➔ E-Mail: frank.ziegele@che-consult.de

Anhang

Profil und Passung

Studierendenauswahl in einem
differenzierten Hochschulsystem

Tagung
am 16./17. Januar 2008 in Berlin

In Kooperation mit

Die vom *Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft* und von der *Landesstiftung Baden-Württemberg* veranstaltete Tagung „Profil und Passung. Studierendenauswahl in einem differenzierten Hochschulsystem“ findet im Rahmen des von beiden Projektträgern gemeinsam finanzierten Aktionsprogramms „StudierendenAuswahl“ statt. Mit diesem Programm soll einerseits dazu beigetragen werden, dass die Hochschulen praktikable und aussagekräftige Auswahl- und Eignungsfeststellungsverfahren entwickeln, die internationalen Qualitätsmaßstäben genügen, zum anderen soll die Forschung in diesem Bereich verstärkt werden.

HIS Hochschul-Informationssystem Hannover und *ITB Consulting Bonn* haben es übernommen, die Tagung vorzubereiten und durchzuführen sowie ihre Resultate aufzubereiten. Alle Beiträge dieser Tagung werden in einem Tagungsband dokumentiert.

November 2007

Ihre Ansprechpartner:

Dr. Christoph Heine
Tel. 0511 1220-257
heine@his.de

Dipl.-Psych. Hans-Jörg Didi
Tel. 0228 82 09 00
hans-joerg.didi@itb-consulting.de

Dr. Michael Leszczensky
Tel. 0511 1220-258
leszczensky@his.de

Prof. Dr. Günter Trost
Tel. 0228 82 09 00
guenter.trost@itb-consulting.de

HIS Hochschul-Informationssystem GmbH
Gosserie 9 | 30159 Hannover
www.his.de

ITB Consulting GmbH
Koblenzer Straße 77 | 53177 Bonn
www.itb-consulting.de

Profil und Passung

Studierendenauswahl in einem differenzierten Hochschulsystem

Die Entwicklung des deutschen Hochschulbereichs ist seit einiger Zeit durch zwei Trends struktureller Differenzierung gekennzeichnet, die sich künftig noch weiter verstärken werden:

- Horizontale sowie vertikale Differenzierung des gesamten Hochschulbereichs; dies gilt sowohl jeweils innerhalb der beiden Hochschularten, aber auch quer zur üblichen Gliederung innerhalb der Hochschularten sowie
- Differenzierung (im Sinne von Heterogenisierung) der Studierenden und Studienbewerber nach individuellen Voraussetzungen, Erwartungen und Motivlagen.

Die das Tagungsthema umschreibenden Begriffe Profil, Passung und Differenzierung sind Schlüsselbegriffe dieser Entwicklungen. Die zunehmende Implementierung von hochschul-eigener Studierendenauswahl stellt nicht nur eine Reaktion auf diese Veränderungen im Sinne der Vermittlung zwischen beiden Differenzierungstrends („Passung“) dar, sondern treibt die Differenzierungen auch voran und bildet insofern zugleich auch eine Bedingung dieser Prozesse. Eine nachdrückliche Beförderung erfährt diese Entwicklung durch die politisch beabsichtigte bzw. durch die bundes- und landesgesetzlich ermöglichte weitreichende Deregulierung der Hochschulzulassung in Deutschland.

Differenzierung des Hochschulsystems

Als Folge der restriktiven Entwicklung der öffentlichen Haushalte bzw. der Bildungsausgaben einerseits, verstärktem Wettbewerb um Drittmittel und Personal sowie leistungsabhängiger Mittelzuteilung in Zusammenhang mit der Abkehr von der traditionellen staatlichen Inputsteuerung andererseits sehen sich die einzelnen Hochschulen mit komplexer werdenden Handlungsbedingungen konfrontiert. Sie reagieren hierauf zunehmend mit einer Strategie der hochschulspezifischen Profilbildung in ihren Programmen in Lehre und Forschung: spezialisierende Beschränkung, fachliche Schwerpunktbildung und Konzentration des Mitteleinsatzes auf leistungsstarke Bereiche. Diese hochschulspezifische Profilbildung ist zunächst „nur“ eine Strategie der horizontalen Differenzierung, aber sie erfolgt auch mit der Absicht, Status und Prestige der Hochschule zu erhöhen, um den aus der verstärkten vertikalen Differenzierung resultierenden „Gewinn“ wiederum als Ressource im Wettbewerb mit anderen Hochschulen einsetzen zu können.

Die fortschreitende Differenzierung des Hochschulbereichs erhält durch eine Reihe von weiteren Impulsen zusätzliche Dynamik. Zu nennen sind hier die verstärkte regionale Differenzierung als Folge der grundgesetzlichen Stärkung der Länderhoheit im Hochschulsektor (auch als Resultat unterschiedlicher ökonomisch-finanzieller Leistungsfähigkeit und bildungspolitischer Prioritätensetzung), die gezielte Stimulierung von Profilbildungen durch Maßnah-

men wie die laufende Exzellenzinitiative und die Differenzierung – Spezialisierung, Internationalisierung und Hybridisierung (Inter- und Transdisziplinarität) – der Studienangebote und Studieninhalte im Zuge der Implementierung der gestuften Studienstruktur (Bachelor- und Masterstudiengänge). Als weitere Impulse der strukturellen Differenzierung sind zum einen die nicht-staatlichen Hochschulen zu nennen, die mit ihrem häufig offensiv vorgetragenen Leitbild einer optimierten akademischen Ausbildung die staatlichen Hochschulen unter verstärkten Legitimationsdruck setzen, zum anderen die zunehmende Europäisierung bzw. Internationalisierung des Hochschulraums mit deutlich erweiterten Optionen für Mittel, Personal und Studierende.

Differenzierung der Studienberechtigten und Studierenden

Das in den beiden letzten Jahrzehnten erheblich erweiterte Studierpotenzial (Studienberechtigtenquote) und die gestiegene Nachfrage nach Hochschulbildung, wie sie in der Studienanfängerquote zum Ausdruck kommt, ging einher mit einer Heterogenisierung der Studienberechtigten und der studentischen Population nach ihren jeweiligen bildungs- und berufsbiografischen, kognitiven und motivationalen Voraussetzungen sowie ihren Bildungs- und Berufszielen. Ein Indikator hierfür sind die gestiegenen Anteile von Studienberechtigten mit Fachhochschulreife bzw. mit in beruflichen Schulen erworbener Hochschulzugangsberechtigung. Diese haben gegenüber den Abgängern aus allgemeinbildenden Gymnasien unterschiedliche individuelle Werdegänge und daraus resultierende besondere Kompetenzprofile einschließlich besonderer Motive und Berufsziele.

Wegen des absehbar erheblich steigenden Bedarfs an hochschulisch ausgebildeten Arbeitskräften einerseits und der weitgehenden Ausschöpfung der traditionellen akademischen Rekrutierungspotenziale andererseits ist - vor dem Hintergrund der im internationalen Vergleich in Deutschland ohnehin sehr niedrigen Studienanfänger- und Akademisierungsquoten - mit einer politisch gezielten Mobilisierung des nachrückenden demografischen Potenzials für den Erwerb einer Hochschulreife und vermehrten Anstrengungen für die stärkere Ausschöpfung des vorhandenen Studierpotenzials zu rechnen. Hinzu werden vermutlich verstärkte Bemühungen um eine breitere Öffnung des Hochschulzugangs für sog. nicht-traditionelle Studierende (Berufserfahrene ohne formale Hochschulzugangsberechtigung), für Teilzeitstudierende, Personen mit Migrationshintergrund sowie für Bildungsausländer kommen. Faktisch zwangsläufig geht damit eine weitere Differenzierung der Studienanfänger und Studierenden im Sinne einer Heterogenisierung nach jeweiligen Voraussetzungen, Erwartungen und Bildungs- und Berufszielen einher.

Funktion und Ziele von hochschuleigenen Auswahlverfahren

Vor dem Hintergrund des doppelten Differenzierungstrends bekommt der Hochschulzugang für die einzelne Hochschule wie für den einzelnen Studienbewerber einen stärkeren strategischen Stellenwert. Die Anforderungen an die Qualität einer Auswahlentscheidung wachsen auf beiden Seiten, weil für vergleichbare Studienfächer an unterschiedlichen Hochschulen jeweils spezifische Qualifikationsprofile, Kenntnismniveaus und motivationale Dispositionen zur Voraussetzung eines erfolgreichen Studiums und zur Erfolgsbedingung der „profilierter“ Hochschule werden.

Die Funktion von hochschuleigenen Verfahren der Auswahl und Eignungsfeststellung besteht

in der möglichst optimalen und effektiven Vermittlung zwischen sich disziplinär auffächern- den Profilen von Hochschule/Studienfach und heterogener werdenden Kompetenz- und Motivationsprofilen der Studieninteressenten. Wird sie erfüllt, ist für beide „Seiten“ mit Quali- täts- und Effizienzgewinnen zu rechnen:

Hochschulen:

- Verbesserung der Chancen auf Realisierung des angestrebten Profils als Folge der Aus- wahl bzw. der Gewinnung von dazu „passenden“ Studienbewerbern;
- Effizienzgewinne durch Verlagerung der „Eignungsprüfung“ vom Studium in dessen Vorfeld;
- Effizienzgewinne durch höhere Erfolgswahrscheinlichkeiten im Studium, Fachwahlstabi- litäten und stärkere Identifizierung mit dem Studium und
- Anreiz für die Studierenden und nicht zuletzt für die Absolventen durch stärkere Identifi- zierung und Verbundenheit mit den Zielen der Hochschule/des Fachbereichs, sich stärker für „ihre“ Hochschule zu engagieren.

Studieninteressenten:

- Umsetzung des individuellen Kompetenz-, Motivations- und Erwartungsprofils durch Wahl einer dazu passenden Hochschule bzw. eines entsprechenden Studiengangs;
- Effizienzgewinne durch intensive Auseinandersetzung mit den jeweiligen Anforderungen vor einer Studien- und Hochschulentscheidung, Überprüfung und Vergewisserung der individuellen Voraussetzungen;
- Vermeidung der (Folge-)Kosten von Fehlentscheidungen und Fehlinvestitionen in Le- benszeit, oder umgekehrt, Erhöhung der Wahrscheinlichkeit für ein erfolgreiches Studium;
- Anreiz für die Hochschulen, sich für die Betreuung der Studierenden, insbesondere der Studienanfänger, stärker zu engagieren.

Besonders von mehrdimensionalen (über das Auswahlkriterium der schulischen Abschluss- note hinausgehenden) Auswahlkonzepten wird erwartet, dass sie für Hochschulen und Studieninteressenten eine optimierte „Passung“ von hochschulischen Ziel-, Leistungs- und Anforderungsprofilen sowie individuellen Merkmalen der Eignung, Motivation, und Interessen ermöglichen.

Die Vermittlung zwischen den sich ausdifferenzierenden fachlichen Profilen der Hochschulen/ Studiengänge und den in ihren Voraussetzungen heterogener werdenden Studienbewerbern mittels differenzierter Auswahlverfahren ist eine Entwicklung, die unabhängig von den ge- genwärtigen Engpässen der Studienkapazitäten stattfindet; hier geht es eher um eine selek- tive Auswahl. Das Thema hochschuleigene Auswahlverfahren kann und darf deswegen nicht verengt werden auf die Lösung dieser temporären (demografisch und durch Verkürzung der Schulzeiten bedingten) Knappheitsprobleme; Gegenstand der Tagung ist vielmehr die sich abzeichnende neue Qualität des Hochschulzugangs im Sinne der sich individualisierenden „Passung“ von Studienbewerbern mit ihren spezifischen Kompetenzen, Motiven und Zielen in einer sich vertikal und horizontal differenzierenden Hochschullandschaft.

Diese Thematik wird durch eine Reihe von Grundsatzreferaten, zwei Podiumsdiskussionen sowie durch vier parallel laufende Workshops abgehandelt werden. Die Workshops sollen folgende Aspekte des oben skizzierten Zusammenhangs vertiefen:

■ WORKSHOP I:

Professionalisierung von Methoden und Verfahren der hochschuleigenen Studierendenauswahl

In diesem Workshop geht es im engeren Sinne um die Methoden und Verfahren, die bei der hochschuleigenen Studierendenauswahl Anwendung finden. Neben einem Überblick über die zurzeit in Deutschland eingesetzten Instrumente werden Qualitätskriterien erörtert, denen diese Instrumente genügen müssen.

Schwerpunkt der Veranstaltung sind jedoch die Ziele, die mit den Auswahlinstrumenten verfolgt werden. Für viele Hochschulen geht es (noch) primär darum, möglichst effizient und anhand sachgerechter Kriterien ein Verteilungsproblem (viele Bewerber/innen für relativ wenige Studienplätze) zu lösen. Es lassen sich jedoch weiterreichende Funktionen mit dem Auswahlverfahren verbinden: Im Zuge der Differenzierung der Hochschulen einerseits sowie der Zugangsvoraussetzungen andererseits sehen viele Hochschulen die Möglichkeit und zunehmend auch die Notwendigkeit, sich mit einem geschärften Profil von der Konkurrenz abzusetzen und gleichzeitig „passende“ Studienplatzbewerber zu gewinnen. Das Auswahlverfahren kann dabei ein wichtiger Bestandteil der Profilbildung sein, wie anhand von Beispielen dargestellt wird. Hierbei geht es auch darum, inwiefern hier staatliche von nicht-staatlichen Hochschulen lernen können, da diese ihre spezifischen fachlichen und didaktischen Profile häufig klarer formulieren und offensiver vertreten.

Leitfragen für die Input-Beiträge dieses Workshops:

- Wer bestimmt das Profil eines Studiengangs bzw. einer Hochschule? Wie wird darüber Einigkeit erzielt? Wie werden diese definierenden Merkmale intern kommuniziert? Inwieweit bildet ein Leitbild der Hochschule auch die Referenz für das Profil eines Studiengangs und der daraus abgeleiteten Anforderungen?
- Wie wird das Profil eines Studiengangs bzw. einer Hochschule extern kommuniziert? Wie werden potentielle Bewerber/innen angesprochen, wie wird bei den „richtigen“ Personen Interesse geweckt? Welchen Stellenwert haben Information, Orientierung und Beratung im Rahmen der Studierendenauswahl?
- Welchen Beitrag leistet das Auswahlverfahren für die Vermittlung des Profils von Studiengang bzw. Hochschule?
- Welche Anforderungen werden an das Auswahlverfahren gestellt? Welchen Kriterien müssen die Instrumente genügen?
- Wie wird überprüft, ob mit dem Auswahlverfahren tatsächlich „passende“ Bewerber/innen ausgewählt werden?

Hochschulen im internationalen Wettbewerb: Studierendenauswahl zwischen Hochschulmarketing und Qualitätssicherung

Internationale Orientierung als Kennzeichen einer Hochschule zählt heute zu denjenigen Standards, die in den meisten hochschulischen Profilbeschreibungen enthalten sind. Die Internationalisierungsbestrebungen der Hochschulen lassen sich hierbei auf verschiedenen Ebenen ausmachen.

So verfolgen die Teilnehmerländer des Bologna-Prozesses mit der Einführung gestufter Bachelor- und Masterstudiengänge das Ziel einer höheren internationalen Vergleichbarkeit tertiärer Bildungsabschlüsse, während die Hochschulen die reformierten Studiengänge als Instrumente zur Profilbildung und Steigerung der internationalen Sichtbarkeit nutzen. Diese Reform markiert eine wesentliche Etappe auf dem Weg zu einem gemeinsamen europäischen Hochschulraum. Die Länder begegnen damit vor allem den ökonomischen Herausforderungen eines globalen Wettbewerbs um Wissen, Bildung und Ausbildung.

Die forcierte Konvergenz der nationalen Hochschulsysteme schafft die Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Wettbewerb um die besten Ideen und Köpfe. Infolge dieses Prozesses stehen auch die Hochschulen in einer wachsenden nationalen und internationalen Konkurrenz untereinander, speziell um essentielle und begrenzte Ressourcen wie die besten Studierenden. Dieser Workshop geht Fragen nach Rahmenbedingungen, Strategien, Instrumenten und Auswirkungen eines erfolgreichen internationalen Hochschulmarketings im Werben um viel versprechende ausländische Studierende nach. Mit der Erschließung neuer Studierendengruppen geht es um nichts weniger als die Sicherung der ökonomischen, politischen und kulturellen Zukunft, zumal vor dem Hintergrund alternder Wissensgesellschaften.

Leitfragen für die Input- Beiträge dieses Workshops:

- Was heißt „internationale Orientierung“? Was kennzeichnet den „State of the Art“ einer Hochschule, deren Profil als international gilt?
- Welche Konzepte verfolgen die Hochschulen bei der Internationalisierung?
- Welche Konsequenzen hat die Professionalisierung des internationalen Marketings einer Hochschule
 - für das Hochschulmanagement?
 - für die Qualitätssicherung?
 - für Beratungs- und Orientierungsprozesse?
 - für Auswahl- und Zulassungsverfahren?
- Wie kann der Heterogenität der ausländischen Studienbewerber im Zulassungsverfahren effektiv Rechnung getragen werden?

Neue Wege in die Hochschule. Herausforderungen der Studierendenauswahl bei mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung

Die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung wurde auf europäischer Ebene als bedeutsames politisches Ziel im Jahr 1999 in der Bologna-Erklärung der Europäischen Bildungsministerinnen und Bildungsminister verankert. Europa braucht kompatible Bildungsstrukturen, die sich nicht an einer überholten, national unterschiedlichen Bewertung von Bildungsabschlüssen nach Institutionen und Bildungssektoren, sondern an den erworbenen Kompetenzen orientieren. Ein entscheidendes Instrument zur Erhöhung der Durchlässigkeit besteht in der Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge.

Obwohl sich die Chancen zur Studienaufnahme für Berufstätige ohne traditionelle Studienberechtigung formal deutlich verbessert haben, fehlen gegenwärtig noch Instrumente, die es Berufserfahrenen in größerer Zahl auch faktisch erlauben, ein Studium aufzunehmen. Ein wichtiges Instrument dafür liegt in der Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge. Die seit Jahrzehnten festgestellte zunehmende Heterogenität der Studierenden wird durch die Zunahme einer solchen Klientel in (berufsbegleitenden) Studiengängen noch erweitert. Daher erfordert die Perspektive eines Studiums für Erwerbstätige durch Anrechnung darüber hinaus weitere Rahmenbedingungen insbesondere hinsichtlich der Beratung von Interessenten, der Entwicklung von Instrumenten/Verfahren zum Nachweis der Lernleistungen bzw. erworbenen Kompetenzen, der Qualitätssicherung, der Gestaltung der Übergänge ins Studium und einer flexiblen und effektiven Studienorganisation.

Leitfragen für die Input-Beiträge dieses Workshops:

- Wie sehen die entwickelten Modelle der Anrechnung aus, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es?
- Welche Rahmenbedingungen sind für die Etablierung von Anrechnungsverfahren erforderlich? Welche bildungspolitischen „Hausaufgaben“ ergeben sich hieraus für die beteiligten Institutionen?
- Welchen Beitrag kann die Berufliche Bildung leisten, um das Passungsverhältnis von beruflich erworbenen Kompetenzen und hochschulischer Bildung zu erhöhen?
- Wie wird die Qualität der Anrechnung gesichert und welche Konsequenzen hat die Etablierung von Anrechnung auf die Qualitätssicherung der Studiengänge?
- Wie wird bei der Studierendenauswahl mit den Instrumenten Zugangsprüfung, Anrechnung und Zulassung umgegangen? Welche Herausforderungen und welche offenen Fragen ergeben sich?
- Ist eine Standardisierung der Anrechnungsverfahren außerhochschulisch erworbener Kompetenzen überhaupt möglich, oder müssen vielmehr jeweils individuelle Lösungen gefunden werden?
- Welche konkreten Erfahrungen liegen bereits vor? Wie hoch ist gegenwärtig der Anteil der nicht-traditionellen Studierenden an allen Studierenden?

Rahmenbedingungen der Studierendenauswahl

In diesem Workshop sollen einzelne Aspekte des einleitend skizzierten hochschulpolitischen Zusammenhangs vertiefend darauf hin analysiert werden, inwieweit hochschuleigene Studierendenauswahl durch besondere politische, rechtliche und schulische Rahmenbedingungen (restriktiv) bestimmt wird; aber auch umgekehrt, inwiefern die vermehrte Einführung von Auswahlverfahren auf diese Bedingungen einwirkt und sie (mittelfristig) verändert. Thematisiert werden soll also das mögliche Spannungsfeld zwischen Studierendenauswahl und hochschulpolitisch relevanten Rahmenbedingungen, auch unter dem Blickwinkel von ungeplanten Auswirkungen der vermehrten Einführung von hochschuleigener Studierendenauswahl.

Leitfragen für die Input-Beiträge dieses Workshops:

- Inwieweit konterkariert die Erhebung von Studiengebühren die Verfahren der hochschuleigenen Studierendenauswahl in dem Sinne, dass sich eigentlich geeignete Studieninteressenten wegen der abschreckenden Wirkung von Studienbeiträgen nicht mehr am Auswahlverfahren der Studiengebühren erhebenden Hochschule beteiligen?
- Welche Auswirkungen hat Studierendenauswahl im Spannungsfeld von steigenden Studienbewerberzahlen in den alten Ländern, abnehmenden Studierendenzahlen in den neuen Ländern und politischen Bestrebungen, westdeutsche Studienbewerber in die neuen Länder „umzulenken“?
- Welche Auswirkungen haben Auswahlverfahren und Profilbildung auf schulisches Lernen und Bildung auf dem Weg zur Hochschulreife? Wird schulisches Lernen demnächst auf das Ziel der Überwindung von bestimmten Auswahlverfahren an einer bestimmten Hochschule ausgerichtet sein?
- Wird die schulisch zertifizierte Hochschulzugangsberechtigung durch die Messung der individuellen Kompetenz ersetzt? Was bedeutet dies für die Studienberechtigung als formale Berechtigung zum Studium und das Grundrecht auf freie Berufswahl?
- Hat hochschulische Studierendenauswahl nicht nur dann Sinn, wenn die bisherige Pflicht der Hochschulen zur Ausschöpfung ihrer Kapazitäten aufgehoben wird?
- Wie kann der Zielkonflikt gelöst werden, der sich aus dem Spannungsfeld von volkswirtschaftlichem Interesse an einer möglichst hohen Zahl von Hochschulabsolventen (Fachkräftebedarf) und der durch die Auswahlverfahren erweiterten Hochschulautonomie (Hochschulegoismus: Auswahl nur noch der „passenden“ Bewerber) ergibt?
- Muss durch besondere staatliche Maßnahmen (Anreize, Incentives) dem genannten Hochschulegoismus gegengesteuert werden? Beispiel UK: Finanzielle Belohnungen der Hochschulen, wenn sie vermehrt nicht-traditionelle Studierendengruppen aufnehmen.

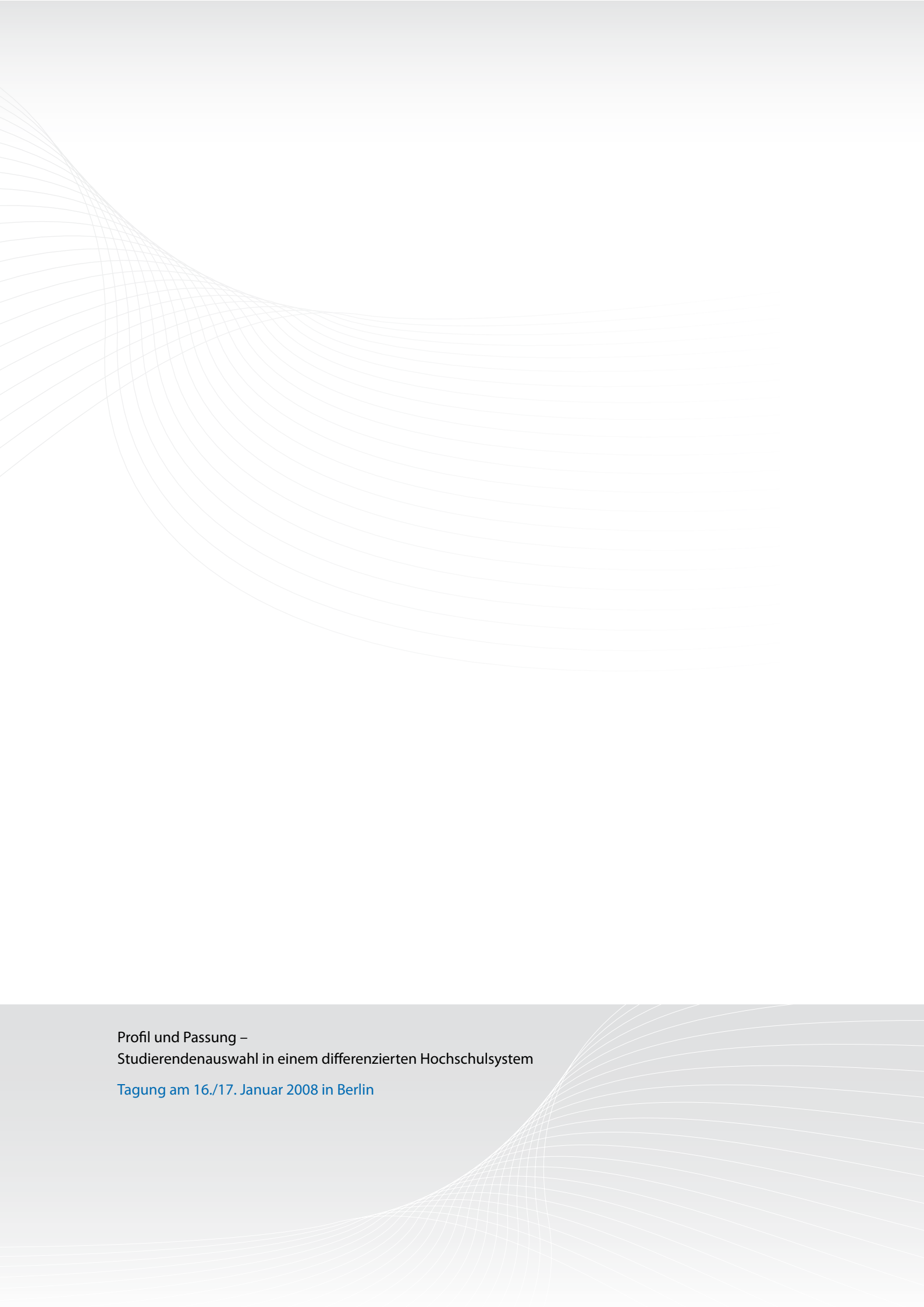
Notizen:

Der **Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft** ist eine Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft. In ihm haben sich rund 3.000 Unternehmen, Unternehmensverbände und Privatpersonen zusammengeschlossen, um Wissenschaft, Forschung und Bildung voranzubringen. Ziel der Arbeit ist es strukturelle Probleme im Hochschul- und Wissenschaftsbereich zu erkennen und Programme zu entwickeln sowie Initiativen zu fördern, die exemplarisch zu deren Lösung beitragen sollen. Der Stifterverband finanziert seine Förderprogramme ausschließlich über gemeinnützige Spenden seiner Mitglieder und Förderer. Weitere Informationen sind zu finden unter www.stifterverband.de.

Die **Landesstiftung Baden-Württemberg** setzt sich für ein lebendiges und lebenswertes Baden-Württemberg ein. Sie ebnet den Weg für Spitzenforschung, vielfältige Bildungsmaßnahmen und den verantwortungsbewussten Umgang mit unseren Mitmenschen. Die Landesstiftung ist eine der großen operativen Stiftungen in Deutschland. Sie ist die einzige, die ausschließlich und überparteilich in die Zukunft Baden-Württembergs investiert – und damit in die Zukunft seiner Bürgerinnen und Bürger. Weitere Informationen sind zu finden unter www.landestiftung-bw.de.

Die gemeinnützige, von Bund und allen Ländern getragene **HIS Hochschul-Informationen-System GmbH** unterstützt die Hochschulen sowie die staatliche Hochschulpolitik im Bereich Hochschul-IT als Softwarehaus der Hochschulverwaltungen, im Sektor Hochschulforschung in Form von empirischen Untersuchungen und im Bereich Hochschulentwicklung auf den Feldern Hochschulorganisation und Hochschulbau. Als Einrichtung der Hochschulforschung mit umfangreicher Datenbasis sowie hoher Analysekompetenz stellt HIS den auf staatlicher und auf Hochschulebene planenden Institutionen flexibel steuerungs- und planungsrelevante Informationen zur Verfügung. Weitere Informationen sind zu finden unter www.his.de.

Die **ITB Consulting GmbH** ist aus dem 1971 von der Studienstiftung des deutschen Volkes gegründeten Institut für Test- und Begabungsforschung hervorgegangen. Wie die Vorgängerinstitution befasst sich die ITB Consulting mit der Entwicklung von Auswahltests für einzelne Studienfelder sowie Beratungstests, die angehenden Studierenden Informationen über die eigenen Fähigkeiten liefern. Daneben konzipiert die ITB Consulting in enger Kooperation mit internationalen Unternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen neue Programme zur betrieblichen Personalauswahl, -beurteilung und -entwicklung. Weitere Informationen sind zu finden unter www.itb-consulting.de.

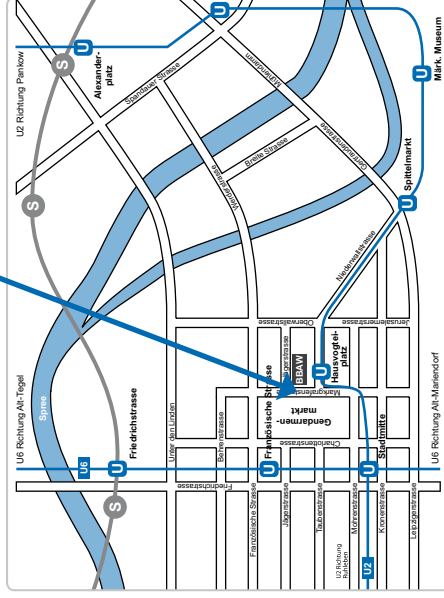


Profil und Passung –
Studierendenauswahl in einem differenzierten Hochschulsystem

Tagung am 16./17. Januar 2008 in Berlin

VERANSTALTUNGSORT

Berlin-Brandenburgische
Akademie der Wissenschaften
Jägerstr. 22/23
10117 Berlin



<http://veranstaltungszentrum.bbaw.de/anfahrt/>

S -Bahn bis Friedrichstraße

U2 bis Hausvogteiplatz oder Stadtmittel

U6 bis Französische Straße oder Stadtmittel

Eingang zum Veranstaltungszentrum über Markgrafenstrasse

UNTERKUNFT

Übernachtungen buchen Sie bitte selbst. Hinweise zur Unterkunft finden Sie unter: www.his.de/passung

Die Tagung wird im Rahmen des vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und der Landesstiftung Baden-Württemberg aufgelegten Aktionsprogramms „StudierendenAuswahl“ durchgeführt.

ANMELDUNG

Die Anmeldung erfolgt online unter folgender Adresse:
www.his.de/passung

Die Teilnehmerzahl für die Veranstaltung ist auf 200 Personen begrenzt, wobei die Teilnahme in der Reihenfolge der Anmeldung berücksichtigt wird. Die Anmeldung erlangt erst nach Eingang des Tagungsbeitrages Gültigkeit. Im Anschluss daran senden wir Ihnen eine Anmeldebestätigung zu. Die Zahlung der Tagungsgebühr schließt den Bezug der Tagungsdokumentation mit ein.

TEILNAHMEGEBÜHR

Bitte überweisen Sie den Tagungsbeitrag von 80 Euro spätestens bis zum 15. Januar 2008. Die Kontoverbindung erhalten Sie per Mail nach erfolgter Anmeldung.

Weitere Informationen zur Tagung und das laufend aktualisierte Programm finden Sie unter: www.his.de/passung

ANSPRECHPARTNER/INNEN

Bei organisatorischen Fragen:

Maxi Sabine Berger

Tel. 0511 1220-359 | berger@his.de

Bei inhaltlichen Fragen:

Dr. Christoph Heine

Tel. 0511 1220-257 | heine@his.de

Dipl.-Psych. Hans-Jörg Didi

Tel. 0228 82 09 00 | hans-joerg.didi@itb-consulting.de

Tagungsbüro Tel. 030 20370422 (nur am 16./17.12.07 besetzt)

HIS Hochschul-Informations-System GmbH

Goseriede 9 | 30159 Hannover | www.his.de

ITB Consulting GmbH

Koblener Straße 77 | 53177 Bonn | www.itb-consulting.de

DATENSCHUTZ

Gem. §33 BDSG weisen wir darauf hin, dass wir Ihren Namen, Ihre Anschrift, Ihre berufliche bzw. amtliche Funktion zum Zwecke der administrativen Abwicklung der Veranstaltung maschinell speichern.

Bildnachweis: © Copyright: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
Fotografin Akademiegebäude: Angelika Fischer

Profil und Passung

Studierendenauswahl in einem differenzierten Hochschulsystem

Tagung am 16. & 17. Januar 2008

Berlin-Brandenburgische
Akademie der Wissenschaften, Berlin

In Kooperation mit

ITB
Consulting GmbH

HIS
Hochschul
Informations
System GmbH

Hochschuleigene Auswahl- und Eignungsfeststellungsverfahren sind Ausdruck der sich auffächernden Fach- und Angebotsprofile einerseits, der nach Voraussetzungen und Motiven heterogener werdenden Studienbewerber/innen andererseits. Die möglichst effektive Vermittlung – „Profil und Passung“ – zwischen diesen beiden Differenzierungstrends ist die zentrale Funktion hochschuleigener Auswahlverfahren. Sie stellen einen zentralen Aspekt der weiteren Entwicklung des deutschen Hochschulsystems dar. „Studierendenauswahl in einem differenzierten Hochschulsystem“ wird in einem breiteren hochschulpolitischen Kontext thematisiert; hierzu gehören die bislang eher selektiven Auswirkungen ebenso wie der sich abzeichnende Fachkräftemangel oder das politische Ziel eines verbreiterten Hochschulzugangs.

MITTWOCH, 16. JANUAR 2008

Profilbildung, Passung und Differenzierung in der hochschulpolitischen Diskussion

ab 11.00	ANMELDUNG/KL. MITTAGSIMBISS
13.00 – 13.30	BEGRÜSSUNG/EINGANGSSTATEMENTS
Dr. Volker Meyer-Guckel Stellvertretender Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft	
Herbert Moser Geschäftsführer der Landessiftung Baden-Württemberg	
13.30 – 15.45	PLENUMSVORTRÄGE
Prof. Dr. Peter Frankenberger Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg	
Prof. Dr. André Wolter Technische Universität Dresden	
Prof. Dr. Frank Ziegele CHE Consult und Fachhochschule Osnabrück	
15.45	KAFFEEPAUSE

16.30 – 18.00 ERSTE PODIUMSDISKUSSION

Moderation: Dr. Volker Meyer-Guckel
Stellvertretender Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

Teilnehmende:
Peter Clever
Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Prof. Dr. Klaus Dicke
Vizepräsident der Hochschullektorenkonferenz (HRK) und Rektor der Universität Jena

Prof. Dr. Peter Frankenberger
Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

Prof. Dr. André Wolter
Technische Universität Dresden

Prof. Dr. Frank Ziegele
CHE Consult und Fachhochschule Osnabrück

18.00 ABENDBUFFET

DONNERSTAG, 17. JANUAR 2008

Hochschulische Strategien und Möglichkeiten zur Gestaltung von Profilbildung, Passung und Differenzierung

Ab. 08.30	ANMELDUNG/EINLASS
09.00 – 09.45	PLENUMSVORTRAG
Zusammenführen, was zusammengehört. Gesucht: Die optimale „Passung“ zwischen Hochschul-Profil und Bewerber-Profil“	
Prof. Dr. Günter Trost ITB Consulting GmbH, Bonn	
09.45	PAUSE
10.00 – 12.00	PARALLEL LAUFENDE WORKSHOPS

Workshop I:

Professionalisierung von Methoden und Verfahren der hochschuligenen Studierendenauswahl

Moderation: Prof. Dr. Günter Trost
ITB Consulting GmbH, Bonn

Referierende:
Prof. Dr. Thomas Armbrüster
Universität Witten/Herdecke

Dr. Benedikt Hell
Universität Hohenheim

Dr. Martina Kadmon
TMS-Koordinatorin der Universität Heidelberg

Dr. Martin Pöllinger
FH Joanneum GmbH, Graz

Workshop II:

Hochschulen im internationalen Wettbewerb: Studierendenauswahl zwischen Hochschulmarketing und Qualitätssicherung

Moderation: Dr. Jochen Hellmann
Leiter der Abteilung Internationales der Universität Hamburg

Referierende:
Dr. Jochen Hellmann
Leiter der Abteilung Internationales der Universität Hamburg

Prof. Dr. Heinz Schüpbach
Universität Freiburg

Dr. Wedigo de Vivanco
Leiter der Abt. Auslandsangelegenheiten der Freien Universität Berlin

Prof. Dr. Werner Wunderlich
Universität St. Gallen

Workshop III:

Neue Wege in die Hochschule. Herausforderungen der Studierendenauswahl bei mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung

Moderation: Prof. Dr. Ernst Hartmann
Bereichsleiter VD/VDE-IT

Referierende:
Joachim Baeckmann
Abteilungsleiter Studiendenservice der Humboldt Universität Berlin

Dr. Knut Diekmann
Referatsleiter Grundsatzfragen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK)

Karl-Heinz Minks
HIS Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover

Margret Schermutzki / Prof. Dr. Ulrich Hoffmann
Fachhochschule Aachen

Workshop IV:

Rahmenbedingungen und mögliche politische Folgewirkungen der Studierendenauswahl

Moderation: Dr. Michael Leszczensky
Abteilungsleiter der HIS Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover

Referierende:
Dr. Ulf Bade
Direktor der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS)

Prof. Dr. Winfried Kluth
Universität Halle

Heinz-Peter Meidinger
Bundesvorsitzender des Deutschen Philologenverbandes

Prof. Dr. Hanns Seidler
Ehem. Kanzler der Technischen Universität Darmstadt

Prof. Dr. Sascha Spoun
Präsident der Leuphana Universität Lüneburg

12.00 MITTAGSIMBISS

13.00 – 13.45 ERGEBNISSE AUS DEN WORKSHOPS

13.45 – 15.00 ZWEITE PODIUMSDISKUSSION

Moderation: Martin Spiewak
Die Zeit

Teilnehmende:

Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann
Rektor der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Prof. Dr. Marion Schick
Präsidentin der Hochschule München

Prof. Dr. Heinz Schüpbach
Universität Freiburg

Prof. Dr. Joachim Treusch
Präsident der Jacobs Universität Bremen

15.00 ENDE DER VERANSTALTUNG

HIS, Goseriede 9, 30159 Hannover

Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, 61246

Herausgeber:

HIS-Hochschul-Informationen-System GmbH
Goseriede 9, 30159 Hannover
www.his.de

Verantwortlich:

Prof. Dr. Martin Leitner

Erscheinungsweise:

In der Regel mehrmals im Quartal

Hinweis gemäß § 33 Datenschutzgesetz (BDSG):

Die für den Versand erforderlichen Daten (Name, Anschrift) werden elektronisch gespeichert.

ISSN 1863-5563

